

_DEUTSCH
LAND____
ARCHIV__

Deutschland Archiv 2021

Deutschland Archiv 2021

Schriftenreihe Band 10837

Deutschland Archiv 2021

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren finden Sie auf den Seiten 226 bis 228.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Inhalte der im Text und Anhang zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) und die Autorinnen und Autoren keine Haftung übernehmen. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zu den Themen dieser Publikation.

Bonn 2022

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:
Anja Linnekugel, Dirk Michel (Mannheim)

Redaktion »Deutschland Archiv« Online:
Anja Linnekugel, Holger Kulick, bpb

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Design: Leitwerk, Köln

Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Berlin

Druck und Bindung: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0837-9

www.bpb.de/deutschlandarchiv

Inhalt

Editorial	7
STEFFEN MAU	
● Ostdeutsche Frakturen für immer?	9
ELSKE ROSENFELD	
● Geschichtspolitik von oben?	23
BERND FINGER	
● Berliner Polizei-Einheit	36
CHRISTOPH LORKE	
● Verhandelte Grenzüberschreitungen	51
EVA SCHÄFFLER	
● Ein »eigener« Weg der Paarbeziehungen: Nichtehelichkeit in der späten DDR und in Ostdeutschland	66
ALINA GROMOVA	
● En-Gendering jüdische Migration	74
MAREN HACHMEISTER	
● Der Plan einer Rentnerkartei in der DDR	89
SOPHIE LANGE	
● Deutsch-deutsche Umweltverhandlungen 1970–1990	99
DANIEL LANGE	
● »Es ist an der Zeit, zwei deutsche Mannschaften zu bilden«	108
AURELIE ADE	
● Liebe über Grenzen	117
JOACHIM JAUER	
● D wie Dialog	125

MAXIMILIAN KUTZNER	
● Die Stasi und die gefälschten Hitler-Tagebücher	136
RAPHAEL BRÜNE	
● 60 Jahre Eichmann-Prozess	145
AXEL BERKOFSKY	
● Ostberlin, Chinas »Großer Sprung nach vorn« und die Kulturrevolution	157
SEBASTIAN LOTTO-KUSCHE	
● Kann eine Gesellschaft umdenken?	167
ELISABETH HINGERL	
● Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau – eine »totale Institution«	177
ANDREAS FÖRSTER	
● Der mysteriöse Showdown	186
NICOLAS OFFENSTADT	
● Eine Suche nach den verschollenen Spuren der DDR	198
STEFAN WOLLE	
● »Wir waren eine verschwindende Minderheit«	210
WOLF BIERMANN	
● Wolf Biermann über Putin: am ersten Tag des Dritten Weltkrieges	220
Autorinnen und Autoren	226
Bildnachweis	229
THEMENSCHWERPUNKTE	
● Transformationsprozesse und deutsche Einheit	
● Alltag und Gesellschaft	
● Kultur und Medien	
● Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten	

Editorial

Fertigstellen wollten wir dieses Jahrbuch eigentlich im Februar, aber dann kam die »Zeitenwende« dazwischen, Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Über die Folgen reflektieren seitdem regelmäßig Autorinnen und Autoren im *Deutschland Archiv (DA)* online, zum Auftakt Wolf Biermann, dessen Text wir bewusst noch in diesen Band aufgenommen haben: »Über Putin: am ersten Tag des Dritten Weltkrieges«.

2021 war noch Lockdownjahr. Viele Autorinnen und Autoren hatten Zeit, an Beiträgen zu feilen. Neunzig von ihnen trugen Texte für den Doppelband »(Ost)Deutschlands Weg« bei, der den Transformationsprozess seit 1990 in vielen Aspekten beleuchtet. Beispielhaft ist hier im Jahrbuch Steffen Maus Text »Ostdeutsche Frakturen für immer?« vertreten.

Ein anderes Buchprojekt des DA wächst kontinuierlich weiter, jenes über wegweisend engagierte »Jüdinnen in Deutschland nach 1945«. Rund 30 Texte liegen bereits vor, vorab publiziert wird in diesem Band Alina Gromovas Beitrag »En-Gendering jüdische Migration«.

Was noch war Thema im DA 2021? Die alte Bundesregierung brachte ein »Zukunftszentrum« auf den Weg, das analysieren soll, wie Deutschlands holpriger Einheitsprozess endlich auf gerade Strecke kommen kann. Elske Rosenfeld wittert »Geschichtspolitik von oben«.

Tatsächlich ist im Detail noch manches zu reparieren, was unter Zeitdruck beim »Zusammenwachsen« unterblieb, im Großen wie im Kleinen, ob im Eherecht, bei der Repräsentanz von Verantwortungsträger*innen, der Vereinheitlichung der Polizeien, im grenzübergreifenden Umweltschutz oder nach wie vor beim mühsamen Zurückdrängen von Antisemitismus und Extremismus.

Auch dazu gibt es Denkanstöße in diesem Band, der nur eine Auswahl dessen enthält, was 2021 zudem multimedial auf www.deutschlandarchiv.de publiziert worden ist, erstmals übrigens auch ein Text aus dem Schülerzeitungswettbewerb der Länder, den das *Deutschland Archiv* seit 2021 mit einem Sonderpreis unterstützt. Das Thema: Noch Mauer(n) im Kopf?

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre

Anja Linnekugel und Holger Kulick
Redaktion Deutschland Archiv der bpb
Berlin, Mai 2022



Ostdeutsches Kleingartenidyll im Oderbruch 2021

Steffen Mau

Ostdeutsche Frakturen für immer?

Zwischen Entwertungsgefühlen und Ohnmachtserfahrungen – welche Wege führen heraus?

Am Anfang stand das Wunder des Herbstes 1989, in dem sich mutige Menschen gegen die Zumutungen des vormundschaftlichen Staatssozialismus auflehnten.¹ Nicht wissend, ob die DDR-Führung oder Moskau zur chinesischen Lösung greifen würden, machten sie sich daran, auf den Straßen Leipzigs und andernorts Forderungen nach Meinungsfreiheit und Reformen zu erheben. Unglaublich, wie schnell sich ein System, das jahrzehntelang die Selbstverteidigung gegen den »imperialistischen Feind« von außen und die Abweichung im Inneren probte, so sang- und klanglos zu Fall bringen ließ. In Ostdeutschland ist auf diese Weise ein Bewusstsein für die Zerbrechlichkeit aller gesellschaftlichen Verhältnisse entstanden, wie

versteinert und unverrückbar sie auch erscheinen mögen. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 besiegelte das Schicksal des Staates DDR. »Die Mauer ist auf, das ist das Ende der DDR«, prophezeite ein helllichtiger Kommentator schon in dieser Nacht. Recht behielt er.

1 Ausgangslage

Mit dem Zusammenbruch des politischen Systems und der Öffnung der Grenze kollabierte die DDR-Gesellschaft in den Schoß der Bundesrepublik hinein. Anders als viele osteuropäische Länder, die aus dem sowjetischen Imperium entlassen wurden, stand man von Anfang an nicht allein. Es war der ersehnte und potente Westen, der sich als Helfer in der Not anbot. Die Vereinigung dessen, was 40 Jahre getrennt war, erschien geradezu als organische Verbindung des zuvor künstlich Getrennten. Wie neidisch schaute man aus Prag, Warschau und Sofia auf das Privileg der Ostdeutschen, durch einen Staatsvertrag über Nacht im Westen anzukommen. Das Schneckenhaus der DDR wurde abgestreift, euphorisch zog man in die Villa Bundesrepublik ein, in der alles schon vorhanden war.

Wer heute das Erreichte bilanziert, sieht in der Tat grundlegende Veränderungen und viele Verbesserungen: Die Spuren der Deutschen Demokratischen Republik sind fast flächendeckend getilgt, neue soziale Arrangements haben Fuß gefasst, die Menschen haben sich eingelebt. Die Freiheitsgewinne – ob beim Reisen oder beim Recht, seine Meinung frei und ungehindert zu äußern – sind enorm. Den Menschen im Osten Deutschlands geht es materiell besser, als sie zu DDR-Zeiten jemals zu hoffen gewagt hätten. Die Arbeitslosigkeit war Anfang 2020 – vor der Coronakrise – auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Löhne wachsen, das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem und Erwerbstätiger hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt, Boomregionen wie Leipzig und Dresden haben sich zu Magneten einer neuen West-Ost-Wanderung entwickelt. Im Gleichschritt mit der ökonomischen Entwicklung ist auch das subjektive Wohlbefinden im Aufwind – der Glücksabstand zwischen Ost und West schmilzt, weil die Ostdeutschen immer zufriedener werden.

Wie aus einer anderen Welt klingen da Berichte über die Problemzone Ostdeutschland. Diese verweisen auf die anhaltend hohen Produktivitätsrückstände, die fortbestehende Ost-West-Kluft bei den politischen Einstellungen, den lautstarken Widerstand gegen Geflüchtete und »die da oben« sowie auf abgehängte Sozialräume. Die Fieberkurve des ostdeutschen Demokratiebewusstseins erscheint als kritisch, die Wahlergebnisse sowieso. Gra-

vierende Ost-West-Unterschiede gibt es beim Vertrauen in die politischen Institutionen und bei der Unterstützung für Marktwirtschaft und Demokratie. Laut einer Allensbach-Umfrage (Renate Köcher, Fremd im eigenen Haus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.2019)² sehen nur 42 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie als die beste Staatsform an; im Westen sind es 77 Prozent. Nur knapp über ein Viertel der West-, aber über die Hälfte der Ostdeutschen hält den Umstand, ob man aus Ost- oder Westdeutschland stammt, für eine der wichtigsten Trennlinien in der Gesellschaft.

Dieses Doppelbild der Entwicklung verweist auf das Nebeneinander von Einheitserfolgen und Scheitern, von Gewinnen und Verlusten, von Hoffnung und Enttäuschung, von Eingewöhnung und Entfremdung. Die Bilanz der Einheit ist nicht nur durchwachsen, sie ist auch durch und durch widersprüchlich. Um diese Diskrepanz zu entschlüsseln, ist der Begriff der gesellschaftlichen Fraktur hilfreich. Unter einer Fraktur versteht man in der Medizin den Bruch eines Knochens. Viele Frakturen sind unter der Haut verborgen und äußerlich nicht erkennbar, manche aber liegen offen. Oft verheilen sie; wenn es jedoch zu Verschiebungen kommt, muss man ein Leben lang mit Funktionseinschränkungen leben. Gesellschaftliche Frakturen lassen sich in diesem Sinne als Brüche des gesellschaftlichen Zusammenhangs verstehen, die zu Fehlstellungen führen können. Anders als bei Knochen ist die Wahrscheinlichkeit für eine vollständige »Reposition« oder Ausheilung gesellschaftlicher Brüche sogar unwahrscheinlich. Ich betrachte Ostdeutschland als eine Gesellschaft mit zahlreichen Frakturen, die sich aus den Besonderheiten von Sozialstruktur und mentaler Lagerung ergeben. Diese sind weder allein der untergegangenen DDR noch den Tücken des Einigungsprozesses zuzuschreiben, sondern ergeben sich aus beidem gemeinsam. Eine frakturierte Gesellschaft, so meine ich, verliert an Robustheit und Flexibilität, auch wenn oberflächlich alles in Ordnung scheint.

Ich kann an dieser Stelle die ostdeutsche Gesellschaft nicht vollumfänglich analysieren oder auf die Couch legen – wer könnte das schon –, aber ich möchte vier ineinandergreifende Aspekte hervorheben, die mir zur Erklärung der mentalen Lage hilfreich scheinen. Diese sind sozialstrukturelle Petrifikation, politische Duldungsstarre, soziokulturelle Entwertung und die veränderungserschöpfte Gesellschaft.

2 Schreckstarre oder sozialstrukturelle Petrifikation

Die späte DDR war eine mobilitätsblockierte Gesellschaft. Studien haben gezeigt, dass die Sozialstruktur der DDR nach der Aufbau- und Konso-

lidierungsphase wieder aushärtete und sich die Übergangsraten zwischen den Berufsklassen sukzessive verringerten.³ Die sozialistische Dienstklasse, also jene Gruppe mit administrativen Funktionen, delegierter Autorität und spezialisiertem Wissen, die oberhalb der Arbeiterklasse stand, konnte über die Zeit ihre Chancen zur Vererbung der eigenen Position verbessern. Noch unter Walter Ulbricht verlief die Entwicklung der Studierendenzahlen in der DDR ähnlich wie in der Bundesrepublik, danach ging sie deutlich zurück. Man setzte nicht auf Bildungsexpansion und einen Ausbau des Hochschulsystems, sondern beschränkte den Zugang zu hochschulischer Bildung. Die Studierendenquote der DDR war deshalb zum Zeitpunkt des Mauerfalls gerade einmal halb so hoch wie im Westen.

Vermutlich war die DDR in dieser historischen Phase das einzige entwickelte Land, das über die Zeit seinen Studierendenanteil verringerte. Ende der 1980er-Jahre mussten nicht nur viele Arbeiterkinder erfahren, dass das Aufstiegsversprechen des Arbeiter- und Bauernstaates uneingelöst blieb; auch viele Sprösslinge aus Akademikerhaushalten erkannten, dass sie im Flaschenhals zum Hochschulzugang stecken blieben. Durch diese Verstopfung der Mobilitätskanäle hat sich das Regime die Möglichkeit genommen, die Menschen durch Aufstieghoffnungen an sich zu binden. Zum Ende hin war die DDR, sozialstrukturell betrachtet, eine sklerotische Gesellschaft: überaltertes Führungspersonal, politisch motivierte Rekrutierungs- und Beförderungspraktiken, ein dicht gedrängter Wartestand der nachwachsenden Generationen und ein demotivierendes Belohnungssystem. Viele hofften, dass sich dies mit der Einheit verbessern würde, verpasste Lebenschancen nachgeholt werden könnten.

Der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik stellte insgesamt ein recht komplexes Statusgeschehen dar. Zunächst einmal gab es in der ehemaligen DDR eine Wohlstands- und Konsumexplosion. Diese Zuwächse waren aber im Wesentlichen transferfinanziert und basierten nicht auf eigener wirtschaftlicher Leistungskraft. Konterkariert wurde dieser Trend durch die relative soziale Deklassierung, wanderten die Ostdeutschen doch kollektiv in eine wohlhabendere und statusmäßig höher gestellte Gesellschaft ein. Immerhin 27 Prozent der ostdeutschen – aber nur fünf Prozent der westdeutschen – Bevölkerung wurden 1991 dem auf Bescheidenheitsnormen verpflichteten »traditionsverwurzelten Arbeiter- und Bauernmilieu« zugeordnet; die »Gruppe mit Arbeiterhabitus«, wozu auch das »traditionslose« und das »hedonistische Arbeitermilieu« gehören, wurde insgesamt auf 40 Prozent geschätzt (im Westen auf 22 Prozent).⁴

Im Zuge der Wende wurde nun keine Aufstiegsmobilität ausgelöst. Auch bei denjenigen, die mit dem Umbruch erst ins Berufsleben eintraten,

zeigen sich deutliche Risse in der Berufsbiografie und eine – im Vergleich zu den gleichaltrigen Westdeutschen – massive Schlechterstellung. Zwar öffneten die weiterführenden Bildungsinstitutionen ihre Pforten, wurde das Recht auf freie Berufs- und Bildungswahl durchgesetzt und stieg die Studierendenquote auf Westniveau an, ein nach oben gerichteter Mobilitätsschub entstand aber nicht. Die Bleiplatte, die auf der Sozialstruktur der späten DDR gelastet hatte, wurde ein wenig angehoben, doch dann trafen die Ostdeutschen auf zusammenbrechende Märkte, soziale Schließungen und durch die Transfereliten aus dem Westen besetzte Positionen.

Analysen zeigen, dass die Wiedervereinigung – wider Erwarten – nicht mehr, sondern weniger Aufstiegschancen für die mittlere und jüngere Generation brachte: Betrachtet man die Wahrscheinlichkeiten für intergenerationale Auf- und Abstiege im Klassengefüge, so schneiden vor allem ostdeutsche Männer schlecht ab.⁵ Während in den 1990er-Jahren etwas weniger als jeder dritte Sohn eine bessere Klassenposition erreichte als sein Vater, gelingt dies heute nur noch einem Viertel. Von den westdeutschen Männern steigen mehr als doppelt so viele auf wie ab; in Ostdeutschland halten sich Auf- und Abstiege in etwa die Waage. Man kann diese Entwicklung aber auch anhand des Spiels »Reise nach Jerusalem« veranschaulichen: Nachdem es jahrzehntelang kaum Bewegung gegeben hatte und alle an ihren Stühlen klebten, spielte plötzlich die Musik. Manche sprangen beherzt auf, viele wurden, ob sie wollten oder nicht, hochgerissen. Doch bevor es so richtig losging, verstummte die Musik wieder. Nun fehlte allerdings nicht nur ein Stuhl, sondern gleich mehrere, sodass für viele kein Platz mehr war. Und diejenigen, die einen ergattert hatten, hielten sich mit aller Kraft daran fest. An Bewegung war nicht mehr zu denken. So stellte sich nicht nur der Weg der wirtschaftlichen Erholung und des Aufschließens als weit steiniger heraus als erwartet, es kam auch zu erheblichen Mobilitätsblockaden, welche die ostdeutsche Teilgesellschaft auf Dauer kleinhalten sollten. Der Deckel auf der nach unten zusammengedrückten Sozialstruktur wurde somit nicht gelöst, sondern in mancher Hinsicht sogar noch fester zugeschraubt.

3 Politische Duldungsstarre

Mit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 hat sich die Deutsche Demokratische Republik selbst ausradiert und so den Rückweg in die eigene Vergangenheit versperrt. Die deutsche Einheit wurde im Schnelldurchgang vollzogen, wobei die Massenabwanderung, die unsichere geopolitische

Konstellation und das starke Interesse der Menschen, schnell im Westen anzukommen, die wesentlichen Treiber dieser zeitlich rasanten, ja fast sturzgeburtsähnlichen Entwicklung waren. Im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern beschritt die DDR einen Sonderweg, der von den östlichen Nachbarn als privilegiert empfunden wurde. Allerdings hatte auch das Inkorporationsmodell gesellschaftlicher Transformation seine Kosten.

Es kam in Ostdeutschland zur Übernahme eines »ready-made state«⁶ nach westdeutschem Vorbild, was eigene Gestaltungsmöglichkeiten abschneidet. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war sowohl Ausdruck der demokratischen Selbstbestimmung der Bürger*innen der DDR wie auch deren Beendigung, denn von nun an hörte das Staatsvolk der DDR auf zu bestehen und wurde Teil eines größeren staatlichen Gebildes, in dem zwar demokratische Teilhabemöglichkeiten gegeben waren, über dessen Grundkoordinaten sich aber nicht mehr verhandeln ließ. Viele Ostdeutsche, die eben noch anfangen, sich erstmals als politische Akteure zu verstehen, fühlten sich über Nacht in eine Zuschauerrolle gedrängt und durch den Westen majorisiert. Viele im Westen verstanden die DDR als insolventen Staat, den es samt Bevölkerung zu übernehmen gelte, was im Gegenzug den Osten nicht gerade mit großem politischen Selbstbewusstsein ausstattete.

Eine Vereinigung auf Augenhöhe ließ sich durch das enorme Gefälle im Hinblick auf wirtschaftliche Stärke und politische Macht zwischen Ost- und Westdeutschland nicht bewerkstelligen. Zwar wurde politisch eine gleichberechtigte Beziehung simuliert und der Begriff der »Wiedervereinigung« gegenüber dem des »Beitritts« vorgezogen, tatsächlich aber ging es um Letzteres. Auch ließen sich dadurch Fragen nach der Berücksichtigung ostdeutscher Interessen und Befindlichkeiten politisch übergehen. Es war die übergroße Zustimmung für die »Allianz für Deutschland« bei der letzten Volkskammerwahl, die es den maßgeblichen Akteuren möglich machte, sich gegen jedwedes weitergehende Mitsprachebegehren des Ostens im Prozess der Vereinigung zu immunisieren. Das klare Einigungsmandat schwächte alle kritischen und abwägenden Stimmen und gab der Kohl-Regierung ungeahnten Auftrieb. Im Rückblick steht die Wiedervereinigung für das hauruckartige Hereinholen der 16 Millionen DDR-Bürger*innen in die westdeutsche Modellgesellschaft. Institutionen, Rechtsbestände, alle gesellschaftlichen Normen wurden transformiert und dem, was eben noch »DDR« war, übergestülpt.

Mit fahrlässiger Übertreibung könnte man sagen, mit der Wiedervereinigung sei der »vormundschaftliche Staat« durch den mindestens paternalistischen, wenn nicht gar seinerseits vormundschaftlichen Westen abge-

löst worden, sodass der Umbruch in gewisser Weise an jene Verhältnisse anschloss, die er überwinden wollte. Damals dominierte im Osten das Gefühl des Überrolltwerdens, der Überwältigung und der Verohnmächtigung, verbunden mit einer überdeutlichen »Duldungsstarre«. ⁷ So setzten sich viele Ostdeutsche resignativ wieder auf ihre Plätze, nachdem sie mutig aufgestanden waren, weil ihre Ideen plötzlich nicht mehr gefragt waren. Als Träger und Akteure sozialer Wandlungsprozesse waren sie nur insoweit vonnöten, als dass es darum ging, das, was im Westen schon vorhanden war, im Osten umzusetzen. Die über den Osten gekommene Blaupause West ließ keinen Platz für eigene institutionelle Lösungen, Gestaltungsoptionen oder Selbstfindungen, egal ob Parteienstruktur, Kassenärztliche Vereinigung, Hochschulrahmengesetz oder Kurverwaltung, sodass letztlich nur vollzogen und implementiert werden musste, was im Westen als institutionelle Lösung bereitstand. ⁸

Der Preis des schnellen Beitritts war der Verlust der Option, gemeinsam einen gesellschaftlichen Entwicklungspfad auszuhandeln, die eigenen Interessen stärker einzubringen und den kollektiven Akteuren vor Ort eigene Suchbewegungen nach passenden Institutionen zuzubilligen. So verpasste es der Osten, zu einem politischen Bewusstsein zu kommen, in welchem Menschen sich als politische Subjekte verstehen konnten, deren Interessen und Vorstellungen im gesellschaftlichen Umbauprozess nachgefragt und erwünscht sind.

Entsprechend zeigten in den 1990er-Jahren im Osten durchgeführte Umfragen erhebliche Vorbehalte gegenüber dem Verlauf des Einigungsprozesses. ⁹ Das ging bis zu dem Vorwurf, die Westdeutschen zeigten zu wenig Veränderungsbereitschaft, sie wollten nicht teilen (was wiederum mit dem Vorwurf gekontert wurde, die Ostdeutschen übten sich in Selbstmitleid oder seien dem Leistungsdruck der Marktwirtschaft nicht gewachsen). Aus heutiger Sicht stellt sich dieser Modus des Übergangs deshalb als problematisch dar, weil in ihm eine Verankerung genuin ostdeutscher Interessen und durch die »von oben« installierten Institutionen und Strukturen die Selbstbindung von Teilen der Bevölkerung an die durch sie verkörperten Prinzipien nicht hinreichend gelangen.

Anders als in der bundesdeutschen Nachkriegszeit wurde die Reeducation nicht von einem loyalitätsstiftenden »Wirtschaftswunder« flankiert, vielmehr kam es zu Massenarbeitslosigkeit und Deindustrialisierung in der Fläche. Das spezifische Zusammenspiel von wirtschaftlichem Einbruch und politischer Dominanz Westdeutschlands im Einigungsprozess hat dazu geführt, dass viele Ostdeutsche sich mit dem Hineinwachsen in die demokratische Kultur schwergetan haben und wir heute eine erhebliche Skepsis gegenüber gesellschaftlichen Basisinstitutionen feststellen können.

4 Entwertung der Soziokultur

Mit der DDR sind nicht nur ihre Ideologie, ihre Symbole und ihre Institutionen verschwunden, es kam gleichzeitig zu einer Entwertung des dort angehäuften Erfahrungsschatzes. Als die DDR unterging und die Ostdeutschen kollektiv der Bundesrepublik beitraten, wurde ihre Herkunftskultur zurückgesetzt und stand als gewohntes Repertoire sozialen Handelns und sozialer Anerkennung nicht mehr zur Verfügung. Dieses Aufgeben und Zurücklassen nicht nur der DDR-geprägten Ideologie und politischen Symbole, sondern auch der Lebensweise sowie die schnelle Umgewöhnung und Anpassung in die neuen Institutionenarrangements wurden sogar als wesentlich für die erfolgreiche Vereinigung angesehen. Es gab politisch keinen dringlichen Grund, eine »Sondermentalität Ost« zu pflegen, weil sie dem schnellen Anpassungsziel entgegenlief. Jürgen Habermas' einschlägige Rede von der »nachholenden Revolution« wies damals auch intellektuell den Weg.¹⁰

Teil dieser Rede war die Vorstellung, dass das Ende des Staatssozialismus dem Lösen einer Entwicklungsbremse gleichkäme, in deren Folge bislang versäumte Entwicklungen nachgeholt werden würden (auch wenn es zugleich eine klare Kritik an der »Sogwirkung« der nationalen Schlagseite der deutschen Einheit gab). Der Institutionenwandel gehe dem Bewusstseinswandel voran, so lautete das in den Sozialwissenschaften populäre Verdikt, kurz: Mentalitäten würden sich in Richtung der Institutionen wandeln. Wer noch in der DDR geboren sei, der trage am Gepäck der Vergangenheit, für die Jüngeren sollte der Unterschied im Laufe der Zeit keine Rolle mehr spielen. Wohl gab es im öffentlichen Diskurs Stimmen, die darauf drangen, den »Leistungen« der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger Respekt zu zollen. Als eigenständige Kultur- und Traditionsform, als Lebensweise oder als positiv aufgeladener Heimatbezug hatte die DDR-Erfahrung jedoch ausgedient. Die ostdeutsche Soziokultur galt als defizitär, sah sich mit Anpassungs- und Umstellungserwartungen konfrontiert und war durch das alte Regime politisch kontaminiert. Auch eine »Subalternisierung ostdeutscher Soziokulturen«¹¹ wurde konstatiert. In den Registern der offiziellen Erinnerungskultur wurde dabei vieles gelöscht oder für anstößig befunden, was für die Individuen durchaus Bedeutung hatte und bis heute hat: Wer das solidarische Zusammenleben im Realsozialismus pries, musste sich entgegenhalten lassen, er unterschläge die repressiven Aspekte des Regimes; die ostdeutsche Skepsis gegenüber Ungleichheit galt als postsozialistische Gleichmacherei; die Kindergartenkultur als Ausdruck einer kalten Bildungsdiktatur mit Fernwirkungen bis hin zu heutigen Neonaziphänomenen.

Ohne weitere Differenzierung ließ sich vieles als Ostalgie schmähen und argumentativ entsorgen, auch wenn die wenigsten an der DDR als Staat hingen, sondern die meisten diesen kritisch sahen. In medialen Debatten und erinnerungspolitischen Initiativen lag der Schwerpunkt stets auf Mauer, Flucht und Teilung; lebensweltliche Bezüge waren selten. Vieles wurde den ideologischen Schablonen eines Dafür oder Dagegen unterworfen, was auch die kritische Reflexion des Einigungsprozesses selbst verhinderte. Auch deshalb lief die Aufarbeitung der Vergangenheit an vielen Ostdeutschen vorbei; sie erkannten sich in den offiziellen Geschichtsbildern von SED-Diktatur und Unrechtsstaat nicht wieder und reklamierten einen Unterschied zwischen »System« und »Lebenswelt«. Öffentliches Erinnern und persönliches Erleben ließen sich so oft nur schwerlich aufeinander beziehen, manche kritische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit fand zu wenig Gehör oder wurde ganz abgewehrt.

Vor diesem Hintergrund gab und gibt es in vielen ostdeutschen Milieus eine verbreitete »Angst vor Mindereinschätzung«. ¹² Diese Unterlegenheitserfahrung kommt auch in der zugespitzten Formel der »Bürger zweiter Klasse« zum Ausdruck, die in Umfragen immer wieder geäußert wird. Während sich in den frühen 1990er-Jahren über 90 Prozent der Ostdeutschen als »Bürger zweiter Klasse« fühlten, waren es 20 Jahre später immer noch über 40 Prozent. ¹³ In einer aktuellen Studie gaben zuletzt über 35 Prozent der Ostdeutschen an, sie würden als »Bürger zweiter Klasse« behandelt. ¹⁴

Man kann das sowohl als Echeffekt sozioökonomischer Deklassierung als auch als Reaktion auf kulturelle Umwertungen deuten, die tradierten Mustern der ostdeutschen Lebensführung und Soziokultur Anerkennung entzogen. Für den ostdeutschen Fall wäre es aber – nicht zuletzt aufgrund interner Differenzierungen und unterschiedlicher Abschichtungen von Erfahrungen vor und nach der Wende – eine zu starke Behauptung, unterstellte man eine in sich geschlossene und stark konturierte Teilkultur, sodass die Rede von »den Ostdeutschen« immer auch eine vereinfachende Pauschalisierung darstellt. Dennoch gibt es einen ostdeutschen Erfahrungs- und Erinnerungsraum, der sich sowohl auf die DDR-Gesellschaft wie auch die ostdeutsche Umbruchserfahrung bezieht.

5 Veränderungerschöpfte Gesellschaft und populistisches Ressentiment

Manche sagen heute, Ostdeutschland habe dem Westen eine Transformationserfahrung voraus, das sei angesichts des anstehenden sozialen Wan-

dels sogar ein Vorteil. Für manche im Osten mag das stimmen, man kann Ostdeutschland aber zugleich als veränderungser schöpfte Gesellschaft beschreiben. Der Transformationsgalopp, angefangen von der siehenden DDR und ihrem Zusammenbruch über den Systemwechsel und die einschneidenden Transformationserfahrungen der 1990er, den Arbeitsmarktreformen unter Schröder bis hin zur Digitalisierung, hat viele Gruppen überfordert. In den 1990er-Jahren sind die Existenzkämpfe und die Gefühle der Unsicherheit und der Prekarität besonders stark ausgeprägt gewesen. Es sind diese sozialen Erschütterungen im Kontext der Wende und der Restrukturierung in Ostdeutschland, die bisweilen ein starkes, veränderungsavers zu nennendes Festhalten an Besitzständen hervorgerufen haben. Das Festhalten, Bewahren und Verteidigen sind ein wichtiges Grundmotiv im Handeln und Denken vieler Ostdeutscher.

Die Gemeinschafts- und Sicherheitsverluste werden in Teilgruppen der ostdeutschen Bevölkerung durch die Hinwendung zu ethnisch bestimmten Kategorien der Zugehörigkeit und durch recht rigide Ordnungsvorstellungen kompensiert. Die Ankunft von Migranten gilt nicht wenigen als erneute Bedrohung einer gerade erst wieder halbwegs zur Ruhe gekommenen Gesellschaft. Im Zusammenspiel mit medialen Berichten zu »anschwellenden Flüchtlingsbewegungen« schaukeln sich solche Wahrnehmungen zu einem diffusen Bedrohungsszenario auf – der Migrant wird dann zum Repräsentanten einer »Welt aus den Fugen«, die an die eigene Haustür klopft. Nachdem die DDR-Gesellschaft untergegangen ist und man schon einmal sein kulturelles Gepäck zurücklassen musste, befürchten nun viele, dass es in einer diverseren Gesellschaft zu einer – drastisch formuliert – zweiten Welle der »kulturellen Enteignung« kommt. Hierbei wird ein national gefärbtes Gemeinschaftsverständnis artikuliert, das auf starken und essenzialistisch verstandenen Grenzziehungen zwischen einem vorgestellten »Wir« und »den anderen« beruht.

Für die kulturell definierte Eigengruppe werden nicht nur Vorrechte reklamiert, sie wird auch als durch Zuwanderung gefährdet angesehen. Und noch eine argumentative Schleife wird von manchen hinzugefügt: Da man sich selbst im Übergang zur westlichen Gesellschaft anpassen musste, sei es nur recht und billig, dass sich auch die Migranten unterordnen und ihre eigene Kultur nicht einfach fortführen. Ganz im Sinne der von Arlie Russell Hochschild¹⁵ beschriebenen emotionalen Buchführung wird vieles aufgerechnet und gegen die Ansprüche anderer gestellt. Man sieht Zuwanderer als »Vordränger in der Warteschlange«, also als Gruppe, deren Ansprüche besser bedient werden als die eigenen, und fragt sich, warum die eigenen Anliegen so wenig Berücksichtigung finden. Von hier ist der Weg zur Konstruktion eines ostdeutschen Opferkollektivs nicht weit.

Populistische Bewegungen kapitalisieren solche Gefühle der ökonomischen und kulturellen Zurücksetzung. Sie versprechen den vermeintlichen Verlierern nicht nur materielle Kompensationen, sondern auch Respekt, symbolischen Status und Selbstwertgefühl. Nachdem man – in der subjektiven Wahrnehmung jedenfalls – jahrelang nur herumgeschubst und an den Rand gedrängt wurde, hat man nun das Zepter wieder in der Hand. Populistischer Protest auf der Straße wird von vielen als Selbstermächtigung erlebt, als erfolgreiche Gegenwehr gegen übermächtige Verhältnisse. Schnell werden dann auch Vorwürfe in Richtung derer laut, die man als Profiteure des Systems identifiziert – kulturelle Eliten, Meinungsführer, Arrivierte, ökonomische Gewinner, etablierte Parteien, herausgehobene Funktionsträger. Sie haben nicht zuletzt deshalb einen schweren Stand, weil sie als Repräsentanten des »Von-oben-herab« wahrgenommen werden, als ignorant oder gleichgültig gegenüber den Problemen vor Ort. Gerade dort, wo die politische Kultur unterentwickelt und die Zivilgesellschaft schwach ist, nimmt das schnell Züge einer »Erregungsdemokratie«¹⁶ an. Diese zeichnet sich allgemein dadurch aus, dass nicht abgewogen und reflektiert wird, um ein Problem politisch gestaltbar zu machen, sondern dass Emotionen verstärkt und hochgekocht werden.

Die institutionelle Pazifizierung dieser Konflikte gelingt nur unvollständig, da die etablierten politischen Akteure kaum Zugang zu diesen Lebenswelten haben. Die politische Dynamik in Ostdeutschland oszilliert somit zwischen passiver Duldung und Protest auf der Straße und schließt damit in gewissem Sinne an die politischen Artikulationsformen in der späten DDR an. Kein Wunder also, dass die Protagonisten der Radikalisierung von rechts schamlos an diese Tradition anknüpfen. Dass darunter etliche mit Westbiografie sind, die nun im Osten reüssieren und dort wie etwa Björn Höcke oder Alexander Gauland ihre Hausmacht haben, gehört zu den augenfälligen Paradoxien dieser Entwicklung, vermag aber nicht wirklich zu überraschen, wenn man sich die vorhandenen Repräsentationslücken vergegenwärtigt.

Erschwerend kommt hinzu, dass der ostdeutschen Gesellschaft bis heute die zivilgesellschaftlichen und politischen Ressourcen fehlen, um sich der rechtspopulistischen Bewegung entgegenzustellen. Zwar haben die alten Volksparteien etliche Wahlen gewonnen, aber sie blieben mitgliederschwach. Vor allem blieb der vorpolitische Raum im Osten weitgehend unbesetzt. Gemeint sind damit die den Parteien und Parlamenten vorgelagerten Strukturen und Netzwerke, die nicht unmittelbar die Politik entscheiden, diese aber unterfüttern. Einstmals durch die staatlichen Organe und die Betriebe besetzt, klappte nach der Wende eine Lücke. Viel

dünn ist im Osten der Kranz aus Gewerkschaftsgruppen, Landschulheimen, Innungen und Bürgerinitiativen, die politische und soziale Integrationsleistungen vollbringen, ohne gleich mandatierte Politik zu sein. Diese unbesetzten Räume haben insbesondere Rechtspopulisten genutzt, um sich zu verankern und Wahlerfolge zu erzielen.

Angesichts eines löchrigen Netzes zivilgesellschaftlicher Assoziationen, der personellen und intellektuellen Schwäche der politischen Eliten und einer Bevölkerung, die kritisch auf die politischen Institutionen, ihre Repräsentanten und die Medien schaut, war es für die Rechtspopulisten ziemlich leicht, in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen. Es ist eine bittere Erkenntnis, dass die rechten Bewegungen zu den wichtigsten Profiteuren der skizzierten Frakturen geworden sind. Die Kanalisierung und politische Übersetzung von Kritik und Unzufriedenheit – eigentlich eine vordringliche Aufgabe der etablierten Parteien – wurde ihnen überlassen.

Im gegenwärtigen politischen Diskurs haben die rechten Populisten jedenfalls ein Angebot in der Tasche, das scheinbar kaum zu schlagen ist, weil es die Menschen von Zumutungen entlastet. Ihre Botschaft lautet: »Die Welt muss verändert werden, um sich an dich anzupassen!« Die Liberalen, egal ob Marktliberale oder aufgeklärte Kosmopoliten, haben hingegen eine andere Botschaft: »Du musst dich ändern, um dich an eine sich wandelnde Welt anzupassen!« Die Populisten machen also ein Entlastungs- und Anerkennungsversprechen, die liberalen Kräfte treten den Menschen mit Veränderungs- und Anpassungszumutungen gegenüber. Das kann den Aufruf beinhalten, sich für den Markt zu optimieren, aber auch die Aufforderung, traditionelle Werte abzustreifen und sich auf eine diversere werdende Kultur einzulassen. In einer Teilgesellschaft wie der ostdeutschen, die in den zurückliegenden 30 Jahren einen regelrechten Transformationsgalopp durchgemacht hat, trifft diese Botschaft auf Erschöpfung, auf eine Haltung des »Nicht-schon-wieder«.

6 Schluss

Fragt man heute nach dem großen Aufbruch, geben sich viele verzagt. Diejenigen, die nunmehr von Revolutionen und Umsturz reden, meinen nicht selten die Rückkehr in ein schon längst vergangenes Gestern, mobilisieren das Ressentiment. Wenn ein Aufbruch notwendig wäre, dann der zur Wiedereroberung der Demokratie, um sie weder den nörgelnden Eckensteher noch den Rechtspopulisten zu überlassen. Anknüpfen könnte man durchaus an einige Erfahrungen der Wende. Warum nicht

aus den Runden Tischen von damals Bürgerräte von morgen machen? Wo der Glauben an die Parteiendemokratie schwindet, wo sich jenseits der Wahlurne nur eine kleine Minderheit parteipolitisch engagiert, wo bei der jüngeren Generation neue politische Artikulations- und Beteiligungsformen auf dem Vormarsch sind, müssen sich auch die etablierten Formen demokratischer Partizipation befragen lassen. Ansonsten bleiben viele – zu viele – außen vor oder stumm.

Eine Stärkung der Demokratie kann nicht allein vom Protest auf der Straße ausgehen, sondern braucht auch das Gespräch, die Abstimmung, das Verständnis für die Vielfalt der Positionen, will sie sich nicht in einer Erregungsdemokratie erschöpfen. Das zu leisten, erfordert neue Proberäume der Demokratie, offen für alle Bürger, vielstimmig, im Dialog mit der etablierten Politik. Vielleicht entsteht dadurch in manchem oder mancher auch das befreiende Erlebnis eines demokratischen Aufbruchs, das für viele den Herbst 1989 ausmachte, als man plötzlich aus dem Mief und der Enge hinauskam ins Freie, als die offene Rede, der Dialog und die politische Auseinandersetzung zum beglückenden Erlebnis wurden. »Heimweh nach 1989« stand einst auf einer verwitterten Hauswand im Berliner Prenzlauer Berg. Man würde sich heute mehr von diesem Impuls des demokratischen Aufbruchs wünschen. Mehr Experimente wagen – mit der und für die Demokratie.¹⁷

Erschienen in Deutschland Archiv Online am 9.7.2021 als Ausschnitt aus dem bpb-Schriftenreiheband »(Ost)Deutschlands Weg. 80 Studien & Essays zur Lage des Landes«, herausgegeben 2021 vom Deutschlandarchiv und der Robert-Havemann-Gesellschaft. Mehr unter www.bpb.de/333824.

Anmerkungen

- 1 Der Text basiert zu Teilen auch auf Passagen und Thesen meines Buchs: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019.
- 2 Renate Köcher, Fremd im eigenen Haus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.2019.
- 3 Karl Ulrich Mayer/Heike Solga, Mobilität und Legitimität: zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (1994) 2, S. 193–208.
- 4 Michael Vester, Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995, S. 7–50.
- 5 Vgl. Olaf Groh-Samberg/Florian Hertel, Ende der Aufstiegs-gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10 (2015), S. 25–32; Reinhard Pollak, Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zum sozialen Auf- und Abstieg in Deutschland, Berlin 2010.
- 6 Richard Rose und Christian Haerpfer, The impact of a ready made state: East Germans in comparative perspective, in: German Politics, 6 (1997) 1, S. 100–121.
- 7 Alexander Thumfart, Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt a.M. 2001, S. 806.
- 8 Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.
- 9 Vgl. Max Kaase/Petra Bauer-Kaase, Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997, in: Heiner Meulemann (Hg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland: Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998.
- 10 Jürgen Habermas, Kleine politische Schriften. Die nachholende Revolution, Frankfurt a.M. 1990.
- 11 Raj Kollmorgen, Diskursive Missachtung. Zur Subalternisierung ostdeutscher Soziokulturen, in: Deutschland Archiv 40 (2007) 3, S. 481–491.
- 12 Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 10 (1930) 7, S. 637–654.
- 13 Raj Kollmorgen, Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher, in: Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Diemel (Hg.), Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2001, S. 301–360, S. 306ff.
- 14 Naika Foroutan et al., Deutschland postmigrantisch I, Humboldt-Universität zu Berlin 2019.
- 15 Arlie Russell Hochschild, Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, Frankfurt a.M. 2017.
- 16 Bernhard Pörksen, Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung, München 2018.
- 17 Vgl. auch das Interview von Sabine Rennefanz mit dem Autor »Ein Laboratorium der Demokratie«, Deutschland Archiv vom 16.4.2021, <https://www.bpb.de/331487>, letzter Zugriff am 8.7.2021.



30 Jahre danach. Die ehemalige innerdeutsche Autobahngrenzkontrollstelle Marienborn

Elske Rosenfeld

Geschichtspolitik von oben?

Gedanken zum geplanten Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit

Der neue Koalitionsvertrag hält daran fest: Bis 2027 soll in einer ostdeutschen Stadt ein »Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« entstehen. Die Ende 2020 von der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« vorgeschlagene Einrichtung soll dazu dienen, ostdeutsche Transformationsleistungen nach 1990 zu würdigen und zu nutzen. Aber wie eine Einheit feiern, deren Erfolg seit einigen Jahren durch unüberhörbaren Unmut in Ostdeutschland zumindest diskussionswürdig erscheint? Vor dieser Aufgabe stand 2020 die vom Bundesinnenministerium eingesetzte Expertenkommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«. Die Idee

der Kommission, die damals bevorstehenden Jahrestage vor allem auch zum Anlass einer Untersuchung der Stimmungslage in Ostdeutschland zu nehmen und auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung zu entwickeln, war darauf sicher nicht die schlechteste Antwort. 22 Mitglieder aus Politik, Kultur und Wissenschaft gehörten dem Gremium bis Ende 2020 an, 65 Millionen Euro umfasste der Etat für zwei Jahre, geplant wurden unter anderem Debatten, Bürgerdialoge und Werbekampagnen.

In ihrem Abschlussbericht¹, den sie am 7. Dezember 2020 in der Bundespressekonferenz vorgestellt hat, bezeichnet die Kommission die deutsche Einheit als zumindest unabgeschlossen. Die Autor*innen machen sich stark dafür, »Defizite und Fehlentwicklungen« im Einheitsprozess zu benennen und »die Debatte über Stand und Zukunft der inneren Einheit unseres Landes auf eine neue Grundlage« zu stellen. Sie konstatieren, dass Folgeprobleme der Einheit wie Arbeitslosigkeit und Abwanderung unter Ostdeutschen zu »Aussichts- und Hoffnungslosigkeit«, politischer und gesellschaftlicher »Verdrossenheit« und »Entfremdung« geführt haben. Sie problematisieren die fehlende Sichtbarkeit und Würdigung der Lebensleistungen Ostdeutscher und ihre Unterrepräsentanz in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Führungspositionen.

Mit ihren Handlungsempfehlungen wollte die Kommission diesen Missständen entgegensteuern. Ein Kernstück der Empfehlungen, die am 8. Dezember 2020 auch online öffentlich zugänglich publiziert wurden, ist die Einrichtung eines »Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« in Ostdeutschland als Ort der »praxisorientierten Auseinandersetzung mit Geschichte«. In einem interdisziplinären Kompetenzzentrum, eingerichtet in einem »identitätsstiftenden« Gebäude in Ostdeutschland, sollen die Leistungen und Erfahrungen der Ostdeutschen in der Transformation verarbeitet und für die Zukunft nutzbar gemacht werden. Das Zentrum soll ein wissenschaftliches Institut, ein Dialog- und Begegnungszentrum und ein Kulturzentrum umfassen, Preise und Stipendien vergeben, Konferenzen und Ausstellungen ausrichten und Formen des Austauschs im und jenseits des Zentrums organisieren.

Handlungsempfehlung sieht Zentrum bis 2027 vor

Das Bundeskabinett griff die Handlungsempfehlungen der Kommission im März 2021 auf und setzte neben einer am Bundesinnenministerium angesiedelten Lenkungsgruppe eine achtköpfige Arbeitsgruppe ein, die

schon bis Ende Juni 2021 ein »detailliertes Konzept« zu den Aufgaben und Arbeitsweisen eines solches »Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« erstellen sollte.² Zu Mitgliedern dieser AG wurden berufen: Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der parlamentarische Staatssekretär und Ostbeauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz (CDU), die SPD-Politikerin Katrin Budde aus Sachsen-Anhalt, der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Mazière (CDU), der Görlitzer Soziologe Raj Kollmorgen, die Demokratieforscherinnen Astrid Lorenz aus Leipzig und Gwendolyn Sasse aus Berlin sowie der Leiter des Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig, der Politologe und Publizist Basil Kerski.

Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde am 16. Juni 2021 vorgelegt. Das Zentrum solle »in einer ostdeutschen Stadt mit universitärer Anbindung entstehen, bis zu 200 Millionen Euro kosten und möglichst in sechs Jahren seine Arbeit aufnehmen«,³ der Standort werde in einem Wettbewerb ermittelt und müsse nicht zentral gelegen, aber für internationale Gäste gut erreichbar sein, hieß es bei der Vorstellung des Berichts.⁴ Interessensbekundungen gab es bis Mitte Juni offenbar bereits aus Plauen in Sachsen, Magdeburg in Sachsen-Anhalt, aus den thüringischen Städten Eisenach und Mühlhausen (letztere in Kooperation mit der hessischen Stadt Eschwege) und aus Frankfurt (Oder) in Brandenburg, das sich gemeinsam mit dem polnischen Słubice als »Europäische Doppelstadt« versteht.⁵

Im Juli 2021 erfolgte die Zustimmung der bisherigen (schwarz-roten) Bundesregierung zu dem Konzept. Der Bundestag wird sich aber erst in seiner neuen Zusammensetzung nach den Wahlen im September mit dem Projekt befassen können. Im Koalitionsvertrag vom 24.11.2021 hielt die neue, rot-grün-gelbe Koalition an dem Konzept fest. Dort heißt es auf S. 130: »Die Erfahrungen der Ostdeutschen im Wandel und die Bedingungen für gelingende Transformation sollen im neuen »Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation« für zukünftige Herausforderungen erforscht und besser vermittelt werden. Die Standortauswahl soll Anfang 2022 zügig auf den Weg gebracht werden.«⁶

Potenziale und Fallstricke

Mein Text soll die Potenziale, aber auch mögliche Fallstricke einer solchen Einrichtung aufzeigen. Auf welche geschichts- und diskurspolitische Situation reagiert der Vorschlag für dieses Zentrum? Auf welche Defizite in der bisherigen Aufarbeitung ostdeutscher Transformationsgeschichte will,

kann oder müsste es reagieren? Welche Formen der Umsetzung des Vorschlags wären einer solchen Aufgabe angemessen? Welche Fehler in der bisherigen staatlichen Aufarbeitungspolitik gilt es zu vermeiden?

Ich nähere mich diesen Fragen im Folgenden aus der Perspektive meiner eigenen langjährigen forschenden und künstlerischen Beschäftigung mit der Geschichte der Revolution von 1989/90 und ihrer Vor- und Nachgeschichte und verstehe diesen Text als Anregung und Beitrag zu einer hoffentlich regen Diskussion zu dem vorgeschlagenen Zentrum und seinen Themen.

Zwischen Currywurst und Spitzelstaat: Darstellungen von DDR-Geschichte und -Biografien

Der durch die Coronapandemie in den Medien weitgehend untergegangene Bericht der Kommission ist zunächst Zeugnis und sicher auch Produkt einer Öffnung und Diversifizierung des Umgangs mit ostdeutscher Geschichte und ostdeutschen Biografien. Noch die Feierlichkeiten des letzten größten Jubiläums von »Mauerfall und deutscher Einheit« in den Jahren 2014/15 bewegten sich irgendwo zwischen »Trabbi, Mauer und Currywurst« auf der einen und Unrechtsstaat und Diktatur auf der anderen Seite⁷ und verdeutlichten damit auch den Stand der Debatte zur DDR-Geschichte.

Wenn über die DDR gesprochen oder zur DDR geforscht wurde, geschah dies ab 1990 entlang eines aus dem Kalten Krieg übernommenen binären Erzählmusters: hier der freiheitliche Westen als Normalität, dort der totalitäre, repressive Staatsozialismus als historischer Irrweg, der 1989 glücklich und endgültig überwunden wurde. Viele Ostdeutsche – von denen zu diesem Zeitpunkt laut Umfragen 74 Prozent den Sozialismus für »eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde«,⁸ hielten – fanden sich in einer solchen Erzählung aber nicht wieder.

Ihre Lebensleistungen ließen sich in einer auf Repression und Widerstand reduzierten Geschichte weder würdigen noch überhaupt erst einmal erzählen. In den westdeutsch dominierten Medien tauchten ostdeutsche Leben als Klischees auf – oder gar nicht.⁹ Es entstand der »Eindruck« – wie es die Kommission zurückhaltend formulierte –, dass die Ostdeutschen in der öffentlichen Debatte nicht angemessen vorkämen. Und wer meint, durch den starken Fokus auf das Thema Stasi wäre wenigstens die Aufarbeitung dieses einen Themas gelungen, sei an den heftig geführten Streit um die Ernennung Andrej Holms zum Staatssekretär für Wohnen in Berlin 2017 erinnert, der eindrücklich zeigte, dass der gegenwärtige Stand der Debatte

sich eher für tagespolitische Instrumentalisierungen als für eine tatsächliche Verständigung jenseits simpler Opfer-Täter-Schemata eignet.¹⁰

Es ist bitter, dass es anscheinend erst die ab 2015 von Pegida und AfD betriebene Skandalisierung und Funktionalisierung ostdeutscher Fehlentwicklungen brauchte, um eine breitere Debatte zu und Neubewertung der Transformation in Ostdeutschland zu erzwingen. Es ist daher ein wichtiger Schritt nach vorn, dass sich die Kommission mit ihrem Bericht und ihren Vorschlägen der ostdeutschen »Entfremdung und Verdrossenheit« jetzt angenommen hat und diese »klar zu benennen und ihnen möglichst umfassend entgegenzuwirken« als eine zentrale gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe verstanden wissen möchte.

Eine solche Neubewertung müsste aber notwendigerweise mit einer kritischen Befragung der bislang verwendeten Begriffe und Narrative anfangen. So erweist sich, wie ich im Folgenden kurz ausführen möchte, schon das Reduzieren des Umbruchs und der Transformation in Ostdeutschland ab 1989 auf den Begriff der »deutschen Einheit« für eine Würdigung der auch demokratischen Leistungen der Ostdeutschen und eine Bewertung ihres politischen Engagements und Interesses als unzureichend.

Transformationsgeschichte ist Revolutionsgeschichte: die Revolution von 1989/90 als unvollendete demokratische Ermächtigung erzählen

Im April 2019 sprach die Bundesregierung in ihrem Einsetzungsbeschluss zur »Durchführung der Feierlichkeiten ›30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« davon, dass diese »Jubiläumsjahre« auch dazu dienen sollten, ein »Bewusstsein« dafür zu schaffen, »dass die Deutsche Einheit ein Prozess ist, der noch nicht abgeschlossen ist. Die Jubiläumsjahre sollen das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.«¹¹ Doch damit blieben erneut all jene Aspekte und Hoffnungen des Umbruchs von 1989/90 unerwähnt, die über die Übernahme der »real existierende[n] Demokratie vom Rhein« hinausgingen, wie sie Joachim Gauck einmal definierte.¹² Eine solche Erzählung der Revolution von 1989/90 entlässt deren Akteur*innen nicht als Träger einer radikalen und alle gesellschaftlichen Bereiche ergreifenden kollektiven Selbstermächtigung in die Postrevolution, sondern als »Lehrlinge«¹³ oder – buchstäblich – als Kinder.¹⁴ Sie setzt

so den Ton für genau jene eigentlich kritisierte Herabwürdigung von Ostdeutschen fort, welcher die Kommission mit dem geplanten Zentrum entgegenwirken möchte. Es ist insofern ein gutes Zeichen, dass sich die Kommission 2019/20 entschied, die Liste der zu feiernden Ereignisse um eine Reihe weiterer »Meilensteine«, darunter auch das Gründungstreffen des Neuen Forums im September 1989 und die Montagsdemonstrationen am 9. Oktober 1989, zu ergänzen.

Ein solches erweitertes Verständnis der Revolution von 1989/90 sollte sich entsprechend auch in der von der Kommission vorgeschlagenen Würdigung der Transformationsleistungen der Ostdeutschen niederschlagen. Forschung und Dialog im geplanten Zentrum sollten sich neben der Geschichte von 1989/90 als Einheitsgeschichte auch dessen annehmen, was aus dem Umbruch von 1989/90 an uneingelösten Versprechen und vergessenen emanzipatorischen Praxen liegen geblieben ist. Viele der Vorschläge der damals Engagierten für eine ökologische Neugestaltung der Wirtschaft, für eine gerechtere globale Ordnung oder für die in der DDR behauptete, aber nicht erzielte Geschlechtergerechtigkeit sind auf dem eher westdeutsch dominierten Weg in die deutsche Einheit auf der Strecke geblieben – erscheinen aber 30 Jahre später so aktuell wie helllichtig.¹⁵

Kein Gejammer: ostdeutsche Protestgeschichte ab 1989

Mit einem solchen erweiterten Ansatz ließe sich anerkennen, dass die Post-DDR-Bürger*innen ihre Transformationsleistungen nicht nur unter dem Vorzeichen des Verlustes der politischen, kulturellen und sozialen Koordinaten ihres bisherigen Lebens, sondern auch jenes Möglichkeitsraums erbracht haben, den sie sich im Herbst und Winter 1989/90 erkämpft hatten. Die massive ostdeutsche Protestbewegung der frühen 1990er-Jahre ließe sich, statt sie als typisches »Jammerossitum« abzutun, in Kontinuität mit einem demokratischen Selbstbestimmungsanspruch untersuchen, der nach dem 3. Oktober 1990 nicht erlosch, sondern nun vielmehr auf die neuen Verhältnisse angewendet wurde. Circa 150 bis 200 Streiks, Betriebsbesetzungen und andere Proteste pro Jahr zwischen 1991 und 1994¹⁶ müssten in diesem Sinne nicht als eine »zweite Revolution im Osten«¹⁷, sondern als Fortsetzung der ersten analysiert werden.¹⁸

Die Enttäuschung vieler Ostdeutscher nach 1990 entspringt auch der großen Fallhöhe zwischen ihrem 1989 erlernten demokratischen Anspruch und der damals von der Treuhand propagierten Politik wirtschaftlicher Sachzwänge. Statt die begonnenen demokratischen »Experimente« zu ver-

stetigen, wurde der Osten nun zu einem Labor einer so in Europa noch nie gesehenen Privatisierung und Liquidation einer Volkswirtschaft,¹⁹ die – teils bis heute – als alternativlos deklariert wird. Die demokratischen Defizite einer solchen »Transformation von oben«²⁰ müssen in dem geplanten Zentrum diskutierbar werden, wenn die von der Kommission gewünschte Anerkennung ostdeutscher Enttäuschungen und Verletzungen gelingen soll. Der für das Zentrum vorgeschlagene osteuropäische und transnationale Rahmen könnte sich hier als hilfreich erweisen. Die Geschichten der oft erfolgreicherer osteuropäischen Alternativen sind gut geeignet, die behauptete Unumgänglichkeit der ostdeutschen Schockprivatisierung zu überprüfen.²¹

Auch die Frage nach der Politverdrossenheit der Ostdeutschen und ihrem vermeintlich fehlenden politischen Engagement, dem »geringe[n] Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen«, die den Bericht und die Vorschläge der Kommission durchzieht, ließe sich so jenseits abwertender Stereotype noch einmal anders und produktiver darstellen. Die signifikante Protesterfahrung der Ostdeutschen, die sich nach 1990 nicht nur in Anti-Treuhand-Protesten (1991–94), sondern auch in Montagsdemonstrationen gegen den Irakkrieg (2003) und gegen Harz IV (2004) manifestierte, könnte als Zeichen eines durchaus vorhandenen, aber als wenig wirkmächtig erlebten, spezifisch ostdeutschen politischen Engagements untersucht und gewürdigt werden. So ließe sich auch der 2014 begonnenen Aneignung ostdeutschen Protests durch Rechtspopulisten und Rechtsextremisten begeben.

Gegen eine rechte Vereinnahmung: nationale Narrative feiern oder hinterfragen?

Es ist gut, dass die Kommission diese Aneignung und Mobilisierung ostdeutscher Frustrationen problematisiert und ihr mit ihren Vorschlägen und in dem geplanten Zentrum entgegenwirken möchte. In Zeiten, in denen gerade im Osten zivilgesellschaftliches Engagement oft mittels einer kunden Rechts-links-Gleichsetzung diskreditiert und finanziell eher entwertet als gefördert wird, könnte das Zentrum so tatsächlich gegensteuern und ein wichtiges Zeichen setzen.

Der Bericht der Kommission wirft aber Fragen auf, wenn er seine Vorschläge, auch die für das Zukunftszentrum, mit einem Aufruf zu einem stärkeren deutschen Nationalbewusstsein, einem »positiven demokratischen Patriotismus« (im Bericht auf S. 30), einem »heiteren Feiern« (S. 23) des Nationalen verbindet. Hier zeigt sich ein zentrales Problem eines

Handlungskonzeptes, dem sein ursprünglicher Auftrag, das nationale Projekt deutsche Einheit vor allem positiv zu würdigen, noch überdeutlich anzumerken ist.

So leisten der Bericht und seine Vorschläge aus meiner Sicht einem Feiernationalismus Vorschub, der schon in den 1990er-Jahren nicht als harmloses Wohlfühl dispositiv funktioniert hat. Westdeutsche mit türkischen Wurzeln²² und schwarze (Ost-)Deutsche²³ haben damals erleben müssen, wie sie aus dem gemeinsamen Feiern der Revolution im Osten in dem Maße ausgeschlossen wurden, wie daraus das nationale Projekt der »deutschen Wiedervereinigung« wurde. Der Bericht erweckt den Eindruck, als wiederhole die Kommission diese Ausschlüsse nun in Inhalt und Form. Die nahezu »biodeutsche« Zusammensetzung der Kommission zieht auch inhaltliche Schief lagen nach sich. So fehlt mir im Bericht die Anerkennung der Tatsache, dass sich auch Deutsche mit ausländischen Wurzeln und Vertragsarbeiter*innen wie jene, die der Einigungsvertrag aus bilateralen Abkommen der DDR mit Mosambik, Vietnam und Angola in die Ungewissheit entließ, in der Post-DDR ein neues Leben aufbauten.

Ihre Lebensleistungen gehören ebenso zur ostdeutschen Transformationsgeschichte wie auch ihre Erfahrungen mit Rassismus und Neofaschismus, der von dem mit der Einheit verbundenen Aufschwung des Nationalen befördert und von drastischen Einschränkungen des deutschen Asylrechts flankiert wurde. Diese Zusammenhänge zwischen dem Wiedererstarke nationaler Narrative ab 1990 und dem, was in den letzten Jahren unter dem Hashtag »Baseballschläger-Jahre« diskutiert wurde, gehören unbedingt in das Themen- und Forschungsspektrum des geplanten Zentrums, finden aber in Bericht und Vorschlägen keine angemessene Berücksichtigung.

Die fehlende Sensibilisierung und Expertise zu migrantischen Perspektiven schlägt im Bericht leider noch an anderen Stellen negativ zu Buche. So werden Forderungen für mehr Engagement gegen »Fremdenfeindlichkeit« in den Handlungsempfehlungen mit der Notwendigkeit begründet, (ausländische) »Talente« nicht zu verprellen. So knüpft man das Recht von Menschen, nicht rassistisch beleidigt oder angegriffen zu werden, an das Erbringen wirtschaftlicher Leistungen. Und wenn die Notwendigkeit, »Zugewanderte« mit den kulturellen Aktivitäten des Zukunftszentrums zu »erreichen«, damit begründet wird, für diese sei »die Verinnerlichung der europäischen Werte von hoher Bedeutung«, unterstellt das implizit, dass ihnen diese Werte prinzipiell fremd oder äußerlich wären. Solch eine Formulierung ist besonders problematisch, wenn man bedenkt, dass Geflüchtete Europa und seinen praktizierten Werten aktuell häufig als allererstes in Form eines gewaltvollen und oft tödlichen europäischen

Grenzregimes begegnen. Hier sollte sich die Bundesregierung bei der weiteren Planung des Zentrums dringend sensibilisieren und die nötige Expertise einholen.

Die Bewertung der deutschen Einheit und Transformation sollte also in einem Forschungszentrum nicht bereits auf die im Bericht anklingende positive Weise festgeschrieben werden, sondern Inhalte und Ziele sollten eine in alle Denkrichtungen offene und kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung ermöglichen.

Wi(e)der eine Geschichtspolitik von oben? Zur Form des Zentrums und seiner Planung

Das wirft die grundsätzlichere Frage auf, was es heißt, die vorgeschlagene staatliche Förderung von Forschen und Erinnern an eine zentrale Einrichtung und einen repräsentativen Auftrag zu binden. Die Kommission sieht den Vorteil des geplanten zentralen Ansatzes in der Bündelung von Kompetenzen und Aufgaben und der so möglichen Intensivierung des Austauschs. Es ist nachvollziehbar, dass sie so zwischen den sehr unterschiedlichen, teils antagonistischen Narrativen zum und im Osten vermitteln möchte. Aber eine solche Zentralisierung und staatliche Lenkung des Erinnerns birgt auch Gefahren.

Die Sensibilität gegenüber Versuchen einer staatlich gelenkten Geschichtsdeutung oder gar Belehrung oder Umerziehung ist aus meiner Sicht im Osten zu Recht groß.²⁴ Die Transformationsleistungen, die im Zentrum gewürdigt werden sollen, sind von Ostdeutschen von unten und oft entgegen staatlicher Politiken erbracht worden. Dem gilt es, auch in der Form ihrer Aufarbeitung Rechnung zu tragen. Das Bemühen darum ist dem Vorschlag an vielen Stellen anzumerken. Aber es gerät in Konflikt mit dem bereits erwähnten Primat einer prinzipiell positiven Bewertung der deutschen Einheit.

Was passiert mit Stimmen, die ihre Kritik nicht in ein solches Narrativ vereinnahmt wissen wollen? Kritischen Stimmen innerhalb der Arbeit des Zentrums Raum zu geben, ist nötig und wichtig, aber es braucht auch eine kritische und gleichberechtigte Auseinandersetzung zwischen dem Zentrum und anderen Ansätzen, Akteur*innen und Institutionen. Letztendlich geht es um ein breites, auch widerspruchsvolles Mosaik.

Wenn das Zentrum das Erinnern und die Forschung zur Transformation auf die im Bericht anklingende Weise an einen staatlichen Auftrag bindet, dann könnte es im Hinblick auf die geforderte größere Vielfalt

möglicherweise mehr Schaden anrichten als helfen. Fatal wäre zum Beispiel, wenn anderen Akteur*innen im Zuge der Einrichtung des Zentrums Gelder zur Bearbeitung vergleichbarer Themen entzogen oder Projektanträge bei anderen, offeneren Förderungen mit Verweis auf dessen Existenz abgelehnt würden.

Genau diese Wirkung ist in den vergangenen Jahren aber bereits einem prominenten ostdeutschen Erinnerungsprojekt vorgeworfen worden: der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.²⁵ Ihre Geschichte bietet ein wichtiges Beispiel für die Probleme, die mit an einen staatlichen Auftrag geknüpften Aufarbeitungsprojekten einhergehen können. Die Stiftung wurde 1998, ebenfalls aufgrund der Empfehlungen zweier von der Bundesregierung eingesetzter (Enquete-)Kommissionen, gegründet. Sie stellt seither Gelder zur Erforschung der DDR-Geschichte bereit, bindet diese aber aus Sicht ihrer Kritiker*innen auch an die Lesart, die ihr bereits im Namen eingeschrieben ist.

Sie hat so maßgeblich zu der oben beschriebenen, von vielen Ostdeutschen als zu eng empfundenen Ausrichtung der DDR-Geschichtsschreibung beigetragen. Der DDR-Bürgerrechtler und Historiker Thomas Klein hat im Herbst 2020 beschrieben, wie kleinere und prekärere nichtstaatliche Akteure der Aufarbeitung aus bürgerbewegten Kreisen, die andere Ansätze der Historisierung verfolgen hätten können und auch wollten, sich entweder in Antizipation »der Erwartungen der fördernden Einrichtung« oder unter politischem Druck den Vorgaben dieses wichtigsten Geldgebers beugten.²⁶

Auch der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk – eine der bekanntesten Stimmen der bisherigen DDR-Aufarbeitung und zeitweise Mitglied der Kommission – hat der Stiftung 2016 am Beispiel einer Buchproduktion »Geschichtspolitik« im Sinne einer Monopolisierung und Verstaatlichung der DDR-Forschung vorgeworfen.²⁷ Problematisch ist hier also nicht der inhaltliche Fokus auf Repression und deren Opfer an sich, sondern dass dieser durch die privilegierte Stellung der Stiftung den Platz einer breiter gefächerten DDR-Aufarbeitung einnimmt. Die Bundesregierung und die mit der Planung des Zentrums Beauftragten sollten auf diese Vorerfahrungen achten und deutlicher als im vorliegenden Bericht erklären, wie man vergleichbaren Prozessen in Bezug auf das geplante Zentrum vorbeugen und eine diverse und kontroverse Debatte zur Aufarbeitung der Nachwende innerhalb und jenseits des geplanten Zentrums gewährleisten möchte.

Fazit: von der Aufarbeitung in die Debatte

In einem Interview anlässlich seiner Amtseinsetzung 2017 lehnte der Berliner Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, die Forderung nach einer Aufarbeitung der Verwerfungen der Nachwendezeit noch mit der Begründung ab, dies sei nicht Aufgabe eines Beauftragten, sondern Gegenstand der »politischen Auseinandersetzung« und einer »demokratisch legitimierte[n] politische[n] Willensbildung und Entscheidungsfindung«.²⁸ Doch was ist Aufarbeitung, wenn sie Letzteres nicht ist? Und was heißt es, wenn nun doch auch die Geschichte ab 1990 zum Gegenstand vergleichbarer staatlicher Erinnerungspolitik gemacht wird?

Im Idealfall könnten neu ausgerichtete Fördermechanismen dazu beitragen, Ostdeutsche endlich vom Objekt zum Subjekt von Geschichtsschreibung und Zukunftsplanung werden zu lassen. Forschung und kulturelle Programme könnten die Erfahrung von Revolution und Transformation zum Ausgangspunkt einer kritischen Befragung des krisenbehafteten Heute machen.

Um der Idee einer Einrichtung gerecht zu werden, die nah an den Lebenserfahrungen der Ostdeutschen in all ihren Facetten angesiedelt wäre, sollte die Debatte zur Ausrichtung und Gestaltung eines solchen Zentrums allerdings nicht, wie aktuell geplant, nur von einer kleinen, vom Bundesinnenministerium »gelenkten« eingesetzten Arbeitsgruppe, sondern von einer breiten Öffentlichkeit geführt werden. Dem Zentrum eine Form zu geben, die ihrem inhaltlichen Fokus, der Transformationsleistung der Ostdeutschen, entspräche, hieße, seine Planung und das Gespräch zu den damit verbundenen Wünschen und Befürchtungen möglichst öffentlich, möglichst ergebnisoffen und möglichst »von unten« zu gestalten. Mein Text versteht sich als Beitrag – auch Aufruf – zu einem solchen Austausch.

Erschienen im Deutschland Archiv Online am 21.6.2021 und geringfügig ergänzt am 24.11.2021.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«, Berlin, 7.12.2020.
- 2 Bundesregierung, Stellungnahme zum 'Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«, Drucksache 19/28060, 23.3.2021. Behandelt im Bundeskabinett am 17.3.2021, TOP 4, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/kabinettsitzungen/themen-im-bundeskabinett-ergebnisse-1877668>, zuletzt aufgerufen am 5.6.2021.
- 3 Vgl. FAZ online vom 16.6.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zentrum-zur-deutschen-einheit-in-ostdeutschland-geplant-17392914.html>, zuletzt aufgerufen am 21.6.2021.
- 4 Vgl. Zeit-online vom 16.6.2021, <https://www.zeit.de/news/2021-06/16/zukunftszentrum-deutsche-einheit-soll-im-osten-entstehen>, zuletzt aufgerufen am 21.6.2021.
- 5 Vgl. Märkische Oderzeitung vom 19.6.2021, in: <https://www.pressreader.com/germany/maerkische-oderzeitung-strausberg/20210619/281784222050070>, zuletzt aufgerufen am 21.6.2021.
- 6 Vgl. <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Koalitionsvertrag-SPD-GRUENE-FDP-2021-2025.pdf>, S. 130, Zugriff am 24.11.2021. Der Absatz lautet komplett: »Wir verbessern die Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in allen Bereichen. Für die Ebene des Bundes legen wir bis Ende 2022 ein Konzept zur Umsetzung vor. Die Erfahrungen der Ostdeutschen im Wandel und die Bedingungen für gelingende Transformation sollen im neuen ›Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation‹ für zukünftige Herausforderungen erforscht und besser vermittelt werden. Die Standortauschreibung soll Anfang 2022 zügig auf den Weg gebracht werden. Neue und zu erweiternde Bundes- und Forschungseinrichtungen siedeln wir bevorzugt in den ostdeutschen Bundesländern und strukturschwachen Regionen an, bis ein dem Bevölkerungsanteil entsprechender Stand erreicht ist. Die Bundesregierung wird zur Umsetzung bis spätestens Mitte 2022 ein Konzept mit objektiven Kriterien vorlegen.«
- 7 Siehe: 25 Jahre Deutsche Einheit, <http://www.mauerfall-berlin.de/deutsche-einheit/25-jahre-deutsche-einheit-2015/>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 8 Vgl. In deutschen Köpfen: Wie Ost und West seit der Einheit denken, Statistiken 1991 bis 2010, in: www.zeit.de/gesellschaft/deutschland-ost-west-umfragen.html, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 9 Diese mediale (Nicht-)Behandlung ostdeutscher Themen ist in den letzten Jahren vielfach problematisiert worden; siehe z. B. Stefan Locke, Wie aus dem Kongo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/wie-berichten-medienueber-ostdeutschland-16981516.html>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 10 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, »Einmal Stasi – immer Stasi?«, bpb 17.3.2017, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/240047/einmal-stasi-immer-stasi>, zuletzt aufgerufen am 10.6.2021, und: Elske Rosenfeld, Zur »Causa Holm«, Teil 1, auf: Dissidencies (blog), 20.12.2016, <http://dissidencies.net/causa-holm-1/>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 11 Vgl. Fußnote 2, Abschlussbericht, S. 106.
- 12 Vgl. Deutscher Bundestag – Rede von Joachim Gauck, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 9.11.1999, <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/gorbatschow/gauck-247418>, zuletzt aufgerufen am 21.4.2021.
- 13 Ebenda.
- 14 Boris Buden beschreibt diesen Vorgang in Zone des Übergangs: Vom Ende des Postkommunismus, Frankfurt/M. 2009, S. 34.
- 15 Vgl. Elske Rosenfeld, Noch einmal eintauchen in die Zeit der Wende, in: Der Tagesspiegel, 7.3.2019, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/haus-der-berliner-festspiele-noch-einmal-eintauchen-in-die-zeit-der-wende/24073106.html>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.

- 16 Vgl. Jörg Roesler, Die kurze Zeit der Wirtschaftsdemokratie. Zur »Revolution von unten« in Kombinat und Betrieben der DDR während des 1. Halbjahres 1990, Berlin 2005, S. 46f.
- 17 Diese Formulierung benutzte der Moderator eines TV-Interviews mit Detlev Karsten Rohwedder in Bezug auf die Proteste im Frühjahr 1991 – zu sehen in der Netflix-Dokuserie »Rohwedder: Einigkeit und Mord und Freiheit« (2020).
- 18 Auch Klaus Wolfram, u. a. Vertreter des Neuen Forums am Zentralen Runden Tisch, benennt die Proteste gegen die Schließung des Kaliwerks in Bischofferode 1993 als eigentliches Ende der Revolution von 1989/90; siehe: Klaus Wolfram/Elske Rosenfeld/Jan Wenzel, Das Gewicht der Stimmen: Wie die Bürgerbewegungen 1990 einen Verfassungsentwurf und neue Öffentlichkeiten schufen, Berlin 2020, <https://www.berlinerfestspiele.de/de/berliner-festspiele/die-institution/publikationen/publikationen.html>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 19 Vgl. hierzu: Karl-Heinz Paqué, Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, München 2009, S. 41.
- 20 Vgl. zur Begrifflichkeit der Transformation »von oben« Michael Frisch/Michael Wyrwich, Ein langer Weg – Anpassungsprobleme in der ostdeutschen Unternehmenslandschaft, in: bpb-Dossier: Lange Wege der Deutschen Einheit 13.5.2020, <https://www.bpb.de/47208>, zuletzt aufgerufen am 8.5.2021.
- 21 Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler bezeichnet es als »Paradoxon«, dass das deutsche Transformationsmodell trotz wesentlich besserer Ausgangsbedingungen im osteuropäischen Vergleich, gemessen z. B. am Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer, eher mittelmäßig abschneidet. In: Das ostdeutsche Paradoxon, Berlin 2016, S. 43. Siehe dazu auch: Philipp Ther, Der Preis der Einheit – Die deutsche Schocktherapie im ostmitteleuropäischen Vergleich, Deutschland Archiv vom 20.3.2020.
- 22 Siehe zum Beispiel Interviews mit türkischstämmigen Westberlinern in Can Candans Dokumentarfilm Duvarlar-Mauern-Walls (2000).
- 23 Interview mit Peggy Piesche über Lesben in der DDR: »Sichtbarkeit kann niemals nur die eigene sein«, in: Mädchenmannschaft (blog), 26.5.2015, <https://maedchenmannschaft.net/interview-peggy-piesche-lesben-in-der-ddr-sichtbarkeit-kann-niemals-nur-die-eigene-sein/>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 24 Siehe zum Beispiel Leserkommentare unter meinem Beitrag zum Thema in der Wochenzeitschrift Der Freitag: Elske Rosenfeld, Transformation – Post-DDR-Geschichte wird gemacht', 17.2.2021, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/post-ddr-geschichte-wird-gemacht>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 25 Ilko Sascha Kowalczuk, Historikerstreit über DDR-Forschung: Die Aufarbeitung ist gescheitert, in: Die Tageszeitung, 20.4.2016, <http://www.taz.de/!5293270/>, zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 26 Thomas Klein, Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, telegraph (blog), 29.10.2020, <https://telegraph.cc/erinnerungen-an-eine-revolution-oder-geschichte-einer-entfremdung/> zuletzt aufgerufen 21.4.2021.
- 27 Kowalczuk, Historikerstreit über DDR-Forschung (Anm. 26).
- 28 Thomas Rogalla, Interview mit Tom Sello: »Das Beste an der DDR war ihr Ende«, in: Berliner Zeitung, 27.11.2017, <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/interview-mit-tom-sello--das-beste-an-der-ddr-war-ihr-ende--28956728>, zuletzt aufgerufen 21.4.21.



Ostberliner Grenzpolizisten und Westberliner Polizisten Mitte November 1989 an der nunmehr geöffneten Mauer in Zehlendorf

Bernd Finger

Berliner Polizei-Einheit

Ausschnitte aus einer Zeitzeugenchronik: Berlins Magistrat und die innere Sicherheit nach dem Mauerfall

Seit 1987 befand ich mich nach Berufung durch den seinerzeitigen Polizeipräsidenten Georg Schertz an der Polizeischule in Berlin-Spandau als Ausbildungsleiter Kriminalpolizei, unter anderem zuständig für die Ausbildung des höheren Dienstes der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei im 1. Studienjahr. In diesem Kontext ergab sich rund vier Wochen nach dem 9. November 1989, der Nacht des Mauerfalls, meine erste Dienstreise in die DDR. Sie führte am 6. Dezember 1989 nach Neustrelitz an die dortige Ausbildungsstätte der Kasernierten Volkspolizei, der Bereitschaftspolizei

und anderer Einheiten. Es ging um eine erste Kontaktaufnahme, von unserer Seite initiiert, zum Einblick in das Ausbildungswesen der Deutschen Volkspolizei. Und es ging natürlich um erste »Brückenbauten«.

Wir fuhrten mit einem »FuStw«, das war ein minzgrün-weißer Bully mit abgeklebtem Hoheitszeichen und abgeklebten Blaulicht in Zivilkleidung und ohne Dienstwaffen und Funk, Handys gab es ja noch nicht. Wir erlebten einen großen Empfang in Neustrelitz und erzeugten großes Staunen, wir erlebten Beifallsklatschen der Bevölkerung auf der Hin- und Rückfahrt durch die DDR.

In den nächsten Wochen und Monaten war ich intensiv damit befasst, die Einstellungsbedingungen, Ausbildungswege, Lehrinhalte usw. der jeweiligen Dienstzweige der Deutschen Volkspolizei und anderer Sicherheitsorgane der DDR zu untersuchen. Gibt es Möglichkeiten eines geregelten Nebeneinanders, vielleicht einer Hospitation oder am Ende sogar Kooperation?

Ein erstes Gipfeltreffen

Schon 14 Tage später, am 20. Dezember 1989, fand der erste sogenannte Polizeigipfel Berlin Ost/West statt mit Vertretern des höheren Dienstes aus den Präsidien und Stäben. Am Vortag war der Präsident des Präsidiums der Volkspolizei, Friedhelm Rausch, wegen seiner Mitverantwortung an den Polizeiübergriffen vom 7. und 8. Oktober 1989 zurückgetreten. An jenem Abend des Nationalfeiertags der DDR waren Ostberliner Sicherheitskräfte massiv gegen Demonstrierende vorgegangen. BürgerrechtlerInnen hatten das dokumentiert.

Die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete als Ergebnis dieses ersten Ost-West-Berliner Polizeigipfels: »Polizei- und Justizbehörden befürworten baldigen Abschluss eines Rechtshilfeabkommens«. Eine weitere Meldung bezog sich auf eine Nebenwirkung der nunmehr offenen Grenze: »In den letzten 14 Tagen mehr als 3700 Ladendiebe in Berlin-West, davon jeder zweite Bürger der DDR«. Doch auch in entgegengesetzter Richtung bewegten sich Kriminelle (West) aller Deliktsfelder, Glücksritter und fliegende Händler in den weitgehend ungesicherten beziehungsweise unvorbereiteten, manche sagen ahnungslosen Osten. Der Fall des Eisernen Vorhangs – so glücklich alle darüber waren – öffnete aber auch den freien, weitgehend unkontrollierten Zu- und Abgang für Täter, Tatmittel und Beute in transnationaler Dimension.

Es ergab sich die Frage im Westen: Ist die Zunahme der Kriminalität der Preis der Einheit, den wir zahlen müssen? Und im Osten: Ist die Zunahme der Kriminalität der Preis der Freiheit, den wir zahlen müssen?

Die Polizeilichen Kriminalstatistiken schnellten somit Ende 1989 und 1990/1991 in Ost- und Westdeutschland rasant hoch, allein in Berlin-West wurden im November und Dezember 1989 36 000 mehr Straftaten gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres erfasst. Nebenbei verzeichneten die Vermisstenstellen Ost und West eine rasante Zunahme der Vermisstenanzeigen. Die offenen Grenzen führten zu spontanen Reiseentschlüssen, um die neue Freiheit zu genießen, waren aber nicht immer im Freundes- oder Familienkreis abgesprochen.

Intransparente Entwaffnung im Osten

Am 8. Januar 1990 tagte zum sechsten Mal der Zentrale Runden Tisch der DDR.

Es ging um die Waffen der »Bewaffneten Organe der DDR«, überwiegend klassifiziert als Kriegswaffen, aber auch um die Abhörtechnik, Geheimschriftsichtgeräte, akustische und visuelle Aufnahmetechnik, Lichtschranken Sprengsätze, andere konspirative Einsatzmittel und vieles mehr, mit dem die Organe, insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit, ausgerüstet waren.

Es stellt sich später im Zuge einer entsprechenden Bund-/Länderumfrage des Jahres 1991 heraus, dass der Verbleib insbesondere der Spezialtechnik nicht mehr nachvollzogen werden konnte. Fest stand, dass bei einem Teil der Transporte die Volkspolizei diese durchgeführt oder zumindest begleitet hat.

Während der folgenden Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 8. Januar 1990 gab es eine auffällige Häufung von Bombendrohungen mit der Folge der Sitzungsunterbrechung. Der Zivilbeauftragte des DDR-Ministerrats und Regierungsbeauftragte der Modrow-Regierung, Peter Koch, sollte aus dem Arbeitsstab zur Auflösung des von Modrow im November 1989 zum Amt für Nationale Sicherheit (AFNS) umbenannten MfS berichten:

»Es ist derzeit so, dass grundsätzlich alle Waffen der ehemaligen Kreisämter und der ehemaligen Bezirksämter in Objekten bei der Deutschen Volkspolizei bzw. in NVA-Objekten eingelagert und unter sicherem Verschluss sind.« Was aber bedeutete »grundsätzlich«?

Die »Bewaffneten Organe der DDR« und der Verbleib ihrer Waffen aller Art sollte zu einer Kernaufgabe meiner Tätigkeit im Magistrat werden und ein ständiges Augenmerk im Vollziehen einer konsequenten Konversion erfordern. Die Konversion gliederte sich in den zentralen Bereich für die Nationale Volksarmee und die gesamtstaatlich unterstellten »Bewaffne-

ten Organe«, aber auch in regionale Zuständigkeiten in den Bezirken der DDR, in Berlin-Ost des Magistrats.

Ein Projektverbund »Konversionsatlas Berlin« sollte versuchen, mithilfe des Magistrats die noch genutzte militärische Infrastruktur im Berliner Raum zu erfassen und öffentlich darzustellen. Berlin sollte, so das Ziel, zu einem gesamteuropäischen, internationalen Symbolort für Entmilitarisierung und Friedenspolitik der Weltmächte und der beiden Teile Deutschlands werden. Wir versuchten in der Magistratsinnenverwaltung, unseren kleinen Beitrag dafür zu leisten.

Später gingen uns im Magistrat Übersichten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der DDR vom 12. und 16. März 1990 zu über die »Inverwahrnahme der Jagdwaffen von leitenden Kadern des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit«. Die Stückzahl betrug (nur) 86 – waren das alle? Niemand konnte das garantieren.

Vermeehrt Bombendrohungen

Ein im Ostteil der Stadt nahezu neues Phänomen waren anonyme Bombendrohungen. Die Westseite sicherte Unterstützung bei der Gefährdungsbewertung zu, die nach bestimmten Kriterien Ausschlag gab, ob und welche Maßnahmen polizeilich und/oder vonseiten der Hausrechtshaber ergriffen werden sollten.

Es wurde eine direkte gegenseitige Telefaxverbindung vereinbart und der tägliche Austausch der Polizeipressemeldungen und des sogenannten Pressespiegels vereinbart. Auch ein erster Abgleich der unterschiedlichen Organisationsstrukturen und der Personalstärken wurde möglich.

Ein Teil der ehemaligen Nomenklatura der Partei- und Staatsführung befand sich zu dieser Zeit bereits in Untersuchungshaft der DDR. Das Präsidium der Volkspolizei formulierte dazu lakonisch in seinem Halbjahresbericht 1990: »Die strenge Bewachung der sich in Untersuchungshaft befindenen beziehungsweise noch befindlichen Mitglieder der ehemaligen SED-Partei und Staatsführung war jederzeit gewährleistet.«

Weiter wurden vom Präsidium der Volkspolizei folgende neue Einsatzfelder aufgezählt:

»... wachsende Verflechtung der Kriminalitätsräume beider Teile der Stadt bei gleichzeitiger Brutalität bei Begehung von Straftaten, gewalttätige Ausschreitungen, Anwendung organisierter Gewalt gegen die Polizei, antisemitische Schmierereien, Verherrlichung des Faschismus und Gewaltanwendung gegenüber bezie-

hungsweise zwischen Ausländern, Hausbesetzungen, massenhafte Spekulation mit Mark der DDR, illegaler Handel mit Konsumerzeugnissen westlicher Herkunft, verstärkte illegale Einreise von Ausländern (Ost- und Südeuropa), erstmaliges Auftreten von bettelnden Frauen und Kindern (überwiegend handelt es sich um Ausländer aus Ost- und Südeuropa)«.

Am 14. Februar 1990 erleichterten sich für uns die »Grenzüberschreitungen«. Der Geheimschutzbeauftragte im Dezernat Präsidiale Angelegenheiten (Dez P 3) des Polizeipräsidiiums (West) gab mit Fernschreiben bekannt, dass ab sofort Fahrten in und durch den kommunistischen Machtbereich nicht mehr anzeigepflichtig seien. Eine Sonderregelung für Angehörige des Polizeilichen Staatsschutzes blieb allerdings in Kraft. Auch die Meldepflicht an den Großen Lagedienst (Dez LD 1) von Kontakten zu Angehörigen der Volkspolizei vom 29. Januar 1990 blieb bestehen.

Am selben Tag geschah etwas für DDR-Verhältnisse »Unerhörtes«: Einem Demonstrationsaufruf der neu gegründeten Gewerkschaft der Volkspolizei folgten in der Ostberliner Innenstadt circa 3000 Volkspolizisten und Feuerwehrleute. Sie forderten bessere Arbeitsbedingungen und Maßnahmen zur Verbesserung ihres Ansehens in der Bevölkerung.

Am 6. Mai 1990 fanden die ersten freien Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der Hauptstadt der DDR und erste freie Kommunalwahlen für die Stadtbezirksversammlungen in den Stadtbezirken Berlin-Ost statt. Das Ergebnis: SPD 34,4 Prozent, PDS 30,0 Prozent, CDU 17,7 Prozent, Bündnis 90 (9,9), Grüne Liste (2,7). Aufgrund der notwendigen 2/3-Mehrheit ergab sich eine Große Koalition – SPD mit CDU. Eine PDS-Beteiligung an der Regierung, dem Magistrat von Berlin, hatten SPD und CDU von vornherein politisch ausgeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss umgehend die Einrichtung eines Ausschusses »Einheit Berlins«, »... um den historischen Prozess der Zusammenführung der beiden Stadthälften zügig zu gestalten ...«. Dies galt insbesondere für die Verwaltungen und uns, die Polizei.

Aber es hieß auch: »In den Amtsstuben und Rathäusern darf kein Platz mehr für Leute sein, die im alten Unrechtsstaat politische Verantwortung für Machtmissbrauch, Schikane und gewaltsame Unterdrückung getragen haben«, so die damalige Formulierung in einem Flyer des damaligen Stadtrats für Inneres, Thomas Krüger, zum Thema »Demokratisierung der Verwaltung«.

Die täglichen Leitungsrunden mit dem Stadtrat, in denen alle Abteilungen der Magistratsinnenverwaltung sowie der Pressesprecher/Öffentlichkeitsarbeit vertreten waren, erlebte ich als Kernzelle der Demokratisierung aller magistralen Bereiche und Gliederungseinheiten.

Im Juni 1990 merkten wir dann sehr schnell, wie die verbliebenen Mitarbeitenden in den Verwaltungen die von uns gegebenen Informationen geradezu aufsaugten. Wir bekamen ein Gespür dafür, welche Dienstseinheiten noch nach DDR-Duktus geführt und teilweise wie kleine Inseln ideologisch abgeschottet wurden, welche Mitarbeitenden erst aufgeschlossen und sicher gemacht werden mussten auf dem neuen, demokratischen Weg in den freiheitlichen Rechtsstaat, auf dem wir uns alle bewegten.

Ideologisch noch auf Linie getrimmt

Wir machten also Mut, versuchten auch in unübersichtlicher Lage Chancen zu eröffnen, indem wir Rahmenbedingungen aufzeigten und Wege in einen sicheren Arbeitsplatz ebneten, ohne die Probleme eines derartigen Systemwechsels zu negieren oder kleinzureden, damit Vertrauen zu verspielen. Schönfärberei kannten die Menschen nur zur Genüge von der überwundenen Staats- und Parteiführung. So hörten wir, dass allein im Präsidium der Volkspolizei rund 170 Mitarbeitende das sogenannte Politorgan bildeten, also für die linientreue Ausrichtung an der SED-Doktrin in den Organisationseinheiten der Volkspolizei in Berlin zu sorgen hatten.

Die jeweiligen »Leiter Polit«, der »Politischen Arbeit«, waren im sogenannten Politorgan auf allen Ebenen angesiedelt und gefürchtet. Sie übten in der Regel als Mitglieder der Kreisleitung der Partei, der Kreiskontrollkommission oder Leiter einer Parteigrundorganisation (GOL) Macht in der Volkspolizei und über sie aus. An der Spitze der Hierarchie standen Kader der Sicherheitsabteilung des ZK der SED. Und bis hinunter in jedes Volkspolizei-Kreisamt bzw. in Berlin-Ost in jede Volkspolizeiinspektion (VPI) saß ein Verbindungsoffizier der Staatssicherheit, der dem Kreisamtsbeziehungsweise VPI-Leiter zwar nicht förmlich vorgesetzt war, aber ohne seine Zustimmung kam die Kreis- beziehungsweise VPI-Einsatzleitung nicht aus.

Den Vorsitz der regelmäßigen Beratungen auf der jeweiligen horizontalen Ebene führte der 1. Sekretär der SED, der 2. Sekretär der SED war für Sicherheitsfragen zuständig. Ihm unterstand auch die Stasi als »Schild und Schwert der Partei« in der jeweiligen Organisationsebene. Es hat nicht zum Erstaunen geführt, dass es gleich im Anschluss an die erste freie Volkskammerwahl vom 18. März 1990 eine erste Kündigungswelle in der Volkspolizei gab und – nach der freien Wahl zur Stadtverordnetenversammlung – auch in den Magistratsverwaltungen und nachgeordneten Einrichtungen.

Das Konzept der Vermischung

In einer der nächsten Leitungsrunden beim Stadtrat in der Ferdinand-Schultze-Straße wuchs die Idee der »Vermischung« von Dienstkräften aus der unteren Arbeitsebene der Polizeien Ost und West in ihren jeweiligen Basisdienststellen: kennenlernen und lernen, machen und mitmachen, gemeinsam erfolgreich werden ...

Wir, »MagInn« und »SenInn«, hielten diese – geordnete – Form des wechselseitigen Kennenlernens der Polizisten Ost und West auch für dringlich, weil uns Berichte bekannt wurden, wonach es unterhalb der Behördenschwellen bereits Eisbeinessen, Trinkgelage und sonstige Verbrüderungsaktionen gegeben habe, teils mit Personenkreisen, die sich noch nicht der Demokratisierung gestellt hatten. Bei diesen informellen Treffen wurde ein Mythos geboren und fortan zelebriert, der des aufrechten Polizisten, der, ob Ost oder West, doch dasselbe mache, nämlich für Recht und Ordnung Sorge und für Sicherheit: »Polizeiruf 110« und »Tatort« in Koproduktion.

Kein Wort darüber, dass Polizei im real existierenden Sozialismus unter Führung der Partei der Arbeiterklasse soeben noch Teil des Repressionsapparats war. Manche fühlten sich von »ihrer« Partei verraten und verkauft. Dann sagten sie sich: Eine Polizei – oder je nachdem einen Geheimdienst – braucht doch jeder Staat. Sonst kracht doch alles zusammen ... Ihr werdet schon sehen ...

Wir konnten diesen – emotional sicherlich entlastenden – Brückenbau, der nicht nur die Polizei erfasste, durchaus einordnen als Versuch eines ersten Kontaktaufnehmens und als Ausdruck der Hoffnung auf ein späteres, möglichst lineares und ungeschorenes Zusammenwachsen.

Meiner Abteilung MagInn III wegen des Arbeitszusammenhangs benachbart war die »Projektgruppe Besondere Sicherheitsaufgaben«, MagInn IV. Sie wurde geleitet vom Bürgerrechtler Werner Fischer, der 1988 zusammen mit Bärbel Bohley zwangsweise von der DDR-Regierung ausgebürgert worden war, ebenso wie Ralf Hirsch.

Werner Fischer, seine Mitarbeitenden Gisela Metz, Peter Neumann und ich arbeiteten eng zusammen, mit uns viele andere ehemalige DDR-Oppositionelle und Bürgerrechtler, darunter Roland Jahn, der bis in den Juni 2021 amtierender Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (BStU) war.

Anschlag auf Bürgerrechtler

Auf Werner Fischer wurde »von unbekannter Hand« sogar noch nach der Wiedervereinigung ein Anschlag verübt. Am 1. November 1990 parkte er seinen Dienst-Lada in gewohnter Weise seitlich neben dem Roten Rathaus auf öffentlichem Straßenland und wollte zu einem Dienstermin. Nach kurzer Zeit kam er kalkweiß und schlotternd zurück ins Rote Rathaus. Die Radmuttern aller vier Räder waren gelockert, er konnte den Lada gerade noch in die nahe Fahrbereitschaft des Magistrats steuern. Am Dienstfahrzeug des Stadtrats wurde an einem anderen Tatort, aber in derselben Nacht, aus zwei Reifen die Luft abgelassen, sodass das Fahrzeug nicht mehr fahrfähig war. Das Handbuch der Stasi nannte das »Destabilisierungs- und Zersetzungsmaßnahmen«.

Das Lockern von Radmuttern war ein übliches Zersetzungsmittel, das die Staatssicherheit »feindlich-negativen Kräften« zuteilwerden ließ. Auch in den Bezirken der DDR meldeten Mitglieder der Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung eigentümliche Verkehrsunfälle und ähnliche Anschläge auf ihre Fahrzeuge. Wir gaben sofort eine Gefahrenmeldung in die Öffentlichkeit.

Geheime Rathausräume

Stadtweit wurden ständig konspirative Wohnungen und sonstige Räumlichkeiten des MfS entdeckt, wiederholt in irgendwelchen Kellern, Dachgeschossen, Garagenanlagen und so weiter, um die wir uns als Magistratsinnenverwaltung zusammen mit der Bauverwaltung kümmern mussten. So wandten sich im Juli 1990 in Reihenfolge einzelne Stadtbezirksbürgermeister an uns, nachdem sie bei Raumbegehung in ihren Rathäusern in der Regel in Untergeschossen nicht zugängliche, verschlossene, mit sogenannten Petschaften versiegelte Räume entdeckt hatten, zu denen sie als neue Hausrechtsinhaber keine Schlüssel hatten und zu denen ihnen von unbekanntem, sich nicht legitimierenden Personen der Zutritt verweigert wurde.

Die Abteilung MagInn III bildete umgehend unter Leitung meines Referats MagInn III B eine kleine mobile Arbeitsgruppe. Sie suchte fortan die zentralen und dezentralen Liegenschaften des Magistrats einschließlich der Rathäuser auf und überprüfte mit Hinzuziehung fernmeldetechnischer Spezialkräfte die Kommunikationsanlagen. Jede dieser Einrichtungen hatte entsprechend abgeschottete, zur Tarnung mit Petschaften des Magistrats versiegelte Zugänge – auch im Roten Rathaus. Selbst der Oberbür-

germeister und wir in den dort untergebrachten Magistratsverwaltungen konnten nicht mehr ausschließen, in unserer Bürokommunikation überwacht worden zu sein. In einigen der entdeckten Räume wurden sogar Dienstkräfte angetroffen, die gerade Kopfhörer aufhatten, mithörten und auf Tonträgern mitschnitten. Zur weiteren Ausstattung gehörten Chiffriergeräte und die entsprechenden Codierunterlagen. Die Anlagen ermöglichten das Empfangen und Versenden geheimeschützter Nachrichten.

»Verschwundene« Mitarbeitende

Beim weiteren Rundgang trafen wir in den Magistratsreferaten und Sachgebieten meiner Abteilung MagInn III fast keine Mitarbeitenden mehr an, die Leitungskader waren spätestens im Juni 1990, also kurz vor unserem Eintreffen, auf wundersame Weise verschwunden.

Einige wurden später in anderen Magistratsbereichen wiedergefunden, wo sie sich selbst im Dienstrang auf die »unverdächtige Ebene« herabgestuft hatten. Kaderübersichten, Kaderpläne oder Ähnliches gab es nicht, lediglich fragmentarische Telefonlisten des Altmagistrats auf eigentümlich vergilbtem Papier, vielfach nicht aktuell. Selbst die Türschilder waren entfernt, mindestens die Namen. Wie ich hörte, ging das auch anderen Magistratsabteilungen so, die systemnahe Aufgaben wahrgenommen hatten. Wir diskutierten, ob es nicht sogar ein Vorteil sei, das historisch Neue nicht mit dem alten Apparat anfangen zu müssen, sondern neu aufzusetzen. Andererseits wollten wir so viele Mitarbeitende wie vertretbar und dementsprechend möglich in die Demokratisierung mitnehmen.

In einer »Polizeired« vor Führungskräften formulierte das Thomas Krüger so:

»Es muss in der Zukunft unser Ziel sein, einen für alle Beteiligten produktiven Dialog nach Innen und nach Außen hin herzustellen [...] 1. Erste Priorität hat die Frage, wie stelle ich das verloren gegangene Vertrauen nach Innen und nach Außen wieder her?

2. Wie gehen Sie als Polizist mit ihrer eigenen Vergangenheit um? Welche Fragen zu ihrer Rolle innerhalb eines demokratischen Rechtsstaats ergeben sich daraus und wie kann man das Berufsbild des Polizisten wieder mit Phantasie und Kreativität besetzen?«

Es folgte die Auflösung der »Politischen Abteilung« (Polit-Organ), der Abteilung Kampfgruppen, der Abteilung Planung und Operative Planung (Landesverteidigung). Vorbereitet wurde die Auflösung des Dienstzweiges

Betriebsschutz und die Herauslösung der Abteilungen Strafvollzug, Pass- und Meldewesen und der Zulassungsstelle der Verkehrspolizei.

Aber es sollte und musste sich auch etwas in den Köpfen ändern. Auch dazu gab es erste, begrüßenswerte Ansätze, die wir förderten. Es entstand im Präsidium eine »Konzeption der VP Berlin für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als Grundvoraussetzung für die Erneuerung der Gesellschaft« mit dem Versuch, rechtsstaatliche und willkürfreie Grundsätze in die Handlungskonzepte insbesondere der operativen Einsatzkräfte der Volkspolizei Berlin einfließen zu lassen.

Einheitsverhandlungen

Die Verhandlungen über den Einigungsvertrag begannen am 9. Juli 1990. Über das Oberbürgermeisterbüro erreichten mich auch die Entwürfe des Einigungsvertrages, am Ende über 900 Seiten, mit der Bitte um Stellungnahme zu den Sicherheitssequenzen.

Es gab nicht viel Zeit, die Uhr stand auf schnellen Beitritt, solange das internationale Fenster, unser Handlungsrahmen, noch offen stand. Wir agierten unter ungeheurem Zeitdruck. Und unter massivem Problemdruck. Der Magistratsverwaltung für Inneres unterstand in ihrer Abt. VI die »Leitstelle Justiz«. Diese Zuordnung zum DDR-Innenressort fand keine Entsprechung in der Organisation eines westlichen Innenressorts. Grund war, dass die Volkspolizei zuständig war für den Justizvollzug und die entsprechenden Vollzugseinrichtungen einschließlich Personal – und auch für die Insassen. In 40 Jahren DDR saßen über 250 000 Menschen aus politischen Gründen in Haft. Es gab neben den Justizeinrichtungen im Weiteren 17 Stasi-Untersuchungsgefängnisse, das zentrale in Berlin-Hohenschönhausen, und über 70 Jugendwerkhöfe. Die Gefängnisse waren überfüllt, Essen und medizinisch-hygienische Zustände waren mangelhaft und es bestand Arbeitspflicht, also Zwang.

Immerhin war die menschenunwürdige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße (UHA II) im Gebäude des Präsidiums der Volkspolizei am 22. Juni 1990 geschlossen worden. Die Schließung war eine Folge des Untersuchungsausschusses zu den Übergriffen am 7./8. Oktober 1989 in Ostberlin. Gleichzeitig wurden unter der Ägide der Volkspolizei neue, angeblich verbesserte Untersuchungshaftanstalten in Lichtenberg und Pankow eröffnet.

In den Haftanstalten der DDR kam die frische Luft der Wende nach und nach in jede Zelle, es sprach sich wie ein Lauffeuer herum, dass eine Wiedervereinigung mit dem Westen im Raum steht.

Es kam nun DDR-weit, insbesondere in Leipzig, zu »Knaststreiks«, Dachbesetzungen und Hungerstreiks von Gefangenen unter der Überschrift »Amnestie 90« sowie infolgedessen zu Einsätzen der Deutschen Volkspolizei in den Gefängnissen zu deren Niederschlagung. Die Zuständigkeit lag beim Innenministerium der DDR und der Volkspolizei.

Wir verfolgten nun über unsere »Leitstelle Justiz« die Lageentwicklung, das in Auseinandersetzungen eskalierende Vorgehen des Innenministeriums und der Volkspolizei sowie die Auswirkungen auf Berlin, unter anderem in der Strafvollzugsanstalt Rummelsburg, mit großer Sorge.

Bürgerrechtsgruppen forderten massiv eine Änderung des Vollzugsregimes ein. Die Volkskammer verabschiedete unter dem Druck der Ereignisse insgesamt drei Amnestien und später, am 6. September 1990, ein »Rehabilitierungsgesetz«. Im Ergebnis zeigten einige Straferlasse problematische Auswirkungen im Bereich sogenannter Mischdelikte (allgemeine Kriminalität und/oder politischer Hintergrund) und der Sexualdelinquenz, für die es in DDR keine Therapie, keine sozial-medizinischen Nachsorgeangebote gab.

Die Gefahr bestand, mit dem unabweisbaren Streben nach Gerechtigkeit neues Unrecht zu schaffen. Altes Unrecht hinzunehmen, war allerdings keine Alternative. Auch der SED-Staat kannte Amnestien, elf an der Zahl, zynisch als »Zeichen des sozialistischen Humanismus« propagiert, in Wahrheit, um die notorisch überfüllten Gefängnisse frei zu machen für neue Verurteilte. Polithäftlinge waren von jeder Amnestie ausgenommen – die DDR wollte sie als menschliche Handelsware gegen Devisen freikaufen lassen, was dem SED-Staat rund 3,4 Milliarden D-Mark einbrachte (*Tagesspiegel* 4. November 2019).

Fortwährende Aktenvernichtung

Nicht nur in der ehemaligen Stasizentrale in der Lichtenberger Ruschestraße wurde ab dem 9. September unter Besetzern und Besetzerinnen des MfS-Archivs die Sorge laut, dass kontinuierlich Akten der DDR-Geheimpolizei vernichtet würden.

Dem Magistrat lagen auch Erkenntnisse vor, dass im Präsidium der Volkspolizei – mit dem Magistrat nicht abgestimmt – in breitem Umfang Akten geschreddert wurden, die nicht in die Wiedervereinigung gehen sollten. Dem zugrunde lag eine entsprechende »Festlegung« des Stellvertreters des VP-Präsidenten und Stabschefs im Präsidium der Volkspolizei, Hartmut Preiß, vom selben Tag. Hier ein Auszug:

»In Vorbereitung der Strukturveränderungen wird festgelegt:

- 1. Vernichtung bzw. Aufhebung des Geheimhaltungsgrades aller Verschlusssachen in eigener Zuständigkeit, unabhängig vom Herausgeber, die bis 02.10.90 nicht mehr für die tägliche Arbeit benötigt werden.*
- 2. Vernichtung aller offenen Weisungen, die nicht mehr benötigt werden.
Die Nachweisunterlagen zu Punkt 1 und 2 sind zu archivieren.*
- 3. Einziehung aller Dienstsiegel und Petschafte.
Die Vernichtungsprotokolle sind der Abt. Nachrichten des PdVP Berlin zu übersenden.*
- 4. Abschluss aller Maßnahmen bis 05.10.1990.«*

Es erging umgehend die Aufforderung des Magistrats an das Präsidium der Volkspolizei, dies sofort zu unterlassen. Der Senator für Inneres kündigte an, jeden für die Aktenvernichtung Verantwortlichen nach Herstellung der deutschen Einheit zur Verantwortung zu ziehen:

»Es gibt überhaupt keinen zwingenden Grund, dass 17 Tage vor der Übergabe die Dienststellen der Polizei plötzlich besen- und aktenrein übergeben werden müssen. Eine Garantie, dass unter diesen Gesichtspunkten Akten, die gleichzeitig entlastende wie belastende Beweismaterialien enthalten, nicht vernichtet werden, ist weiterhin mehr als zweifelhaft.«

(Aktuelles aus dem Senat und Magistrat vom 17. September 1990)

Das Präsidium der Volkspolizei hatte in keiner Weise vorher für Transparenz gesorgt und um Zustimmung des Magistrats nachgesucht – die auch nicht erteilt worden wäre.

Verbot der »Hausbücher«

Der Datenschutzbeauftragte in Berlin-West, Dr. Hansjürgen Garstka, forderte in diesem Zusammenhang im September 1990 öffentlich das Präsidium der Volkspolizei auf, die sogenannten Hausbücher bei den Hausbuchbeauftragten einzuziehen und sie dem Landeseinwohneramt auszuhändigen. Ab der deutschen Einheit und damit der Geltung des bundesdeutschen Datenschutzrechts wurde das Führen beziehungsweise die Nichtabgabe der Hausbücher ein strafbarer Datenschutzverstoß. Die Aufforderung wurde in den Folgemonaten jedoch vielfach ignoriert. Nur zwei Drittel der rund 18 000 Hausbücher wurden bis Mitte 1991 abgegeben (*Tagesspiegel* vom 2. Juni 1991).

Drei Tage vor der Wiedervereinigung reichten Chefinspekteur Dirk Bachmann und 20 weitere VP-Führungsoffiziere im DDR-Innenministerium ihre eigene Kündigung ein. Ebenso auf eigene Kündigung zum 30. September 1990 verließen nachfolgend weitere 585 VP-Dienstkräfte verschiedener Dienstränge die Deutsche Volkspolizei in Berlin. Das ursprünglich aus den Bürgerkomitees entstandene, im Mai 1990 aber dem Innenministerium unterstellte Staatliche Komitee zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes beendete seine Arbeit.

Berliner Polizei-Einheit ab 1. Oktober 1990

Am 1. Oktober 1990 um 00.00 Uhr war es schließlich so weit. Es erfolgte der planmäßige »Übergang der Polizeihöheit« auf den Polizeipräsidenten in Berlin.

Die Senatsverwaltung für Inneres setzte ein an alle Volkspolizeidienststellen des Präsidiums der Volkspolizei adressiertes, mit der Magistratsinnenverwaltung abgestimmtes Fernschreiben ab. Es enthielt Erläuterungen zum Übergang der Polizeihöheit und zum weiteren Ablauf der Vereinigung der Polizeien von Ost und West. Auszug:

»Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bisherigen Volkspolizei, wir begrüßen Sie als neue Kolleginnen und Kollegen der Gesamtberliner Verwaltung«.

In dem Fernschreiben wurde über den Wechsel des Unterstellungsverhältnisses auf den Polizeipräsidenten in Berlin, die anstehende Vermischung der beiden Polizeien, das geplante Auswahlverfahren für die Laufbahnen, die Personalkommissionen, Fragebögen und so weiter informiert:

»Lediglich diejenigen, deren Interesse dem höheren Dienst gilt, müssen naturgemäß mit einer sehr genauen Prüfung ihres Werdegangs rechnen und werden nur dann von einer entsprechenden Verwendung ausgehen können, wenn sowohl die fachliche Qualifikation als auch die persönliche Eignung dies zulassen«.

Am Ende der Personalüberleitung wurde keiner der 203 höheren Volkspolizeioffiziere (ab Major) in den höheren Dienst übernommen, einige wenige fanden den Einstieg in den gehobenen Dienst und stiegen in den Jahren darauf in den höheren Dienst auf.

Am 1. Oktober 1990 fand im Präsidium der Volkspolizei ein denkwürdiges, historisches Treffen Ost/West statt. Ich hatte beide Präsidenten zu 13.00 Uhr in das Präsidium einbestellt.

Der Polizeipräsident der Volkspolizei in Ostberlin, Dirk Bachmann, und der Polizeipräsident in Westberlin, Georg Schertz, erschienen mit jeweils kleiner Begleitung. Nach einer dem historischen Momentum angemessenen Ansprache zur bevorstehenden deutschen Einheit in Rückblick und Vorausschau übertrag ich im Auftrag des MagiSenats – förmlich und persönlich – die Amtsgeschäfte vom bisherigen auf den amtierenden Polizeipräsidenten. Dirk Bachmann überreichte daraufhin symbolisch die Schlüssel des Präsidiums der Volkspolizei an Georg Schertz.

Bachmann resümierte danach: *»Ich habe ihm die Schlüssel gegeben, bin dann zu meinem Minister, bekam dort eine Urkunde, und dann ging's nach Hause.«*

Schertz antwortete: *»Nachdem die Formulare alle erledigt waren, habe ich Bachmann zu einem Vieraugengespräch gebeten. Herr Bachmann, habe ich gesagt, uns trennen ideologisch Welten, polizeilich auch. Aber für ihre persönliche Tragik habe ich Verständnis. Denn jetzt bricht ein ganzes sozialistisches Lebensbild zusammen. Aber Herr Bachmann, wie wäre es denn gewesen, wenn die Geschichte umgekehrt gelaufen wäre? Sie wären jetzt am Tempelhofer Damm und ich müsste das Haus verlassen? Dann würde ich wahrscheinlich vor der Tür festgenommen werden und in irgendein Lager kommen. Sie können aber als freier Mann das Haus verlassen«* (beides zitiert aus der *Berliner Zeitung* vom 11./12. Januar 2020).

Es gab später die Nachricht, dass der Ex-Chefinspekteur Dirk Bachmann eine führende Funktion bei einem Finanzdienstleister in Hannover eingenommen haben soll, erst in der Personalentwicklung und zuletzt als Datenschutzbeauftragter. 2012 trat er in den Ruhestand (*Berliner Zeitung* vom 11./12. Januar 2020).

Am Abend des 1. Oktober 1990 fand im Roten Rathaus die sogenannte letzte und ultimative Wossi-Party statt.

Rund 3 000 Volkspolizisten wurden nicht übernommen

Insgesamt haben – im Vorfeld der Vereinigung – etwa 3 059 VP-Angehörige (von ursprünglich zu DDR-Zeiten rund 15 000, also rund 20 Prozent) nicht den Weg in eine demokratische Polizei des gemeinsamen Landes Berlin finden können – oder wollen. Am Tag der Deutschen Einheit wurden knapp 9 000 der zuletzt noch verbliebenen 11 797 Mitarbeitenden der Volkspolizei aller Sparten, Vollzugs- und Tarifbereich, in die Polizei des gemeinsamen Bundeslandes Berlin überführt.

Beginnend mit dem 1. Oktober 1990 und in den nächsten Tagen wurde planmäßig das Prinzip der Durchmischung von West- und Ostpolizisten hochgefahren: 1824 Schutzpolizei- und 546 Kriminalpolizei-Dienstkräfte West wechselten in den Ostteil, im Gegenzug 3531 ehemalige VP-Kräfte, darunter 935 aus der Kriminalpolizei Ost in den Westteil der Stadt. Es galt das Prinzip der Freiwilligkeit.

Erschienen in Deutschland Archiv Online am 11.10.2021. Dort steht unter www.bpb.de/341583 auch eine Langfassung des Autors zur Verfügung.

5. Februar 1944

Hiermit möchte ich einmal auftragen, ob es möglich ist, daß man mit einem Ausländer (Algerien) eine Ehe eingehen kann. Ich bin mit meinem Ausländer jetzt vier Jahre zusammen und er möchte sehr gern, daß ich seine Frau werde. Ich habe nichts dagegen. Deshalb möchte ich bei Ihnen auftragen, ob das möglich ist. Damit möchte ich schließen.

Eingabe einer DDR-Bürgerin, die einen Mann aus Algerien heiraten wollte

Christoph Lorke

Verhandelte Grenzüberschreitungen

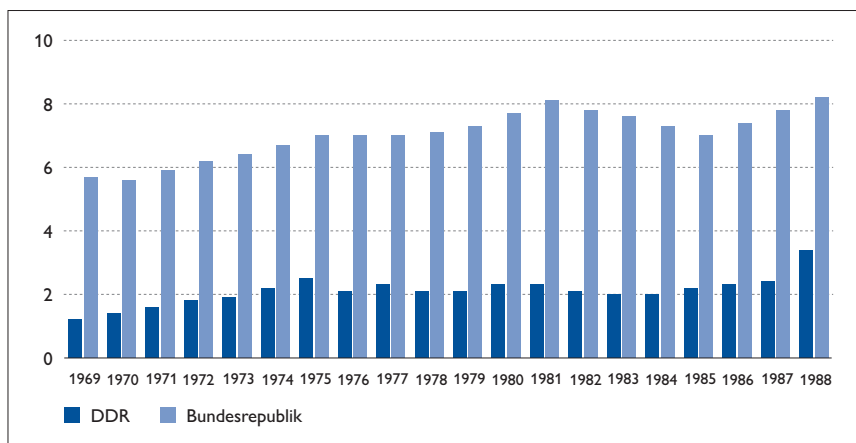
Binationale und interkulturelle Eheschließungen und Paarbeziehungen in der DDR

Betrachten verschiedene Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler grenzüberschreitende Paarbeziehungen und Heiraten als Indikator für die Assimilierung verschiedener Gruppen in einer Gesellschaft,¹ kann mittels dieses Zugriffs ein neues Licht auf die DDR in puncto Migration, Diversität und Verortung von »eigen« und »fremd« geworfen werden, und zwar vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Vorstellungen von Liebe, Ehe und Sexualität, Familie und Geschlecht. Indem Fragen um Paarbeziehungen sowie das Heiratsverhalten in den Blick genommen werden, gerät damit ein nach 1945 durchaus belastetes Thema in den Blick – denn im Kontext von »Mischehen«, »Rassenschande« und einer generellen behördlichen, politi-

schen und gesellschaftlichen Skepsis grenzüberschreitender Intimität gegenüber² lohnt es sich, nach den Auswirkungen und längerfristigen Prägungen rassistisch-eugenischer Ausschlussmechanismen nach 1945 zu fragen.

Statistisches

Die Zahlen binationaler Eheschließungen bewegten sich in der DDR wenig überraschend unter den Zahlen der Bundesrepublik, wo Ende der 1980er-Jahre etwa jede zehnte vor einem westdeutschen Standesamt geschlossene Ehe eine solche zwischen einem/-r deutschen Staatsangehörigen und einem nichtdeutschen Partner beziehungsweise einer nichtdeutschen Partnerin war. Für die DDR lässt sich seit den ausgehenden 1960er-Jahren – für die Zeit davor liegen keine verlässlichen Daten vor – eine leicht steigende Tendenz bei binationalen Eheschließungen feststellen, ehe sich die relative Größe zwischen zwei und drei Prozent aller Eheschließungen einpegelte – und dies bei einem Ausländeranteil von etwa einem Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Kennenlernmöglichkeiten ergaben sich beispielsweise in der Freizeit, am Arbeitsplatz in den Betrieben, in

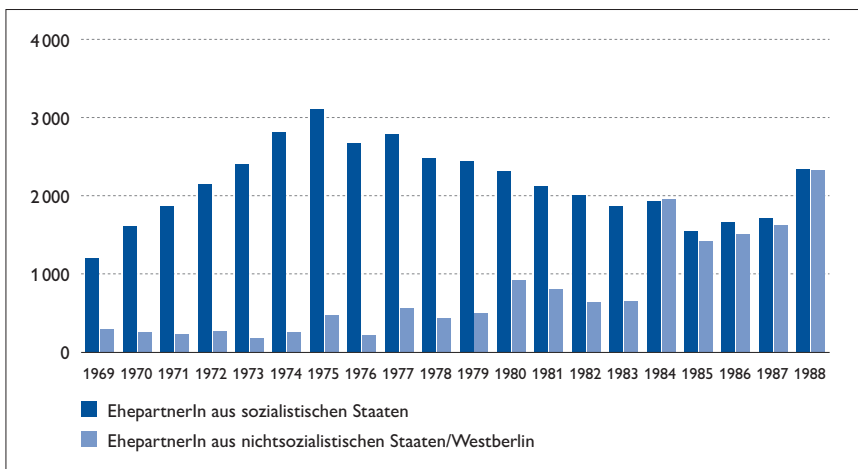


Anteil binationaler Eheschließungen in der DDR an der Gesamtzahl aller Eheschließungen (1969–1988; im Vergleich zur Bundesrepublik), eigene Berechnungen nach »Übersicht über Eheschließungen mit Bürgern anderer Staaten« (vertrauliche Verschlusssache), o.D., M3, 255/3; für die Jahre 1969–1971 »Einschätzung zu Problemen der Eheschließung mit Bürgern anderer Staaten (außer BRD und Westberlin)« [1973], Bundesarchiv Berlin, DO 1/16106.

Berufsschulen oder an anderen Ausbildungsstätten, in Hörsälen, während Arbeits- oder Urlaubsaufenthalten oder im Zuge verschiedener Veranstaltungen, bei denen internationales Publikum in die DDR gelangte, wie die Ostseewoche in Rostock oder die Leipziger Messe.

Dabei lässt sich ein markanter Stadt-Land-Unterschied feststellen. So wurden zwischen 1984 und März 1988 gut 10000 Anträge auf Eheschließungen mit Menschen gestellt, die nicht die DDR-Staatsbürgerschaft nachweisen konnten, ein gutes Viertel hiervon in Ostberlin, gut 1300 im Bezirk Dresden und noch einmal ungefähr 1100 im Bezirk Leipzig. Die ländlich-agrarisch geprägten Bezirke Neubrandenburg, Schwerin und Suhl, wo Kontakte mit Nichtdeutschen vergleichsweise selten waren, bildeten mit Abstand die Schlusslichter.³

Bemerkenswert ist zweifellos die Frage, woher die nichtdeutschen Ehepartner stammten. Gemäß der zeittypischen statistischen Zweiteilung nach sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten ist eine deutliche Akzentverschiebung zu beobachten. Hintergrund waren die humanitären Erleichterungen im Zuge der KSZE-(Folge-)Verhandlungen ab Mitte der 1970er-Jahre. Dies führte zu einer Nivellierung der Unterschiede ab den frühen, vor allem ab den mittleren 1980er-Jahren.



Verteilung der Herkunft von EhepartnerInnen bei binationalen Eheschließung in der DDR (1969–1988), eigene Berechnungen nach: Übersicht über Eheschließungen mit Bürgern anderer Staaten, vertr. Verschlussache, ohne Datum, PAA, M3, 255/3 sowie für 1969–1971 Einschätzung zu Problemen der Eheschließung mit Bürgern anderer Staaten (außer BRD und Westberlin) [1973], Bundesarchiv Berlin, DO 1/16106.

Es lässt sich beobachten, dass zunehmend Ehen von DDR-BürgerInnen mit Westdeutschen und Westberlinern geschlossen worden sind – was auch erklärt, warum jene Zahlen in einem vertraulichen Dokument dick unterstrichen wurden. Auch an anderen Stellen wurde immer wieder die vermeintliche Rechtswidrigkeit solcher Ersuchen betont, die es nach Einschätzung der Staatssicherheit zurückzudrängen galt.⁴ Eine nach Geschlecht aufgeschlüsselte Verteilung geht zwar aus dieser Aufstellung nicht hervor, doch dominierten DDR-Frauen sehr wahrscheinlich überdeutlich.

Regulierungsbestreben und Barrieren unterschiedlicher Art Institutionelle Vorgaben, Vorbehalte und Hürden

Die fraglichen Eheschließungen verweisen auf komplexe privatrechtliche und humanitäre Fragen, etwa bezüglich des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts. Das Zustandekommen solcher Ehen wird nicht nur von sozialer Seite bestimmt wie allen voran in den Familien. Verschiedene Familienmitglieder legten laut Überlieferung immer wieder ihr Veto ein, wenn das eigene Kind – vor allem die Tochter – einen nichtdeutschen Mann ehelichen wollte, und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen. Dieser Aspekt kann hier allerdings nicht weiter vertieft werden.

Stattdessen erfolgt eine Konzentration auf die zu beobachtenden Verhandlungen und Aushandlungen im behördlichen Kontext. Die Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und eines anderen Staates bedurften der Genehmigung der staatlichen Organe; geregelt war dies im Einführungsgesetz zum Familiengesetzbuch von 1965 (§ 15, Abs. 1) – eine Vorkehrung, durch die sich die Staats-und-Partei-Führung eine bessere Überprüfung solcher Heiraten erhoffte. Falls von den nichtdeutschen Partnern kein Ehefähigkeitszeugnis vorgelegt werden konnte, hatte der Rat des Kreises darüber zu entscheiden, ob eine Ehe geschlossen werden konnte oder nicht. Letztlich bedurften Eheschließungen mit Bürgern anderer Staaten der Genehmigung der zuständigen DDR-Stellen, auch wenn die Ehe im Ausland geschlossen wurde – allerdings sind keine verbindlichen und für alle Fälle gültigen Regelungen darüber zu finden, nach welchen Kriterien eine Genehmigung zu erteilen war. Antragsteller waren daher nicht selten mit einer gewissen Willkür der zuständigen Stellen konfrontiert.⁵

Formal einheitlich waren allerdings Prüfungsprotokolle samt sogenannten Rahmengliederungen, die jene Anträge auf Eheschließungen (wie auch Übersiedlungen) stets begleiteten. Hier fanden sich zunächst Einschätzungen zur Person. Dazu gehörte auch die Beurteilung des »Leumundes«, die sich

maß an Fragen des Lebenswandels, der »Labilität« des Charakters, der Häufigkeit von »Männerbekauntschaften«, »ungeordnete[r] Verhältnisse« oder ähnlichen Aspekten, von denen sich die Behörden Anhaltspunkte über den »moralischen Lebenswandel« und die »Ernsthaftigkeit« des Anliegens erhofften.

Ein umfassendes Bild über diese Punkte sollte durch Befragungen im Betrieb oder durch Ermittlungen im Wohngebiet sowie Einschätzung über Verwandte – konkret die Frage, ob nahe Familienangehörige Geheimnisträger waren – zustande kommen. Es folgten sodann Gründe und Motive für die Eheschließung, die zu erwartenden Auswirkungen einer Bewilligung und die letztendliche behördliche Entscheidung. Involviert in die Entscheidungsfindung war demnach eine Reihe von Akteuren, ob der Betrieb, die Kreisdienststelle der Staatssicherheit oder auch das zuständige Volkspolizeikreisamt.

Das Aktenstudium lässt viele Fälle von Verzögerungen und Verlangsamungen erahnen, gerade bei Beteiligung außereuropäischer Männer und insbesondere schwarzer sowie muslimischer Verlobter. Rassistische, kulturelle und religiöse Vorurteile waren keineswegs neu, sondern eine Hypothek aus institutionellen und administrativen Wahrnehmungs- und Entscheidungspraktiken – und auch in den analysierten Fällen erkennbar, wengleich die DDR-Behörden sich dieser Problematik im Laufe der Zeit durchaus immer stärker bewusst wurden. Die Frage der Versagung von entsprechenden Anträgen konnte die DDR-Führung durchaus unter Druck setzen. So beklagte sich etwa ein damals in Halle/Saale wohnender kenianischer Medizinstudent im Sommer 1975, der eine Frau aus Dessau ehelichen wollte, aber eine Ablehnung erhalten hatte, die DDR praktiziere Diskriminierung und vereitele der Frau die Freiheit, ihren Ehemann zu wählen: »Ein Mädchen wird von der Regierung daran gehindert, einen Ausländer zu heiraten, erst recht, wenn er Afrikaner ist. Soviel ich weiß, ist die DDR das einzige Land der Welt, wo – aufgrund der Haltung der Regierung – eine Frau nicht den Mann heiraten kann, den sie heiraten möchte. In dieser Frage steht die DDR unter den sozialistischen Ländern allein.«⁶

So lässt sich im Laufe der Jahre eine spürbare »Normalisierung« und folglich steigende Bewilligungswahrscheinlichkeit entsprechender Eheschließungsanträge vermerken. Wir können hier einen institutionellen Lernprozess beobachten, der aber vermutlich nicht immer freiwillig war. Absagen wurden im Zuge des Bemühens um diplomatische Anerkennung der DDR tendenziell subtiler vorgetragen – und nur andeutungsweise finden sich in den Quellen rassifiziert-homogenisierende und überkommene kulturelle Klischees, wenn etwa vom »Leben in der Großfamilie«⁷ oder »Vielweiberei« gesprochen wurde.⁸

Eheschließungen mit mosambikanischer Beteiligung sollten allerdings noch bis in die späte DDR hinein, so die Maßgabe des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), »möglichst« vermieden werden. Noch 1986 wurde über Eheanträge innenministeriell ausgeführt, dass für eine Ablehnung zahlreiche Gründe sprechen würden, und zwar sowohl »politische, kulturelle als auch Probleme des unterschiedlichen Lebensstils usw.«⁹ Inwiefern diese normative Maßgabe in der institutionellen Entscheidungspraxis dann auch wirklich Umsetzung fand, ist fraglich, denn sowohl die bewilligten Eheanträge als auch die erfolgten Eheschließungen zwischen DDR-Frauen und Männern aus diesem afrikanischen Staat deuten anderes an: Zwischen Anfang 1984 und Ende März 1988 wurden in der gesamten DDR 50 Anträge auf Eheschließung mit einem mosambikanischen Staatsangehörigen gestellt; hiervon wurden 25 genehmigt und nur drei abgelehnt, die übrigen 22 wurden zurückgezogen – aus welchen Gründen ist allerdings unklar; ebenso auch, wie viele der 25 Paare dann auch tatsächlich die Ehe geschlossen haben.¹⁰

Allerdings enden viele Überlieferungen von Einzelfällen mit der Einladung zu mündlichen Gesprächen nach Ostberlin in das MfAA. Dort hin wurden die beteiligten DDR-Frauen einbestellt – was dort hinter verschlossenen Türen in Form von Informationen oder Bekehrungen geschah, kann nur vermutet werden. Teilweise ging es um eine Aufklärung über die sozialen wie klimatischen Verhältnisse in den Herkunftsländern der beteiligten Männer, vermutlich immer mit dem Ziel, die Entscheidung »nochmals gründlich zu überdenken«, wie in einem Vermerk zu einem knapp zweistündigen Gespräch, das im Sommer 1976 mit einer Frau geführt wurde, die einen Mann aus Guinea heiraten wollte.¹¹ Jedenfalls vermied die Bürokratie offenbar ein ausführliches schriftliches Festhalten, wohl auch, um Angriffsflächen in den Begründungen und damit etwaige diplomatische nachteilige Wirkungen zu vermeiden.

In den Überlieferungen sind ferner immer wieder Anhaltspunkte für mündliche Zurückweisungen, Vertröstungen oder Verweise an andere zuständige Behörden gerade bei der Beteiligung muslimischer und/oder afrikanischer Männer zu finden. So teilten, um nur ein Beispiel zu nennen, einzelne Standesämter offensichtlich Frauen mit, Eheschließungen zwischen Algeriern und DDR-Bürgerinnen seien verboten, was allerdings nicht den Tatsachen entsprach.¹² Eine Generalisierung solchen Vorgehens allerdings verbietet sich; dieser Beleg deutet indes an, dass zentrale Vorgaben vor Ort völlig anders gedeutet und umgesetzt werden konnten – eine für die betroffenen Verlobten nervenaufreibende und langwierige behördliche Korrespondenz inklusive.

Verdacht auf »Scheinehen«

Diese Formen unverhohlener bis subtiler Zurückweisung stehen beispielhaft für die vielschichtigen Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Klasse, »Rasse« beziehungsweise Ethnizität und Religion, verweisen also auf Aspekte von Intersektionalität und den daraus resultierenden Ungleichheiten. Dazu gehörte auch, dass verschiedene Ehevorhaben vonseiten der Behörden infrage gestellt worden sind; konkret wurden die Ernsthaftigkeit und die Absichten hinter den Heiratsplänen skeptisch beäugt, wurde die »Liebe« delegitimiert.

Die Frage, was eine »echte Ehe« war, beschäftigte die DDR-Bürokratie immer, wenngleich in unterschiedlichem Maße, wenn solche Eheanträge vorgelegt wurden. Verstärkt seit dem Mauerbau erfolgte die Überprüfung, ob bei der Beziehung zu einem Ehepartner aus dem »nichtsozialistischen Ausland« ein »echtes Verhältnis« vorlag – denn eine Vermählung war für die Behörden gleichbedeutend mit dem vordergründigen Ziel einer ständigen Ausreise aus der DDR, was besonders deswegen schmerzte, weil es sich hierbei hauptsächlich um junge, arbeitsfähige und gut qualifizierte Frauen handelte.¹³ Zudem beobachteten Behörden seit jeher mit einer gewissen Skepsis Versuche, während Urlaubsaufenthalten in sozialistischen Ländern mit Westdeutschen die Ehe anzubahnen, um auf diese Weise die Reisegesetze zu umgehen.¹⁴

Genauer schaute man spätestens ab den frühen 1970er-Jahren hin. Nachweislich griff die Staatssicherheit gezielt ein, um junge Beziehungen im Keim zu ersticken, etwa durch fingierte Briefe an die DDR-Partner, um die bundesdeutschen Partner zu diskriminieren, oder durch die Zerschlagung von Liebesverhältnissen durch die Ablehnung von geplanten Einreisen in die DDR beziehungsweise Einreisesperren.¹⁵

Jenes verstärkte Bemühen war Folge des intensiver werdenden deutsch-deutschen Reiseverkehrs und ergab sich aus Sicht der DDR-Behörden aus dem angeblichen »Zusammenhang mit der verstärkten Aktivität des Klassengegners, arbeitsfähige, hochqualifizierte Fachkräfte mittels Eheschliessung aus der DDR abzuwerben«. Die zuständigen Dienstzweige von Volkspolizei und Staatssicherheit waren aus diesem Grund in präventiver Hinsicht aufgerufen, genauestens abzuwägen, ob ein »dauerhaftes, echtes Beziehungsverhältnis« bestand oder nicht. So unterlagen die Eheantragsverfahren einer »straffen Kontrolle«, damit wertvolle Arbeitskräfte nicht auf diese Weise verloren gingen und eine ständige Ausreise des Bürgers der DDR die »staatlichen Interessen« nicht beeinträchtigte – so zumindest der Anspruch. Es sollte demnach auch in der DDR der »internatio-

nal anerkannte Rechtsgrundsatz« gelten, »daß jeder souveräne Staat, wenn es seine Interessenslage erfordert, nach eigenem Ermessen festlegt und entscheidet, wann und unter welchen Bedingungen Ehen mit Bürgern anderer Staaten geschlossen werden können«. ¹⁶ Die eingangs vorgestellten Zahlen zu den Eheschließungen mit Frauen und vor allem Männern aus Westdeutschland, die ab den 1970er-Jahren in die Höhe schnellten, unterstreichen dieses Bedürfnis eindrucklich und erklären auch das bis zum Ende der DDR aufrechterhaltene Ziel, Anträge auf »ständige Ausreise«, die sich aus Eheschließungen ergeben würden, zu verhindern und zurückzudrängen. Doch nicht nur im Kontext westdeutscher Partner und Partnerinnen, auch bei mosambikanischen Verlobten war eine Überprüfung auf ein »echtes und dauerhaftes Verhältnis« die Regel; ¹⁷ und auch bei vietnamesischen Frauen und Männern, die die Ehe mit DDR-Bürgern eingehen wollten, wurde der Verdacht von Scheinehen zumindest überprüft, und zwar sowohl von ostdeutscher wie vietnamesischer Seite. ¹⁸

Die einschränkende und ermöglichende Rolle der anderen beteiligten Staaten

Die Aushandlung darüber, ob ein bestimmtes Ehevorhaben bewilligt wurde oder nicht, war in der Regel ein bilaterales Unterfangen. Denn es war in vielen Fällen nicht allein die DDR-Bürokratie selbst, sondern eben auch der jeweils andere beteiligte (sozialistische) Staat, der die anvisierten Ehepläne behindern konnte. Die »befreundeten sozialistischen Staaten« waren nämlich in der Regel an einer Rückkehr ihrer Bürger und Bürgerinnen nach einem Studium oder der Facharbeiterausbildung in der DDR interessiert – was deren bis in die 1980er-Jahre hinein zu beobachtende rigorose Ablehnungspolitik solcher Eheanträge begründet. Nachweislich lassen sich solche Ablehnungspolitiken für die Länder Kuba, Mosambik oder Vietnam finden. Im letzteren Fall kam es immer wieder zu Schwierigkeiten wegen der Forderung Vietnams, ihre Staatsbürger und Staatsbürgerinnen müssten Ausbildungskosten zurückzahlen, wenn sie eine Ehe mit einem DDR-Bürger oder einer DDR-Bürgerin schließen wollten – immerhin zwischen 5 000 und 22 000 Mark der DDR, entsprechend dem Ausbildungsgrad eine horrende Summe für jung verlobte Paare. Das Land wollte die gut ausgebildeten Kader keineswegs verlieren – und auch der Wunsch vieler involvierter DDR-Bürger und -Bürgerinnen, dorthin zu siedeln, wurde von vietnamesischer Seite aus sozial-ökonomischen Gründen als unmöglich bezeichnet; ¹⁹ noch mehr: Das deutliche Missfallen solcher Beziehungen und die schwierigen Lebensbedingungen führten zu der Maßgabe,

dass eine Wohnsitznahme von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen in Vietnam nicht genehmigt werden durfte.²⁰

Nicht alle Betroffenen wollten sich mit den daraus resultierenden schlep-penden Verfahren und langen Wartezeiten abfinden. Aus dem Jahr 1981 etwa – und dies ist nur eines von zahlreichen weiteren überlieferten Beispielen – liegt ein Brief vor, der das Unverständnis eines Ostberliners artiku-liert, denn zuvor war sein Antrag auf Eheschließung mit einer Vietnamesin abgelehnt worden: »Wie kann denn eine derartige zwischenmenschliche Beziehung abnorm sein? Liebesbeziehungen sind nicht reglementierbar«, heißt es in seinem Schreiben, sodann an die Solidarität unter »Brüdervöl- kern« appellierend. Lapidar antworteten ihm die zuständigen Behörden, eine Einmischung in die Belange anderer Staaten sei unmöglich, vielmehr bestehe im Zuge des Wiederaufbaus »die internationalistische Pflicht der DDR [...] auch darin«, beizutragen, die ausgebildeten Kader bei der Rück- kehr in ihre Heimat zu unterstützen, um am Wiederaufbau ihres Landes mitzuwirken.²¹ Ausnahmen und kulanteres behördliches Agieren wurden nur in solchen Fällen in Aussicht gestellt, wenn bereits gemeinsame Kinder existierten und »wenn erkennbar ist, daß ernsthaftige Absichten einer Ehe- schließung bestehen«.²²

Auch im Falle Kubas waren die betreffenden binationalen Paare lange mit Problemen konfrontiert: War man in Havanna zunächst rigoros und bege- nete jenen Wünschen nach Eheschließung mit Unverständnis – genannt wurde die lange Bearbeitungsdauer von kubanischer Seite, die schwierige wirtschaftliche Situation, komplizierte Lebensbedingungen auf Kuba sowie geringe Flugkapazitäten –, ließ sich ab Mitte der 1980er-Jahre ein zuneh- mend differenzierteres, entgegenkommenderes Herangehen der zuständi- gen Organe beobachten. Verhandlungen mit der DDR führten zu Erleich- terungen für die betroffenen Familien.²³ Bis dato war der Wunsch, eine Ehe mit einem kubanischen Staatsangehörigen einzugehen, mit dem Ziel gleichgesetzt worden, das Land in Richtung USA zu verlassen. Folglich richtete sich der Unmut gegen jene, die ein leichteres Leben im Ausland führen wollten, wobei sich im Volksmund für solche, die im sozialistischen Ausland bleiben wollten, die auf ein vermeintlich parasitäres Verhalten abzielende abwertende Bezeichnung »rote Würmer« eingebürgert hatte.²⁴

Wegen langer Wartezeiten waren viele Familien, zunehmend auch sol- che mit Kleinkindern, von verzögerten Eheschließungs- und Übersied- lungsverfahren betroffen. DDR-Bürgerinnen und -Bürger richteten sich mit Eingaben verstärkt an den Staatsratsvorsitzenden, um eine Lösung familiärer und daraus resultierender sozialer und materieller Bedingungen zu erwirken. Zum Ausdruck kam dabei häufig auch Verärgerung und

Unverständnis über die bestehende Verfahrenspraxis, trotz enger Beziehungen »und eng befreundeter Staatsmänner« viele finanzielle und sonstige Belastungen infolge der räumlichen Trennung erleiden zu müssen. Erst mit bilateralen Abkommen und gegenseitiger Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen ab den 1980er-Jahren²⁵ und dem ausdrücklich artikulierten Wunsch, fortan die betreffenden Fälle wohlwollend zu prüfen und großzügiger zu handhaben, agierten die Behörden hier wie dort großzügiger in ihren Entscheidungen, was die rapide steigenden Eheschließungszahlen ab Anfang der 1980er-Jahre erklärt. Im Jahr 1988 wurde mit 547 geschlossenen Ehen ein Höchststand erreicht.²⁶

Blicken wir auf andere Herkunftsländer wie Mosambik, so galt es auch hier, mit nicht genehmigten Eheanträgen einen Beitrag für die Entwicklung des Heimatlandes zu leisten – so zumindest auf dem Papier. Da die mosambikanische Regierung in dieser Sache allerdings aus Sicht der DDR »keine klare Position« eingenommen hatte, vielleicht auch, weil keine Seite hierfür Verantwortung übernehmen wollte, verfolgte das mosambikanische Justizministerium eine Politik des Hinhaltens. Beobachtern aus der DDR zufolge verbarg sich dahinter die Hoffnung, die Betroffenen nähmen Abstand von den Eheanträgen – was dazu führte, dass vonseiten der DDR zwar Anträge genehmigt worden sind, durch jenes Retardieren, Zögern und »Aussitzen« auf mosambikanischer Seite indes viele Anträge in der Schwebe blieben.

Dieser Umstand war vor allem dann problematisch, wenn aus der Beziehung bereits Kinder entstanden waren, und erklärt vermutlich zu Teilen die vielen zurückgezogenen Anträge, die oben zur Sprache gekommen sind.²⁷ Man muss allerdings gar nicht allein in Richtung außereuropäischer Staaten schauen, um vergleichbare bürokratische Hindernisse ausfindig zu machen: Für Anträge, die der rumänischen Regierung vorgelegt wurden, wurde in den ausgehenden 1980er-Jahren eine Bearbeitungsdauer von mindestens sechs Monaten bis zu zwei, mitunter gar bis zu drei Jahren veranschlagt. Die DDR-Organen sahen sich hier machtlos, eine Beschleunigung herbeizuführen, und bis Sommer 1989 stellte sich keine wirkliche Besserung der Situation ein, sondern vielmehr zahlreiche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen und eine überaus restriktive Haltung der Behörden.²⁸

Eigen-Sinn der Betroffenen

Diese Perspektive auf die Widerstände und Barrieren, mit denen Paare konfrontiert sein konnten, bliebe allerdings unvollständig, wenn nicht auch deren

Innensicht mit einbezogen würde. Die Thematisierung von Emotionen und individuellen Handlungs- und Gestaltungsspielräumen und damit der Autonomie der Paare und ihrem »Eigen-Sinn« (Alf Lüdtke) in der Auseinandersetzung mit institutionellen und familiären Vorgaben eröffnet noch einmal neue Perspektiven. Ab Mitte der 1970er-Jahre griffen immer mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf die Möglichkeit zurück, bei Problemen in puncto Antragsbearbeitung oder im Falle behördlicher Zurückweisungen internationale Organisationen wie die UN-Menschenrechtskommission oder Medien einzuschalten, um Unterstützung zu erbitten.

Somit lässt sich auch für die DDR – trotz tendenzieller, wenngleich widerwilliger Akzeptanz solcher Eheschließungen – ein Wechselspiel aus (Alltags-)Rassismus sowie sexualisierten kolonialrassistischen Vorstellungen auf der einen und dem Eigen-Sinn der Verlobten auf der anderen Seite, die sich den Einschränkungen zu entziehen suchten, erkennen. Dem allgemeinen Trend hin zur Berücksichtigung von Menschenrechten, zumal in familiär-privatrechtlicher Hinsicht, wollte die DDR-Führung aber allenfalls widerwillig Folge leisten. Seit Herstellung diplomatischer Beziehungen seien diverse Forderungen an die DDR gerichtet und als »humanitäre Anliegen« bezeichnet worden, wie das MfAA bereits 1973 konstatieren musste, und zwar »in Form von sogenannten Härtefällen, Noten, mündlichen Ersuchen oder Schreiben von Bürgern«.

Damals lautete die Maßgabe noch, »Anträge dieser Art [...] generell nur in begrenzten und begründeten Ausnahmefällen« zu genehmigen. Vorrang hatte vielmehr die »Gewährleistung der nationalen Sicherheit« und der »Schutz der sozialistischen Ordnung«. So sollten Eheschließungen mit Beteiligung ausländischer Partner nur dann erlaubt werden, wenn ein dauerhaftes Verhältnis zwischen dem Antragsteller und betreffenden Bürgern vorlag und keine staatlichen Interessen der DDR diesen Eheplänen entgegenstanden. Eine Entscheidung über die Bewilligung jedenfalls müsse immer souveräner Akt der DDR bleiben – so die Verlautbarung, die nicht nur abermals auf die vermeintliche »Echtheit« beziehungsweise mutmaßliche »Dauerhaftigkeit« von Ehwünschen abhob, sondern insgesamt den Regulierungs- und Entscheidungsanspruch der DDR-Führung auch in den privatesten Lebensbereichen unterstrich.²⁹

Dieses behördliche Agieren führte wenig überraschend zu einigem Unmut aufseiten der Betroffenen – und zwar sowohl gegen die eigenen wie auch die Behörden des Heimatstaates, aus dem der beziehungsweise die nichtdeutsche Partner/-in stammte. Auch die beteiligten nichtdeutschen Akteure hatten bisweilen die Möglichkeit, indirekt Druck auf die DDR-Behörden auszuüben und damit eine Beschleunigung der Verfahren

anzuregen. So wandte sich etwa die libanesische Botschaft in Beirut zu Jahresbeginn 1974 mit einiger Verwunderung an das MfAA, warum die Bearbeitung einzelner Eheanträge so lange dauern würde, zumal die Anfragen meist durch Parteien, Organisationen sowie einflussreiche Persönlichkeiten des Landes vorgetragen worden seien.³⁰

Auch in vielen weiteren Fällen wurden die jeweils zuständigen Botschaften der DDR gezielt aufgefordert, im Sinne außenpolitischer Vorteile bestimmte Eheanträge zu unterstützen, ob – und dies nur exemplarisch – bei der 1973 erfolgten Eheschließung einer Dresdnerin mit dem Generaldirektor für Jugend und Sport, der zugleich Präsident des Nationalen Jugendverbandes im Irak war,³¹ oder im Falle einer geplanten Eheschließung einer DDR-Bürgerin mit einem Mann aus Nigeria ein Jahr später.³² Und auch im Falle der USA sollten 1975 »alle notwendigen Maßnahmen« veranlasst werden, da »gegenwärtig [...] besonderes Interesse« besteht, Einzelfälle an Eheschließungen bei Beteiligung US-amerikanischer Staatsbürger »umgehend zu realisieren«.³³ Hintergrund waren auch hier Fragen der internationalen Anerkennung – denn ein Jahr zuvor hatten die USA mit der DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen.

In vielen Fällen scheinen sich Hartnäckigkeit und Geduld der Antragsteller und Antragstellerinnen ausgezahlt zu haben, scheinen Anträge auf Eheschließung und Übersiedlung nach teils monate-, wenn nicht jahrelanger Wartezeiten letztlich doch bewilligt worden zu sein. Bisweilen gehörte auch einfach Glück dazu, im richtigen, außenpolitisch-diplomatisch günstigen Moment einen Antrag auf Eheschließung eingereicht zu haben.³⁴ Die Überlieferung in den Archiven müsste in einem weiteren Schritt allerdings noch weiter nach Herkunftsländern systematisiert werden, um die Erfolgswahrscheinlichkeit von Anträgen sowie intersektionelle Gesichtspunkte noch präziser zu erfassen.

Schlussbemerkungen

Die analysierten Paarbeziehungen zeigen eine Individualisierungstendenz: Setzte diese in der Bundesrepublik im Vergleich etwas früher ein, erhielten binationale und interkulturelle Partnerschaften und Eheanbahnungen ab den 1970er-Jahren eine zunehmend wichtige Bedeutung: Auch wenn sie kein Massenphänomen waren, verraten sie doch einiges über den Umgang der DDR-Gesellschaft und -Bürokratie mit »Fremdheit«.

Partnerwahl und Eheschließung waren nicht mehr ausschließlich und in abnehmendem Maße Sache von gesellschaftlichen Institutionen, der famili-

ären oder kirchlichen Kontrolle, sondern zunehmend autonom eine persönliche Lebensentscheidung, die freilich abhängig war von individuellen und situativen Umständen sowie überkommenen institutionellen Wahrnehmungen und Praktiken. Allerdings stehen wir gerade noch am Anfang davon, die hier zu beobachtenden Individualisierungsdynamiken genauer zu untersuchen – im Übrigen auch über die Zäsur 1989/90 hinaus, denn damit etablierten sich auch in den ostdeutschen Bundesländern Selbsthilfegruppen, um gegen Diskriminierung und Ausgrenzung mobil zu machen, wie erste Ableger der »Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen« (IAF), ein Vorläufer des heutigen »Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften«.

Eine deutsch-deutsche Perspektive würde es möglich machen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Umgang mit den besagten Paaren hervortreten zu lassen und miteinander vergleichen zu können, somit Familienkulturen und Lebenswelten jenseits politisch-ideologischer Überformungen zu analysieren und, davon ausgehend, den Umgang mit kultureller Differenz auf deutschem Boden nach 1945 zu beleuchten. Denn geografische Wanderungsbewegungen haben immer eine konstitutive und gesellschaftsverändernde Kraft, die es gilt, ernst zu nehmen – und die sich gerade auf der Ebene von Paarbeziehungen und Familien besonders gut beobachten lässt. Nicht nur das Thema der (Un-)Durchlässigkeit von Migrationsregimen, ihrer staatlich-behördlichen Einhegung sowie Kontroll- und Regulierungsmechanismen ist hochaktuell, auch das Fortwirken rassistischer Deutungsmuster in Gesellschaft und Bürokratien.

Erschienen auf DA Online am 18.10.2021.

Online gibt es zudem einen weiteren Beitrag von Christoph Lorke, der sich mit deutsch-ausländische Ehen in der Bundesrepublik auseinandersetzt, <https://www.bpb.de/342258>.

Anmerkungen

- 1 Siehe Bernhard Nauck, Binationale Paare, in: Karl Lenz/Frank Nestmann (Hg.), Handbuch Persönliche Beziehungen, Weinheim/München 2009, S. 695–712, S. 706.
- 2 Vgl. Christoph Lorke, Liebe verwalten. ›Ausländerehen‹ in Deutschland 1870–1945, Paderborn 2020.
- 3 Information über die Antragstellungen auf Zustimmung zur Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Bürgern nichtsozialistischer Staaten, Westberlinern sowie Bürgern der SFRJ, Republik Kuba, SVR Albanien, VR China, SRV, KDVR, Stand 1.1.1984 bis 31.3.1988, BArch, MfS ZKG 18650.
- 4 Rat des Stadtbezirks Berlin-Köpenick: Stand der Zurückdrängung des Stellens rechtswidriger Ersuchen zur Übersiedlung in das nicht-sozialistische Ausland und Westberlin, 25. Januar 1983, BArch, MfS, BV Bln, KD Köp 7651.
- 5 Vgl. Eckart Wehser, Das internationale Eherecht der DDR, Kiel 1970, S. 74, 79, 92.
- 6 Brief von J. A., 21.8.1975, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden PAA), M 2, B 744/78.
- 7 Note im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), 9.12.1974, PAA, M 2, B 744/78. Konkret ging es um einen Verlobten aus Mali, der zu dieser Zeit Mitarbeiter der Botschaft seines Heimatlandes war.
- 8 Frau aus Magdeburg an das MfAA, 7.10.1979, PAA, M 2, B 5.285.
- 9 Probleme der Eheschließungs- und Übersiedlungsangelegenheiten zwischen Bürgern der DDR und der Volksrepublik Mozambique, 22.10.1986, PAA, M 52/502393.
- 10 Information über die Antragstellungen auf Zustimmung zur Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Bürgern nichtsozialistischer Staaten, Westberlinern sowie Bürgern der SFRJ, Republik Kuba, SVR Albanien, VR China, SRV, KDVR, Stand 1.1.1984 bis 31.3.1988, BArch, MfS ZKG 18650.
- 11 Note im MfAA, 17.8.1976, PAA, M 2, B 744/78.
- 12 Brief einer Suhlerin an das MfAA, 16.12.1978, PAA, M 2, B 5.285. Die Frau erhielt die Auskunft, »daß wir nicht heiraten dürfen und auch keine Möglichkeit für den Erhalt einer Aufenthaltsgenehmigung besteht und dies in der gesamten Republik so sei«.
- 13 Siehe dazu die Übersicht über die Entwicklung der Eheschließungen mit Bürgern des nichtsozialistischen Auslands, 14.6.1963, Bundesarchiv Berlin, DO 1/13851.
- 14 Botschaft der DDR, Konsularabteilung: Eheschließung von DDR-Bürgern bzw. Bürgerinnen mit ausländischen Staatsbürgern, 20.6.1964, PAA, M1, C 788/71.
- 15 Analyse über die Liebesverhältnisse zwischen Bürgern unseres Bezirkes und Bürgern der BRD, Westberlin und des nichtsozialistischen Auslandes, die im Zeitraum von Juli 1973 bis Sept. 1974 unserem Organ bekannt wurden, 26.10.1974, BArch, MfS BV Suhl, AKG Nr. 177.
- 16 Einschätzung zu Problemen der Eheschließung mit Bürgern anderer Staaten (außer BRD und Westberlin), ohne Datum [1973], BArch, DO 1/16106.
- 17 Vgl. nur Rat der Stadt Leipzig, Abt. Innere Angelegenheiten, 25. 9.1986, BArch, MfS BV Lpz KD Lpz-Stadt 5047.
- 18 Probleme der Eheschließung DDR-SRV und der Übersiedlung vietnamesischer Bürger in die DDR, 22.10.1986, PAA, M 52/502393.
- 19 Ebenda.
- 20 Botschaft der DDR in der SRV, 28.5.1983, BArch, MfS Abt. X 343.
- 21 S. W. an das MfAA, 23.6.1974, PAA, M 2, B 744/78.
- 22 Probleme der Eheschließung DDR-SRV und der Übersiedlung vietnamesischer Bürger in die DDR, 22.10.1986, PAA, M 52/502393.
- 23 Vermerk zum Treffen von Vertretern des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der DDR und Kubas, 27.10.1983, PAA, M 52/502393.

- 24 Vermerk über Gespräch mit stellv. Leiter der Rechtsabteilung des kubanischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, 27.11.1981, PAA, M 52/502393.
- 25 Vgl. die Übersicht in: Ministerium der Justiz (Hg.), *Der internationale Rechtsverkehr der Deutschen Demokratischen Republik in Zivil-, Familien- und Strafsachen*, Berlin 1987.
- 26 Botschaft der DDR Havanna an das MfAA, 3.1.1985, PAA, M 52/501693.
- 27 Probleme der Eheschließungs- und Übersiedlungsangelegenheiten zwischen Bürgern der DDR und der Volksrepublik Mozambique, 22.10.1986, PAA, M 52/502393.
- 28 Probleme der Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und der Sozialistischen Republik Rumänien, 22.10.1986, PAA, M 52/502393.
- 29 Grundsätze über die Behandlung von Ersuchen von kapitalistischen Staaten an das MfAA oder die Auslandsvertretungen der DDR, die Bürger der DDR betreffen (vermutlich 1973), PAA, M 2, B 5.286.
- 30 Botschaft Beirut an das MfAA, 25.2.1974, PAA, M 2, B 468/76.
- 31 Aufgrund des entscheidenden Einflusses des Mannes auf innenpolitische Fragen erfolgte hier eine Erlaubnis zur Eheschließung von ministerieller Seite. Schreiben im MfAA, 6.2.1973, PAA, M 2, B 467/76.
- 32 Hier wurde der Antrag genehmigt, weil die DDR an einem Ausbau der (insbesondere wirtschaftlichen) Beziehungen zwischen beiden Ländern interessiert war. Vgl. die Notiz im MfAA, 5.11.1974, PAA, M 2, B 468/76.
- 33 Schreiben im Ministerium des Innern, 12.10.1975, PAA, M 2, B 744/78.
- 34 Vgl. nur exemplarisch das Schreiben von K. V. vom 23.6.1974, PAA, M 2, B 744/78.



Junge Leute mit Baby, DDR, ca. 1984

Eva Schäffler

Ein »eigener« Weg der Paarbeziehungen: Nichtehelichkeit in der späten DDR und in Ostdeutschland

Grundsätzlich war innerhalb der DDR-Familienpolitik die Ehe – und nicht die nichteheliche Lebensgemeinschaft – der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Eine der bis heute bekanntesten familienpolitischen Maßnahmen waren beispielsweise die Ehekredite, die Frischverheiratete ab 1972 aufnehmen und durch das sogenannte Abkindern zurückzahlen konnten. Pro Geburt wurde einem Ehepaar ein Drittel der Rückzahlung erlassen. Ab drei Kindern war der gesamte Kredit getilgt. Es gab aber auch weniger bekannte Maßnahmen, die sich an Ehepaare als Zielgruppe richteten. In einigen Kreisen der DDR wurden beispielsweise sogenannte Eheschulen veranstaltet. Hierbei handelte es sich in der Regel um Abendkurse, in

denen vor allem junge Menschen in guter Eheführung unterrichtet wurden. Auf diese Weise sollten scheidungsanfällige junge Ehen stabilisiert und das Ideal der Dreikindfamilie propagiert werden.¹

Pronatalismus und Promaritalismus

Jedenfalls war die Ehe aus Sicht der SED die Form der Paarbeziehung, die den Interessen der Paare und ihrer Kinder am besten entsprach. Das Leben in einer glücklichen und kinderreichen Ehe galt als integraler Bestandteil der sozialistischen Lebensweise. Die Familienpolitik in der späten DDR war dementsprechend stark »pronatalistisch« und auch »promaritalistisch«: Geburten und Eheschließungen sollten also gefördert und Ehescheidungen vermieden werden. Rein statistisch zeigte dieser familienpolitische Kurs aber keine (nachhaltige) Wirkung: 1975 lag die Fertilitätsrate bei 1,54 Kindern pro Frau. Im Jahr 1980 stieg dieser Wert zunächst auf 1,94, ehe er 1985 auf 1,74 und 1989 wieder auf 1,57 Kinder pro Frau fiel.² Während im Jahr 1969 noch 16,9 Ehescheidungen auf 10 000 Einwohner*innen kamen, lag dieser Wert 1979 bei 26,7 und 1989 bei 30,1.³

Ein statistisch schwer zu fassender Trend

Ein weiterer demografischer Trend, der in der späten DDR immer deutlicher wurde, war die Tendenz zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Geburten. Laut offiziellen Angaben lebten Mitte der 1980er-Jahre lediglich zwei Prozent der Bevölkerung unverheiratet zusammen.⁴ Wie hoch der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften tatsächlich war, ließ sich statistisch schwer fassen: Frauen und Männer, die ohne Trauschein zusammenlebten, wurden in den verfügbaren Statistiken als Ledige geführt. Jedoch ergaben Berechnungen, die nach der Wiedervereinigung angestellt wurden, dass im Jahr 1987 28,7 Prozent der Frauen und 26,5 Prozent der Männer zwischen 18 und 40 Jahren sich für diese Form der Paarbeziehung entschieden hatten.⁵ Was bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren statistisch eindeutig nachvollziehbar war, war der steigende Anteil nichtehelicher Geburten: Die Nichteelichenquote lag im Jahr 1970 bei 13,3 Prozent und im Jahr 1980 bei 22,8 Prozent, was die DDR zu einem Land mit einer der europaweit höchsten Nichteelichenquote machte.⁶

Die SED stand jedoch nichtehelichen Beziehungen und Geburten zumindest zwiesgespalten gegenüber. Wie bereits erwähnt, wurde die

Ehe als beste Form des Zusammenlebens bewertet und dementsprechend gefördert. Aus Sicht der Staats- und Parteiführung konnten unverheiratete Paare weniger leicht auf die Elternrolle festgelegt werden als verheiratete Paare. Wenn aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften Kinder hervorgingen, galt dies aber auch als problematisch. Da diese Art von Beziehung als instabil(er) galt, hielt man sie für ungeeignet(er), um Kinder zu »guten Sozialisten« zu erziehen. In einem internen Papier bezeichnete das Ministerium für Gesundheitswesen nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern beispielsweise als »unvollständige Familien« und sah in ihnen »Probleme der Familienplanung und Sexualität von besonderem gesellschaftlichen Interesse«.7

»Eigen-Sinn« und Nichtehelichkeit

Aus heutiger Sicht stellt sich die Frage, wie sich der Trend zur Nichtehelichkeit in der DDR immer weiter verstärken konnte, wenn er doch von staatlicher Seite eher unerwünscht war. Eine Rolle in diesem Zusammenhang spielte das »eigen-sinnige«⁸ Nutzen sozialpolitischer Leistungen, die entgegen ihrem staatlich vorgesehenen Zweck zur wachsenden Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Geburten beitrugen. Hierbei handelte es sich um Leistungen, die eigentlich auf Alleinerziehende ausgerichtet waren, häufig aber auch von unverheirateten Paaren in Anspruch genommen wurden. Dazu zählten beispielsweise eine Vorzugsbehandlung bei der Versorgung mit Krippenplätzen sowie spezielle Leistungen der Sozialversicherung bei der Erkrankung des Kindes.

Eine weitverbreitete Strategie war, als unverheiratet zusammenlebende Mütter und Väter eine gewisse Zeit von diesen für Alleinerziehende gedachten Leistungen zu profitieren und erst danach eine Ehe einzugehen. Dies war aus materieller Sicht sinnvoll, da durch die Eheschließung weitere sozialpolitische Leistungen und Vorzüge in Anspruch genommen werden konnten (zum Beispiel der bereits genannte Ehekredit, auf den voreheliche Geburten auch rückwirkend angerechnet werden konnten). Dass ihre eigenen sozialpolitischen Strategien den Trend zur Nichtehelichkeit zum Teil befeuerten, wurde von staatlicher Seite in der Regel verschleiert oder zurückgewiesen. Ebenso wenig wurden Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, dass Sonderleistungen für Alleinerziehende von unverheirateten Paaren mit Kindern in »eigen-sinniger« Weise genutzt wurden.

Gründe für den Trend zur Nicht- oder zur Vorehelichkeit

Gleichzeitig wurde von staatlicher Seite versucht, die Gründe für den Trend zur Nichteelichkeit zu eruieren. Eine Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung aus dem Jahr 1985 kam beispielsweise zu dem Schluss, dass dieser Trend in erster Linie »gesellschaftlich determiniert« sei. Die familienpolitischen Rahmenbedingungen hätten den Trend nur in einem sehr begrenzten Ausmaß befördert. Als bedeutenderen Einflussfaktor nannte die Studie hingegen die Liberalisierung der Sexualmoral. Auch die steigenden Scheidungszahlen seien ein Faktor, der eine skeptische Haltung gegenüber der Eheschließung begünstige. Außerdem würden Männer und Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften mehr Freiheit für individuelle Interessen und Gewohnheiten als in der Ehe erwarten.⁹ Aus heutiger Sicht können noch weitere Gründe für die wachsende Verbreitung von nichtehelichen Beziehungen und Geburten angeführt werden: Von Bedeutung war sicherlich der sinkende Einfluss der Religion beziehungsweise konfessioneller Gebundenheit. Auch die beinahe flächendeckende Frauenerwerbstätigkeit führte dazu, dass das Ehe- und Familienmodell an Relevanz einbüßte.

Jedoch muss bedacht werden, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften in der späten DDR zum Großteil de facto voreheliche Lebensgemeinschaften waren. Das bedeutet, dass diese Beziehungen nach einiger Zeit meist doch in eine Ehe überführt wurden. Spätere Schätzungen kamen zu dem Ergebnis, dass Ende der 1980er-Jahre etwa 80 Prozent der Paare in der DDR vor der Eheschließung unverheiratet zusammengelebt hatten.¹⁰ Das Erstheiratsalter war in der DDR außerdem niedriger als in der Bundesrepublik. 1989 lag es in der DDR bei 24 Jahren und in der Bundesrepublik bei 27 Jahren.¹¹ Die Tendenz zur Vorehelichkeit kann also keineswegs als Indikator für einen Bedeutungsverlust der Institution Ehe gewertet werden. Für die meisten war die Ehe weiterhin eine normale und zudem noch mit materiellen und sozialen Vorzügen verbundene Station im Lebenslauf. Gleichzeitig wurde die voreheliche Lebensgemeinschaft zu einer normalen (Zwischen-)Station in der Vita.

Nach 1989/90: weder Schock noch Anpassung

Mit der deutschen Einheit war das Ende der pronatalistischen und pro-maritalistischen Familienpolitik gekommen. In vielerlei Hinsicht waren die alten Rahmenbedingungen, unter denen sich die Tendenz zur Vor-

ehelichkeit entwickelt hatte, in den 1990er-Jahren nicht mehr vorhanden. Jedoch verschwand diese gesellschaftliche Tendenz nicht, sondern sie nahm weiterhin einen eigenen, vom westdeutschen abweichenden Entwicklungsweg. Fest steht, dass der sogenannte Wiedervereinigungsschock, den die Sozialwissenschaften prophezeit und für manche Gesellschaftsbereiche auch tatsächlich beobachtet hatten, hinsichtlich der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Geburten keine signifikante Rolle spielte. Ebenso fand in diesem Bereich keine Anpassung an westdeutsche gesellschaftliche und demografische Trends statt.¹²

Auch in der Bundesrepublik hatte sich das nichteheliche Zusammenleben im Laufe der 1970er- und 1980er-Jahre als selbstverständliches Modell etabliert. Schätzungen zufolge lag zwischen dem Ende der 1970er- und dem Anfang der 1980er-Jahre der Anteil unverheiratet zusammenlebender Paare zwischen einem Drittel und 50 Prozent.¹³ Ebenso galt die nichteheliche Elternschaft immer seltener als sozialer Makel, wurde aber – anders als in der DDR – nicht zur gesellschaftlichen Normalität. 1990 lag der Anteil nichtehelicher Geburten im Westen bei lediglich zehn Prozent.¹⁴ Eine Tendenz zur Vor- beziehungsweise zur Nichtehelichkeit bestand also in beiden Teilen Deutschlands, ihre konkrete Ausformung und Ausprägtheit unterschieden sich jedoch.

Von der Vorehelichkeit zur Nichtehelichkeit

Der ostdeutsche Trend zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften verstärkte sich in den 1990er-Jahren. Immer seltener handelte es sich dabei jedoch um voreheliche Lebensgemeinschaften. Im Jahr 1990 waren noch 57 Prozent der Ostdeutschen zwischen 20 und 35 Jahren verheiratet. Im Jahr 2004 betrug dieser Anteil nur noch 19 Prozent. Im Westen sank der Verheiratetenanteil im selben Zeitraum von 43 auf 29 Prozent.¹⁵ Parallel dazu stieg der Anteil nichtehelicher Geburten in ganz Deutschland: Von 1990 bis 2000 kletterte er in Ostdeutschland von 34 auf 49 Prozent. Im Westen erhöhte er sich im selben Zeitraum von zehn auf 18 Prozent. Auch in den folgenden Jahrzehnten setzte sich dieser Trend weiter fort und stagnierte dann auf hohem Niveau: 2010 lag die Nichtehelichenquote in Ostdeutschland bei 58 Prozent und 2019 bei 54 Prozent. In Westdeutschland betrug dieser Wert in denselben Jahren 27 Prozent beziehungsweise 29 Prozent.¹⁶

Was aber sind die Gründe für diese weiterhin sehr deutlichen Unterschiede zwischen Ost und West? Sozialwissenschaftliche Studien verweisen unter anderem auf unterschiedliche Muster bei der sogenannten kind-

orientierten Eheschließung (Eheschließung kurze Zeit nach der Feststellung einer Schwangerschaft). Diese Art der Eheschließung war in den 1990er-Jahren im Westen ein deutlich weiter verbreitetes Phänomen als im Osten.¹⁷ Es gibt aber noch eine Reihe anderer Faktoren, die im Zusammenhang mit dem Trend zur Nichtehelichkeit in den neuen Bundesländern relevant sind: Auffällig ist, dass in der DDR geprägte Wert- und Verhaltensmuster zu einem gewissen Grad in den 1990er-Jahren nachwirkten, auch wenn die entsprechenden (sozial)politischen Rahmenbedingungen nicht mehr bestanden.

Unterschiedliche Familienmodelle in West und Ost

Die bundes- und nach 1989/90 auch die gesamtdeutsche Familienpolitik räumte verheirateten Paaren grundsätzlich mehr Vorteile ein als unverheirateten Paaren – wobei es keine Rolle spielte, ob ein Ehepaar Kinder hatte oder nicht. Anders als unverheiratete Paare profitier(t)en beispielsweise verheiratete Paare von Begünstigungen wie dem Ehegattensplitting, der gemeinsamen Veranlagung zur Einkommensteuer. Diese steuerliche Regelung war und ist vor allem für solche Ehepaare von Vorteil, in denen ein Partner – de facto meist der Mann – das gesamte oder den Großteil des Einkommens erwirtschaftet(e).

Jedoch entsprach eine solche Konstellation eher der west- als der ostdeutschen Lebensrealität: Hier ging die weibliche Erwerbsquote nach 1989/90 wegen der schlechten Lage am Arbeitsmarkt zwar zurück, blieb aber dennoch (etwas) höher als in Westdeutschland. Beispielsweise waren im Jahr 1991 54,3 Prozent der Frauen in Westdeutschland und 66,2 Prozent der Frauen in Ostdeutschland berufstätig. 1995 lagen diese Werte bei 54,4 Prozent beziehungsweise 57,5 Prozent.¹⁸ Noch deutlichere und persistenterer Unterschiede ergaben sich bei der Müttererwerbstätigkeit: Während ein Kind für Frauen im Westen häufig ein Grund war, keiner Erwerbstätigkeit mehr nachzugehen oder in Teilzeit zu arbeiten, war dies bei Frauen im Osten viel seltener der Fall. Selbst im Jahr 2000 waren diese unterschiedlichen Erwerbsmuster statistisch noch klar nachweisbar: In diesem Jahr lag die Müttererwerbsquote in Ostdeutschland bei 71 Prozent, wobei 75 Prozent der erwerbstätigen Mütter Vollzeit arbeiteten. In Westdeutschland lag der Anteil erwerbstätiger Mütter bei 49 Prozent, von denen 35 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen.¹⁹ Ihre größere wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeutete für viele Frauen und insbesondere für viele Mütter im Osten Deutschlands, dass eine Eheschließung

im neuen Sozialsystem nur wenige materielle Vorteile mit sich brachte – zumal alte Vorteile wie beispielsweise die in der DDR üblichen Ehekredeite verschwunden waren.

Fazit

Alles in allem wurde das demografische Muster der Nichtehelichkeit, welches schon zu DDR-Zeiten bestanden hatte, auch nach 1989/90 weitergeführt. Jedoch wurde dieses »alte« Muster einem Transformationsprozess unterzogen. Die Tendenz zur Vorehelichkeit wandelte sich schrittweise in eine eigene, von der westdeutschen Entwicklung abweichende Tendenz zur Nichtehelichkeit. Anders als in der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung erwartet worden war, fand also keine einseitige Anpassung von in der DDR geprägten Wert- und Verhaltensmustern an ihre bundesdeutschen Pendanten statt.

In vielerlei Hinsicht gab es in Deutschland auch nach 1989/90 noch gesellschaftliche Unterschiede: Im Osten Deutschlands spielte das für den Westen noch eher typische traditionelle Familienmodell eine deutlich geringere Rolle. Ein Beleg dafür ist zum Beispiel die stärkere Verbreitung und Akzeptanz außerhäuslicher Kinderbetreuung – in der Regel ganztätig und auch für Kinder unter drei Jahren. Ein weiterer Beleg ist der größere Anteil permanenter nichtehelicher Lebensgemeinschaften, insbesondere auch mit Kindern. Abgesehen davon, darf aber nicht vergessen werden, dass die Ehe in den 1990er-Jahren die dominante Form der Partnerschaft in beiden Teilen Deutschlands blieb – zumindest dann, wenn man alle Altersgruppen in der Bevölkerung betrachtet. So lebten im Jahr 1999 ungefähr 39 Millionen Deutsche als Ehepaare zusammen, während nur ungefähr zwei Millionen Deutsche in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten.²⁰

Anmerkungen

- 1 Zu diesen Eheschulen, aber auch zu den nichtehelichen Beziehungen vgl. ausführlich: Eva Schäffler, *Partnerschaften in Ostdeutschland. Auf dem Weg vom Real- zum Postsozialismus* (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 25), Wiesbaden 2017.
- 2 Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Zusammenfassende Übersichten Eheschließungen, Geborene und Gestorbene*, Wiesbaden 2020, S. 7.
- 3 Verschiedene Scheidungsstatistiken der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, in: Bundesarchiv (BArch), DE 2 30836, 20037, 20427, 20908, 21020.
- 4 Amt für Jugendfragen, Zentralinstitut für Jugendforschung, *Lebensgemeinschaften, Gedanken – Thesen – empirische Ergebnisse*, 1985, in: BArch, DC 4 521, S. 2.

- 5 Jutta Gysi, Frau und Familie, in: Gunnar Winkler (Hg.), Frauenreport '90, Berlin 1990, S. 112.
- 6 Im Vergleich dazu lag die Nichteelichenquote in der Bundesrepublik 1970 bei 5,5 Prozent und 1980 bei 7,6 Prozent (Johannes Huinink/Dirk Konietzka, Familiensoziologie. Eine Einführung, Frankfurt/Main 2007, S. 86).
- 7 Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabteilung Medizinische Betreuung, Abteilung Mutter und Kind, Konzeption zur Familienplanung und Sexualität als Teil der Familienpolitik, 1968, S. 1, in: BArch, DQ 1 26418, S. 1.
- 8 Als »eigen-sinniges« Verhalten werden gesellschaftliche Aneignungsstrategien von Herrschaft im eigenen Interesse bezeichnet. Das Konzept stammt ursprünglich aus der Alltagsgeschichte (Alf Lüdtke, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993) und wurde vielfach für die Erforschung der DDR-Geschichte adaptiert (grundlegend ist hier: Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 13–44).
- 9 Amt für Jugendfragen, Zentralinstitut für Jugendforschung, Lebensgemeinschaften (Anm. 4).
- 10 László A. Vaskovics/Harald Rost, Junge Ehepaare in den alten und neuen Bundesländern – Ein Vergleich, in: Bernhard Nauck/Norbert Schneider/Angelika Tölke (Hg.), Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch, Stuttgart 1995, S. 137–153, hier S. 142.
- 11 Diese Werte beziehen sich auf das Erstheiratsalter von Frauen. Das männliche Erstheiratsalter lag stets etwa zwei Jahre über dem weiblichen Erstheiratsalter (Josef Ehmer, Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800–2000, München, S. 47; Arnd Bauerkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005, S. 20).
- 12 Zur Schock- bzw. zur Angleichungsthese vgl. z.B. Steffen Mau, Der demographische Wandel in den neuen Bundesländern. Familiengründung nach der Wende: Aufschub oder Verzicht?, in: Zeitschrift für Familienforschung 6 (1995), S. 197–220; Jürgen Dorbritz, Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 22 (1997), S. 239–268.
- 13 Günter Burkart, Kohabitation und Individualisierung – Nichteeliche Paarbeziehungen im kulturellen Wandel, in: Zeitschrift für Familienforschung 3 (1991), S. 26–48, hier S. 28.
- 14 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Nichteelichenquote für West- und Ostdeutschland, <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/F05-Nichteelichenquote-West-Ost-ab-1946.html>, letzter Zugriff am 25.3.2021.
- 15 Evelyn Grünheid, Überblick über die demographische Entwicklung in West- und Ostdeutschland von 1990 bis 2004, in: Insa Cassens/Marc Luy/Rembrandt Scholz (Hg.), Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden 2009, S. 12–47, hier S. 42.
- 16 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Nichteelichenquote für West- und Ostdeutschland.
- 17 Eine solche Studie ist z. B. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, ALLBUS Basisumfrage 1991, Variable Report, Köln 2014.
- 18 Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenquoten 1991 bis 2019, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html>, letzter Zugriff am 31.3.2021.
- 19 Gitta Scheller, Ostdeutsche Ehen und Familien im Spannungsfeld zwischen Entstaatlichung, neuen Aufgaben und Abhängigkeiten, in: Jutta Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit, Opladen 2003, S. 852–868, hier S. 858f.
- 20 Ehmer, Bevölkerungsgeschichte (Anm. 11), S. 51.



Der Vorstand und das Aktiv der WiGB erörtern das Programm des Berichtsseminars WiGB-2002. V.l.n.r.: Dr. Fenja Kropman, Dr. Bella Lurik, Vorsitzende der WiGB, Dipl. Ing., Alla Kochergina, Dipl.Ing. Genrietta Liakhovitskaia, Prof. Dr. Victor Mairanowski, Leiter des Seminars, Dipl. Ing. Ari Kropman

Alina Gromova

En-Gendering jüdische Migration

Narrative jüdischer Frauen mit sowjetischer Erfahrung in Deutschland nach 1990

Anfang der 1990er-Jahre begann eine verstärkte Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion nach Deutschland. Zu verschiedenen Aspekten dieser Migration ist in den vergangenen fünfzehn Jahren bereits publiziert worden, etwa zur kulturellen, religiösen und urbanen Identität der jungen Generation, zur transnationalen Küche innerhalb der jüdisch-russischsprachigen Community, zu ihrem Humor und ihrer Konsumkultur oder zu ihrem Umgang mit Antisemitismus und Rassismus in Deutschland.¹

Medial wird über die jüdischen Einwanderer*innen häufig das Bild transportiert, dass sie ihre jüdischen Traditionen und ihren Glauben in der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten nicht gelebt hätten. Deshalb wird dieser Beitrag zunächst kurz umreißen, wie die Situation von Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion war, wie sie in dieser Situation lebten und wie sich charakteristische Biografien und Lebenswege zu dieser Berichterstattung verhalten.

Über die Situation der Frauen in der russischsprachigen jüdischen Community in Deutschland nach 1990 ist bisher nur wenig bekannt. Dieser Beitrag widmet sich zum einen der Frage, wie sich das Berufsleben von Frauen in der ehemaligen Sowjetunion und später in Deutschland gestaltete: Konnten sie auf ihren vor der Immigration erworbenen beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen in Deutschland aufbauen? Welche Wege gingen sie, um ein erfülltes Leben nach der Einwanderung zu verwirklichen? Des Weiteren wird das Engagement von Frauen für die Belange jüdischer Communities in Deutschland betrachtet sowie ein kurzer Blick auf ihre Rolle in der deutschen Kulturlandschaft geworfen.

Und schließlich wird die Frage nach der spezifisch weiblichen Erinnerungskultur russischsprachiger Jüdinnen gestellt: Welche Erinnerungen an die Verfolgung, das Überleben und den Widerstand im Zweiten Weltkrieg bringen sie nach Deutschland mit und wie lassen sich diese mit dem deutsch-jüdischen Erinnerungsdiskurs hierzulande verflechten? Ziel ist es, die häufig unsichtbaren Erzählungen, Erinnerungen und Perspektiven russischsprachiger jüdischer Frauen sichtbar zu machen.

Jüdisches Leben in der Sowjetunion – ein kurzer Überblick

Das häufig medial vermittelte Bild, dass die in den 1990er-Jahren nach Deutschland gekommenen Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion weder ihrer Religion noch ihren jüdischen Traditionen nachgehen durften oder wollten, trifft keineswegs auf alle Personen zu, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nach Deutschland kamen.

Während der siebzig Jahre dauernden Sowjetzeit von 1922 bis Dezember 1991 hatten sich in den meisten Familien jüdische Riten und Bräuche mit sowjetischen Feiertagen und Traditionen verwoben. Auf diese Weise pflegten viele Familien das Jüdische in ihren Familien- und Freundeskreisen und bewahrten so ihre Identität.

Ein vitales und öffentliches jüdisches Leben – und vor allem ein Gemeindeleben – war jedoch aus politischen Gründen unter der kommunistischen

Führung, die generell die Ausübung von Religion ablehnte und zu verhindern suchte, über viele Jahrzehnte in der Sowjetunion kaum möglich. So hatte Wladimir Iljitsch Lenin in Anlehnung an Karl Marx schon 1905 formuliert: »Die Religion ist das Opium des Volks.« Verboten war die jüdische Religion offiziell nicht, aber die Anzahl der Synagogen in der Sowjetunion nahm über die Zeit deutlich ab. Jüdische Kommunisten, die bis 1929 eine eigene Sektion innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bildeten, wollten nach 1918 eine säkulare jüdische Kultur und Identität im Sozialismus etablieren, die sich von der Religion lösen sollte. Dazu wurde die jiddische Sprache durch die Etablierung von Theatern sowie durch Literatur und Zeitungen gefördert. In dieser Zeit verließen zahlreiche jüdische Gelehrte das Land oder arbeiteten im Untergrund weiter. Insgesamt änderte sich in der Sowjetunion die Politik gegenüber der jüdischen Minderheit mehrfach, sodass von einem eher ambivalenten Verhältnis gesprochen werden kann. Während des Zweiten Weltkrieges etwa wurden Verbote für religiöse Einrichtungen und Riten kurzzeitig wieder aufgehoben, um Loyalität gegenüber dem Staat zu generieren. So kämpften beispielsweise viele Juden und Jüdinnen in der Roten Armee gegen Hitler-Deutschland mit.²

Von 1948 bis 1953 ließ Josef Stalin Jüdinnen und Juden wegen einer angeblichen Ärzteverschwörung und Spionagevorwürfen verfolgen und auch ermorden. In diesen Jahren wurden viele jüdische Einrichtungen zerstört. Unter Nikita Chruschtschow wurden in den 1960er-Jahren weitere Synagogen geschlossen. Gottesdienste und religiöse Feierlichkeiten wurden selten öffentlich, sondern eher im Verborgenen begangen. Offiziell gab es zwar keinen Antisemitismus in der Sowjetunion, doch begegneten Jüdinnen und Juden Ablehnung, Ressentiments und Ausgrenzung im Alltag. Jüdisch zu sein, wurde in der Sowjetunion als nationale Zugehörigkeit angesehen. Wie bei Angehörigen anderer Volksgruppen und Nationalitäten, die in der Sowjetunion lebten, wurde dies seit 1932 in ihrem Inlands-pass entsprechend mit dem Wort »jevrejka« oder »jevrej«³ vermerkt. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Nationalität wurde wie auch bei den anderen Nationalitäten über den Vater weitergegeben.

Jüdinnen und Juden trafen sich im privaten Kreis, tauschten sich über Diskriminierungserfahrungen aus, sprachen über soziale und wirtschaftliche Überlebensstrategien, diskutierten die Möglichkeiten der Ausreise oder erzählten sich Witze, um sich in ihrem überwachten Alltag ein Ventil zu schaffen.⁴ Viele aus der älteren Generation mischten ihr Russisch mit Jiddisch und servierten Mazze oder gefilte Fisch an jüdischen Feiertagen wie Pessach oder Rosch ha-Schana. Manche lebten das Judentum im

Untergrund weiter, etwa mit Literatur aus Selbstverlagen, deren Schriften untereinander weitergereicht wurden. Darüber hinaus gab es in Wohnräumen Seminare zur Vermittlung der jüdischen Religion, vor allem in den Küchen. Jüdinnen und Juden brachten sich gegenseitig die jüdische Kultur und Traditionen näher. Und auch religiöse Anlässe wie Bar Mizwa oder Bat Mizwa wurden im Privaten in Wohnräumen gefeiert.⁵

Die wirtschaftliche Situation russischsprachiger Jüdinnen in der Sowjetunion der 1980er- und 1990er-Jahre

Die 1980er- und 1990er-Jahre sind in der Geschichte der Sowjetunion in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Diese Dekaden, in denen der Zerfall der Sowjetunion eingeleitet und schließlich vollzogen wurde, sind durch politische und wirtschaftliche Umbrüche, Instabilität und Kriminalität geprägt. Der grassierende latente Antisemitismus brachte für Jüdinnen und Juden berufliche Einschränkungen mit sich. So war es unter anderem unmöglich, sich in der Sowjetunion als Jüdin an Universitäten für bestimmte Studiengänge einzuschreiben. Quoten für die Belegung von Studienplätzen, die für Zugehörige unterschiedlicher Volksgruppen, also auch für Jüdinnen und Juden, galten, waren ungeschriebenes Gesetz. Bekam eine Jüdin oder ein Jude einen Studienplatz nicht, wurde das häufig mit der Quote begründet. Zudem war es Jüdinnen und Juden nicht möglich, in den diplomatischen Dienst einzutreten. Menschen mit jüdischen Namen erlebten Diskriminierung in Schulen, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum, weil ihr Äußeres als nichtslawisch angesehen wurde. Von den lebensfeindlichen Bedingungen der sowjetischen Existenz waren besonders Frauen betroffen, jüdische wie nichtjüdische gleichermaßen. So verdienten sie fast ein Drittel weniger als Männer in denselben Berufen und Positionen und waren nur zu einem geringen Anteil in Führungsebenen vertreten, obwohl mehr Frauen als Männer eine Hochschulqualifikation besaßen.

Mit Glasnost und Perestroika unter Michail Gorbatschow, dem Generalsekretär der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion), begann in der Sowjetunion zwischen 1985 und 1991 der allgemeine gesellschaftliche Umbruch. Die Reformen des politischen Systems setzten neue gesellschaftliche Strömungen und Meinungsprozesse in Gang, die zur Formierung neuer Gruppierungen führten. Dazu gehörte auch die Frauenbewegung, deren Mitglieder als Leningrader Dissidenten-Feministinnen bekannt waren und sich um die Herausgeberinnen der Samizdat-Magazine⁶ wie »Maria« oder »Frau und Russland« gruppierten.⁷ Zum ersten Mal konnten

sowjetische Frauen nun öffentlich dagegen protestieren, als »Bürger zweiter Klasse« behandelt zu werden.⁸

In dieser Zeit konnte auch die US-amerikanische jüdische Frauenorganisation Keshet erste Kontakte zu Jüdinnen in der Sowjetunion knüpfen. Das Projekt Keshet, in dem heute etwa 3000 Jüdinnen in 150 Orten in Russland, der Ukraine, in Weißrussland, Moldawien, Georgien und Israel aktiv sind, eröffnete 1994 erstmalig Keshet-Büros in mehreren (ex)sowjetischen Republiken. Die Keshet-Aktivistinnen wollten jüdische Frauen wieder mit den jüdischen Traditionen vertraut machen, da viele dieser Traditionen durch die restriktive sowjetische Politik in Vergessenheit geraten waren.

Heute leistet Keshet zudem Informationsarbeit über die Prävention von Brustkrebs, setzt sich gegen Gewalt gegen Frauen ein und bietet Leadership-Trainings für jüdische Frauen an.⁹

Derzeit widmen sich in Deutschland immer mehr junge russischsprachige Wissenschaftlerinnen jüdischer Herkunft der jüdisch-(post-)sowjetischen Kultur und Tradition. Dazu gehören etwa Darja Klingenberg, Julia Bernstein oder Sevil Huseynova.

Die große Ausreisewelle von Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion in den 1990er-Jahren nach Deutschland

Als die sowjetische Regierung in den 1970er-Jahren dank des kurzen Tauwetters in den Ost-West-Beziehungen den Eisernen Vorhang für kurze Zeit löfete, kamen zunächst etwa 3500 Jüdinnen und Juden in die Bundesrepublik. Der Großteil von ihnen ging nach Westberlin.¹⁰ Dieser relativ kleinen Gruppe folgten seit 1991 etwa 220000 jüdische Einwander*innen, die mit dem Fall des Eisernen Vorhangs auf der Grundlage des Kontingentflüchtlingsgesetzes in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren. Sie erhielten einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen und mussten kein Asylverfahren durchlaufen. Auf diese Weise hoffte man hierzulande auch, die mitgliederarmen jüdischen Gemeinden zu stärken und das jüdische Leben in Deutschland, das durch die Shoah nahezu ausgelöscht worden war, wiederzubeleben. Die Einwander*innen schauten ihrerseits zuversichtlich in die Zukunft und hofften auf die Fortsetzung ihrer Berufswege, ein diskriminierungsfreies Leben und attraktivere Perspektiven für ihre Kinder.

In den hiesigen jüdischen Gemeinden engagierten sich vor allem die Frauen ehrenamtlich und halfen konkret mit Kleiderspenden, bezogen Betten in Unterkünften und unterstützten ihre russischsprachigen jüdischen Schwestern und Brüder dabei, sich in Deutschland zurechtzufin-

den. Zudem stellten die Gemeinden ihnen Räume zur Verfügung, damit sie sich untereinander treffen und in den jüdischen Gemeinden einbringen konnten.

Jüdische Frauen als selbstbestimmte Akteurinnen in Wissenschaft und Forschung

Unter den jüdischen Frauen, die nach Deutschland kamen, war der Großteil in der Sowjetunion als Akademikerinnen tätig gewesen und hatte etwa als Ingenieurinnen, Hochschuldozentinnen oder Ärztinnen gearbeitet. Ihre akademischen und beruflichen Qualifikationen haben sie an den Universitäten und Instituten in der Ukraine und Russland, Lettland und Litauen, Aserbaidschan und Georgien erworben. Die Immigrantinnen, die in der ehemaligen Sowjetunion als Frauen und als Jüdinnen mehrfach diskriminiert wurden, waren davon ausgegangen, mit ihren Berufs- und Hochschulabschlüssen in Deutschland adäquate Anstellungen zu bekommen und in der Gesellschaft gebraucht zu werden. Wie viele andere Immigrantinnen wurden jedoch auch die Jüdinnen aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland damit konfrontiert, dass ihre ausländischen Abschlüsse bis heute nicht anerkannt werden.

Wer keinen Anerkennungsbescheid über den ausländischen Abschluss vorweisen konnte, wurde von Arbeitsvermittler*innen als »Ungelernte« eingeordnet und dementsprechend vermittelt.¹¹ Die betroffenen Frauen mussten ihren Lebensunterhalt häufig mit schlecht bezahlten Jobs bestreiten, die weit unter ihren Qualifikationen lagen und keine sinngebende Funktion für sie hatten. So war eine Akademikerin, die sich und ihre Familie als Putzkraft finanziell über Wasser halten musste, keine Seltenheit. Eine weitere finanzielle Benachteiligung erfuhren und erfahren die Jüdinnen dadurch, dass sie bis heute, anders als Spätaussiedler*innen, keine Rentenansprüche aus ihrer beruflichen Tätigkeit in der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland geltend machen können, was in der Community als große soziale Ungerechtigkeit empfunden wird.¹²

Viele russischsprachige jüdische Wissenschaftlerinnen sind jedoch nicht bereit, ihre erzwungene Passivität im akademischen Leben hinzunehmen. Deshalb widmen sie sich in ihrer Freizeit weiterhin Forschung und Lehre, individuell und auch im Kollektiv: Beispielhaft für einen Zusammenschluss eingewanderter jüdischer Wissenschaftler*innen ist die *Wissenschaftliche Gesellschaft (WiGB) bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin*. Mit ihrer Gründung im Jahr 1996 wurde sie zur ersten Vereinigung dieser Art in Nach-

kriegsdeutschland. Im Gegensatz zum *Russisch-jüdischen Wissenschaftlichen Verein*, der am Ende des 19. Jahrhunderts von Emigrant*innen in Berlin gegründet wurde und dessen Mitglieder nahezu ausschließlich Männer waren, gehören der WiGB zahlreiche Frauen an.

Darunter ist etwa die Chemikerin Bella Lurik. Sie kam 1993 nach Deutschland und gründete 1996 die WiGB mit. Seit 1998 leitet die in Machatschkala (Dagestan – ASSR) geborene Wissenschaftlerin mit dem Spezialgebiet »Chemie und Technologie biologisch aktiver Verbindungen« die *Wissenschaftliche Gesellschaft*. Zusammen mit Bella Lurik gehörten im Jahr 2018 insgesamt 17 Frauen der WiGB an. Sie bildeten damit gut ein Drittel der 52 Mitglieder, die die WiGB im Jahr 2018 zählte.¹³ In der ehemaligen Sowjetunion waren sie als Mathematikerinnen, Chemikerinnen, Psychologinnen, Geografinnen, Biologinnen und Polytechnikerinnen tätig. Mit der WiGB haben die eingewanderten jüdischen Wissenschaftlerinnen für sich einen Raum geschaffen, in dem sie weiterhin forschen und publizieren können.

Daneben engagieren sich die Mitglieder der WiGB für die Bildung der jungen Generation, sie organisieren Seminare und geben Nachhilfeunterricht für Kinder und Jugendliche. Frauen aus der jungen Generation der Immigrantinnen berichten, dass sie ihre Leidenschaft für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) bei den Mathematik- und Physikolympiaden der WiGB entdeckten. Julia Klebanow, heute Medizinstudentin an der Berliner Charité, schreibt:

»Ich erinnere mich sehr genau daran, wie ich als fünfzehnjähriges Schulmädchen auf die Mathematikolympiade der WiGB aufmerksam wurde und mich zur Teilnahme anmeldete. Die Olympiade war nicht nur ein voller Erfolg für mich mit einem wunderbaren Bücherpreis, nicht nur ein sehr angenehmes Erlebnis mit vielen interessanten Menschen in einer schönen, entspannten Atmosphäre, sondern eröffnete mir vor allem eine wunderbare Zusammenarbeit mit Professoren und Dozenten aus der ehemaligen Sowjetunion [...]. Seminare wurden schon bald zum Beispiel auf das Deck eines Schiffes verlegt, das durch Berlin fuhr, was zusätzlich das Knüpfen von Kontakten mit anderen Schülern und Mitgliedern der Wissenschaftlichen Gesellschaft erleichterte und der Anschaulichkeit der erklärten Sachverhalte diente.«¹⁴

Ein wichtiger Teil der Arbeit der *Wissenschaftlichen Gesellschaft* ist die Erforschung jüdischer Geschichte. Mit der Publikation »Zur Geschichte der Potsdamer Synagoge« oder mit der Ausstellung »Deutsch-Jüdische Wissenschaftler«, um nur zwei Beispiele zu nennen, möchten die Mitglieder

der WiGB eine stärkere Bindung der jungen Generation an ihre jüdischen Wurzeln fördern. Mit einem bewundernswerten Spagat zwischen Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Forschung und Lehre tragen jüdische Immigrantinnen so zum Fortbestehen ihrer wissenschaftlichen Arbeit und zur Förderung jüdischer Geschichte und Kultur in Deutschland bei.

Engagement russischsprachiger Jüdinnen in soziokulturellen jüdischen Organisationen und kulturellem Leben in Deutschland

Das schon bald nach ihrer Ankunft in Deutschland beginnende Engagement jüdischer Frauen aus der Sowjetunion für die Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur bleibt für die Öffentlichkeit oft unsichtbar. Dabei finden sich unter den Einwander*innen heute zunehmend mehr Frauen, die als Gründerinnen und Mäzeninnen auftreten und die sich der Pflege der jüdischen Traditionen verpflichten. Unter ihnen sind vor allem Frauen, die sich in den postsowjetischen Republiken aktiv am jüdischen Leben beteiligten. Nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war, richteten jüdische internationale Organisationen auf dem postsowjetischen Territorium jüdische Gemeinden und jüdische Kulturzentren ein.

Anna Bekkerman-Chernobelskaya, die aus der Ukraine nach Deutschland eingewandert ist, gründete im Jahr 2013 das *jüdische soziokulturelle Zentrum Yahad Chaverim* in Bochum und spezialisierte sich auf die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien. Mit Themen wie der »Geschichte des jüdischen Volkes«, aber auch »Umwelt und Nachhaltigkeit in der jüdischen Tradition« wird gemäß der Vereinssatzung die Entwicklung des jüdischen Selbstbewusstseins bei der jüdischen Jugend unterstützt. In einem Interview sagt Bekkerman-Chernobelskaya:

»Die Tradition der Hochzeit, der Beerdigung, die Informationen über die Traditionen, der Faden wurde zerrissen. [...] Interessant für uns sind Alltagstraditionen, so ein Volk sind wir. Ich habe erst später verstanden, warum es bei uns zu Hause einen Topf gab, in dem man nur Milch kochen durfte, und ein spezielles Schneidebrett nur für Fleisch. Heute ist das bei mir zu Hause auch so. Wir sind praktische Menschen, deshalb macht es Sinn, diese Seite der Tradition zu erklären. Wie kommt das seit Generationen und seit dem Altertum, inwieweit ist das in unser Leben übergegangen?«¹⁵

Die Gründung von Yahad Chaverim betrachtet Bekkerman-Chernobelskaya im Nachhinein als essenziell dafür, ihr jüdisches Selbstbewusstsein in

Deutschland nicht zu verlieren: »Die Lebensweise, das Tempo, die Überlastung hier in Deutschland führte dazu, dass man heute die Tradition nicht einhalten kann. Und deshalb habe ich den Verein gegründet, weil ich verstanden habe, dass eine Katastrophe passiert. Die Routine tötet einfach alles. Vor der Vereinsgründung hat sich mein jüdisches Selbstbewusstsein sehr geschwächt.«¹⁶

Auch Valentina Ivanidze, die im Jahr 2010 das Jugendzentrum »Lifroach« der Jüdischen Gemeinde Potsdam gründete, führte in ihrem Geburtsort Karaganda in Kasachstan ein aktives jüdisches Leben und war als Freiwillige am Wiederaufbau der dortigen jüdischen Gemeinde Anfang der 1990er-Jahre beteiligt. In Deutschland unterstützt sie Jugendliche darin, ihre Ideen in Bezug auf lokale, nationale und internationale Veranstaltungen und Programme, die mit der jüdischen Geschichte, Gegenwart und Kultur in Verbindung stehen, zu verwirklichen.

Eine herausragende Rolle in der Auseinandersetzung und Interpretation jüdischer Gegenwart und Zukunft spielt Ilana Katz, die 1999 aus dem lettischen Riga nach Deutschland einwanderte und heute die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Kassel ist. Im Jahr 2015 gründete die studierte Biophysikerin und Unternehmerin in Kassel das »Sara Nussbaum Zentrum für jüdisches Leben«¹⁷ und stellte dafür Räumlichkeiten zur Verfügung. Im gleichen Gebäude, das Katz erworben hat, betreibt sie wie viele andere Unternehmerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion eine multikulturelle Tagespflegeeinrichtung für ca. 50 Menschen. Das »Sara Nussbaum Zentrum für jüdisches Leben« wurde aus dem Privatvermögen der Familie Katz finanziert. Dort wird ein umfangreiches Kulturprogramm veranstaltet und es werden Ausstellungen über das Leben von Kasseler Jüdinnen und Juden heute und in der Vergangenheit gezeigt.

Die Leiterin des »Sara Nussbaum Zentrums für jüdisches Leben«, Elena Padvá, wurde in der ukrainischen Hauptstadt Kiew geboren und kam im Alter von 16 Jahren zusammen mit ihrer Familie nach Deutschland. Sie studierte Marketing und arbeitete in der Marktforschung, ehe sie anfangs Ausstellungen zu kuratieren. Ein wunderbares Beispiel ihrer kuratorischen Arbeit ist die Wechsellausstellung »Kontingentflüchtling war gestern. 25 Jahre jüdisch-russischer Einwanderung nach Kassel«, die zwischen 2015 und 2019 in den Ausstellungsräumen des »Sara Nussbaum Zentrums« gezeigt wurde. Der Titel der Ausstellung macht deutlich, dass die Einwander*innen sich heute als Kasseler Jüdinnen und Juden begreifen und nicht in erster Linie als Kontingentflüchtlinge – ein Begriff, der in der bundesdeutschen Öffentlichkeit heute immer noch häufig verwendet wird und den Blick stark auf die Rahmenbedingungen dieser Einwanderung lenkt.

»Kontingentflüchtling war gestern« ist die selbstbewusste Stimme einer Generation, die ihre Themen und Belange aus der eigenen Perspektive artikuliert. Dazu gehören private Momente, die sich in Anekdoten über Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt, über die Heimtücken der deutschen Sprache oder über die skurrilen Situationen in Wohnheimen ausdrücken. Dazu gehört ein Bild von Deutschland, dem die Einwander*innen anfangs vor allem im Gewand von Regeln und Verboten wie »Rauchen verboten! Betreten verboten! Zutritt verboten! Parken verboten!« begegneten. Das umfasst auch den Zeitgeist, der in der Auseinandersetzung mit Abschied und Heimat zur Sprache kommt, wie zum Beispiel in diesem Zitat: *»Du entwurzelst dich, du verlierst dein Zuhause. Du verlierst den Boden unter den Füßen, schwebst in der Luft, in völliger Ungewissheit ...«* (R. Ostrovskaya).

Die Lebenswege der Kasseler jüdischen Familien wurden in dieser Ausstellung liebevoll und wirkmächtig mit Orten wie Küche, Wohnheim oder Zuhause verflochten und machen sie zu wichtigen Koordinaten jüdisch-deutscher Migrationstopografien. Ohne diese Dokumentation wären Gegenstände oder Gespräche aus den Wohnheimen, in denen die meisten jüdischen Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion häufig über viele Jahre nach ihrer Einreise untergebracht wurden, in Vergessenheit geraten.

Migrationsgeschichte als Motor für Tätigkeiten in Kultur und Wissenschaft

Eine Reihe jüdischer Frauen, deren Familiengeschichte mit der Sowjetunion verbunden ist und die häufig als Kinder oder Jugendliche nach Deutschland gekommen sind, wirken heute als Schriftstellerinnen und Essayistinnen, Theaterautorinnen und Dramaturginnen. Ihre Romane, Essays und Theaterstücke haben in Deutschland ein beachtliches Publikum gefunden, zum Teil mehrfach ausgezeichnet. Es sind, um nur einige zu nennen, Lena Gorelik, Olga Grjasnova, Alina Bronsky, Lana Lux, Katja Petrowskaja, Alexandra Friedmann, Sasha Marianna Salzmann oder Marina B. Neubert. Sie alle beschäftigen sich in ihren Werken mit Identität, Herkunft, Heimat und Geschlecht. Sie sind in der Regel mehrsprachig, haben eine internationale Ausbildung absolviert und auch ihre Romane oder Essays spielen zwischen Berlin und Baku, Istanbul und Moskau, Lwiw und München.

Diese Themen werden auch von jungen Künstlerinnen und Literaturwissenschaftlerinnen aufgegriffen. Anna Schapiro, die in Moskau geboren

wurde, ist Mitbegründerin und Mitherausgeberin der Zeitschrift *Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart*,¹⁸ die seit 2016 erscheint. Kristina Omelchenko, die ebenfalls in Russland geboren wurde, forscht zu transnationalen Erinnerungsnarrativen in der deutsch- und russischsprachigen Gegenwartsliteratur. Der wesentliche Beitrag der zweiten Generation von Autorinnen, Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen für die deutschsprachige Gegenwartsliteratur, Kunst und Forschung liegt in der transnationalen und intersektionalen Perspektive und Themen wie Diversität und postmigrantische Erinnerungskultur, die ihre Arbeiten prägen.

Erinnerungskultur jüdischer Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion im Kontext des Zweiten Weltkrieges

Der bundesrepublikanische Erinnerungsdiskurs zu Jüdinnen und Juden in der Zeit des Zweiten Weltkrieges ist geprägt von Gedenkveranstaltungen. So wird etwa am 9. November, dem Tag der Pogromnacht von 1938, oder am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, traditionell an Jüdinnen und Juden als Opfer des Holocaust gedacht. Die Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion werden in der Öffentlichkeit als Veteran*innen der Roten Armee dagegen häufig mit dem Narrativ der Sieger*innen in Verbindung gebracht. Auf zahlreichen Fotografien in der Berichterstattung über die Veranstaltungen zum Sieg über Hitler-Deutschland werden auch Frauen als ehemalige Rotarmistinnen sichtbar. Auf diese Weise manifestiert sich in der deutsch-jüdischen Erinnerungskultur ein dichotomes Opfer-Sieger-Narrativ, welches das Leiden im Nationalsozialismus und das Kämpfen im Stalinismus als zwei gegensätzliche Erinnerungen darstellt.

Allerdings handelt es sich bei dem Sieger*innen-Narrativ um eine tradierte heroisierende Männererzählung, die sich an militärischen Kriterien bemisst. Es griffen zwar auch Frauen zu den Waffen, der Großteil von ihnen nahm in der Regel jedoch »als freiwillige Rotarmistinnen am Zweiten Weltkrieg teil, meist als Sanitäterinnen, Krankenschwestern oder Bürokräfte [...]«. ¹⁹ Die Geschichte jüdischer Frauen in der Roten Armee ist jedoch bis heute noch nicht ausführlich erzählt worden. ²⁰

Die Geschichten der überwiegenden Mehrheit jüdischer Frauen waren während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach allerdings nicht von der Roten Armee geprägt. In seinem Projekt »Objekttag. Erinnerungsstücke und Migrationsgeschichten – Portraits in Deutschland lebender Jüdinnen*Juden« trägt das Jüdische Museum Berlin viele dieser bisher wenig sichtbaren Geschichten zusammen. In der Onlinedokumentation

des Projekts berichtet etwa Sofiya Haradzetskaya darüber, wie sie als Kind das Ghetto im weißrussischen Dubrowno überlebte und später durch die Wehrmacht von Dubrowno nach Orscha getrieben wurde. Ihre Mutter schloss sich den Partisanen an und fand ihre Tochter erst im April 1945 wieder. Viktoria Shtivelman erinnert sich an ein anderes prägendes Kapitel aus der Geschichte sowjetischer Frauen zur Zeit des Krieges: Ihre Familie hat die Blockade von Leningrad überlebt, die vom September 1941 bis Januar 1944 andauerte, und wurde anschließend nach Sibirien evakuiert.²¹

Während des Zweiten Weltkrieges wurden mehr als eine Million Jüdinnen und Juden aus der früheren Sowjetunion von den sowjetischen Autoritäten evakuiert oder konnten allein ins Innere der Sowjetunion entkommen.²² Unter denjenigen, die Zuflucht im nord- oder zentralasiatischen Teil der Sowjetunion fanden, waren überwiegend Frauen und Kinder. Männer, die auf den Familienfotos aus dieser Zeit zu sehen sind, kamen meist auf eine kurze Stippvisite von ihrem Armeedienst. Zu diesem Anlass wurden die Fotos auch meist angefertigt.

Betrachtet man die Geschichte jener Frauen, bleibt mit der Osteuropahistorikerin und Genderforscherin Anika Walke festzuhalten, dass *»das Überleben und Weiterleben von Juden und Jüdinnen in der (ehemaligen) Sowjetunion noch kaum dokumentiert oder gar untersucht worden sind. [...] Vernachlässigte, »vergessene« Erinnerungen sind lange Zeit diejenigen von Frauen gewesen. Als Subjekte historischer Prozesse waren sie nicht sichtbar. Dadurch wurden nicht zuletzt die Erfahrungen, die sich von denen von Männern unterschieden, ignoriert bzw. existieren im kollektiven Bewusstsein nicht. Dies muss auch mit Bezug auf den nationalsozialistischen Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas festgestellt werden.«*²³

Die vielfältigen Flucht- und Überlebensgeschichten jüdischer Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion erweitern damit die Opfer-Sieger*innen-Wahrnehmung, die die deutsch-jüdische Erinnerungskultur in Deutschland prägt. Vor dem Hintergrund der Frauenerinnerungen muss die deutsch-jüdische Erinnerungskultur stärker als verflochtene Geschichte des Stalinismus und des Nationalsozialismus gedacht werden.

Fazit

Wird die Situation der Frauen in der russischsprachigen jüdischen Community nach 1990 in Deutschland betrachtet, zeigt sie sich als ein Narrativ der – häufig widersprüchlichen – Verflechtungen von Erfahrungen und Erinnerungen. So sorgte die Nichtanerkennung beruflicher Qualifikationen in Deutschland unter anderem dafür, dass jüdische Frauen aus der ehemali-

gen Sowjetunion nach kreativen Wegen suchten, um ihre ursprünglichen Berufe weiterhin ehrenamtlich auszuüben. Die Unterdrückung des religiösen Lebens, mit dem die Frauen in der Sowjetunion konfrontiert waren, führte nicht zwangsläufig dazu, dass sie sich von der jüdischen Tradition abwandten.

Wie Beispiele von Gründerinnen jüdischer Vereine, Ausstellungsmacherinnen, Schriftstellerinnen und Dramaturginnen zeigen, spielt die Auseinandersetzung mit jüdischer Identität und Tradition bei vielen Frauen eine bedeutende Rolle. Auch der Blick auf die deutsch-jüdische Erinnerungskultur aus der Frauenperspektive offenbart, dass die jüdischen Verfolgungs- und Überlebensgeschichten im Nationalsozialismus und im Stalinismus sich nicht als unvereinbare Gegensätze, sondern als eine verflochtene, multidirektionale Erzählung denken lassen. Solche Verflechtungsgeschichten lassen unsichtbare Lebenswege von Jüdinnen mit sowjetischen Erfahrungen in Deutschland erzählen und schaffen einen neuen Blick auf jüdische Geschichte und Gegenwart in Deutschland nach 1990.

Erschienen auf DA Online am 5.2.2021.

Dieser Beitrag gehört zur DA-Reihe »Jüdinnen in Deutschland nach 1945«, die im zweiten Halbjahr 2020 gestartet ist. Hier finden Sie mehr Beiträge und Interviews: www.bpb.de/juedinnen-in-deutschland-nach-1945

Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. Julia Bernstein, Food for Thought: Transnational Contested Identities and Food Practices of Russian-Speaking Jewish Migrants in Israel and Germany, Frankfurt am Main 2010; Darja Klingenberg, Komische Leute. Selbstverständnisse und Erfahrungen von Rassismus und Antisemitismus russisch-jüdischer Migrant_innen im scherzhaften Gespräch, in: Karen Körber (Hg.), Russisch-jüdische Gegenwart in Deutschland. Interdisziplinäre Perspektiven auf eine Diaspora im Wandel, Göttingen 2015, S. 107–133; Alina Gromova, Generation »koscher light«. Urbane Räume und Praxen junger russischsprachiger Juden in Berlin, Bielefeld 2013.
- 2 Siehe Karin Leipold, Die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Eine Gemeindestudie, Dissertation, Universität Bayreuth 2014, <https://d-nb.info/1095663615/34>, zuletzt aufgerufen am 28.1.2021.
- 3 »Jevrejka« oder »jevreja« [Rus. еврейка; еврей] leitet sich wie auch das Wort »Hebräer« vom Hebräischen »ivri« ab, das in der Thora frühe Angehörige der Israeliten, später auch ihre Nachfahren, die Jüdinnen und Juden, bezeichnet.
- 4 Zum Humor der jüdischen Einwander*innen siehe: Darja Klingenberg, Das kommt mir komisch vor ... Zum Humor der neu eingewanderten russischen Jüdinnen und Juden, in: Jüdisches Museum Frankfurt (Hg.), Ausgerechnet Deutschland! Jüdisch-russische Einwanderung in die Bundesrepublik, Berlin 2010, S. 121–123.
- 5 Klavdia Smola (Ed.), Jewish Underground Culture in the late Soviet Union. Special Issue of the Journal East European Jewish Affairs, Vol. 48, 1, 2018.

- 6 »Samisdat« (auch Samizdat geschrieben, vom Russischen sam isdatelʹ – Selbstverleger) ist Ausdruck politischer und kultureller Opposition und gleichzeitig des Willens, unzensurierte, freie, eigene Gedanken oder künstlerische Werke einem möglichst breiten Leser- und Zuhörerkreis bekannt zu machen«, zitiert nach Viktor Krieger, *Russlanddeutscher Samisdat und das Umfeld seiner Entstehung*, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier: Russlanddeutsche, www.bpb.de/283339, aufgerufen am 14.12.2020.
- 7 Vgl. Татьяна Горичева: *Мне надоели подвальность и элитарность «Второй культуры»* [Tatyana Goricheva: Ich habe genug vom Kellergeruch und Elitismus der »Zweiten Kultur«], <http://gelter.ru/archive/17640>, aufgerufen am 14.12.2020.
Das Interview von Raissa Orlowa mit Tatyana Goricheva ist Teil des Buchprojekts »Erinnerungen an den Samisdat«, das aus dem Forschungsprojekt »Die Geschichte der Dissidenz in der UdSSR« der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Memorial Moskau und Memorial St. Petersburg hervorgegangen ist. Weitere Audioaufzeichnungen und Transkripte liegen im Historischen Archiv der Forschungsstelle Osteuropa, <https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>, aufgerufen am 14.12.2020.
Das Phänomen der »Zweiten Kultur«, das in Leningrad der 1970er-Jahre seinen Anfang nahm, wird als eine komplexe Verflechtung von inoffizieller Kunst, religiösen und philosophischen Bestrebungen und politischen Programmen bezeichnet, von denen das Originellste die unabhängige Frauenbewegung war, die in den späten 1970er-Jahren aufkam.
- 8 Carmen Scheide/Natali Stegmann, Themen und Methoden der Frauen- und Geschlechtergeschichte, in: *Frauen- und Geschlechtergeschichte. Digitales Handbuch zur Geschichte und Kultur Russlands und Osteuropas, 2003*, S. 12, <http://www.osmikon.de> oder als PDF-Datei unter <https://epub.uni-muenchen.de/578/1/scheidestegmann-frauen-geschichte.pdf>, aufgerufen am 14.12.2020.
- 9 Zu Keshar siehe: www.projectkeshar.org; Christian Jahn, »Stimme der »Feministka««, in: *Jüdische Allgemeine*, 25.10.2011, <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/stimme-der-feministka/>, aufgerufen am 14.12.2020.
- 10 Eine fundierte Einführung zu diesem Thema gibt Larissa Remennick, *Russian Jews on Three Continents: Identity, Integration, and Conflict*, New Brunswick 2007.
- 11 Siehe Bettina Englmann/Martina Müller, *Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland*, Augsburg 2007.
- 12 Trotz der jahrzehntelangen Arbeitsbiografien in der ehemaligen Sowjetunion werden die Rentenansprüche von jüdischen Migrant*innen in Deutschland nicht anerkannt. Während rund 2,4 Prozent der deutschen Rentner*innen auf Leistungen der sozialen Grundsicherung im Alter angewiesen sind, liegt die Quote bei den jüdischen Einwander*innen bei 50 Prozent. Vgl. dazu: Dinah Riese, »Arm, jüdisch, eingewandert« in: *taz*, 23.1.2020, <https://taz.de/Fluechtlinge-aus-der-frueheren-UdSSR/!5655973/>, aufgerufen am 14.12.2020; »Wie weiter bei den Renten?« in: *Jüdische Allgemeine*, 27.8.2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/wie-weiter-bei-den-renten>, aufgerufen am 14.12.2020.
- 13 Victor G. Mairanowski, *20 Jahre einzigartiger Aktivität. Eingewanderte jüdische Wissenschaftler in Berlin*, Berlin 2018, S. 209–227.
- 14 Ebd., S. 164.
- 15 Interview mit Anna Bekkerman-Chernobelskaya am 18.1.2015, in: Alina Gromova, »Mapping Study Germany for Genesis Philanthropy Group«, Berlin 2015. Unveröffentlichte Studie über Organisationen, die sich an die Gruppe junger russischsprachiger Jüdinnen und Juden in Deutschland richten.
- 16 Ebd.
- 17 <https://sara-nussbaum-zentrum.de/aufeinander-zugehen/ueber-sara-nussbaum>: Sara Nussbaum wurde 1868 in Merzhausen als Sara Rothschild geboren. 1891 heiratete sie den Möbeldhändler

Rudolf Nussbaum aus Kassel. Mit ihren drei Kindern lebten sie seitdem in ihrem Wohn- und Geschäftshaus in der Schäfergasse. Das Ehepaar engagierte sich sehr für die Bürger der Stadt Kassel und die Jüdische Gemeinde. Sara unterstützte ihren Mann zudem beim Aufbau der DRK-Sanitätseinheit »Kolonne Nussbaum« und ließ sich zur Rotkreuzschwester ausbilden. Am 7. September 1942 wurde die 74-jährige Sara Nussbaum von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Sie meldete sich dort freiwillig für die Arbeit in der Typhusabteilung der Krankenstation. Sara Nussbaum überlebte und kehrte nach Kassel zurück. Sie lebte bis zu ihrem Tod in Armut – eine Entschädigungszahlung erhielt sie nie. Allerdings verlieh ihr die Stadt Kassel 1956 als erster Frau die Ehrenbürgerschaft. Wenig später verstarb sie.

- 18 Die Zeitschrift *Jalta* wird seit 2017 von Micha Brumlik, Marina Chernivsky, Max Czollek, Hannah Peaceman, Anna Shapiro und Lea Wohl von Haselberg herausgegeben. *Jalta* versteht sich als Forum, in dem jüdische wie nichtjüdische Stimmen zu Wort kommen. Die Autor*innen machen übersehene Perspektiven sichtbar und beziehen diese aufeinander. Sie artikulieren und entwickeln kritische Positionen und reflektieren aktuelle Diskussionen. Ihre Auseinandersetzungen stellen mehrheitsgesellschaftliche Deutungsmuster infrage, spiegeln die Diversität der Postmigrationsgesellschaft wider und zeigen Möglichkeiten der Allianzbildung auf. Siehe: <https://neofelis-verlag.de/verlagsprogramm/zeitschriften/jalta>, aufgerufen am 14.12.2020.
- 19 S. Neuberger/S. Reuber, Rotarmisten. Die Stimme der Veteranen, in: *Jüdische Allgemeine*, 7.12.2006.
- 20 Vgl. dazu: Judith Kessler, Frauen in der Roten Armee, in: *AVIVA-Berlin*, 5.5.2015, https://www.aviva-berlin.de/aviva/content_Women%20+%20Work.php?id=14191408, aufgerufen am 14.12.2020.
- 21 Alina Gromova/Tamar Lewinsky/Theresa Ziehe, Objektage. Erinnerungsstücke und Migrationsgeschichten – Porträts in Deutschland lebender Jüdinnen*Juden, im *Jüdisches Museum Berlin* 2018, www.jmberlin.de/node/5528, aufgerufen am 14.12.2020.
- 22 Saidjon Kurbanov et al., comp. Taschkent, Usbekistan, aus der Sowjetunion evakuierte jüdische Flüchtlinge, 1941–1942 [Datenbank online]. Provo, UT, USA: Ancestry.com Operations Inc., 2008, <https://www.ancestry.de/search/collections/1373/>, aufgerufen am 14.12.2020.
- 23 Anika Walke, *Jüdische Partisaninnen. Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion*, Berlin 2007, S. 15–17.



Täglich wurde dem damals 69-jährigen Rentner Kurt Kersten in der Zeppelinstraße (Bezirk Treptow-Köpenick) sein warmes Mittagessen in die Wohnung gebracht. Die Hauswirtschaftspflegerin der Volkssolidarität Margot Schott (l.) sorgte auch dafür, dass die Wohnung sauber und aufgeräumt war (Foto von 1979).

Maren Hachmeister

Der Plan einer Rentnerkartei in der DDR

Care-Arbeit zwischen Privatsache und staatlicher Aufgabe

Die Frage, wer sich um die Älteren kümmert, wenn sie einmal auf Fürsorgeleistungen angewiesen sein würden, hat die Sozialpolitik ab der Gründung der DDR beschäftigt. Vorschläge für eine »Betreuungskartei für Bürger im Rentenalter«, kurz eine Rentnerkartei, lassen sich von den 1960er-Jahren bis zur deutschen Einheit nachverfolgen.

Im Zeichen der Kriegsfolgen: vom Leistungsprinzip zum Versorgungsprinzip

Schon kurz nach der Gründung der DDR sprach Jenny Matern, stellvertretende Gesundheitsministerin (und Ehefrau des SED-Politikers Hermann Matern), von einem »anormal großen Rentnerkreis«.¹ Sie erklärte dies noch als vorübergehende »Kriegsfolge«, weil Personengruppen, die beispielsweise eine Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente in Anspruch nahmen, in diesen Kreis einbezogen wurden.² Dennoch führte genau diese Ausgangslage zu einem Umdenken, das die Situation älterer Menschen in der DDR nachhaltig verändern sollte. Statt Renten ausschließlich nach dem Leistungsprinzip zu vergeben, bei dem »die gesellschaftliche und persönliche Bedeutung und Leistung des Einzelnen«³ entschied, bemühte sich das Gesundheitsministerium der DDR (MfGe) Anfang der 1950er-Jahre darum, ein Existenzminimum nach dem Versorgungsprinzip sicherzustellen.⁴ Zugleich knüpfte Matern solche Leistungen an den erhofften Fortschritt, wenn sie erklärte, »Verbesserungen [seien] nur im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Besserung möglich«.⁵ Als Zukunftserwartung an den sozialistischen Aufbau formulierte sie, »das Rentenproblem möglichst bald einfacher, fortschrittlicher und wirksamer zu gestalten, [als] dies in den ersten Jahren des Aufbaus erfolgen konnte«.⁶ Aus der Rente wurde so ausdrücklich ein Rentenproblem, aus hilfebedürftigen Personen eine Bremse des Fortschritts.

Aus einem Briefwechsel mit dem MfGe geht hervor, dass Versorgung im Alter zudem eine Ermessensfrage war, bei der »die Entscheidung des Arztes [...] nicht selten mehr oder weniger willkürlich [war]«.⁷ Wem welche Art der Fürsorge zustand und wer sie leistete, waren Fragen, die das Ministerium schon damals vereinheitlichen wollte. Nicht zuletzt ging es darum, die egalitären Verhältnisse zu schaffen, mit denen sich die DDR beim Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild profilieren wollte. »Wie ein Staat für seine alten Bürger sorgt«, so die Schlussfolgerung Ende der 1950er-Jahre, sei schließlich »ein guter Maßstab für den sozialen Fortschritt in diesem Staat«.⁸

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) verstand sich als eine Staatsführung mit ausgeprägtem Fürsorgeanspruch gegenüber der Bevölkerung. Auch ältere Menschen mit ihren individuellen Pflegebedürfnissen waren daher schon früh Gegenstand offizieller Rhetorik. Zwar deklarierte die SED Rentnerinnen und Rentner zu sogenannten Veteranen der Arbeit, die ihren Anteil am Aufbau des Sozialismus schon geleistet hätten und nun im Alter entweder vom Staat oder von ihren Mitmenschen

versorgt werden sollten.⁹ Doch hatten in den 1960er-Jahren sozialpolitische Maßnahmen für andere Gruppen Vorrang: Erst nachdem die Fünftagewoche für die Werktätigen eingeführt sowie die Mindestlöhne und das Kindergeld erhöht worden waren, rückten die Bedürfnisse älterer Menschen wieder in den Fokus. Auch das in der Verfassung von 1949 festgeschriebene Recht auf Versorgung im Alter (Art. 16)¹⁰ wurde erst 1968 ausführlicher zu einem »Recht auf Fürsorge der Gesellschaft im Alter und bei Invalidität« (Art. 36) ausformuliert, welches »durch eine steigende materielle, soziale und kulturelle Versorgung und Betreuung alter und arbeitsunfähiger Bürger« gewährleistet werden sollte.¹¹

In dieser Verfassungsänderung spiegelte sich ein Charakteristikum sozialistischer Sozialpolitik, das nun explizit die Gruppe der Älteren einschloss: Neben dem Staat sollte die Gesellschaft im Sinne einer »gesamtgesellschaftlichen Verantwortung« für soziale Probleme und deren Bewältigung zuständig sein. Im Frühjahr 1960 hatte der damalige Gesundheitsminister Max Sefrin eine Anweisung hierzu herausgegeben, in der er verkündete, »niemand soll im Alter oder bei Gebrechlichkeit das Gefühl haben, vereinsamt und sich selbst überlassen zu sein«.¹² Was passierte aber, wenn die hier für das fortgeschrittene Alter unterstellte Gebrechlichkeit schon eingetreten war? Die großen Versprechen des sozialistischen Gesundheits- und Sozialwesens blieben weiterhin präventionsorientiert. Sie umschlossen den allgemeinen und unentgeltlichen Zugang zur Gesundheitsversorgung, eine Einheitssozialversicherung und das poliklinische Versorgungsmodell.¹³ Geeignete Heimplätze für die pflegebedürftigen Älteren waren hingegen kaum verfügbar, die Qualität der formellen Pflege galt insgesamt als fragwürdig.¹⁴

Eine Betreuungskartei für Bürger im Rentenalter

In den 1960er-Jahren kümmerten sich ganz im Sinne dieser »gesamtgesellschaftlichen Verantwortung« daher meistens Familienangehörige, Nachbarn, Hauswirtschaftspflegerinnen der Volkssolidarität sowie Gemeindegewestern um pflegebedürftige Ältere. Gemeinsam organisierten sie im jeweiligen Wohnbezirk die notwendige Unterstützung im Alltag und wo möglich auch häusliche Altenpflege. Jedoch gab es unterschiedliche Einschätzungen darüber, wie gut die Versorgung der Älteren auf diesem Weg erfüllt werden konnte. Anfang der 1960er-Jahre noch bestätigte ein Kreisvorsitzender der Volkssolidarität, also derjenigen Organisation, die sich in der DDR auf die Pflege älterer Menschen spezialisiert hatte, »dass

ein Teil der Rentner noch von Angehörigen unterstützt wird, sodass wir nicht unmittelbar eingreifen müssen«. ¹⁵ Im Juli 1969 erklärte schließlich das MfGe, dass zuerst eine »Reihe von Informationen über den betreffenden Personenkreis erforderlich« sei, um dessen Lebensumstände beurteilen und auf lange Sicht auch verbessern zu können. ¹⁶ Nach Vorstellung des Ministeriums sollten jede Stadt und jede Gemeinde zu diesem Zweck eine »Betreuungskartei für Bürger im Rentenalter« anlegen, mit der Betreuungssituationen und -bedarfe aller Rentnerinnen und Rentner dokumentiert werden sollten.

Vermutlich ging es zu diesem Zeitpunkt vor allem um ein politisches Signal, da die Versorgung Älterer durch selbst organisierte Helferinnen und Helfer unangenehm auf die geringe Beteiligung des angeblichen Fürsorgestaates an der Altenfürsorge aufmerksam machte. Zugleich waren von den seinerzeit knapp 17 Millionen Einwohnern der DDR über drei Millionen im Rentenalter. ¹⁷ Es handelte sich also generell um eine demografisch relevante Bevölkerungsgruppe. Auf ihrem VI. Parteitag verpflichtete sich die SED entsprechend, »Problemen der nicht mehr arbeitsfähigen Bürger ständig große Aufmerksamkeit zu widmen« sowie die »Sorge um die alten und hilfsbedürftigen Bürger« zum »erstrangigen Anliegen« zu machen. ¹⁸

Trotz dieser Bemühungen »von oben« wurden nur vereinzelt Schritte zur Umsetzung der Betreuungskartei unternommen. In Nordwestmecklenburg beispielsweise befragten die Räte einiger Gemeinden ortsansässige Personen im Rentenalter zu ihrer Lebenssituation. Das MfGe stellte dafür einen »Leitfaden für die Gesprächsführung« zur Verfügung. ¹⁹ In der Stadt Kamenz (Sachsen) kam dieser bei einer ähnlichen Befragung zum Einsatz. Dort ermittelte die Ständige Kommission des Gesundheits- und Sozialwesens zunächst, wie viele Personen berücksichtigt werden mussten. Anschließend mobilisierte sie Helferinnen und Helfer aus der Volkssolidarität und dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), um diese Personen in ihren Wohnungen zu besuchen und in persönlichen Gesprächen den Leitfaden durchzugehen. Es handelte sich um ein sehr zeitaufwendiges Vorgehen. In Kamenz erforderten die Gespräche 300 Ehrenamtliche, welche die insgesamt 3 000 Rentnerinnen und Rentner zwischen Oktober und Dezember 1971 zu je 45-minütigen Befragungen aufsuchten. ²⁰ Nur wenige Jahre zuvor hatte der Rat der Stadt Kamenz beschlossen, eine ähnliche »Erfassung betreuungsbedürftiger Rentner [zu] beenden«, da sich daraus »umfangreiche Arbeiten« ergeben hatten, die zumeist in den Abendstunden geleistet werden mussten. ²¹

Die Idee, Daten über Rentnerinnen und Rentner in einer Kartei zu erfassen, passte durchaus in die Zeit. In der DDR war gerade mit dem Aufbau

einer zentralen Personendatenbank begonnen worden, für die individuelle Personenkenntzahlen (kurz PKZ) vergeben wurden. Vorübergehend schien so auch die Rentnerkartei ein vielversprechendes Vorhaben zu sein. Das MfGe stellte im Folgenden aber keine zusätzlichen Mittel in Aussicht, etwa für weitere Heimplätze, Rentnertreffs oder Hauswirtschaftspflegerinnen, weswegen das Projekt schließlich auf wenig Begeisterung bei den lokalen Akteurinnen und Akteuren stieß. Diese pflegten oftmals eigene Listen und sahen vermutlich keinen praktischen Nutzen in einer zusätzlichen Kartei.

Allerdings hätte die Rentnerkartei insbesondere auf lokaler Ebene zu mehr Klarheit führen können, zum Beispiel in der Frage, wer denn eigentlich im Rentenalter war. Als »im Rentenalter« definierte das Institut für Soziologie und Sozialpolitik Mitte der 1970er-Jahre Frauen ab 60 Jahren und Männer ab 65 Jahren.²² Dies entsprach den Vorgaben der DDR-Rentenverordnung von 1968.²³ In vielen Betrieben konnte das Renteneintrittsalter je nach Arbeitsbelastung davon abweichen. In einem Kamenzer VEB gab es beispielsweise »Schonarbeitsplätze« für alle über 55-Jährigen, damit diese nicht mehr »nach Leistung« arbeiteten.²⁴ Eine Gemeinde in Nordwestmecklenburg dokumentierte, dass von ihren knapp 1000 Einwohnern 179 »im höheren Alter« seien. Separat vermerkte sie zusätzlich die Anzahl der »Altersrentner« über 70 Jahren, mit einer weiteren Unterscheidung in Gruppen zwischen 70 und 74 Jahren sowie über 75 Jahren und älter.²⁵ Wie solche Differenzierungen zustande kamen und welchen Verwaltungszweck sie erfüllten, ist heute kaum nachvollziehbar. Umso sinnvoller scheint rückblickend die vom MfGe angestrebte Rentnerkartei, die sich, ausgehend vom Renteneintritt, weniger am Alter, sondern vielmehr an den Pflegebedürfnissen der älteren Menschen orientierte.

Der vom MfGe erstellte Leitfaden für die Rentnerkartei fragte gezielt ab, in welchem Umfang jemand noch dazu in der Lage war, den eigenen Alltag zu bewältigen. Es ging unter anderem um die Reinigung der Wohnung, Besorgungen und Einkäufe, Reinigung der Wäsche, die Versorgung mit Mittagessen sowie um Fragen der Körperpflege, etwaige medizinische Betreuung oder Hauskrankenpflege. Dazu wurde ermittelt, ob eine Person allein lebte und ob sie bereits an altersspezifischen Angeboten in ihrem Wohnviertel teilnahm.²⁶

In den Beispielfällen Nordwestmecklenburg und Kamenz blieben die Ergebnisse solcher Befragungen entweder handschriftliche Notizen oder wurden auf Karteikarten aus Papier übertragen. Sie hatten allem Anschein nach zunächst keine praktischen Auswirkungen darauf, wer Hilfe bekam beziehungsweise wer Hilfe leistete. Mit dem Amtsantritt Erich Honeckers, der im Jahr 1971 Walter Ulbricht als Generalsekretär der SED ablöste,

begann zwar die sogenannte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der Bevölkerung höhere Lebensstandards und bessere Versorgung versprach.²⁷ Die Rentnerkartei verschwand bis Mitte der 1980er-Jahre jedoch wieder aus den Tagesordnungen des MfGe.

Von der Rentnerkartei zum »Computerprojekt«

In den 1980er-Jahren setzten in der DDR viele Bezirks- und Stadträte auf sogenannte Komplexvereinbarungen, in denen sie sich Sorgearbeit mit der Nationalen Front, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und Organisationen wie der Volkssolidarität, dem Deutschen Roten Kreuz der DDR und dem DFD aufteilten. In einer solchen Vereinbarung erklärten beispielsweise die Beteiligten in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), »für die Veteranen adäquate Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen in sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu gestalten«.²⁸ Laut Vereinbarung war dabei »das Kennen der konkreten Lebenssituation und der Lebenserwartungen der Bürger im höheren Lebensalter sowie die Sicherung der erforderlichen Betreuung [...] eine elementare Verpflichtung der nächsten Angehörigen und ein gesamtgesellschaftliches Anliegen«.²⁹ Von einer Notwendigkeit, solche Informationen zentral zu sammeln, war dort keine Rede. Ähnlich propagierte der Staatsverlag der DDR noch bis 1989, dass »die komplexe Betreuung älterer Bürger [...] ein gesamtgesellschaftliches Anliegen [ist,] das von Familienangehörigen, staatlichen Organen, gesellschaftlichen Massenorganisationen, der Nationalen Front der DDR, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen gemeinsam realisiert wird«.³⁰ Sie alle pflegten eigene Listen, durch die sie Rentnerinnen und Rentner für ihre meist lokal begrenzten Zwecke registrierten. Wer sich im Alltag um die Älteren kümmerte, welchen Beitrag Einzelne leisteten und welchen der Staat, konnte sich so von Ort zu Ort stark unterscheiden.

Um dennoch einen Überblick über die Anzahl, die Lebenssituation und den Gesundheitszustand der älteren Menschen zu gewinnen, unternahm das MfGe gemeinsam mit der Staatlichen Verwaltung für Statistik (SZS) Mitte der 1980er-Jahre erneut den Versuch, eine zentrale Rentnerkartei einzuführen. Zu diesem Zeitpunkt hatten Computer erstmals eine ganze Reihe personenbezogener Massenspeicher in der DDR möglich gemacht, etwa den Einwohnerdatenspeicher (EDS), einen Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen (GAV), einen zentralen Kaderdatenspeicher (ZKDS), verschiedene zentrale Arbeitskräftedatenspeicher sowie einen

territorialen Datenspeicher Wohnungspolitik (WOPOL).³¹ Die Rentnerkartei sollte daran anschließen und vor allem statistische Erhebungen und Abgleiche mit dem EDS möglich machen. Ältere Menschen besser einzubinden, ihnen kulturelle und soziale Angebote zu machen oder ihre medizinische Betreuung zu verbessern, waren Ziele, die nun eher in den Hintergrund rückten.

An den Vorbereitungen für die Rentnerkartei beteiligten sich neben dem MfGe und der SZS nun auch das Institut für medizinische Statistik und Datenverarbeitung (ISD) und das Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik (IVB).³² Hinter dem gesamten Projekt stand die Überzeugung, dass sich Rentnerinnen und Rentner rechentechnisch erfassen ließen. Obwohl eigens für diese Rentnerkartei ein für damalige Verhältnisse immens teurer Arbeitsplatzcomputer des VEB Kombinat Robotron angeschafft worden war, begann die Erfassung auf Papier.³³ Frustriert stellte daraufhin die zuständige Projektleiterin am Datenverarbeitungszentrum Berlin (DVZ) fest, dass die ihr übergebenen Unterlagen, bestehend aus Formblättern und Karteikarten aus Papier, »so umfangreich sind, dass eine Realisierung in der vertraglich abgestimmten Zeit [von zwei Jahren] nicht möglich ist.«³⁴

Die Vision, Betreuungsleistungen zentral koordinieren und kontrollieren zu können, fiel in sich zusammen. Ebenso die Vorstellung, die Versorgung mit altersgerechten Wohnungen sowie Plätzen in Feierabend- und Pflegeheimen EDV-gestützt zu gestalten. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die SZS dem Einsatz von Computern in den Staatsorganen und im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR schon seit Beginn der 1980er-Jahre entgegengefeibert hatte. Datenspeicher galten als moderne Errungenschaften, die den Umgang mit Informationen revolutionierten. Auch das IVB erhoffte sich, durch PC-Anwendungen »Arbeitszeit einzusparen und den Verwaltungsaufwand insgesamt zu senken.«³⁵ Dass sich die Rentnerkartei schon nach zwei Erprobungen (zuerst in Bernburg mit 4500 Befragten, anschließend in Berlin-Friedrichshain mit rund 20000 Befragten) als kaum realisierbar herausstellte, dämpfte solchen Enthusiasmus.³⁶ Zugleich ergaben sich Herausforderungen im Umgang mit der neuen Technik. Umfangreiche Anleitungen beschrieben beispielsweise Schritt für Schritt, wie die Befehle »neue Rentner eingeben« oder »Rentner löschen« mit der Software vorzunehmen waren.³⁷

Mitten in der »Wende« kamen zudem erste Datenschutzbedenken auf. Im Frühjahr 1990 entschieden die Projektbeteiligten, dass »Unbefugte [...] keinen Zugang zur Datenbank haben [dürfen]«,³⁸ weshalb nur noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens auf die Kar-

teikarten zugreifen durften.³⁹ Noch deutlicher formulierte im April 1990 das IVB, es ergäben sich »aus heutiger Sicht Probleme, die eine künftige breite Anwendung des PC-Projektes in Frage stellen.«⁴⁰ Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der BRD und der DDR wurde im Juli 1990 der VEB Kombinat Robotron aufgelöst, sodass zuletzt auch die für die Rentnerkartei verwendete Hardware keine Zukunft mehr hatte.⁴¹

Care-Arbeit zwischen Privatsache und staatlicher Aufgabe

Die Situation älterer Menschen warf auch in der DDR typische Fragen moderner Sozialstaatlichkeit auf: Was brauchen wir im Alter? Wer kümmert sich in unserer Gesellschaft um die Älteren? Was kann jeder Einzelne zu ihrer Fürsorge beitragen und was der Staat? Die Rentnerkartei ist ein weiteres Beispiel dafür, wie sehr die Staatsführung der DDR diese Fragen auf dem Wege der Verwaltung zu lösen hoffte. Unabhängig davon, wie effizient die Erfassung von Menschen in der Rentnerkartei vorangetrieben wurde, verblieb Care-Arbeit zumeist als »gesamtgesellschaftliche Verantwortung« bei Helferinnen und Helfern vor Ort. Die Reichweite des sogenannten Fürsorgestaates war in Hinblick auf die ältere Bevölkerung sehr begrenzt. Mit der »Wende« verschwanden nicht nur die staatlichen Einrichtungen, die sich zuvor mit der Rentnerkartei befassten hatten. Gleichzeitig erfuhr der Bereich der Altenpflege einen umfassenden Wandel, indem Care-Arbeit zwischen Privatsache und staatlicher Aufgabe neu verhandelt wurde. Somit endeten im Sommer 1990 schließlich auch die Bemühungen um die Rentnerkartei.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Rentnerkartei vermutlich schon lange vor der »Wende« zum Scheitern verurteilt war. Ihr fehlte die Unterstützung lokaler Akteurinnen und Akteure, die in ihr nur eine unnötige Bürokratie ohne Auswirkungen auf die Altenfürsorge sahen. Hier verpassten alle Beteiligten die große Chance, Hilfeleistende und Hilfebedürftige sozialpolitisch zusammenzubringen. Im Rahmen der Leitfadenerhebungen in den 1970er-Jahren sowie bei den Datenerhebungen in den 1980er-Jahren fanden umfangreiche Gespräche mit Menschen im Rentenalter, mit ihren Ärztinnen und Ärzten sowie ihren Angehörigen und Haushaltshilfen statt. Die Gelegenheit, anlässlich der Rentnerkartei »von oben« soziale Inklusion »von unten« zu verhandeln, verstrich jedoch ungenutzt.

Erschienen auf DA Online am 12.11.2021.

Anmerkungen

- 1 Brief an Max Schindler, 11.4.1950, in: Bundesarchiv (BArch), DQ/2/910, S. 1.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Brief an Herbert Breitzkreuz, 29.3.1950, in: BArch, DQ/2/910, S. 1.
- 7 Brief an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, 9.3.1950, in: BArch, DQ/2/910, S. 1.
- 8 Solidarität, Organ der Volkssolidarität, 6. Jahrgang, Heft 7 (Juli 1956), in: BArch, DQ/1/2122, S. 7.
- 9 Sekretariat des Zentralausschusses der Volkssolidarität, Volkshelfer – Vertrauter der Veteranen. Informationen und Hinweise für die Tätigkeit des Volkshelfers, Berlin 1981, S. 1–7.
- 10 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, in: <https://www.verfassung-deutschland.de/ddr-verfassung/ddr49.htm>, letzter Zugriff am 25.10.2021.
- 11 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, in: <https://www.verfassung-deutschland.de/ddr-verfassung/ddr68.htm>, letzter Zugriff am 25.10.2021.
- 12 Anweisung zur Verbesserung der Betreuung alter und gebrechlicher Personen, 16.2.1960, in: BArch, DQ/1/2122, S. 1.
- 13 Winfried Süß, Gesundheitspolitik, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, Berlin 2010, S. 55–100, hier: S. 67.
- 14 Bericht »Aufgaben und Maßnahmen zur weiteren Durchführung der sozialistischen Gesundheitspolitik im Kreis Bautzen«, 9.6.1978, in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (Sächs. HStAD), 13001/IV/D.4.01. Nr. 173.
- 15 Interview mit Herrn Staudte, Vorsitzender des Kreisausschusses der Volkssolidarität, über die Aufgaben der Volkssolidarität in Leipzig, gesendet im Stadtfunk Leipzig am 22.3.1962, in: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SächsStAL), 22044/Nr. AV 22044–259.
- 16 Verfügung und Mitteilung des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 8 vom 24.7.1969, Vorlage zur Ratssitzung am 18.8.1971, in: Stadtarchiv Kamenz (StadtAK), Neues Archiv Nr. 1035, S. 2.
- 17 Klaus-Peter Schwitzer, Entwicklung der Wohnbevölkerung der DDR nach Hauptaltersgruppen 1950–2000 (Tabelle 1.1), in: Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit/Blätter der Wohlfahrtspflege, 137. Jahrgang (Oktober/November 1990), Nr. 10/11, S. 26.
- 18 Heinz Reichert, Sozialfürsorge in der DDR, Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 1.
- 19 Betreuungskartei für Rentner 1971, Gemeindeverwaltung Züsow, in: Kreisarchiv Nordwestmecklenburg (KArch NWM), II/2.393.
- 20 Vorlage zur Ratssitzung, 18.8.1971, in: StadtAK, Neues Archiv Nr. 1035, S. 1–4.
- 21 Niederschrift vom Rat der Stadt Kamenz, Gesundheits- und Sozialwesen, 13.12.1968, Stadtverwaltung von 1945/49 bis 1990, Sozialwesen Ständige Kommission für Gesundheits- und Sozialwesen 1957–1969, in: StadtAK, A/4.3./2085, S. 1–3.
- 22 Klaus-Peter Schwitzer, Altenreport '90, in: Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit/Blätter der Wohlfahrtspflege, 137. Jahrgang (Oktober/November 1990), Nr. 10/11, S. 26.
- 23 RentenVO-DDR (1979): § 3.1 Renten-VO (1)-(3), in: https://rvrecht.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/rvRecht/05_Normen_und_Vertraege/06_DDR-Recht/1.Renten-VO/0003/0003_1990_10_03.html, letzter Zugriff am 20.10.2021.
- 24 Niederschrift über die am 19.6.1985 durchgeführte Überprüfung im VEB Kamener Spielwaren, Stadtverwaltung von 1945/49 bis 1990, Gesundheits- und Sozialwesen, in: StadtAK, A/4.3./107.
- 25 Bericht 1. Halbjahr 1977, Rat der Gemeinde Gramkow, Sozial- und Gesundheitswesen 1972–1979, in: KArch NWM, II/783.

- 26 Leitfaden für die Gesprächsführung mit Bürgern im Rentenalter, Gemeindeverwaltung Züsow, Betreuungskartei für Rentner 1971, in: KArch NWM, II/2.393.
- 27 Bernd Martens, Die Wirtschaft in der DDR, in: Dossier: Lange Wege der Deutschen Einheit, in: www.bpb.de/47076, letzter Aufruf am 25.10.2021.
- 28 Komplexvereinbarung zur aktiven Einbeziehung, gesellschaftlichen Fürsorge und komplexen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter im Bezirk Karl-Marx-Stadt für den Zeitraum 1986–1990, Beschluß des Rates des Bezirkes 0273, 7.8.1986, in: Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz (SächsStACh), 304020/119172, S. 1.
- 29 Ebd.
- 30 Elli Felz, Fürsorge im Alter, Staatsverlag der DDR, Berlin 1989, S. 5.
- 31 Vgl. Ingrid Oertel, Die Einwohnerdatenspeicher der örtlichen Staatsorgane (EDS) und ihre Nutzung im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR, in: Historical Social Research, Band 32/1 (2007), S. 271–304; Michael Wettengel, Archivierung digitaler Bestände aus der DDR nach der Wiedervereinigung, o. A., S. 225.
- 32 Aufgabenstellung zum PC-Projekt »Betreuung älterer Bürger« vom November 1988, in: BArch, DQ/112/571, S. 1.
- 33 Pflichtenheft zum PC-Projekt »Betreuung älterer Bürger« in der Fassung vom Mai 1988, in: BArch, DQ/112/571, S. 3.
- 34 Protokoll der Beratung zum Projekt »Betreuung älterer Bürger« am 14.12.1989 (Fassung vom 21.12.1989), in: BArch, DQ/112/571, S. 1.
- 35 Jürgen Stölzel, Anwendung von Personalcomputern in örtlichen Staatsorganen, herausgegeben vom Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik, Potsdam 1988, S. 67.
- 36 Pflichtenheft zum PC-Projekt »Betreuung älterer Bürger« in der Fassung vom Mai 1988, in: BArch, DQ/112/571, S. 3.
- 37 Ebd., S. 7.
- 38 Kurzprotokoll über 2 Beratungen, 23.5.1990, in: BArch, DQ/112/571, S. 1.
- 39 Ausfüllvorschrift »Betreuungskartei für Bürger im Rentenalter« vom März 1990, in: BArch, DQ/112/571, S. 1.
- 40 Stellungnahme vom 17.4.1990, in: BArch, DQ/112/571, S. 1.
- 41 Gerhard Merkel, VEB Kombinat Robotron. Ein Kombinat des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik der DDR, Dresden 2005, S. 60.



Zu umweltpolitischen Gesprächen empfing Dr. Hans Reichelt, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Klaus Töpfer (l.). Zugegen war auch der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Dr. Hans Otto Bräutigam (2. v.l.), 10. Juli 1988.

Sophie Lange

Deutsch-deutsche Umweltverhandlungen 1970–1990

Etwa 90 Prozent der Flüsse flossen von Ost- nach Westdeutschland. Die Bundesrepublik entsorgte ihren Müll auf Deponien in der DDR. Und noch um 1970 herum waren beide deutschen Staaten von einer annähernd gleichen Luftverschmutzung betroffen. Als das Thema Umweltschutz Anfang der 1970er-Jahre aufkam und sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Zuge der sogenannten Neuen Ostpolitik entspannten, stand damit auch dieses Thema auf ihrer gemeinsamen Agenda.

Doch dauerte es fast 15 Jahre, ehe beide Seiten am 8. September 1987 eine Umweltvereinbarung unterzeichneten. Wie kam es letztlich zu diesem Übereinkommen?

Umweltpolitische Voraussetzungen

Allgemeine Umweltprobleme wie Luft- oder Gewässerverschmutzung waren schon seit der zunehmenden Industrialisierung bekannt. Doch das deutsche Wort »Umweltschutz« wurde erst 1969/70 aus dem englischen »environmental protection« entlehnt. Als Sammelbezeichnung bezieht es sich vor allem auf die durch die industrielle Entwicklung verursachte Verschmutzung der Luft, der Gewässer und des Bodens. Die sozialliberale Regierung unter Willy Brandt (SPD) gründete 1970 in der Bundesrepublik im Bundesinnenministerium eine Abteilung Umweltschutz und erließ im Laufe der 1970er-Jahre erste Gesetze zur Abfallwirtschaft und zur Luft- und Gewässerverschmutzung. Die DDR wiederum erließ 1970 ein – auch im Westen als fortschrittlich anerkanntes – »Landeskulturgesetz«. Dieses war ein umweltpolitisches Rahmengesetz, das später mit Durchführungsverordnungen ergänzt wurde. Erst 1972 wurde das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR gegründet.¹

Ein vorrangiges Motiv für die ostdeutsche Ministeriumsgründung schien außenpolitisches Prestige gewesen zu sein. Über den thematischen Weg des »universalen« Umweltschutzes, der Ost wie West gleichermaßen betraf, versuchte die DDR-Regierung, international anerkannt zu werden.² Zugleich sollten aber auch die Umweltinitiativen der DDR-Führung aus den 1960er-Jahren nicht vernachlässigt werden: Dem generellen Ressourcenmangel sowie dem geringen Wasserhaushalt musste auch sie begegnen. Konnte die Bundesrepublik beispielsweise mit einer Wassermenge von 160 Milliarden Kubikmetern planen, standen der DDR nur etwa 17,7 Milliarden Kubikmeter Wasser pro Jahr für die Produktion und die Trinkwasserversorgung zur Verfügung.³

Nachdem Bundesrepublik und DDR 1972 den Grundlagenvertrag verabschiedet hatten, der erstmals ihre Beziehungen zueinander regelte, begannen sie auch, sich über den Umweltschutz auszutauschen (so war es unter anderem in Artikel sieben des Vertrages festgelegt worden). Ein erstes Gespräch dazu fand am 29. November 1973 statt – nach Aussagen der Zeitgenossen in einer sehr aufgeschlossenen und gelösten Atmosphäre. Das Protokoll der ostdeutschen Seite hielt daher die Worte des bundesdeutschen Delegationsleiters fest, der darin so weit ging, zu sagen: »Die Menschen müßten sehen, daß

in ihrem Interesse etwas geschieht. Der Umweltschutz sollte ein Beispiel für die positive Wirkung des Geistes des Grundlagenvertrages werden.«⁴

Vom Abbruch der Umweltbeziehungen

Zu weiteren Umweltschutzgesprächen kam es in den 1970er-Jahren jedoch nicht. Dafür gab es sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe. Im Zuge ihrer neuen umweltpolitischen Verwaltung etablierte die Bundesregierung 1974 ein Umweltbundesamt in Westberlin. Über dessen Lage in der geteilten Stadt gerieten Ost und West aneinander: Die Bundesregierung wollte über dieses Amt die enge Verbundenheit Westberlins mit Westdeutschland signalisieren und mit ihm die Außenvertretung der Stadt in internationalen Gremien wahrnehmen. Die DDR wiederum pochte auf ihr Verständnis des Viermächteabkommens von 1971 über Berlin, nach dem die bundespolitische Präsenz im Westteil der Stadt nicht erhöht werden sollte. Dass sich die Bundesregierung mit der Einrichtung dieses Amtes hier sozusagen in Statusfragen, Westberlin betreffend, über die DDR hinwegsetzte, nahm die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zum Anlass, zunächst nicht mehr mit ihr über Umweltschutzthemen zu sprechen.⁵ Außerdem hatte die DDR 1973 mit der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen die internationale Anerkennung erreicht, weshalb ihr Interesse am bilateralen Umweltschutz ebenfalls schwand.

Darüber hinaus ließ das umweltpolitische Interesse in beiden Staaten nach: In der Bundesrepublik führten die Rezession und die Ölpreiskrise zu Beginn der 1970er-Jahre dazu, dass Umweltschutzmaßnahmen gestreckt und neue Initiativen hinausgezögert wurden. Im Osten standen mit dem Wechsel an der Spitze des SED-Staates von Walter Ulbricht zu Erich Honecker und dessen postulierter Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik umweltpolitische Themen ebenfalls nicht mehr im Fokus – ganz zu schweigen von den Kosten, die Umweltschutzmaßnahmen verursachen würden. Konjunkturelle Einbrüche und energiepolitische Entscheidungen wie der Umschwung von Erdgas und -öl zu Braunkohle trugen ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Hinzu kam, dass gleichgelagerte Interessen zwischen beiden Staaten eher bei den Themen Verkehr (Autobahn Berlin – Hamburg) sowie Post- und Fernmeldeabkommen lagen als beim Umweltschutz.⁶ Dennoch brachte die Bundesregierung das Thema immer wieder einmal auf die deutsch-deutsche Agenda.

Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre hatte sich allerdings der politische Kontext geändert. Die Bundesregierung sah sich einer großen

Umweltbewegung gegenüber. 1980 hatte sich zudem die Partei Die Grünen gegründet. Themen wie Atomkraft, die »Waldsterbensdebatte«, das Robbensterben und Giftmüllskandale hielten das Land in Atem. Auch in der DDR gründeten sich ökologische Arbeitskreise in den evangelischen Kirchen und die Naturschutzgruppen im Kulturbund erhielten mit der Etablierung der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) eine umweltorientierte Massenorganisation. Diese umfasste zu Beginn des Jahrzehnts etwa 40 000 Mitglieder.⁷

Neben den innenpolitischen Entwicklungen stimulierten auch außenpolitische Ereignisse die deutsch-deutschen Gespräche zum Umweltschutz. So sollte die DDR auf Druck der Sowjetunion an der Westgrenze für einen ökologisch guten Zustand sorgen, quasi als Aushängeschild. Trotz der Verschlechterung der internationalen Beziehungen zu Beginn der 1980er-Jahre – sowjetischer Einmarsch in Afghanistan 1979, Ausrufung des Kriegsrechts in Polen 1980, NATO-Doppelbeschluss 1983 – rückten beide deutsche Staaten zumindest im umweltpolitischen Bereich verstärkt zusammen.

Einzelne Vereinbarungen

Die nun eintretende zweite Phase zeichnete sich vor allem durch eine Vielzahl von Gesprächen zu einzelnen lokalen Umweltthemen aus. Voraussetzungen hierfür waren sowohl ein politischer Wandel in der Kommunikationsbereitschaft der DDR als auch ein bundesdeutsches Entgegenkommen hinsichtlich der Frage finanzieller Beteiligungen an Umweltschutzprojekten beim sozialistischen Nachbarn. Anfang der 1980er-Jahre war das dringlichste Anliegen für die Bundesregierung die Werraversalzung. Durch den Kalibergbau (Düngemittel) war die Werra, die mehrmals die innerdeutsche Grenze im Raum Thüringen/Hessen passierte, zeitweise doppelt so salzhaltig wie die Nordsee. Flora und Fauna des Flusses konnten nicht mehr gedeihen. Hierüber verhandelten beide Seiten ab 1980 mit Unterbrechungen bis 1989/90 ohne Erfolg – aufgrund der wirtschaftlichen Dimensionen des Problems für beide Seiten konnten sie sich weder auf technische noch finanzielle Lösungen einigen.⁸

Außerdem gab es Anfang der 1980er-Jahre noch weitere Treffen zu Einzelthemen: zur Elbverschmutzung,⁹ zu Rauchgasentschwefelungsanlagen für Kohlekraftwerke (1983/84) und zu den Berliner Gewässern (1982). Zusätzlich fanden umweltpolitische Gespräche vereinzelt in der sogenannten Grenzkommission ihren Platz. Hier sollten lokale Probleme wie zum

Beispiel die seuchenähnlichen Zustände im bayerischen Teil des Flüsschens Röden bearbeitet werden.¹⁰

Im Zusammenhang mit all diesen Initiativen kam es zu zwei Vertragsabschlüssen: In Berlin wurden die DDR-Kläranlagen mit einer dritten Reinigungsstufe ausgestattet, wodurch die geteilte Stadt ein vorbildliches Abwassersystem erhielt (1982). Finanziert wurde dies mit einer Beteiligung der westdeutschen Seite in Höhe von ungefähr 60 Millionen D-Mark – das entsprach etwa einem Drittel der Gesamtkosten.¹¹ Auch im Falle der Röden war es so, dass Bayern und der Bund sich jeweils mit neun Millionen D-Mark an den finalen Kosten von ca. 40 bis 50 Millionen D-Mark für den Bau einer Kläranlage in der thüringischen Stadt Sonneberg beteiligten (1983). Zum Abschluss kamen diese beiden Vereinbarungen hauptsächlich wegen des politischen Willens beider Seiten, Erfolge im Umweltschutz vorzeigen zu können. Auch hatten sich der anstehende bundesdeutsche Wahlkampf und der an die DDR vermittelte Milliardenkredit von Franz Josef Strauß 1983 positiv auf diese Verhandlungen ausgewirkt. Die vergleichsweise simple technische Lösung, durch den Bau von Klärwerken einen großen ökologischen Effekt erzielen zu können, trug ebenfalls zum Erfolg bei.¹²

Ein weiteres Thema stellten die westdeutschen Mülltransporte dar. Ab Mitte der 1970er-Jahre fuhren sie das Ostberliner Umland und ab Beginn der 1980er-Jahre die gesellschaftlich umstrittene Deponie Schönberg an der innerdeutschen Grenze an. Da die Expertengespräche mit Politikerinnen und Politikern unter anderem Besuche auf der Deponie Schönberg beinhalteten, sprachen DDR-Funktionäre auch von »Polittourismus«. Zu einem Abkommen führten diese Treffen jedoch nicht.¹³ Den Bereich der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung und diesbezügliche rechtliche Grundlagen verhandelten Bundesrepublik und DDR zu dieser Zeit eher auf der internationalen Ebene miteinander.¹⁴

Die Einzelgespräche sowie die oben angesprochenen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den 1980er-Jahren hatten einen Einfluss darauf, dass sich beide deutsche Staaten nicht länger den drängenden allgemeinen Umweltschutzverhandlungen entziehen konnten. Und es ist eine Art Gesinnungswandel auszumachen: Wollte die DDR in den 1970er-Jahren Umweltverhandlungen auf jeden Fall verhindern, schien sie nun die treibende Kraft zu sein. Damit einher ging auch ein Wandel in der ideologischen Betrachtung: Waren Umweltprobleme zuvor dem Raubbau des Kapitalismus zugerechnet worden, hieß es nun, dass sie nur international lösbar seien.¹⁵

Deutsch-deutsche Umweltverhandlungen 1985–1987

Im März 1985 beschlossen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und SED-Generalsekretär Erich Honecker bei einem Zusammentreffen in Moskau am Rande der Trauerfeier für den verstorbenen sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko, erneut offiziell Umweltverhandlungen einzuleiten. Daraufhin trafen sich die Delegationen der Bundesrepublik und der DDR insgesamt dreizehnmal zu einem sogenannten Informations- und Erfahrungsaustausch über den Umweltschutz. Bei diesem gab es immer wieder Fort-, aber auch Rückschritte. Inhaltlich waren sich beide Seiten relativ schnell einig: Es sollten weitere Gespräche über die Themen Luftverschmutzung, Naturschutz und Müllverbringung stattfinden. Das Thema Gewässerverschmutzung, ein Anliegen der Bundesrepublik, setzte diese letztlich ebenfalls gegenüber der DDR durch. Damit war unter anderem die Wiederaufnahme der Elbe-Gespräche von 1983 gesichert, die wegen des strittigen Grenzverlaufs geruht hatten.

Doch die eigentlichen Hauptstreitpunkte waren – ebenso wie bei anderen Nachfolgeverhandlungen – die sogenannte Berlin- und die Finanzierungsfrage für Umwelttechnik. Sollte Westberlin in die Vereinbarung mit aufgenommen werden oder nicht? Hier zeigte sich relativ früh der politische Wille der DDR zu erfolgreichen Verhandlungen, indem sie der Bundesrepublik in diesem Punkt entgegenkam. Die DDR ging meist mit einem Entwurf in die Verhandlungen. Neu an diesem war, dass er die sogenannte Frank-Falin-Formel bereits enthielt. Das bedeutet, dass die DDR bereits zu Verhandlungsbeginn einer Einbeziehung Westberlins zustimmte. Das gab den deutsch-deutschen Beziehungen um 1985 eine neue Qualität. Auf der anderen Seite sollten aber die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Umweltbundesamtes weiterhin von nachfolgenden Expertentreffen ausgeschlossen werden, was quasi die Thematisierung der Berlin-Frage durch die Hintertür bedeutete. Dies konnte die bundesdeutsche Seite nicht akzeptieren. Gelöst wurde die Streitfrage letztlich darüber, nur die Namen der beteiligten Personen in den Arbeitsplänen zu nennen, nicht aber die der Institutionen.

Zur Frage der Finanzierung der Umweltprojekte in der DDR ließen sich insbesondere vor der Vereinbarung häufig Bund-Länder-Streitigkeiten ausmachen. Die Länder schoben die Verantwortung auf den Bund, mit der Begründung, dass Probleme mit der DDR Folgen der deutschen Teilung seien, für die der Bund zuständig war. Dieser wiederum argumentierte mit der Verwaltungskompetenzordnung, nach der die Länder einen Anteil zahlen mussten. Überdies gab es zwischen der DDR und der

Bundesrepublik unterschiedliche Auffassungen darüber, wer letztlich für die Umweltschäden finanziell aufkommen sollte. In der Bundesrepublik herrschte das sogenannte Verursacherprinzip vor – wer einen Schaden verursacht, soll auch dafür bezahlen. Die DDR vertrat hingegen das sogenannte Nutznießerprinzip – wer von Umweltschutzmaßnahmen profitiert wie beispielsweise bei der Werra, die nach Westen floss, soll sich finanziell beteiligen. Auch hier gab es Kompromisse: Die DDR-Unterhändler waren bereit, zu zahlen, wenn sich die Bundesrepublik ebenfalls beteiligte. Und die Bundesrepublik erkannte wiederum, dass die Beseitigung der Umweltprobleme in der DDR langfristig kostengünstiger war, als auf dem Verursacherprinzip zu bestehen.

Zwar klingt der Titel der Vereinbarung – »Informations- und Erfahrungsaustausch« – eher nach einer schwachen Pseudovereinbarung, für die DDR-Delegierten war sie dadurch jedoch am besten in den eigenen Reihen durchzusetzen. Es ermöglichte der DDR-Führung, das Gesicht zu wahren und nicht öffentlich eingestehen zu müssen, Umweltprobleme zu haben, die sie offiziell leugnete. Hinter den Kulissen pochten die DDR-Delegierten jedoch darauf, dass in den Arbeitsplänen zu dieser Vereinbarung bereits konkrete Umweltschutzprojekte ins Visier genommen wurden. Das wiederum passte auch zur Forderung der Bundesregierung, dass die Vereinbarung konkret sichtbare Ergebnisse liefern müsse. Offiziell wurde ein Vertrag zum Informationsaustausch verhandelt, inoffiziell bereits ab dem vierten beziehungsweise fünften Gespräch über konkrete Umweltschutzprojekte gesprochen.

Im September 1987 begleitete DDR-Umweltminister Hans Reichelt (Demokratische Bauernpartei Deutschlands/DBD) SED-Generalsekretär Erich Honecker nach Bonn und unterzeichnete dort gemeinsam mit dem bundesdeutschen Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) die Umweltvereinbarung.¹⁶ Es folgten rund 30 Arbeitsgruppentreffen zu den Bereichen Naturschutz, Gewässer- und Luftreinhaltung sowie Abfallverwertung, an deren Ende im Sommer 1989 eine weitere Vereinbarung über sechs Pilotprojekte in der DDR stand.¹⁷ Diese Vorhaben sollten durch den Einsatz moderner Technik gleichzeitig auch einen Vorbildcharakter für die Bundesrepublik aufweisen. Ihre konkrete Realisierung ging im Strudel der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung jedoch weitestgehend unter.

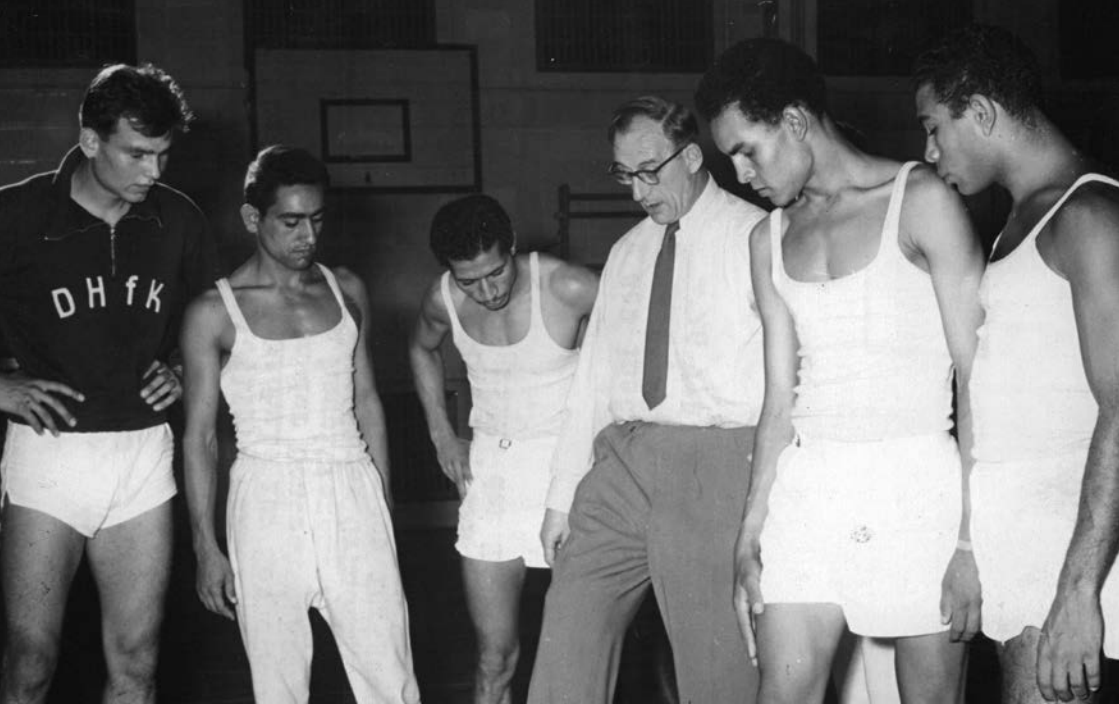
Deutschlandpolitisch haben die Umweltverhandlungen in den 1980er-Jahren damit zur politischen Entspannung beigetragen. Die Friedliche Revolution und die alles umwälzende Transformationszeit erschweren jedoch eine abschließende Bewertung der umweltpolitischen Ergebnisse. Erholten sich Luft und Gewässer vorrangig durch die Abschaltung alter

Technik, existieren manche Umweltprobleme wie die Werraversalzung oder die Diskussionen um die Deponie Schönberg bis heute und stellen somit gesamtdeutsche Umweltprobleme dar.

Anmerkungen

- 1 Siehe zur Bundesrepublik u. a. Edda Müller, Innenwelt der Umweltpolitik – Zu Geburt und Aufstieg eines Politikbereichs, in: Patrick Masius/Ole Sparenberg/Jana Sprenger (Hg.), Umweltgeschichte und Umweltzukunft. Zur gesellschaftlichen Relevanz einer jungen Disziplin, Göttingen 2009, S. 69–86; und zur DDR z. B. Tobias Huff, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen/Bristol 2015, S. 178, 542.
- 2 So z. B. Huff, Natur und Industrie (Anm. 1), S. 21, 175–177; Jörg Roesler, Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR, Erfurt 2006, S. 28. Gegen diese sogenannte Alibithese: Christian Möller, Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur, Göttingen 2020, S. 17, 195–196.
- 3 Vgl. Roesler, Umweltprobleme (Anm. 2), S. 7.
- 4 Aufzeichnung über die 1. Verhandlung auf dem Gebiet des Umweltschutzes zwischen DDR und Bundesrepublik am 29.11.1973 in Bonn, Guido Thoms, 30.11.1973, in: Bundesarchiv (BArch), DK 5, Bd. 635, Teil 2. Zum Grundlagenvertrag siehe u. a. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 342–343, 395, 410.
- 5 Siehe dazu Hermann Wentker, Bundespräsenz in West-Berlin. Perzeption, Propaganda und Politik der SED-Führung, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Hermann Wentker (Hg.), Hauptstadtdanspruch und symbolische Politik, Berlin 2012, S. 241–262.
- 6 Vgl. Jörg Roesler, System- oder konjunkturbedingte Unterschiede? Zur Umweltpolitik in der DDR und der Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren, in: Deutschland Archiv 39 (2006) 3, S. 480–488, hier S. 488; siehe zu den Nachfolgeberhandlungen Wentker, DDR-Außenpolitik (Anm. 4), S. 412, 418–422.
- 7 Möller, Umwelt und Herrschaft (Anm. 2), S. 287, 305–306; Anne-Kathrin Steinmetz, Landeskultur, Stadtökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung, Berlin 2017, S. 149–159.
- 8 Vgl. Astrid M. Eckert, Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014) 1, S. 69–99.
- 9 Vgl. Sophie Lange, The Elbe: Or, How to Make Sense of a River?, in: Storytelling and Environmental History: Experiences from Germany and Italy, hrsg. von Roberta Biasillo/Claudio de Majo, in: RCC Perspectives: Transformations in Environment and Society (2020) 2, S. 25–31, http://www.environmentandsociety.org/sites/default/files/lange_portal_0.pdf, letzter Zugriff am 17.9.2021.
- 10 Vgl. zur Abwasserbehandlung der Röden u. a. Max Grahmann, Zeitzeugenbericht über den Bau der Kanalisation und Kläranlage der Stadt Sonneberg, in: Wilhelm Thürnagel, Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung in der DDR. Die VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Abriss der Entwicklung, der Organisation, des Leistungsstandes und der Schwächen und Hemmnisse, Friedland 2014, S. 217–228.
- 11 Vgl. Klaus Melsheimer, Gewässerschutzvereinbarung. Vereinbarung des Senats/der Bundesrepublik mit der DDR über Maßnahmen zum Schutz der Berliner Gewässer vom 28. September 1982, in: Werner Breunig/Uwe Schaper (Hg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2017, S. 279–324, hier S. 311.

- 12 Vgl. Eckert, *Geteilt* (Anm. 8), S. 79.
- 13 Vgl. Sophie Lange, *A Deal over Dirt. From a German–German Bargain to the Creation of an Environmental Problem in the 1980s*, in: *Worldwide Waste. Journal of Interdisciplinary Studies* 3 (2020) 1, Special Collection: *Development of Waste – Development as Waste*, S. 1–10, hier S. 4–5, <https://doi.org/10.5334/wwwj.35>, letzter Zugriff am 17.9.2021.
- 14 Durch die Ratifizierung der Genfer Luftschutzkonvention von 1979 und ihrer Protokolle fühlte sich die DDR gezwungen, Umweltdaten zu fälschen, was Ende 1989 herauskam. Huff, *Natur* (Anm. 1), S. 263–264, 270.
- 15 Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 2002, S. 585. Siehe zur sogenannten Erblasttheorie u. a. Eckert, *Geteilt* (Anm. 8), S. 84.
- 16 Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, in: *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 83, 10.9.1987, S. 716–717.
- 17 Die Maßnahmen beinhalteten u. a. Messstationen und ein Smogfrühwarnsystem, siehe die Auflistung der Maßnahmen in: Henning Schierholz, »... nicht mit leeren Händen«, in: *Arche Nova* 5, abgedruckt in: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth, *Arche Nova. Opposition in der DDR. Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« 1988–90*, S. 470–472, hier S. 472.



Ägyptische Sportstudenten in der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig, 1957

Daniel Lange

»Es ist an der Zeit, zwei deutsche Mannschaften zu bilden«

Wie und warum der DDR-Sport vor Olympia 1964 in Tokio Ägypten umgarnte

Treffpunkt Tokio: Kenia-Premiere des DDR-Sports

Die Olympischen Sommerspiele von Tokio 1964 bescherten dem DDR-Sport ein Kuriosum. Die für das gesamtdeutsche Team antretende Hockeyauswahl der DDR blieb im gesamten Turnier ungeschlagen, erwies sich aber trotz guter Leistungen (unter anderem einem 1:1 gegen den späteren Olympiasieger Indien) in fünf von neun Spielen als »Remiskönig«, sodass sie letztlich nach einem 3:0-Sieg am 22. Oktober 1964 gegen Kenia auf

Rang fünf landete. Weder im Hockey noch in einer anderen Sportart hatte die DDR bisher einen Länderkampf gegen ein Team des ostafrikanischen Staates ausgetragen, der sich erst im Dezember 1963 der britischen Kolonialherrschaft entledigt hatte. Nun konnte er sich international auf offener Bühne als anerkannter eigenständiger Staat präsentieren, was der DDR erst ab 1972/73 (deutsch-deutscher Grundlagenvertrag, Olympische Spiele in München, Aufnahme in die Vereinten Nationen) vollends gelang.

Doch Afrika war für den DDR-Sport längst kein Neuland mehr. Nur einen Tag nach jener Kenia-Premiere bezwang die ostdeutsche Auswahl im olympischen Fußballturnier (ebenfalls in Vertretung Gesamtdeutschlands) Ägypten mit 3:1, das mit der DDR seit 1955 Sportkontakte unterhielt. Eine Rückschau auf die Tokio-Spiele von 1964 bietet die Chance, die Hintergründe des Doppelpasses zwischen (Ost-)Berlin und Kairo näher auszuleuchten.

Dringend gesucht: Zutritt zum Weltsport

Unter den Umständen der ab 1955 von der Bundesrepublik (BRD) zur diplomatischen Exklusion der DDR genutzten Hallstein-Doktrin verstand die dort herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) den Sport als festen Bestandteil ihrer Außenpolitik, was die baldige mediale Inszenierung ihrer Sportler als öffentliche, offiziöse Werbeträger einschloss.¹

Mit ihren im Laufe der Zeit immer häufigeren Leistungssporterfolgen sollten sie auch dazu beitragen, der DDR den Zutritt zu Organisationen und Verbänden des Weltsports zu erleichtern und so ihre außerhalb des Warschauer Paktes noch ausstehende internationale diplomatische Anerkennung voranzutreiben. So traf bereits Radsportstar Gustav Adolf (Täve) Schur während der Ägypten-Rundfahrt 1957 in Kairo Vertreter von Ägyptens Nationalem Olympischen Komitee (NOK). Unter ihnen befand sich auch NOK-Generalsekretär Ahmed Demerdasch Touny, der schon 1956 das Deutsche Turn- und Sportfest in Leipzig besucht hatte, Ägypten ab 1960 im Internationalen Olympischen Komitee (IOK) vertrat und so zu einem wichtigen Verbindungsanker des DDR-Sports in Afrika wurde. Bis 1963 war die DDR in 45 Weltsportföderationen mit ihren eigenen Fachverbänden vertreten. In 30 von ihnen hatte sie bis dato 58 Funktionäre platziert.² Aber analog zur 1955 erfolgten provisorischen Aufnahme ihres eigenen NOKs in das IOK besaß die DDR im Gegensatz zur BRD auch dort nur einen eingeschränkten Mitgliedsstatus, was im IOK unter anderem zur Auflage gesamtdeutscher Ausscheidungswettkämpfe führte und für die

Olympischen Spiele 1964 eine eigene Olympiamannschaft der DDR ausschloss. So verhielt es sich auch für den Deutschen Verband für Leichtathletik der DDR (DVfL), der ab 1956 mit einer solch eingeschränkten Mitgliedschaft im Internationalen Leichtathletikverband (IAAF) vertreten war. Um eine vollständige Zugehörigkeit zur IAAF zu erlangen, suchte (Ost-)Berlin mit Blick auf die Olympischen Spiele in Japan international Verbündete. Um einzuordnen, in welchem atmosphärischen Umfeld dies geschah, seien einige flankierende Themenstränge skizzenhaft erwähnt.

Werben in Nord- und Westafrika

Als Partner im internationalen Sport umgarnte die DDR auch nord- und westafrikanische Länder, auf die sie sich bis dahin im Rahmen ihrer Afrikapolitik stark fokussierte und die bereits über ein eigenes, vom IOK anerkanntes NOK verfügten. Dazu zählten neben Ägypten etwa Liberia, Sudan, Tunesien, Marokko, Ghana, Mali und ab 1965 auch Guinea, das der DDR im März 1960 seine diplomatische Akzeptanz erst zu- und nach heftigem Bonner Veto wieder absagte. Der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) hatte für den DDR-Sport ab 1960 unter anderem durch erste Länderkämpfe (Fußball, Boxen) Kontakte nach Tunesien, Guinea und Ghana geknüpft, im November 1962 reiste Leichtathletik-Präsident Georg Wieczisk (der auch dem DDR-NOK angehörte) nach Marokko, Mali, Ghana und Guinea, um deren Beistand für die DDR-Interessen auf den nächsten »Kongressen der IAAF zu erhalten«.³ Doch eine solche Zusage erreichte er nicht, zumal auch die finanzkräftigere BRD in Westafrika mit ihren Offerten um politische Sympathien warb. Als aber 1961/62 die von Westdeutschland angeblich zugesagte Renovierung des Nationalstadions in Accra ausblieb, fragten Ghanas Sportfunktionäre ihre Gäste aus der DDR, ob sie nicht kurzerhand das Vorhaben realisieren könnten. Im deutsch-deutschen Widerstreit suchten die westafrikanischen Staaten durchaus gezielt ihren Vorteil.

Wandel im Umgang mit Südafrika

Parallel entbrannte die internationale Rassismusdebatte um Südafrikas Sport bis 1963 derart, dass das IOK den Apartheidstaat von Olympia 1964 in Tokio ausschloss, was auch die sich per Verfassung antiimperial, antifaschistisch, antirassistisch und antikolonial gebende DDR in ihrem Streben nach diplomatischer Akzeptanz in Afrika und ihre Sportkontakte dorthin

berührte. Bis dato prangerte sie Südafrika auch im Sport eher beiläufig an. Noch berichteten Fachmagazine wie der »Leichtathlet« oder der »Boxring« über Südafrika ohne Beanstandung. Offenbar sollte die erst kurze Mitgliedschaft der DDR in den wichtigen Weltverbänden nicht durch Kritik beeinträchtigt beziehungsweise sollten dort einflussreiche Mitgliedsländer (die dem bis 1961 noch im Commonwealth vertretenen Südafrika im Zweifel beistanden) nicht brüskiert werden. Deren Gunst schien nämlich wichtig, wenn es zum Beispiel um die Bewerbung der DDR als Ausrichter internationaler Wettkämpfe ging. Zudem war die Kap-Republik um 1962 neben Ägypten wichtigster Handelspartner der DDR in Afrika trotz der Boykottaufrufe des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und von Südafrikas Kommunisten gegen Pretoria. Erst nach Gründung der Organisation für Afrikas Einheit (heute Afrikanische Union) 1963 änderte sich das. Den Kurswechsel der DDR verpackte Außenminister Lothar Bolz in New York vor einem Antipartheidappell der Vereinten Nationen deutschlandpolitisch, in dem er die Südafrika-Bande Bonns (unter anderen war Bundespräsident Heinrich Lübke 1959 nach Johannesburg gereist) heranzog, um die BRD zu diskreditieren. Denn dort, so Bolz, sei »die Rasendiskriminierung de facto offizielle Regierungspolitik«. ⁴ Fortan propagierte die DDR Pretoria als Afrika-Feindbild Nummer eins (passend zur wachsenden Antipartheidbewegung im internationalen Sport). Auf punktuelle Sonderfälle im Sport ließ sich (Ost-)Berlin dennoch ein, um eigene Interessen nicht außer Acht zu lassen. ⁵

Kairo pokert, aber »die DDR hat nichts zu verschenken«

Bis zum vorolympischen Jahr 1963 konnte die DDR in nur acht Ländern Afrikas (Handels-)Vertretungen oder Konsulate eröffnen, so in den Städten Algier, Tunis, Kairo, Khartum, Accra, Bamako, Conakry und Casablanca, aber keine diplomatischen Beziehungen dorthin aufnehmen. Daher wurden zum Deutschen Turn- und Sportfest 1963 sportpolitische Führungskräfte aus Afrika in großer Zahl angesprochen. Allein die (Afrika-)Sektion 2 der Kulturabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) wollte Minister und Staatssekretäre aus zehn Ländern Afrikas dazu einladen: Algerien, Ghana, Guinea, Mali, Marokko, Tunesien, Sudan, Tanganjika (noch ohne Sansibar), Nigeria und Ägypten. ⁶ Die »jungen Nationalstaaten« wähten sich in einer günstigen Lage, in der sie als umgarnte politische Akteure Wünsche äußerten und Forderungen stellten. Sie würden beim Aufbau zentralisierter staatlicher Sportstruktu-

ren »besonders von den sozialistischen Staaten Unterstützung« erwarten, um nicht »die vom Imperialismus in letzter Zeit verstärkte Einflussnahme auf dem Wege sogenannter Entwicklungshilfen in Anspruch nehmen zu müssen«. Gemeint waren hier die USA und die BRD, die immer öfter Sportfachkräfte, Wettkämpfe und Trainingslager für Afrika anboten.⁷

Westliche Offerten setzten den DDR-Sport also unter Druck. Speziell die Frage des Sportpersonals war für die Länder Afrikas ein Dauerthema, da ihr Fachkräftebedarf auf diesem Terrain enorm war. Das traf auch auf die Ägypter zu, die sich für die 1965 in Algerien geplanten (später verschobenen) Weltjugendfestspiele rüsten wollten, um ihre Vormachtstellung im Sport im nordafrikanischen Raum zu untermauern. Anfang 1963 kontaktierten sie daher die DDR, um vier Jahre lang 500 bis 600 Sportstudenten ihr viertes Semester im deutschen Ausland absolvieren zu lassen, dabei aber von Anfang an versuchten, DDR und BRD finanziell gegeneinander auszuspielen. An der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig war man sofort hellwach, standen doch hier ein propagandistischer Punktsieg gegenüber der Sporthochschule Köln sowie ein Projekt mit höchster politischer Bedeutung und einer prognostizierten Einnahme von über 4,1 Millionen DDR-Mark im Raum, das »nicht an Westdeutschland« vergeben werden dürfe.⁸ Doch das Pokerspiel der Ägypter entwickelte sich zu solch einer Hängepartie, dass SED-Chef Walter Ulbricht vor dem Deutschen Turn- und Sportfest 1963 DDR-Interessen solidarischen Motiven vorzog. Sollte das Projekt zustande kommen, so Ulbricht, habe Ägypten alle Kosten selbst zu tragen, denn die DDR »habe nichts zu verschenken«.⁹ Weshalb der ägyptische Fortbildungswunsch schließlich auch nicht in Erfüllung ging.

Verhandlungsoffensive 1964

In dieser Lage kurbelte (Ost-)Berlin – motiviert von der nur kurzen diplomatischen Anerkennung der DDR 1964 durch Sansibar – seine Afrika-Pläne neu an. Anfang 1964 verfügte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) »die Konzentration der Kräfte und Mittel« in Afrika, was die Ausbildung von Fachkräften für Afrika und die Entsendung von Experten nach Afrika unter anderem in Wissenschaft, Bildung, Medizin und auch Sport einschloss (der Start des Internationalen Trainerkurses an der DHfK in jenem Jahr war daher kein Zufall).¹⁰ Das Politbüro der SED gab dafür im Juli 1964 die Schwerpunkte vor. Zum Favoritenkreis der DDR in Afrika zählten nun Algerien, Ghana und vor allem

Ägypten mit »dem Ziel, die Hallstein-Doktrin weiter [sic!] zu durchbrechen und den Status der DDR [...] zu erhöhen«. ¹¹ Im Olympiajahr 1964 reisten daher zunächst der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport (StaKo), Alfred B. Neumann, sowie NOK-Mitglied (und bis 1963 DHfK-Rektor) Günter Erbach nach Kairo, wenige Monate später folgten NOK-Generalsekretär Helmut Behrendt und DTSB-Präsident Manfred Ewald. Noch nie waren die Spitzen des DDR-Sports so geballt in Ägypten aufgetreten. Was hatten sie vor?

Zunächst machte das MfAA Druck. Dort herrschte nun in Sachen Ägypten Hochbetrieb, unter anderem, weil Bonn dort durch seine 1963 enttarnten Waffengeschäfte mit Israel schwer in Misskredit geraten war. Seit dem Deutschen Turn- und Sportfest in jenem Jahr lag für Neumann eine Einladung des ägyptischen NOK nach Kairo vor, die nun schleunigst angenommen werden sollte. Denn, nachdem Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser sowohl den sowjetischen Kommunistenführer Nikita Chruschtschow als auch den jugoslawischen Staatschef Josip Tito nach Kairo eingeladen hatte, wurde DDR-Diplomaten ein solch prominentes Podium auch für Walter Ulbricht in Aussicht gestellt. Daher setzte (Ost-)Berlin nun verstärkt auf den Sport, um die DDR in Kairo öffentlich in Erinnerung zu rufen. So betreute Günter Debert (vom Berliner Turn- und Sportclub) ab März 1964 die ägyptische Boxstaffel als Nationaltrainer, auch während der Olympischen Spiele in Tokio. Hinzu kamen die Teilnahme der DDR bei einem Turnier des ägyptischen Sportschützenverbandes, drei Spiele der Fußball-Olympiaelf der DDR in Kairo auf Club- und Auswahlenebene (mit Nationalhymne und -flagge) und im April 1964 besiegte das DDR-Hockeyteam Ägypten auf gegnerischem Platz mit 1:0 und umrahmte so den Besuch von Neumann und Erbach. Ihre Visite war (wie üblich) zuvor im ZK-Apparat der SED von den Abteilungen für Sport und Internationale Verbindungen (mit vorgefertigter Beschlussvorlage, dazugehöriger Begründung und offiziellem Delegationsauftrag) bewilligt worden, was die Kontrolle staatlicher Sportstrukturen in der DDR durch die SED gut illustriert. Das MfAA organisierte auf diplomatischem Parkett ein möglichst hochwertiges protokollarisches Programm für Staatssekretär Neumann, indem es den Ägyptern ankündigte, es handle sich hier nach arabischem Verständnis um einen »Wesir« (Minister). Denn in Kairo ließ man sich nicht vollends auf die DDR ein und vermied diplomatische Fettnäpfchen, indem man die Visite nicht als offiziellen, sondern als »Freundschaftsbesuch« deklarierte. Dazu passte, dass es dem Duo Neumann/Erbach in ihren Gesprächen mit den Ministern für Gesundheit, Bildung und Sport nicht gelang, die Ägypter von einem staat-

lichen Sportabkommen mit der DDR zu überzeugen. Kairo zögerte und taktierte zwischen Ost und West, weshalb das MfAA parallel dazu beim ägyptischen Außenministerium versuchte, für die DDR ein Abkommen zur kulturell-wissenschaftlichen Zusammenarbeit anzubahnen, in das verschiedene Sportaspekte (Trainerkurse, Sportstudienplätze) ebenfalls Eingang finden sollten. Auch darauf ließ sich am Nil (noch) niemand ein.

Ägypten als Steigbügelhalter

Verbands- und Olympiafragen waren Sache des DTSB und des von ihm gelenkten DDR-NOK. Um weiteren afrikanischen Zuspruch für die DDR in den Weltsportbünden und im IOK zu generieren, reisten auf dem Weg zu den Olympischen Spielen im August 1964 Ewald und Behrendt nach Ägypten. Sie vereinbarten dabei unter anderem Wettkämpfe in Kairo für Oktober 1964 mit aus Tokio zurückkehrenden DDR-Olympioniken. Was sie außerdem beraten haben dürften, lässt ein interner Bericht des DDR-NOK über seine Verbindungen zum ägyptischen NOK aus dem Februar 1965 erahnen. Vermerkt ist hier, dass es Ägypten war, das unter afrikanischen Mitgliedsländern der Internationalen Leichtathletikföderation (IAAF) dafür warb, den Leichtathletikverband der DDR fortan als eigenständig anzuerkennen und ihm internationale Starts mit einer eigenen Mannschaft zuzugestehen – so, wie es nur einen Tag nach den Olympischen Spielen von der IAAF noch in Tokio beschlossen wurde (unter der Bezeichnung »Ostdeutschland«), was einem Meilenstein für die DDR auf dem Weg zur vollen Anerkennung ihres NOK im IOK gleichkam. »Vertraulich« wurde notiert, dass die Ägypter besonders wegen der langjährigen DDR-Kontakte ihres IOK-Mitglieds und NOK-Generalsekretärs Touny für (Ost-)Berlin Partei ergriffen.¹² Er war es auch, der DDR-Diplomaten in Kairo nur ein halbes Jahr später zusagte, dass Ägypten den Antrag der DDR an das IOK (auf seinem Kongress in Madrid im Oktober 1965) auf einen selbstständigen Start bei den Olympischen Spielen ab 1968 unterstützen würde, da »es an der Zeit sei, zwei deutsche Mannschaften zu bilden, da die [deutschlandpolitischen] Realitäten in Rechnung gestellt werden müssten«.¹³ Hatten sich Ewald und Behrendt dieser Zustimmung vor dem Olympiaturnier von Tokio bei ihrer Kairo-Visite im August 1964 rückversichert und dafür unter anderem den Start ostdeutscher Olympioniken in Kairo als anerkennende Gefälligkeit zugesagt?

Fortschritt 1965 und Durchbruch 1969

Doch noch in Tokio weilend, erreichte Ewald telegrafisch die Nachricht, dass sich Kairo nicht weiter vollends auf die Seite der DDR schlagen wollte. Das ägyptische NOK hatte die vereinbarten Sportveranstaltungen plötzlich »aufgrund unvorhergesehener Bedingungen« kurz vor Ultimo abgesagt. Man sei »bedauerlicherweise gezwungen, von der Durchführung der Wettkämpfe Abstand zu nehmen«. ¹⁴ Proteste des Hochschulministeriums in Kairo hätten die Duelle torpediert; eingeplante Athleten seien als Studenten im jetzigen Semester verhindert. Karl Gadow, Vizekonsul der DDR in Ägypten, konnte die Absage nur noch dem MfAA bestätigen und eine diplomatische Finte von Kairoer Seite vermuten, die womöglich den bundesdeutschen Protest gegen die DDR-Nähe der Ägypter und etwaige Verstimmungen mit Bonn fürchtete. ¹⁵

Ein außenpolitischer Fortschritt in Ägypten gelang der DDR erst 1965, als mehrere Entwicklungen zusammenspielten. Im Oktober 1964 wurde in Moskau Nikita Chruschtschow abrupt abgesetzt. Erst als Ägyptens Machthaber Nasser sich seiner massiven sowjetischen Subventionen weiter sicher war, lud er für Ende Februar 1965 Ulbricht nach Kairo ein und bereitete ihm einen staatsbesuchartigen Empfang – auch, um so auf die Proteste in Nahost gegen Bonner Waffengeschäfte mit Israel zu reagieren, die dazu beitrugen, dass die BRD ab Mai 1965 in eine Nahostkrise schlitterte und gleich zehn arabische Staaten die diplomatischen Beziehungen mit ihr abbrachen. Erst jetzt erreichte die DDR mit Ägypten auch ein Abkommen zur kulturell-wissenschaftlichen Zusammenarbeit, das den Sport erstmals auf bilateraler staatsvertraglicher Ebene einschloss und unter anderem dazu führte, dass den Ägyptern für die Folgejahre 1966/67 45 Teilnehmerplätze im Internationalen Trainerkurs der DHfK angeboten wurden. Nun begann die intensivste Phase des Sportaustauschs zwischen Nil und Spree, die jedoch bereits kurz nach der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Ägypten 1969 und nach dem Tod Nassers 1970 zusehends wieder verlachten. Ägyptens IOC-Mitglied Touny blieb indes ein wichtiger Strippenzieher für den DDR-Sport in Afrika, da er 1965 auch als Generalsekretär des Komitees für Afrikas Sport fungierte, das die Organisation für die Afrikanische Einheit als Vorläufer des ab Ende 1966 bestehenden Obersten Afrikanischen Sportrates initiiert hatte. Nicht zuletzt deshalb blieb der DDR-Sport in den folgenden Jahren mit diesem afrikanischen Kontinentalverband bestens vernetzt.

Erschienen auf DA Online am 12.11.2021.

Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. Sportler sind gute Diplomaten, in: Der Leichtathlet, 22/1956, 31.5.1956, S. 3.
- 2 SAPMO/DY 12/3769/1-4/DTSB/Bestand: Internationale Kommission beim Präsidium, Übersicht des Sekretärs für Internationale Verbindungen im DTSB (Günther Heinze), 26.11.1963.
- 3 Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes (PAAA)/MfAA/A 14458/28/4. Außereuropäische Abteilung (AEA), Beziehungen zwischen der DDR und Mali auf dem Gebiet des Sports 1961–66, Vermerk über eine Besprechung am 9.10.1962 in Vorbereitung der Leichtathletik-Delegation nach Ghana, Guinea und Mali, (Ost-)Berlin, 12.10.1962.
- 4 Dokumente zur Außenpolitik, Bd. 11/1963, Erklärung der Regierung der [DDR] zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung, 30.10.1963, (Ost-)Berlin, 1965, S. 273.
- 5 So ließ sich die DDR 1966 (auf Anordnung Erich Honeckers, damals ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen) auf Südafrikas Start bei den Weltmeisterschaften im Gewichtheben in (Ost-)Berlin und im Fallschirmspringen (in Leipzig) den jeweiligen Weltverbandsregeln gemäß ein, um international als souveräner Gastgeberstaat auftreten zu können. Um etwaigen Protest südafrikanischer Antipartheidaktivisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, vernetzte sich die DDR in jenem Jahr über ihre weniger prominente Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens (und nicht offiziell über ihr NOK) mit dem Nichttrassischen Olympischen Komitee Südafrikas (SANROC), das (ab 1963 in der Heimat verboten) als verlängerter Arm des ANC im Sport und als Gegenpol zu Südafrikas NOK vom Exil aus in London agierte.
- 6 PAAA/MfAA/A 16841/22-24/MfAA-Kulturabteilung, MfAA-Kulturabt./Sektion 2 an Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport (StaKo), Einladungen zum IV. Deutschen Turn- und Sportfest, 28.3.1963.
- 7 Bundesarchiv (BArch)/DR5/1265/StaKo – Abt. Internationale Verbindungen (IV), Entwurf: Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit unserer staatlichen Beziehungen auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport in den Nationalstaaten, Herbst 1963 (undatiert), Einschätzung der bisherigen Arbeit, S. 1–2.
- 8 BArch/DR5/964/StaKo-Abt. IV, Zusammenarbeit mit der VAR auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport 1960–66, Einschätzung der DHfK (Autor unbekannt), Anfang 1963 (undatiert), S. 1–8.
- 9 PAAA/MfAA/A 16841/MfAA-Kulturabt., Vermerk über die Aussage W. Ulbrichts von A.B. Neumann in einem Schreiben an den stellv. Außenminister Paul Wandel, 28.8.1963.
- 10 PAAA/MfAA/A 16979/1ff./MfAA-Kulturabt., Konzept zur Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit den afrikanischen Ländern, Ministerratsbeschluss vom 30.1.1964.
- 11 SAPMO/DY 30/J IV 2/2/939/26;32, Anl. 3 zum Protokoll Nr.24/64 der Sitzung des Politbüros am 21.7.1964, TOP 4: Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR zur Entwicklung der Beziehungen der DDR zu afrikanischen Ländern bis 1970.
- 12 BArch/DR5/964, StaKo-Abt. IV, Stand der Beziehungen NOK-DDR und NOK-Ägypten, (Ost-)Berlin, 13.2.1965.
- 13 PAAA/MfAA/A 13532/29/3. AEA, Vize-Konsul Herbert Geerhardt an MfAA-Kulturabt., Kairo, 6.9.1965.
- 14 PAAA/MfAA/B 3033/102/3. AEA, NOK der VAR an DDR-Generalkonsulat, Kairo, 19.10.1964.
- 15 Ebenda/101, K. Gadow an MfAA-Kulturabteilung, Kairo, 21.10.1964.



Manuela und Werner Dyck 1981 in der DDR. Dyck lernte sie nach dem Abitur kennen und übersiedelte nach seinem Studium von Marburg nach Wolzig. Beide heirateten 1983.

Aurelie Ade

Liebe über Grenzen

Für seine Frau ging Werner Dyck in die DDR.
Ein Interview aus der Schülerzeitung »Georg.« der
Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Kassel

Werner Dyck ist nunmehr über 70 Jahre alt, lebt in Wolzig und hat in seinem Leben so manches erlebt. In seinen jüngeren Jahren war er gerne segeln und surfen, heutzutage unternimmt er lange Spaziergänge mit seinem Hund und fährt regelmäßig Fahrrad. Nach seinem Chemiestudium in Marburg arbeitet er unter anderem als Physiklaborant und ist in einem pharmazeutischen Betrieb in der Qualitätssicherung tätig. In seiner Jugend und noch während seines Studiums besucht er regelmäßig seine Verwandten in der DDR. In dieser Zeit lernt er seine spätere Frau Manuela kennen.

Das einzige Hindernis: Sie lebt in der DDR und er in der BRD. Um mit seiner Liebe zusammenleben zu können, gibt es nur eine Möglichkeit. Er muss in die DDR übersiedeln und das tut er auch – freiwillig. Wir, von der Georg.-Redaktion fanden diese Geschichte so spannend, dass wir Herrn Dyck genauer zu seinem Leben in der DDR befragt haben.

Herr Dyck, hätten Sie sich während des Studiums vorstellen können, in den Osten zu ziehen?

Durch meine Familie und Verwandtschaft bin ich schon recht zeitig mit dem Osten in Kontakt gekommen. In den Semesterferien habe ich mit meinen Eltern Reisen in die DDR unternommen. Ich kannte die Verhältnisse dort also recht gut. Wenn ich so zurückdenke, haben die Leute da nicht viel anders gelebt als bei uns, sie waren eher nicht die großen Gegner des Regimes. Klar hat sich dort auch etwas bewegt und es wurde mit Tauschgeschäften versucht, den Mangel zu umgehen. Manches gab es aber auch einfach nicht. Trotzdem hat man nicht schlecht gelebt. Es war ein anderes Niveau und es gab andere Voraussetzungen, aber so ist das halt.

Wie haben Sie ihre Frau kennengelernt?

Also ich habe meine Frau bei einem Besuch meines Cousins kennengelernt.

Wie kamen Sie zu dem Entschluss, in die DDR zu ziehen?

Ich war sehr oft bei meiner zukünftigen Frau und sie war staatsgebunden. Sie hing außerdem sehr an ihren Eltern, sodass ein Umzug nicht infrage kam. So blieb uns nur die Möglichkeit, dass ich in die DDR einbürgere.

Wie ging es für Sie nach diesem Entschluss weiter?

Wir haben darüber natürlich Schritt für Schritt gesprochen, was da passiert. Ich hatte auch bei der Meldebehörde schon einmal um Rat gefragt, was es zu beachten gibt. Es gab Gespräche, zunächst in einer konspirativen Wohnung in Berlin. Dann hat sich das so nach und nach entwickelt. Zu dem Zeitpunkt war ich auch mit dem Studium fertig.

Hatten Sie Hoffnungen/Ängste, bevor Sie umgezogen sind?

Klar, es gab einiges nicht. Aber meine Verwandtschaft hat mich dann unterstützt. Wenn ich was gebaut habe, habe ich eine Bohrmaschine aus dem Westen gekriegt, weil die Bohrmaschinen im Osten so schwer gingen. Ich hatte Vorteile gegenüber anderen. Baumaterial war auch nicht leicht zu ergattern. Mein Schwiegervater hat mir dann geholfen, sodass wir einen einigermaßen guten Wohnsitz hatten. Es war halt so, dass man sehen musste, wie man alleine klarkommt. Aber es gab auch privat viele Leute, die mir geholfen haben. Ich konnte nicht putzen, ich konnte nicht mauern. Die Leute aus dem Ort haben mit angepackt, das war einfach so. Ich hatte keine Nachteile. Wenn ich im Westen gewesen wäre, hätte ich gar keine Zeit gehabt. Da wäre der Beruf so im Vordergrund gewesen, dass ich in mein Haus nicht so viel Zeit hätte reinstecken können.

Sie meinten eben, dass Ihnen von den Leuten aus dem Ort geholfen wurde. Würden Sie sagen, dass die Gemeinschaft in der DDR untereinander stark war?

Ja, es gab schon eine sehr große Gemeinschaft. Man hat sich untereinander geholfen, weil der Mangel so groß war. Man konnte nicht einfach gehen und sagen: »Ich bau mir jetzt ein Haus. Ich habe das Geld.« Bei mir war das so, dass wir Stück für Stück anbauen mussten. Ich habe selbst angepackt und dadurch entstand eine gewisse Gemeinschaft. Ich spüre das heute noch so. Auch mit den Vereinen war das so. Man hat nicht gewartet, bis die Gemeinde einen Gehweg gebaut hat, sondern man hat sich zusammegetan und sich Betonsteine ergattert. Alle haben die Steine dann eingesetzt. Damit war die Sache erledigt. Heute wird vor meiner Tür seit zwei Jahren eine Straße gebaut, weil die Firma nicht in der Lage ist, das abzuschließen. Es geht nichts vorwärts. Früher ging das einfacher. Man hat Arbeit reingesteckt, Materialien irgendwie beschafft und dann hat sich das von alleine geregelt. Gut, das war vielleicht nicht so professionell, aber wenn ich das heute so sehe: Es ist alles irgendwo nur so halbfertig. Ich kann nicht verstehen, dass ein Flughafen über Jahrzehnte geplant und gebaut wird.

Wie war die Reaktion Ihrer Eltern, als sie erfuhren, dass Sie in die DDR ziehen?

Ganz allgemein, sag ich mal – egal, ob Ost oder West –, haben mich eigentlich alle für verrückt erklärt. Ich kenne auch ehrlich niemanden persönlich,

der so einen Schritt gemacht hat. Ich habe nur gehört, dass manche aufgrund von Privatproblemen in die DDR gezogen sind. Erst einmal habe ich von keiner Seite Unterstützung gefunden. Der Schritt hatte ja auch einige Folgen. Ich habe einen neuen Personalausweis und eine DDR-Staatsbürgerschaftsurkunde bekommen.

Durften Sie im Urlaub einfach ausreisen?

Also ich habe einen Reisepass gehabt wie jeder andere DDR-Bürger. Man durfte bis zu einem bestimmten Verwandtschaftsgrad zu besonderen Anlässen eine Reise beantragen. Man musste dann zur Polizei oder zu einer bestimmten Meldebehörde, um einen Antrag zu stellen. Nach ein paar Wochen erhielt man einen Termin und bekam entweder eine Absage oder einen Stempel, der einem die Reise in den Westen gestattete. Ich bin zu vielen Anlässen gefahren, die meine Verwandtschaft betrafen. Erstmals durfte ich natürlich nur alleine fahren. Aber in der Mitte der 80er-Jahre hat es sich ergeben, dass eine Nichte geheiratet hat und ich gerade zum Geburtstag meines Vaters eingeladen war. Ich wollte nicht nochmal reisen und habe bei der Polizei gefragt, ob meine Frau nicht gleich mitfahren könne. Dann hat sie einen Antrag gestellt, der auch genehmigt wurde. Das war circa 1986/87. Kurz vor der Wende sind wir schon alle gemeinsam gefahren, auch unser Sohn durfte mit. Da hat sich eigentlich schon gezeigt, dass sich irgendetwas verändert. Es wurde einfacher, zu reisen. Besuch einladen ging auch mithilfe eines Antrags. Die Verwandtschaft oder Bekannte bekamen ein Visum und konnten uns besuchen.

Hat sich der generelle Kontakt zu Ihren Verwandten und Bekannten verändert?

Naja, es war schon für einige schwierig, sich an diese Geschichte zu gewöhnen. Meine Familie wurde auch schon mal an der Grenze gefilzt, das war natürlich keine angenehme Sache. Aber meine Geschwister und meine Eltern waren eigentlich regelmäßig hier und haben uns besucht, auch, wenn sie vielleicht mit meinem Schritt nicht ganz einverstanden waren. Sie haben uns sogar öfter besucht, bevor die Grenze offen war als danach.

Wie war Ihre Lebenssituation drüben?

Wir sind oft in die Gaststätten zum Essen gegangen. Es war günstig und wir haben dort Leute getroffen. Beim Bier entwickelten sich Gespräche. Der

eine hatte dies, der andere das. Da entstanden dann Tauschgeschäfte. Gelitten habe ich unter meiner Situation überhaupt nicht. Da ich ja den Wunsch geäußert habe, DDR-Bürger zu werden, gab es allerdings viele Gespräche. Und klar wurde ich von jemandem beobachtet. Ich habe ihn deshalb »Nabelschnur«, genannt. Nach der Wende habe ich ihn sogar getroffen. Da hatte er plötzlich einen ganz anderen Namen ... Aber so ist die Welt.

Und wie haben Sie gewohnt?

In der DDR habe ich auf einem sogenannten Westgrundstück gewohnt. Das war ein Grundstück von jemandem, der nicht in der DDR lebte, sondern im Westen oder anderswo, oder der geflüchtet war. Das wurde dann staatlich verwaltet, in der Regel von der Gemeinde. In der Nähe von Berlin gab es haufenweise Westgrundstücke, da viele in den 60er-Jahren mit der S-Bahn in den Westen geflüchtet sind. Bei mir war es etwas anders. Die Vormieter sind Ende der 70er verstorben und so habe ich das Haus 1978 mieten können. Dann haben wir angefangen, ein bisschen was anzubauen. Nach einigen Jahren bekamen meine Frau und ich eine Nutzungsurkunde, das bedeutet, dass wir keine Miete mehr zahlen mussten und Nutzer des Grundstücks waren, damit wir weiterbauen konnten. Nach der Wende kamen dann die Erben des eigentlichen Inhabers, die einen Rückübertragungsanspruch gestellt haben. Die Entscheidung dauerte 16 Jahre, bis wir eine Grundbucheintragung erhalten haben. Erst dann waren wir die Eigentümer.

Hatten Sie bezüglich der Überwachung Ängste oder waren beunruhigt?

Ich war nie beunruhigt. Ich war kein Regimegegner der DDR und wollte sie von mir aus nicht ändern. Klar war es schon ein bisschen ungewöhnlich, aber ich habe mich nicht eingeschränkt gefühlt. Auf der Arbeit wurde ich gebraucht und bin sogar zum Abteilungsleiter aufgestiegen. Unter der Beobachtung habe ich nicht gelitten. Jedoch habe ich mich nach der Wende gewundert, dass es einige im persönlichen Kreis gab, die sich plötzlich zurückgezogen haben. Aber meine Akte angucken wollte ich nicht.

Was hält eigentlich Ihr Sohn von Ihrer Geschichte?

Unser Sohn ist damit einfach groß geworden. Ich persönlich bin auch nicht stolz auf mich oder sehe mich als Vorbild. Ich bin nur ein Mensch. Ich war kein begeisterter DDRler, sage ich mal. Aber jeder steckt in seiner Haut.

Wenn Sie in der DDR gefragt wurden, woher Sie kommen, was haben Sie dann geantwortet?

Dann habe ich meine Geschichte erzählt. Ich habe kein Problem damit. Exotisch war ich schon. Konnte man eigentlich auch nicht verstehen.

Wurden Sie auch schon mal komisch angeschaut oder kamen irgendwelche Kommentare?

Im engeren Umfeld war das kein Problem. Ich war jetzt nicht ausgestoßen. Manche waren vielleicht geschickt worden, um bestimmte Fragen zu klären, ob ich nicht doch irgendwie mit Tarnkappe eingereist bin. Ich habe es als normal empfunden. Das Unverständnis wurde geäußert, ja, aber es hat mich keiner verurteilt und als aussätzig habe ich mich nicht empfunden.

Wie haben Sie zusammen mit Ihrer Familie den Mauerfall wahrgenommen?

Ich habe die Nachrichten am Vorabend gehört, habe aber nicht mit einer sofortigen Maueröffnung gerechnet. Ich bin ganz normal ins Bett gegangen und am nächsten Morgen war im Labor die helle Aufregung. Ein Gruppenleiter von mir war gar nicht zur Arbeit gekommen. Mittags kam er dann angetorkelt und hat sich entschuldigt. Er hatte erst einmal mit seinem Nachbarn auf der anderen Straßenseite anstoßen müssen. Davor konnten sie sich nur über den Balkon zugprostern. Beide wohnten in der Sonnenallee und diese Straße war besonders, da die eine Seite im Osten und die andere im Westen lag. Also ich habe das so interpretiert, dass jeder zur Polizei muss, sich anstellt und einen Antrag stellt, der genehmigt wird. Ich habe nicht damit gerechnet, dass man die Grenze einfach so passieren kann. Ich bin auch nicht gleich losgefahren und habe geschaut, ob die Mauer offen ist. Ich war überrascht.

Denken Sie, dass ein getrenntes Deutschland in Zukunft wieder möglich wäre?

Ich sage nicht nie, aber ich hoffe mal, nicht. Allerdings gibt es Wahlergebnisse, die ich nicht gut finde. Da ist nicht alles überlegt, was dahintersteckt. Ich denke, dass die Leute nicht rational entscheiden, sondern einfach nur aus Protest. Sie lassen sich blenden. Die Entwicklung ist nicht günstig. Meine Familie hat durch den Zweiten Weltkrieg eine Menge Erfahrungen

sammeln können. Ich wünsche mir nicht, dass es noch einmal dazu kommen wird.

Hätten Sie einen Rat an die Schüler*innenschaft?

Ja, man sollte sich nicht mit einfachen »Lösungen« zufriedengeben, sondern miteinander kommunizieren und auch sagen, was man denkt – selbst wenn es gegen den Mainstream geht. Man darf den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern muss selbst denken und nicht irgendwelchen Leuten nachrennen.

Fragen an Autorin Aurelie Ade

Aurelie Ade, wie sind Sie zu diesem Thema gekommen?

2019 war das 30-jährige Jubiläum des Mauerfalls, das inspirierte mich dazu, das Thema in den *Georg* aufzunehmen. Auf meinen Vorschlag hin erzählte unsere Lehrerin Frau Prauß, dass sie Herrn Dyck kennt, der für seine große Liebe in die DDR gezogen ist. Ich fand, dass diese Geschichte wirklich interessant und einmalig klang, da wir gewohnt sind, zu hören, dass die Menschen eher aus der DDR geflohen sind. Ich dachte, es wäre schade, wenn diese Geschichte verloren gehen würde, gerade weil sich die Gelegenheit, sie zu erzählen, ergeben hatte. Herrn Dyck kannte ich persönlich vorher nicht. Letztendlich waren es also mehr oder weniger Zufall und weitreichende Beziehungen, die dieses Interview ermöglicht haben.

Welche Rolle spielt das Thema DDR und Mauerfall eigentlich noch im Unterricht?

Das Thema »DDR und Mauerfall« wird bei uns in der Schule zweimal behandelt, einmal in der zehnten Klasse und anschließend noch einmal in der Abschlussklasse. Dabei wird jedoch eher weniger auf das alltägliche Leben in der DDR eingegangen, sondern sich vermehrt mit den Beziehungen zwischen der BRD und der DDR auseinandergesetzt. Gerade im Jahrgang 13 liegt der Fokus auf der damaligen Politik und Wirtschaft des Kalten Kriegs und den dadurch entstehenden Herausforderungen, denen sich beide deutschen Staaten stellen mussten. Über den Mauerfall, finde ich, wird recht ausführlich gesprochen. In meinem Kurs haben wir uns verschiedene Dokumentationen und Reden über den 9. November 1989

angeschaut und über die Bedeutung des Mauerfalls diskutiert. Ich kann nicht behaupten, dass dieses Thema zu kurz kommt. Allerdings steht bei uns die BRD etwas mehr im Vordergrund, wobei die DDR jedoch nicht sonderlich vernachlässigt wird. Ich vermute, das liegt daran, dass Hessen zum Westen gehörte. Deshalb kann ich mir vorstellen, dass in den neuen Bundesländern das Thema möglicherweise tiefergehend besprochen wird und die ehemalige DDR im Vordergrund steht. Allerdings bezieht sich das Geschriebene bisher nur auf den Geschichtsunterricht im Grundkurs, die Leistungskurse beschäftigen sich mit dem Thema ausführlicher. Auch in anderen Fächern wie Deutsch oder Politik werden sowohl die DDR als auch der Mauerfall behandelt, sodass ich das Gefühl habe, dass das Thema keineswegs zu kurz kommt. Das Thema »DDR und Mauerfall« ist bei uns also recht präsent im Unterricht und es wird sich differenziert damit auseinandergesetzt.

Erschienen in Deutschland Archiv Online am 29.9.2021. Weitere Schülerzeitungstexte aus dem bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb der Bundesländer finden Sie unter www.bpb.de/340924. Der Wettbewerb findet jährlich in Kooperation mit dem Verband der Jugendpresse Deutschland und den Kultusministerien der Bundesländer statt. Mit einem Sonderpreis zeichnet das Deutschland Archiv der bpb seit 2021 Texte aus, die sich in außergewöhnlicher Weise mit dem Themenfeld beschäftigen: Noch Mauer(n) im Kopf?



Wie (un)ähnlich waren sich die Deutschen in Ost und West? Auch diese Fragen stellte Kennzeichen D, zum Teil auf verspielte Weise wie in diesem Sketch mit zwei deutschen Clowns (Szenenfoto).

Joachim Jauer

D wie Dialog

Die Geschichte des deutsch-deutschen Fernsehmagazins »Kennzeichen D«

Die einen fuhren Opel, Mercedes oder – meist – VW, die anderen Wartburg, Skoda oder – meist – Trabant. Eins war allen deutschen Autofahrern gemeinsam. Ob Diesel, Benzin oder Zweitakter: Am Heck der so unterschiedlichen Karosserien klebte lange das Kennzeichen D. Nur ein kleines Schild, 17,5 Zentimeter breit, zwölf Zentimeter hoch. Dieser Buchstabe D, schwarz auf weiß, im schwarzgeränderten Oval, blieb wohl nach 1949, also auch nach Gründung beider deutscher Teilstaaten, einziges Zeichen für die Einheit der Nation. Denn bis 1973 demonstrierten über 30 Milli-

onen Bundesdeutsche und 1,7 Millionen DDR-Bürger mit diesem Minitransparent an ihren Autos für Deutschland – als Ganzes.

Doch damit machte die SED am 1. Januar 1974 Schluss. Die deutschen Kommunisten bestanden wegen der ersehnten internationalen Anerkennung auf ihren drei Buchstaben. Fortan mussten die Trabi-Fahrer an ihre kleine Kunststoffkarosse ein größeres Oval montieren, um alle Reste des alten Ds zu überdecken. Der »Zonen-Mini« mit der Maxi-DDR. 15 Jahre später änderte sich das. Im Spätsommer 1989 machten Tausende Flüchtlinge aus ihren drei Buchstaben über dem Auspuff ihres Trabanten wieder ein Kennzeichen D, sie überklebten oder übermalten das D, das für »Demokratische«, und das R, das für »Republik« stand. Zurück blieb das D für Deutschland – als Ganzes. Mit diesem Transparent fuhren sie auf friedlichem Umweg von Ungarn über die Grenze nach Österreich und demonstrierten zum ersten Mal für die deutsche Einheit, vier Monate, bevor die Menschen daheim mit dem Ruf »Wir sind ein Volk« auf die Straße gingen.

Geläufig geworden war der Begriff »Kennzeichen D« in der DDR schon 28 Jahre zuvor durch eine populäre Westfernsehsendung. Auf der Suche nach einem Symbol, das die Deutschen in Ost und West trotz Zweistaatlichkeit noch einte, hatten wir beim Zweiten Deutschen Fernsehen das D gefunden. Das neue Politmagazin präsentierte vom 9. September 1971 an »Deutsches aus Ost und West« unter eben jenem Titel KENNZEICHEN D.

Gesamtdeutsches »Lagerfeuer«

Das Fernsehen galt in seiner höchsten Blütezeit, also vor der Streaming-Ära, als das Lagerfeuer, vor dem sich die Zuschauerfamilien versammelten. Und KENNZEICHEN D im ZDF war damals so etwas wie ein gesamtdeutscher Stammtisch, an dem Doppeldeutschland hockte, gemeinsame Sorgen besprach, vom Nachbarn lernte oder auch über den Alltag in West und Ost stritt. Die Sendereihe versuchte, den Bundesbürgern die zugemauerte DDR ein wenig zu öffnen, beleuchtete kritisch, was die SED unter »Fortschritt« verstand und zeigte den Ostdeutschen, dass beim westlichen Gold auch nicht alles glänzte. Das Magazin war sicher nicht Prophet der Einheit, aber bei der Beschreibung der deutschen Teilungsnöte war es stets besonders engagiert. Und es machte Menschen in der DDR Mut, sich zu engagieren, wie es im Westen selbstverständlich war, auch gegen Zensur und geistige Enge:

Das ZDF hatte bereits 1966 ein Magazin namens »drüben« alle zwei Wochen für zwanzig Minuten in sein Programm aufgenommen. Das

Minimagazin, in dem zum ersten Mal kontinuierlich Ereignisse und Entwicklungen im Osten Deutschlands beleuchtet wurden, war der Vorgänger von KENNZEICHEN D. Wer immer in Deutschland Ost es schaffte, mithilfe von abenteuerlich-kunstvollen Antennenbauten das ZDF zu empfangen, war abonnierter Zuschauer der Sendung. Die ARD war freundlich genug, KENNZEICHEN D am folgenden Vormittag »für Schichtarbeiter« zu wiederholen. Denn in dem Magazin wurde realer, nicht propagandistisch geschönter DDR-Alltag gezeigt.

Wie später auch in der ARD-Sendung »Kontraste« kam die zum Schweigen verurteilte DDR-Gegenöffentlichkeit zu Wort: Umwelt- und Friedensgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche, Bürgerrechtler, kritische Schriftsteller und sogar die Parias des Regimes, Menschen, die rechtlos geworden waren, weil sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Die getrennten Deutschen begannen einander in die Fenster zu schauen, obwohl die Gardine beim DDR-Nachbarn meist zugezogen war. Erst spät begannen Politiker in Ost und West zu begreifen, welche immense Wirkung selbst kritische Berichte aus der westlichen Welt neben Reportagen über den Osten in einer Sendung von jeweils 45 Minuten hatten.

Unser Standort war das geteilte Berlin. Die Mauerstadt erlebten wir unmittelbar als zutiefst gezeichnet von den Verbrechen der roten, aber auch der braunen Diktatur. Scharfe Beobachter wollten wir nach beiden Seiten sein, nach Ost und nach West. Hetzer wären wir, schimpfte die Propaganda Ostberlins, weil wir nicht nur hässliche Symptome, sondern das ganze System des »real existierenden Sozialismus« negativ benoteten.

Unverantwortlich kritisch wären wir gegenüber dem Westen, tadelte die Unionsmehrheit im ZDF-Fernsehrat, die überhaupt die Ansicht vertrat, man dürfe rote Äpfel Ost nicht mit goldenen Birnen West in eine Sendung packen. Im westlich verankerten, zeitweise närrischen Mainz war nicht immer Verständnis zu spüren für unsere an der Teilung geschulte Dialektik. Wir hielten uns an die Mahnung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der den Deutschen in einer Fernsehansprache Selbstkritik empfohlen hatte: »Wer mit einem Finger auf andere zeigt, weist mit drei Fingern auf sich selbst zurück.« Und der ehemalige RIAS-Journalist und Publizistik-Professor Hanns Werner Schwarze, Gründer von *drüben* und KENNZEICHEN D, gab der Redaktion als Leitlinie vor: »Nur, wer den Schmutz vor der eigenen Tür beseitigt, kann auf den Dreck beim Nachbarn zeigen.«

Zu diesem Zeitpunkt gab es seit 1968 mit ganz anderem Anspruch bereits eine weitere Sendereihe im ZDF, die über die DDR berichtete. Aus Mainz wurde regelmäßig und zu bevorzugter Sendezeit das eher kämpferische und konservative »ZDF-Magazin« ausgestrahlt, das sich schon dem Namen nach

als das politische Aushängeschild des Senders verstand. In den Jahren der sozialliberalen Koalition wurde die Sendung unter der Leitung des Journalisten Gerhard Löwenthal zu einem Periodikum scharfer Opposition gegen Willy Brandts Entspannungs- und Gewaltverzichtspolitik und die daraus folgenden »Ostverträge«. Im Proporzdenken von Medienfunktionären sollte KENNZEICHEN D gegenüber Löwenthals Kampfmagazin Ausgewogenheit bedeuten.

»Balanceakt« auf der Mauer

»Keine Magazin-Redaktion hat es so schwer gehabt wie die Berliner »D«-Mannschaft, beargwöhnt im eigenen ZDF-Hause, angefeindet draußen, ausgesetzt dem Proporzgerangel der Parteien, benachteiligt durch ungünstige Sendezeiten, verpflichtet einem gesamtdeutschen Anspruch, der sich weder in die Abgrenzungstheorien drüben noch in die Wiedervereinigungsutopien hüben einfügen lässt. Man könnte sich diese Redaktion angesiedelt vorstellen irgendwo im Niemandsland zwischen Sperrzone Ost und Zollgrenze West, vom unsicheren Port beiden Seiten gemächlich ratend und, nach Bedarf, strenge Zensuren verteilend.« Das schrieb damals der Fernsehkritiker Karl-Heinz Janßen in der Zeit.

KENNZEICHEN D war ein Balanceakt auf der Mauer, verpönt als »linkslastig« bei den kalten Kriegern West, misstrauisch verfolgt von des DDR-Staates Sicherheit. Proteste hagelte es in West und Ost, als wir die bittere Lage des geteilten Landes mit zwei Clowns karikierten. In einer eisigen Schneelandschaft standen sich zwei deutsche Michels als dumme Auguste gegenüber, beide in Schwarz-Rot-Gold mit dem jeweiligen Staatsblem auf der Brust, Bundesadler der eine, Hammer und Zirkel der andere. Beide trennte eine rot-weiße Barriere, und sie glotzten sich sprachlos über diese Grenze hinweg an. Weil sich Reporter und Reporterinnen von KENNZEICHEN D regelmäßig »in der Zone« aufhielten und nicht nur von den unübersehbaren Problemen, sondern immer wieder auch über »Normalität« menschlichen Zusammenlebens berichteten, handelten sie sich schnell bei westdeutschen Besserwissern den Vorwurf der Anbiederung an die Kommunisten ein. Im Osten aber verstand die große Masse der Zuschauerschaft, dass wir in der deutschen Zweisprachigkeit nicht nur westdeutsch formulierten, sondern auch »DDRisch« gelernt hatten.

Die Sendereihe, die ich zwischen 1983 und 1987 sowie 1990 und 1995 moderieren durfte und dessen Redakteure und Redakteurinnen ständig vor Ort den schwierigen Alltag im »real existierenden Sozialismus« beob-

achteten, wagte also den schwierigen Gang in die DDR hinein, suchte den Kontakt zu den Menschen, kritisierte das SED-Regime von innen und forderte die Einhaltung der Menschenrechte.

Heimliche Aufnahmen von Wolf Biermann und Robert Havemann

Ein besonderes Beispiel: 1980 veranstaltete die SED ein Gedenken an die Befreiung des Zuchthauses Brandenburg, in dem neben Robert Havemann auch Erich Honecker von den Nazis inhaftiert worden war. In der Reihe der ehemaligen Häftlinge links außen stand völlig überraschend der von der SED mit Hausarrest belegte und verfemte Parteikritiker Havemann, wenige Meter von ihm Parteichef Erich Honecker. Bei einem späteren Empfang ging Robert Havemann durch die Reihen der Gäste, einsam wie ein Aussätziger. KENNZEICHEN D hat diese Szenen gezeigt.

Anfang April 1982 erhielt der Liedermacher Wolf Biermann, der sich – 1976 aus der DDR ausgebürgert – gerade in Paris aufhielt, die Nachricht, dass sein Freund Robert Havemann im Sterben lag. Er bat den Botschafter der DDR um eine Reiseerlaubnis in die DDR und – das war eine Sensation – sie wurde innerhalb eines Tages erteilt. Unter strengster Bewachung kam Biermann an das Sterbebett seines Freundes ins stasibewachte Haus. Das fast prophetische Testament Havemanns wurde in KENNZEICHEN D ausgestrahlt, sieben Jahre vor dem Mauerfall. Mit deutlicher Atemnot sagte Havemann:

»Freie und unabhängige Bewegungen in den sozialistischen Ländern sind von großer, maßgebender, ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft. Ich glaube, auch hier in der DDR ist so eine freie Bewegung in Gang gekommen.«

Diese Szene hat Katja Havemann, die damals schon eine private Videokamera besaß, heimlich, hinter einem Vorhang stehend, gefilmt. Wir haben ihre Aufnahmen kurz nach Havemanns Tod in KENNZEICHEN D gesendet.

Ein heimlich gedrehtes Video: Drei Tage vor dem Tod des DDR-Regimekritikers Robert Havemann im April 1982 darf der 1976 ausgebürgerte DDR-Liedermacher Wolf Biermann Havemann noch einmal besuchen. Mit Sondererlaubnis der SED-Führung.

Niemand hatte damals im Jahr 1971, als KENNZEICHEN D auf Sendung ging, eine feste Vorstellung, wann und wie das einmal werden könnte mit einem wiedervereinigten Deutschland. Die »Politik der kleinen Schritte« formulierte eine leise Hoffnung auf die »Einheit«, doch das Datum war

der »Sankt-Nimmerleinstag«, irgendwann im nächsten Jahrhundert, vielleicht ..., wer weiß. Dass diese Politik der kleinen Schritte zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgreich war, habe ich später gern so erklärt: Der freie Westen musste die andere Seite so lange umarmen, bis sie keine Luft mehr bekam, und ihr zum Trost Westgeld in die Tasche stecken.

Kaum jemand in Bonn und Umgebung glaubte an das, was Politiker West den Brüdern und Schwestern im Osten zu einer möglichen Wiedervereinigung in Sonntagsreden »Verbindend-Verbindliches« sagten. »Deutsche Einheit«, so hieß in den 70er-Jahren eine westdeutsche Zigarrenmarke, das Stück eins-fuffzig. Eine Vereinigung mit »denen da drüben«, mit den Kommunisten, galt an westdeutschen Stammtischen eben als blauer Dunst. Schon das gängige Doppel im Adjektiv »deutsch-deutsch« drückte irgendwie Gemeinsamkeit und Trennung zugleich aus.

D wie Dialog

Die SED hat das D im ZDF als Beleg für militaristisches Streben der »Bonner Ultras« nach »Großdeutschland« geschmäht. Das hat jedoch eine kaum übersehbar große Anzahl von DDR-Bürgern nicht davon abgehalten, das Programm mit dem D einzuschalten. Selbst Erich Honecker sprach mich auf KENNZEICHEN D an, als ich 1986 im Kreis von Kollegen in der Halle des Staatsratsgebäudes mit dem SED-Chef auf den Besucher Willy Brandt wartete. Honecker antwortete auf die Frage von Kollegen, woher er denn die Sendung kenne, lachend: »KENNZEICHEN D ist Pflichtlektüre für jeden DDR-Bürger!« Meine Bitte, das für meine Kamera noch einmal zu wiederholen, schlug er ab, ergänzte aber: »Natürlich nur, weil jeder DDR-Bürger wissen muss, was der Klassenfeind denkt und plant.« Das war aus dem Mund des Saarländers jedenfalls freundlicher als die offizielle SED-Propaganda, die dem deutsch-deutschen Magazin den Titel »Aggressor auf Filzlatschen« verliehen hatte.

Das D im KENNZEICHEN habe ich als D wie Dialog verstanden, anders gesagt: Der Programmauftrag hieß für mich D wie Dolmetscher, also Vermittler zwischen zwei »Landessprachen« in einer Muttersprache. Die Jahrzehnte der Teilung hatten bereits zu erheblicher Sprachlosigkeit geführt. Ein ehrlicher Dialog schloss »Ansprachen an die Brüder und Schwestern im Osten« natürlich aus. Es war die Zeit, da die DDR das Unaussprechliche in der Bonner Politik war, da es – auch im ZDF – als politisch nicht korrekt galt, DDR oder gar Deutsche Demokratische Republik zu sagen, DDR zu schreiben allenfalls in Gänsefüßchen, womit

das »Sogenannte« an diesem Teilstaat betont werden sollte. Doch die meisten Westdeutschen, auch viele Politiker und Politikerinnen, sprachen von der »Sowjetzone«, kurz von der »Zone«, oder abgekürzt von der »SBZ« für Sowjetische Besatzungszone.

Für DDR-Zuschauer und -Zuschauerinnen blieb Deutschland West virtuell, gerastert im 625-Zeilen-System der Mattscheibe. Es sei denn, sie hatten das Rentenalter erreicht und konnten sich durch Westbesuche ein eigenes Bild machen. Sonst blieb das Bild der Bundesrepublik Deutschland viereckig, jahrzehntelang schwarz-weiß, vor allem aber ohne erlebten Hintergrund. Westfernsehen war die Lieblingsbeschäftigung der DDR-Bürger. Die DDR versuchte, das Westfernsehen zu bekämpfen. In groß angelegten Aktionen waren FDJ-Trupps in den 60er-Jahren auf die Dächer von Wohnhäusern gestiegen und hatten die nach Westen ausgerichteten Fernsehantennen abgebrochen. Mit gezielten Kampagnen der SED-gesteuerten Medien sollte das Westfernsehen der Lüge überführt werden. Denn die Partei wusste, dass die Mehrheit des DDR-Volkes den Westkanal bevorzugte ..., und sah sich schließlich gezwungen, das widerwillig zu dulden.

Später war »nur noch« mit Strafe belegt, wenn jemand Informationen aus Sendungen von ARD oder ZDF an andere weitergab. Und so war dann täglich in den Wohnzimmern der Klassenfeind zu Gast. Vor den Schrankwänden mit dem Fernsehapparat bildete sich allabendlich eine Parallelgesellschaft zur »sozialistischen Menschengemeinschaft«, deren Existenz die SED behauptete. Eine geheime Langzeitstudie des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung untersuchte zu DDR-Zeiten in einer anonymen Befragung den Fernsehkonsum von Jugendlichen. Ergebnis: Die große Mehrheit der Jugendlichen holte sich politische Informationen gern von ARD und ZDF, auch von RIAS Berlin und dem Deutschlandfunk in Köln.

Ja, es gab auch Fehleinschätzungen über das Deutsche aus Ost und West, harte Stellungnahmen zu den Gegnern der Entspannungspolitik mit Ostberlin, Übertreibungen um der publizistischen Pointe willen und auch journalistischen Irrtum. Wir diskutierten in der Redaktion unser DDR-Bild. Dass dieses sozialistisch-kommunistische Experiment, bewacht von sowjetischen Panzern, nie eine Alternative zur Bonner Republik mit ihrem Grundgesetz sein könnte, war unbestritten. Aber es gab auch den falschen Kommentar, der nach der Stagnation der Ulbricht-Ära in die Anfangsjahre von Honeckers Sozialpolitik leise Hoffnungen setzte. Dem bereitete der neue, jüngere SED-Chef durch seine scharfe Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik, mit der gerade ein Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen geschlossen worden war, sehr schnell ein hartes Ende. Auch Honecker wurde übrigens Gegenstand von Kennzeichen Ds kriti-

schem Blick, zuletzt, nachdem sich im Herbst 1990 Akten fanden, die auch manches in seiner offiziellen Biografie infrage stellten:

Die internationale Anerkennung, die Ostberlin als Hauptstadt eines zweiten deutschen Staates erfuhr, führte beim Gründer von KENNZEICHEN D Anfang der 70er-Jahre zu der gewagten Annahme, »die DDR sei keine Zone mehr«. Wer dagegen als in Ostberlin residierender Westkorrespondent den SED-Alltag ständig vor Augen hatte und die Klagen der Menschen täglich hörte, erlebte, dass die DDR nie mehr als eine sowjetische Besatzungszone war, an deren Spitze Kommunisten stalinscher Prägung standen. Deutschland wurde durch Erich Honeckers Politik noch ein wenig mehr gespalten. Das bis dahin gemeinsame Kennzeichen D klebte, wie zu Anfang erwähnt, ab 1974 nur noch an Autos West. Die im Osten bekamen ein Kennzeichen DDR verpasst, zu groß für die kleine Hinterseite eines »Trabants«. Und die »Kulturschaffenden«, die mit einem Tauwetter in der DDR gerechnet hatten, fanden sich sehr schnell wieder in einer kulturellen Eiszeit oder verließen unter Druck ihre östliche Heimat.

Manche Kritik an Entwicklungen in der Bonner Republik wirkte durch Originalbilder und -töne, die wir im freien Westen ungehindert aufnehmen konnten, leider überzeugender als der Verriss von Zuständen in Honeckers Einflusszone. Das brachte KENNZEICHEN D den heftigen Vorwurf ein, wir würden den Westen zu schlecht und den Osten zu freundlich zeichnen. Doch vieles Unhaltbare und Unerträgliche, was wir im Osten dokumentieren wollten, waren uns zu drehen durch die Abteilung Journalistische Beziehungen des DDR-Außenministeriums verboten oder unmöglich gemacht. Wir haben selbstverständlich darüber berichtet, aber konnten die Verbrechen der Diktatur leider nur selten in Bild und Ton belegen.

Drehverbote, aber kein Maulkorb

Jedes Interview, alle Befragungen und sämtliche Dreharbeiten in »gesellschaftlichen Räumen« mussten beim DDR-Außenministerium umständlich beantragt und dann genehmigt werden, was nicht immer zeitnah oder überhaupt geschah. Durch dieses Verfahren konnten die Genossen Leiter der Abteilung »Journalistische Beziehungen« – alle übrigens im Neben- oder Hauptberuf »Oibe«, also Stasi-Offiziere im besonderen Einsatz – alles verbieten, was das SED-Politbüro auf westlichen Bildschirmen nicht sehen wollte. Beantragte Interviewpartner und Drehorte konnten die Genossen manipulieren und die Dreherlaubnis so verschleppen, dass an eine aktuelle Berichterstattung nicht mehr zu denken war. Drehverbote mussten wir hin-

nehmen, einen Maulkorb akzeptierten wir nicht. Denn, obwohl wir häufig keine Bilder und Töne hatten: Die Story kam ins Programm, wenn auch viel zu oft nur verbal, manchmal mit aufgezeichneten Telefoninterviews, wenn das im schlecht funktionierenden DDR-Telefonnetz überhaupt gelang, oder mit auf riskante Weise geschmuggelten privaten Videoaufnahmen.

Wir suchten nach kleinen Fortschritten im geteilten Deutschland mit der Formel »Wandel durch Annäherung«, mussten aber immer öfter Rückschritt oder Wandel durch Abgrenzung verzeichnen. Wir mussten das »Kaderwelsch« der SED in Bonner Politsprache übersetzen und die Wortgefechte westlichen Parteienstreits dem Osten verständlich machen. Doch vor allem ging es uns um D wie Dialog, also darum, die Deutschen in beiden Staaten – wenn auch virtuell – im Gespräch zu halten. Denn, so hofften wir, wer miteinander spricht, schießt nicht aufeinander.

Über die Rolle des Fernsehens im geteilten Deutschland ist viel gestritten worden. Böse Zungen sagen, geschönte DDR-Bilder der Westkorrespondenten hätten die Einheit verzögert. Doch Millionen Zuschauer in der DDR haben täglich den Westkanal eingeschaltet und festgestellt, dass unser DDR-Bild der real existierenden Wirklichkeit entsprach. Viele der KENNZEICHEN-D-Beiträge wurden in der DDR Tagesgespräch. In Brigaden wurde listig diskutiert nach dem Motto: »Genosse, stimmt denn das, was diese Hetzer vom ZDF gestern Abend erzählt haben?« Und dann musste über Waldsterben auf den Kämmen des Erzgebirges, über Versorgungsmängel, die katastrophale Verseuchung der Umwelt im Chemiebezirk oder kirchlichen Protest gegen vormilitärische Ausbildung für Kinder und Jugendliche gesprochen werden.

Trickreiches und Augenzwinkerndes

Mancher Brückenschlag erfolgte auch augenzwinkernd, besonders populär wurde die Vorführung des DDR-Kleinwagens Trabant, ein Auto mit Kunststoffkarosse und stinkendem Zweitaktmotor. Insgesamt sollen bis 1991 über drei Millionen Trabanten gebaut worden sein. In KENNZEICHEN D präsentierte ein renommierter Autotester mit leichter Ironie den »Trabi«, der im DDR-Volksmund Rennpappe hieß. Er drehte ein paar Runden auf der Mercedes-Teststrecke in Stuttgart, fuhr dann ins Bild, stieg aus und sagte: »Daimler-Benz hat für das berühmte Plopp seiner Autotüren Millionen an Forschungsgeldern ausgegeben. Trabant hat diese Summe eingespart.« Und krachend-klappernd warf er die Trabi-Tür zu. Selten wurde ich am Tag nach der Sendung in Ostberlin so häufig angesprochen wie nach dieser Sendung. Niemand zeigte sich gekränkt, alle schmunzel-

ten, sogar die Genossen von der Abteilung Journalistische Beziehungen im Außenministerium der DDR.

Kurz nach der Wende bilanzierte die Wochenzeitung *Die Zeit* die Arbeit von KENNZEICHEN D in den Zeiten der deutschen Teilung unter dem Titel »Ausgefuchster Diplomat«. Diplomaten waren aber vor allem unsere Zuschauer in der DDR, die trotz des offiziellen Interviewverbots mit uns sprachen. Brachte das DDR-Fernsehen in Interviews systemkonforme oder sogar parteilich mobilisierende Antworten, so sprachen DDR-Bürger vor unserer Kamera zuweilen ungewohnten Klartext, selbst wenn »zwischen den Zeilen« formuliert wurde.

Nur zweimal im Jahr wurde gestattet, mit Kamera und Mikrofon dem DDR-Volk mittels Straßenumfragen aufs Maul zu schauen. Gelegenheit bot die Leipziger Messe im Frühjahr und im Herbst, denn hier wollte die SED-Führung Weltoffenheit beweisen. Bedingung: Die Umfrage durfte nur in Leipzig-Innenstadt und nur zum Thema Leipziger Messe stattfinden. Wenn wir Kamera und Mikrofon auspackten, waren wir immer sehr schnell von etwa 50 Menschen umstellt. Schwer zu beurteilen, ob unter den Interessierten »Geschickte oder Gesandte« waren. Ich stellte meine Frage in der genehmigten Formel: »Was sagen Sie zur Leipziger Messe in diesem Frühjahr/Herbst?« Antworten: »Ich möchte auch mal zu meiner Schwester nach Kassel reisen dürfen.« »Und was sagen Sie zur Leipziger Messe?« »Bei uns in Prenzlau gibt es seit Monaten keine Schuhreparaturen mehr.« Oder: »Hier sieht man schönes Kinderspielzeug. Aber alles wird ja in den Westen exportiert.« Aber auch: »Meine Westverwandten kommen nicht mehr zu Besuch, weil der Zwangsumtausch zu teuer für sie ist.«

Auf die schlichte Frage nach der Leipziger Messe enthüllten die Menschen ganz offen den Mangel- und Klagekatalog des DDR-Alltags. Seltenerweise wurden diese Umfragen mehrfach genehmigt, während Interviews mit den Herrschenden stets abgelehnt wurden.

Viele Westdeutsche hatten üble Erfahrungen mit dem Grenzregime der DDR, sogar mit der Staatssicherheit gemacht, wann immer sie den Versuch unternahmen, auf Verwandtenbesuch in das verschlossene Land zu fahren. So ist verständlich, dass sie dann jedes Interesse an der DDR verloren und sich dem freundlichen Westen zuwandten. Die Wiedervereinigung haben wir bei KENNZEICHEN D – wie fast alle übrigens – in unüberschaubare Ferne verlagert, aber im Gegensatz zu manchem Bonner Politiker und der westdeutschen Mehrheit nicht aus dem Auge verloren. Im Westen regierte in Sachen »Einheit« ganz überwiegend desinteressierte Nüchternheit, bei den Menschen im Osten verbreitet unerschütterliche Hoffnung.

Ich selbst, mit der Erfahrung von gut 20 Jahren eigener Berichterstat-

tung über die DDR und weiteren Jahren als Korrespondent aus Moskaus Satellitenstaaten, habe mir bis ins Frühjahr 1990 nicht vorstellen können, dass die Siegermacht Sowjetunion ihre »Zone« in den Westen und damit sogar in die NATO entlässt. Doch, als im Frühjahr 1989 der Grenzzaun in Ungarn abgebaut wurde, keimte die Hoffnung.

Die Deutschen in Ost, aber vor allem in West, hatten sich in ihrer Mehrheit mit der brutalen Spaltung abgefunden oder abfinden müssen. Die Bonner Politik setzte für »menschliche Erleichterungen« unendlich geduldige Diplomatie und Milliarden von D-Mark ein. Kirchliche Gemeinden hielten, so gut und so oft es ging, über die Grenze hinweg Kontakt. Geradezu prophetisch aber sprach 1983 der CDU-Politiker und spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Als Mitglied im Rat der EKD reiste Weizsäcker im Luther-Gedenkjahr nach Wittenberg. Die SED war überraschend offen für Besuche, denn sie feierte den Reformator plötzlich als Revolutionär. Als Weizsäcker am Lutherdenkmal eintraf, warteten einige Hundert Menschen auf den prominenten Besucher aus Bonn. Weizsäcker sagte, er habe gerade den Vorort Piesteritz passiert und sei somit auch an der stinkenden Chemieproduktion VEB Stickstoffwerk vorbeigefahren. Seine einfache Feststellung, die wie ein Versprechen klang: »Wir atmen die gleiche Luft. Luft kann man nicht teilen!«, hallte im Beifall der Menschen nach und wurde von KENNZEICHEN D in die ganze DDR ausgestrahlt.

Auch nach der Wiedervereinigung blieb die Sendereihe »verbannt auf einen späten Sendeplatz«, wie die *Frankfurter Allgemeine* kritisch anmerkte, und wurde oft ersatzlos Sportübertragungen geopfert. Die Zeitung lobte KENNZEICHEN D als »Kleinod unter den Magazinen« und attestierte der Sendung ein »Niveau, mit dem KENNZEICHEN D die Tugenden gewissenhaften Fernsehjournalismus über den Tag hinaus rettet«. Nach mehreren Auszeichnungen erhielt das Magazin 1999 die »Goldene Kamera für Glaubwürdigkeit im Fernsehen«. Der TV-Dolmetscher zwischen West und Ost wurde jedoch nach Überzeugung der Mainzer Programmverantwortlichen im neuen Jahrhundert, zehn Jahre nach Vollzug der deutschen Einheit, nicht mehr gebraucht, weil der deutsch-deutsche Brückenbau angeblich nicht mehr notwendig sei. KENNZEICHEN D wurde gegen zahlreiche Proteste vor allem aus dem Osten und aus der evangelischen Kirche eingestellt. Bis heute blieb die Position des »ausgefuchsten Diplomaten« – trotz andauernder Missverständnisse zwischen neuen und alten Bundesländern – vakant.

Erschienen im Deutschland Archiv Online am 8.9.2021. Beispielhafte Kennzeichen-D-Beiträge aus den Jahren 1971 bis 1991 finden Sie im Deutschland Archiv unter www.bpb.de/346198.



Reporter Gerd Heidemann mit den vermeintlichen Dokumenten. Das Hamburger Magazin »Stern« unterstrich auf einer Pressekonferenz, dass die von ihm veröffentlichten Tagebücher Adolf Hitlers echt seien, aufgenommen am 25. April 1983.

Maximilian Kutzner

Die Stasi und die gefälschten Hitler-Tagebücher

Die Geschichte der gefälschten Hitler-Tagebücher ist bis heute ein Kassenschlager. Zum 40-jährigen Jubiläum der Affäre im Jahr 2023 werden zahlreiche Spielfilme und Veröffentlichungen erwartet.¹ Bereits kurz nachdem die Zeitschrift *Stern* am 23. April 1983 ankündigte, man habe die Tagebücher Hitlers gefunden, richtete sich das internationale Medieninteresse auf die rund 60 schwarzen Kladden. Die 1970er-Jahre waren ein Jahrzehnt teils widersprüchlicher Entwicklungen auf dem Feld des öffentlichen Umgangs mit den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und der Shoah gewesen. In der Bundesrepublik vollzog sich eine Veränderung von der Vergangenheitsbewältigung hin zur lebendigen Erinnerungskultur.² In allen westlichen

Nationen rückten die Opfer der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus stärker ins Blickfeld. Durch die Fernsehserie *Holocaust* wurde 1979 nicht nur der Begriff in den öffentlichen Sprachgebrauch übernommen, sondern auch der Blick geöffnet für kleinteilige Perspektiven auf die Verfolgung der europäischen Juden.³ Andererseits zeigte sich ein breites und fast pornografisches Interesse an der NS-Zeit. Die »Hitler-Welle« geisterte in den 1970er-Jahren durch die Medien in Westeuropa und den USA.⁴ Vom Diktator, seinen Vasallen und Taten ging auch mehr als 30 Jahre nach dessen Ende für viele eine unheimliche Faszination aus. Es erschienen Biografien, Filme, die ersten aufwendigeren Dokumentationen und zahllose Zeitungsartikel. In dieses Klima zwischen Reflexion über die Gräueltaten und Faszination für das Böse fiel die Veröffentlichung der gefälschten Hitler-Tagebücher.

Deren Geschichte⁵ ist rasch erzählt: 1979 bekam der *Stern*-Reporter Gerd Heidemann erstmals eine schwarze Kladde gezeigt, die angeblich eines der Tagebücher Hitlers war. Heidemann war nicht nur ein journalistischer Spürhund, sondern auch ein passionierter Sammler von NS-Devotionalien. Er heftete sich an die Spur der Tagebücher und fand schließlich Anfang 1980 Konrad Kujau, alias Konrad Fischer. Der erzählte ihm, dass er die Bücher aus der DDR beschaffe. Nach Heidemanns Recherchen befanden sie sich an Bord eines Flugzeugs, das in den letzten Kriegstagen nahe Dresden abgestürzt war. Es sollte angeblich Teile des persönlichen Besitzes Hitlers aus Berlin nach Berchtesgaden bringen. Kujau nahm dies auf und dichtete die Geschichte eines Generals der NVA (Nationale Volksarmee) hinzu, der die Bücher an sich genommen habe und nun gegen harte Westwährung verkaufen wollte. Tatsächlich schrieb sie Kujau Wort für Wort selbst. Heidemann kaufte im Auftrag des *Stern* für 9,3 Millionen D-Mark 63 Bücher. Am 25. April 1983 wurden sie auf einer internationalen Pressekonferenz präsentiert. Schnell regten sich Zweifel an der Echtheit der Bücher. Am 6. Mai bestätigte das Bundesarchiv, dass es sich bei den Stücken um »grotesk oberflächliche Fälschungen« handle.⁶ Der Medienskandal war perfekt.

Wenn die Bücher nicht aus dem abgestützten Flugzeug stammten, woher kamen sie dann? Kujau war abgetaucht und wurde erst am 14. Mai 1983 festgenommen und verhört. In der Zwischenzeit kursierten allerlei Gerüchte, von denen eines sogar vom Herausgeber des *Stern*, Henri Nannen, selbst befeuert wurde: Die Tagebücher mussten aus einer Fälscherwerkstatt der Stasi in Ostberlin kommen. Der Klassenfeind sollte hinteres Licht geführt und revanchistische und neonationalsozialistische Tendenzen in der Bundesrepublik offenbart werden, so die Vermutung.

Die Stasi wurde kalt erwischt

Dieser Vorwurf traf die Genossen in der Ostberliner Normannenstraße völlig unvorbereitet. Statt einen gelungenen Coup zu feiern, herrschte im MfS große Aufregung. Man vermutete eine Kampagne des Westens. Die DDR sollte den schwarzen Peter zugeschoben bekommen und international als Urheberin der Fälschung gelten. Daher war man bemüht, rasch Aufklärung zu betreiben und zu erforschen, was und wer hinter dem Gerücht stand.

Die Ermittlungen führte die Abteilung HA IX/11, zuständig für die »Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen«. ⁷ Das ist bemerkenswert: Denn die Sichtung der Presseberichterstattung aus der Bundesrepublik hätte eigentlich im Bereich der HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) und dort in der Abteilung für Desinformation gelegen. Da jedoch ein Bezug zum Nationalsozialismus bestand, ermittelte die HA IX/11. Der detaillierte Bericht machte mit der Feststellung auf, dass der Skandal ein »symptomatischer Vorgang [ist], der die Art des Umganges mit der Wahrheit, mit Geschichte und die angebliche journalistische Sorgfaltspflicht imperialistischer Massenmedien aufzeigt«. Bereits vor der Ankündigung des Sensationsfundes durch den *Stern* sei die DDR ins Blickfeld geraten. Der britische Historiker David Irving, der spätestens seit den 1990er-Jahren als Holocaustleugner bekannt ist, hatte schon am 24. April 1983 behauptet, dass angebliche Tagebücher Hitlers von der DDR gefälscht und im Westen lanciert würden. Von da an kursierte das Gerücht einer »Fälscherwerkstatt in Potsdam«. Am 11. Mai 1983, so konnten die gewissenhaften Zeitungsleser beim MfS herausarbeiten, sei erstmals in der *Welt* von der Beteiligung der Stasi berichtet worden. Hinter der Kampagne stehe das Bemühen der DDR, im Westen eine »nationalsozialistische Bewegung« neu zu entfachen. Einen »regierungsamtlichen Charakter« bekam die Unterstellung für das MfS in dem Moment, als auch der Bundesnachrichtendienst begann, Ermittlungen anzustellen. Auch nach Kujaus Geständnis löste sich die Anspannung offenbar nicht gleich. Der Bericht schließt mit der Feststellung, dass einige Blätter weiter an der alten Version festhielten. Für das MfS war der Vorgang besorgniserregend. Dabei hatte man dort die beiden Protagonisten, Heidemann und Kujau, noch kurz vor der Affäre im Blick.

Die Flucht in den Westen

Konrad Kujau hatte bereits früh Probleme mit der Staatsmacht. 1938 wurde er in Löbau in Sachsen geboren und verbrachte seine Kindheit und Jugend

in der frühen DDR. 1957 ermittelte die Volkspolizei gegen ihn wegen des Diebstahls eines Mikrofons aus einem Jugendzentrum. Ab 1948 war der intelligente Schüler immer wieder mit kleineren Diebstählen und Gaunereien aufgefallen. Das Kreisgericht Löbau erhob am 13. Mai 1957 Anklage gegen ihn.⁸ Zu einer Verhandlung kam es jedoch nicht. Kujau setzte sich rechtzeitig in den Westen ab und lebte fortan im Raum Stuttgart.⁹ Doch die alte Heimat ließ ihn offenbar nicht los. So reiste er bereits in den 1970er-Jahren wieder regelmäßig nach Löbau und besuchte dort seine Geschwister in der Region. Das neue Visaabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Zuge der Neuen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt ermöglichte dies. Die Stasi nahm davon 1974 Notiz, als Kujau und seine Lebensgefährtin Edith Lieblang an einem Grenzübergang durchsucht wurden. Kujau hatte mehrere Ausgaben der »Landser«-Hefte bei sich, die den Grenzpolizisten offenbar sofort ins Auge fielen.¹⁰ Doch nicht Kujaus Beteuerung, dass »er noch kein Heft verpasst« habe, ließ die Stasi aktiv werden. Auch die Flucht im Jahr 1957 war nicht ausschlaggebend. Viel bedeutender war das Reiseziel Kujaus in Löbau. Denn eine Schwester lebte in direkter Nachbarschaft zur dortigen Offiziershochschule der Landstreitkräfte (OHS). Hier wurden die höheren NVA-Kader auf ihre Laufbahn vorbereitet. Seit seiner ersten Einreise im Jahr 1971 hatte Kujau versucht, zur OHS Kontakte aufzubauen. Natürlich vermutete das MfS zunächst, dass er an militärischen Geheimnissen interessiert war. Doch rasch zeigte sich, dass er vor allem »Rangabzeichen, Uniformen und ähnliches« im Sinn hatte.¹¹ Problematisch erschienen nicht nur die Tauschgeschäfte mit den Offiziersanwärtern der OHS. Kujau machte auch keinen Hehl aus seiner politischen Einstellung, wie zahlreiche Notizen aus dem Bestand des MfS nahelegen. Von einem Informanten erfuhr die Kreisdienststelle in Löbau, dass der unliebsame Besucher bei jeder Gelegenheit »das dritte Reich in den Himmel hebt«.¹² Am 27. April 1982 leitete das MfS dann wegen seiner immer zahlreicheren Reisen in die DDR, mittlerweile waren es fast 20, eine Operation unter dem Decknamen »Besuch« ein. Gleich fünf inoffizielle und ein hauptamtlicher Mitarbeiter wurden für den nächsten Besuch Kujaus auf ihn angesetzt¹³ – fast genau ein Jahr vor der Veröffentlichung der Hitler-Tagebücher. Alles wurde nun beleuchtet, sogar Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, die Kujau in der Bundesrepublik begangen hatte. Der Ermittlungsbericht war angesichts des Aufwandes jedoch ernüchternd. Kujau gebe bei jeder Gelegenheit mit seinem Reichtum an. Sein Interesse richte sich stark auf historische Gegenstände, die er für viel Geld ankaufe. Es wurde vermutet, dass sein Schwager, der als Hausmeister im Museum in Löbau arbeitete, Kunst und Antiquitäten für ihn beschaffe. Außerdem kam

ans Licht, dass Kujau Kinder anstiftete, Uniformteile aus Kasernen zu stehlen. Er bezahlte sie mit Kaugummi aus dem Westen. Außerdem wurden mehrere Gelegenheiten protokolliert, bei denen er sich selbst als »Neonazi« bezeichnete.¹⁴ Doch der Vorgang wurde trotzdem ohne weitere Aktion geschlossen. Der Verdacht der Spionagetätigkeit ließ sich nicht erhärten. Auch die Quelle von Kujaus Reichtum konnte nicht identifiziert werden. Seit 1980 erhielt er von Heidemann regelmäßig Geldbeträge für die schrittweise »Beschaffung« der Tagebücher. Dies blieb dem MfS verborgen. Aber in eine andere Facette der Affäre war es unmittelbar involviert.

An der Absturzstelle in Börnersdorf

Der *Stern* hatte wie andere bundesdeutsche Blätter ab Beginn der 1960er-Jahre daran gearbeitet, Verbindungen zur politischen Führungsspitze in der DDR aufzubauen. Erst im Zuge der Verabschiedung des Grundlagenvorgabes Ende 1972 war es möglich, Journalisten aus dem Westen in der DDR zu akkreditieren.¹⁵ Der Informationsfluss war weiterhin spärlich und umso wichtiger war es, Fühlung zu halten. Der *Stern* hob sich von anderen westdeutschen Medien dabei jedoch ab, da dessen Mitarbeiter besonders enge Kontakte nach Ostberlin pflegten, die sogar bis in Geheimdienstkreise reichten.¹⁶ 1971 kam Thomas Walde zum *Stern*. Er wurde 1980 Leiter des Ressorts Zeitgeschichte. Walde verfügte über Ansprechpartner beim BND (Bundesnachrichtendienst) und beim MfS. Es gelang ihm, Ende des Jahres 1980 eine heikle Mission vorzubereiten und zu realisieren.¹⁷

Wie Gerd Heidemann recherchiert und aus Kreisen von Sammlern von NS-Devotionalien erfahren hatte, sollten die Tagebücher Hitlers aus dem brennenden Wrack der abgestürzten Maschine nahe dem sächsischen Börnersdorf gerettet worden sein. Würden er und Walde das Wrack und die Gräber der getöteten Insassen finden, so wäre dies ein Beweis für die Echtheit der Geschichte – ein folgenschwerer Fehlschluss. Um die Geschichte zu verifizieren, reisten Heidemann und Walde nach Ostberlin. Vom 15. bis 19. November 1980 fuhren die beiden gemeinsam mit zwei Begleitern namens Herbert Buchner und Peter Zabern von Berlin nach Dresden und von dort weiter nach Börnersdorf – wo sie tatsächlich Wrackteile und die Gräber der Insassen fanden. Die beiden Herren aus dem Osten gaben sich offen als Mitarbeiter des MfS zu erkennen. Sie boten den beiden Journalisten allerlei angeblich belastendes Material über bundesdeutsche Politiker, die Aktivitäten des BND in Afghanistan und über den Staatsschatz der Tschechoslowakei, den Hermann Göring versteckt haben sollte, an.¹⁸

Doch daran zeigten sich Heidemann und Walde nur wenig interessiert. Ihnen ging es um das Wrack von Börnersdorf. Natürlich fragten die beiden Mitarbeiter des MfS auch nach, was genau sie dort suchten.

An dieser Stelle der Aktenüberlieferung gibt es zwei unterschiedliche Versionen. Wieder zurück in Hamburg, berichteten Walde und Heidemann ihre Erlebnisse in Ostberlin unmittelbar dem Landesamt für Verfassungsschutz.¹⁹ Gegenüber den Beamten wurde verschwiegen, wonach sie tatsächlich suchten. Beide gaben an, nach allgemeinen Dokumenten aus der NS-Zeit zu fahnden. Auch den Stasi-Männern habe man dies berichtet. Die Recherche nach den Hitler-Tagebüchern sollte hier wie dort geheim bleiben. Doch am 12. Dezember 1980 reiste Heidemann nochmals alleine in die DDR, um dort weitere Auskünfte einzuholen. Der darüber angefertigte Bericht lässt einen anderen Schluss zu: »Buchner wies noch einmal darauf hin, daß wir im Erfolgsfall die Original-Tagebücher Hitlers an die DDR-Behörden auszuliefern hätten, daß man aber dafür sorgen werde, uns baldmöglichst Kopien zur Verfügung zu stellen.«²⁰ Träfe dies zu, dann wäre die Stasi frühzeitig darüber informiert gewesen, dass der *Stern* auf der Suche nach den Tagebüchern Hitlers war. Doch umfangreiche Recherchen in den Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs führten zu dem Ergebnis, dass entsprechende Akten offenbar nicht erhalten geblieben sind. Es ist höchst wahrscheinlich, dass das MfS die Umtriebe der beiden Journalisten aus dem Westen intensiv betreute, um diese auch für die eigenen politischen Zwecke zu nutzen. Andererseits schilderte Herbert Buchner, dessen Klarname gemäß MfS-Dokumenten Herbert Brehmer lautet, im Jahr 1992, dass man die Bemühungen Heidemanns und Waldes in Sachen Hitler-Tagebücher nicht ernst nahm und von der Veröffentlichung der Tagebücher sowie deren Entlarvung über- rascht worden sei.²¹

Verwicklungen im Nachgang

Nach der Aufdeckung der Fälschung endete die Aktivität der Staatssicherheit der DDR nicht. Bereits kurz nach der Meldung, dass die Tagebücher nicht echt seien, begannen umfangreiche Nachforschungen bundesdeutscher und internationaler Journalisten in der DDR. Schließlich galt es zu klären, ob die Fälscherwerkstatt der Stasi dahintersteckte. Schon vor Kujaus Geständnis rückte dessen Familie im Umkreis von Löbau ins Blickfeld und auch in Börnersdorf stellten Journalisten Nachforschungen an. Am 10. Mai 1983 wurde vom Leiter der Bezirksverwaltung der

Stasi in Dresden der komplette Personalvorgang zu Kujau angefordert.²² Zu diesem Zeitpunkt war zwar in der bundesdeutschen Öffentlichkeit schon bekannt, dass Kujau die Bücher besorgt hatte, nicht aber, dass er auch deren Verfasser war.²³ Am 7. Juni 1983 gelangte ein Mitarbeiter des MfS in Köthen an die Information, dass ein Mitarbeiter des *Stern*, Harald Schmitt, bei Kujaus Schwester und ihrer Familie nach Schriftstücken mit der Handschrift des Fälschers gefragt habe.²⁴ Darüber erstattete der Schwager Anzeige bei der Kreisdienststelle der Volkspolizei. Er gab dabei allerdings an, dass sich der Besucher aus dem Westen nicht als Journalist des *Stern* vorgestellt habe, sondern als Mitarbeiter der Kriminalpolizei.²⁵ Schmitts Nachforschungen waren für das MfS wohl ein Anlass zur ernstesten Besorgnis. Am 24. Mai 1983 fragte Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR, persönlich in der Sache nach. Mittlerweile beschäftigte sich die Abteilung für Spionageabwehr mit dem Fall.²⁶ Hier konnte allerdings kein weiteres Verdachtsmoment gegen Schmitt erhärtet werden. Er behielt seine Akkreditierung.

Danach wurde es ruhig um die Protagonisten der Affäre. Das MfS beobachtete zwar noch den Prozess gegen Heidemann und Kujau, aber das Interesse verschob sich zu tagesaktuelleren Fragen. Erst nach dem Ende der DDR geriet das Ministerium wieder in Verbindung mit den Hitler-Tagebüchern. 2002 wurde bekannt, dass Heidemann 1953 als Mitarbeiter des MfS angeworben worden war. Seine Akte wurde bis ins Jahr 1986 geführt, was eine aktive Tätigkeit für das Ministerium nahelegt. Heidemann räumte 2002 laut *Spiegel* nur die Stasi-Kontakte aus den 1950er-Jahren ein, er habe damals als Doppelagent agiert.²⁷

Noch offene Fragen

Schrieb die Stasi etwa mit an den gefälschten Hitler-Tagebüchern? Diese Vermutung kann nach heutigem Wissensstand nicht erhärtet werden. Sie war allerdings auf eigenen Wegen nah dran an den Protagonisten des sich entspinrenden Skandals. Trotz der umfangreichen Untersuchungen gegen Kujau und der engen Betreuung von Heidemann und Walde in Ostberlin und Börnersdorf blieb der Dienst vermutlich ahnungslos. Hätte die Stasi hier bewusst falsche Dokumente lanciert und die Journalisten und den Fälscher gegeneinander ausgespielt, wäre der politische wie gesellschaftliche Schaden in der Bundesrepublik enorm gewesen. Man hätte gezeigt, was man immer wieder behauptete: Im Westen lebten neonationale und revanchistische Tendenzen ungehindert fort – ein riesiger Propagandaerfolg für

Ostberlin. So blieb der Skandal vor allem am *Stern* haften. Bis heute gilt die Affäre als Paradebeispiel für mangelhafte Distanz in der journalistischen Arbeit und fehlende Quellenkritik im Umgang mit historischem Material. Vielleicht liegt gerade darin ein Grund, weshalb man bis heute noch gerne über die gefälschten Hitler-Tagebücher schreibt und spricht. Vielleicht ist es aber auch einfach nur die Faszination des Grotesken, von der ein Kapitel auch in der DDR spielte.

Erschienen auf DA Online am 19.8.2021.

Anmerkungen

- 1 Der Fernsehsender RTL drehte beispielsweise eine Miniserie über die Affäre, die Ende 2021 auf RTL+ gezeigt wurde, siehe z. B. Pressemappe »Faking Hitler«, <https://media.rtl.com/pressemappe/Faking-Hitler>, letzter Zugriff am 10.2.2022.
- 2 Vgl. Harald Schmid, Von der »Vergangenheitsbewältigung« zur »Erinnerungskultur«. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus seit Ende der 1970er Jahre, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hg.), Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre, Göttingen 2010, S. 171–202, hier S. 172.
- 3 Vgl. Frank Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft. Von »Holocaust« zu »Der Untergang«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), Heft 1, S. 1–32.
- 4 Vgl. Tobias Becker, Er war nie weg: »Hitler-Welle« und »Nazi-Nostalgie« in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 18 (2021), H. 1, <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2021/5909>, zuletzt aufgerufen am 10.2.2022.
- 5 Vgl. Manfred Bissinger, Hitlers Sternstunde. Kujau, Heidemann und die Millionen, Hamburg/Zürich 1984; Robert Harris, Selling Hitler. The Story of the Hitler Diaries, London 1986; Peter Ferdinand Koch, Der Fund. Die Skandale des Stern, Gerd Heidemann und die Hitler-Tagebücher, Hamburg 1990; Günther Picker, Der Fall Kujau. Chronik eines Fälscherskandals, Frankfurt am Main/Berlin 1992; Michael Seufert, Der Skandal um die Hitler-Tagebücher, Frankfurt am Main 2008.
- 6 So äußerte sich Hans Booms, Präsident des Bundesarchivs in Koblenz, auf der Pressekonferenz am 6. Mai 1983, auf der das Urteil des Bundesarchivs über die Echtheit vorgestellt wurde, vgl. Koch, Fund (Anm. 5), S. 319.
- 7 Zur Verleumdung der DDR im Zusammenhang mit der Affäre um die gefälschten Hitler-Tagebücher, 29.6.1983, in: BArch, MfS HA IX/11, AV 5/83, Bd. 4.
- 8 Anklageschrift Kreisgericht Löbau, 13.5.1957, in: BArch, MfS OPK XII 2568/81, A 179064.
- 9 Ebd.
- 10 Die »Landser«-Hefte thematisieren Ereignisse des Zweiten Weltkriegs aus der Sicht einfacher Wehrmachtssoldaten und stellen diese in oft verharmlosender und geschichtsverfälschender Art dar, vgl. Rainer App/Bernd Lemke, Der Weltkrieg im Groschenheft-Format. Über den Lektüre-Reiz der »Landser«-Romane und ihre Verherrlichung des Zweiten Weltkriegs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11 (2005), S. 636–641.
- 11 Sachstandsbericht, 18.1.1981, in: BArch, MfS, OPK XII 2568/81, A 179064.
- 12 Abschrift vom Tonband, 10.10.1979, in: BArch, MfS, OPK XII 2568/81, A 179064.
- 13 Sachstandsbericht zur OPK »Besuch«, 27.4.1982, in: BArch, MfS, OPK XII 2568/81, A 179064.
- 14 Ermittlungsbericht zur OPK »Besuch«, 19.7.1982, in: BArch, MfS, OPK XII 2568/81, A 179064.

- 15 Vgl. Maximilian Kutzner, »Zeitung für Deutschland? Die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die deutsche Frage 1969 bis 1990, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), Heft 3, S. 415–443.
- 16 Vgl. Hubertus Knabe, Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin 2001, S. 44 ff.; Jochen Kummer, Der gute Stern der Stasi, in: Die Welt, 29.4.2001, <https://www.welt.de/print-wams/article611429/Der-gute-Stern-der-Stasi.html>, letzter Zugriff am 27.6.2021.
- 17 Chronologie, in: Privatarchiv des Autors, Bericht des Redaktionsausschusses zur Klärung der hausinternen Vorgänge um die gefälschten Hitler-Tagebücher, S. 5.
- 18 Bericht über unsere Reise nach Ost-Berlin, Dresden, Pirna und Börnersdorf vom 15.–19.11.1980, Tonbandgespräch, in: Privatarchiv Gerd Heidemann, 1980, 20.–30. November, Mit der Stasi nach Börnersdorf – Berichte.
- 19 Ebd.
- 20 Bericht über meinen Besuch in Ost-Berlin, 12.12.1980, in: Privatarchiv Gerd Heidemann, 1980–11.–31. Dezember, 2 Reisen nach Ost-Berlin zur Stasi – Dossier.
- 21 Vgl. Herbert Brehmer/Günter Bohnsack, Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 117.
- 22 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden an Kreisdienststelle Löbau, 10.5.1983, in: BArch, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 11101.
- 23 Harris, Hitler (Anm. 5), S. 373.
- 24 Information über gefälschte und in der BRD veröffentlichte »Hitler-Tagebücher«, 7.6.1983, in: BArch, MfS BV Halle, KD Köthen, ZMA BStU Nr. 149.
- 25 Bericht, Kreisdienststelle Köthen, 10.6.1983, in: BArch, MfS BV Halle, KD Köthen, ZMA BStU Nr. 149.
- 26 Hauptabteilung II/13 an Genosse Generalmajor Oertel, 1.6.1983, in: BArch, MfS HA II, Nr. 28391.
- 27 Vgl. Klaus Brinkbäumer/Steffen Winter, »Dann bist Du erledigt«, in: Der Spiegel, 28.7.2002.



Der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem hat begonnen, 11. April 1961.

Raphael Brüne

60 Jahre Eichmann-Prozess

Gerhard Leos Perspektiven auf den Jerusalemer Jahrhundertprozess

Gerhard Leo wurde im April 1961 als DDR-Sonderkorrespondent des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) zum Jerusalemer Eichmann-Prozess entsendet. Als ehemaliger Widerstandskämpfer und jüdischer Kommunist bewegte er sich bei seiner Berichterstattung in einem Spannungsfeld zwischen Identifikation und Instrumentalisierung. Während seiner Zeit in Jerusalem traf Leo immer wieder auf jüdisches Leben, auch wenn er nicht danach suchte. Abseits eines starren, von der Parteiführung vorgegebenen propagandistischen Narrativs, in dem es zuvorderst um Adenauers Chef im Bundeskanzleramt, Hans Globke, und eine damit verbundene Kritik an der westdeutschen Regierung ging, hielt Leo in sei-

nen Notizen für die Redaktion kritische Eindrücke vom Prozess fest. Dass er, ergriffen von den Zeugenaussagen, die komplexe Realität des Prozesses wahrnahm, geht aus seinen Briefen und persönlichen Reflexionen hervor.

Ein Blick in den Kalender verrät, dass sich der Eichmann-Prozess im Jahr 2021 zum 60. Mal jährt. Die Hauptverhandlung des Eichmann-Prozesses begann am 11. April 1961 im Jerusalemer Beit Ha'am mit der Verlesung der Anklageschrift und endete vier Monate später am 14. August 1961 mit dem Schlussplädoyer der Generalstaatsanwaltschaft. In 114 Sitzungstagen wurden 112 Zeugen vernommen und 1 600 Eichmann belastende Dokumente ausgewertet. Der Strafprozess steht für eine Zäsur und einen Initialmoment: Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit kommt es zu einer systematischen Aufarbeitung und öffentlichen Dokumentation der Verbrechen des Nationalsozialismus gegen die europäischen Juden.¹ Der Eichmann-Prozess diente einerseits der Geschichtsaufarbeitung und schrieb andererseits als Strafprozess selbst Geschichte.² Das *kommunikative Schweigen*³ über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands wurde ansatzweise in Westdeutschland und, wenn auch unter anderen Bedingungen und mit weitreichenderen Konsequenzen für die gesellschaftliche Diskussion, in Ostdeutschland gebrochen, was insgesamt zu einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung mit zuvor tabuisierten Inhalten (Schuld, Wiedergutmachung, Aufklärung der Jugend) führte.⁴ Für das junge Israel hatte der Prozess eine Art therapeutische Funktion, welche den gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen Generationenaustausch im Land förderte.⁵

Der Eichmann-Prozess rief nicht nur in seiner Zeit Kontroversen und politische Auseinandersetzungen hervor, sondern prägt bis heute eine gewisse gesellschaftliche und wissenschaftliche Beschäftigung. Eine reichhaltige literarische und mediale Aufarbeitung mit 89 Dokumentarfilmen, vier Spielfilmen und über 600 Werken unterschiedlicher Gattungen in verschiedenen Sprachen vermag die umfassende Auseinandersetzung mit dem Strafprozess zu verdeutlichen.⁶

Gilt der Eichmann-Prozess nach intensiver Problematisierung durch Journalistinnen, Wissenschaftler, Regisseurinnen oder Zeitzeugen als aus-erzählt? Ist jedes Detail analysiert, jede Anekdote verfilmt und jede Kontroverse diskutiert worden? Mitnichten.

»Für den ADN-Korrespondenten aus Ostdeutschland war der Hauptpunkt der gestrigen Verhandlung die Nennung von Globke. Er sprang vor Freude fast von seinem Sitz und war ganz aufgeregt. Für ihn und seine kommunistischen Kollegen ist es ein Prozess gegen Globke. Für uns bleibt es ein Prozess gegen Eichmann.«⁷

Dieses Zitat aus der israelischen Tageszeitung hatte der DDR-Korrespondent des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN), Gerhard Leo, am 23. Juni 1961 als Notiz an die Redaktion des Ostberliner ADN gesendet. Neben Inhalt und Ursprung dieses Zitats wirft die Wiederentdeckung dieser Zeilen als Notiz an die Redaktion ein Bündel an Fragen auf.

Die DDR und der Eichmann-Prozess

Nur wenige Tage nach der Ankündigung Ben-Gurions, Eichmann vor ein israelisches Gericht zu stellen, richtete Albert Norden, Mitglied des Politbüros, am 28. Mai 1960 ein Schreiben an Walter Ulbricht und empfahl, »den Fall Eichmann, der international so großes Aufsehen erregt hat, maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen«. ⁸ Der »Jerusalemener Eichmann-Prozess war für die SED in dem Maße von Interesse, wie er sich eignete, die Bundesrepublik an den Pranger zu stellen.« ⁹ Die Kampagnenpolitik des ostdeutschen Staates war von einer doppelten Zielsetzung geprägt. Durch die Festlegung propagandistischer Formeln und inhaltlicher Schwerpunkte sollte ein klares Narrativ entstehen, welches die Bundesrepublik als faschistischen Nachfolgestaat Hitler-Deutschlands diffamieren sollte. Die starke personelle Kontinuität ehemaliger Nazis in der westdeutschen Verwaltung, Justiz und Politik, personifiziert durch Adenauers Staatssekretär im Kanzleramt, Hans Globke, stand im medialen »Kreuzfeuer« der DDR-Berichterstattung. ¹⁰ Die DDR hingegen gelte als antifaschistischer Staat, der den Faschismus und die Ideen des Nationalsozialismus vorbildlich beseitigt habe. ¹¹ In der DDR wurde der Nationalsozialismus *universalisiert* und, begründet mit dem »Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung«, ¹² nach 1945 nicht mehr als Eigengeschichte betrachtet. ¹³ In der Erinnerungskultur gab es weder Platz für die nationalsozialistische Judenverfolgung noch konnte ein Narrativ, das eine jüdische Opferperspektive formulierte, gefunden werden.

Neben dem Entwurf von Leitlinien zur Berichterstattung und der Recherche von belastenden Dokumenten, die eine direkte Zusammenarbeit von Adenauers Kanzleramtschef, Hans Globke, und Eichmann beweisen sollten, stand die Auswahl der Sonderberichterstatter im Zentrum der Vorbereitungen auf den Eichmann-Prozess. ¹⁴

Was bedeutete es für die DDR, jüdisch-kommunistische Journalisten zum Eichmann-Prozess zu entsenden? Was bedeutete es für die Journalisten selbst?

Aus Sicht des Chefstrategen des Agitationsapparates, Albert Norden, musste bei der Auswahl ein Spagat vollzogen werden, denn man verfolgte zwar das Ziel, den Prozess »maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen«, ¹⁵

gleichzeitig aber auch nicht »mehr Wind als notwendig« zu machen.¹⁶ Schlussendlich reisten aus Ostberlin drei Berichterstatter, nämlich Max Kahane als Korrespondent des Zentralorgans der SED, der Zeitung *Neues Deutschland*, Kurt Goldstein für den DDR-Rundfunk und Gerhard Leo für den ADN, zum Jerusalemer Eichmann-Prozess.¹⁷ Die drei Korrespondenten verbindet ihre jüdische Herkunft, ein ähnliches Verfolgungsschicksal in der Zeit des Nationalsozialismus sowie ihr Engagement im Widerstand.

Ist die Auswahl der drei Sonderkorrespondenten mit ihrer politischen Loyalität und kommunistischen Überzeugung zu begründen? Haben die Strategen um Norden vermutet, dass sie als Juden im Land der Opfer eine größere Glaubwürdigkeit zugebilligt bekommen würden? Mit den Quellen lässt sich nicht abschließend beantworten, weshalb die DDR-Führung ausschließlich Journalisten deutsch-jüdischer Herkunft zum Eichmann-Prozess entsandte. Dass mit der Entsendung jedoch eine politische Botschaft verbunden war, steht außer Frage.

Gerhard Leo in Jerusalem

»Gerhard Leo war schon ein Held, bevor er erwachsen wurde«¹⁸, betont Maxim Leo zu Beginn seines (DDR-)Familienromans *Haltet Euer Herz bereit* und deutet damit auf das Engagement seines Großvaters im französischen Widerstand hin. Im Nachkriegsdeutschland siedelte Leo, der aus einer deutsch-jüdischen Familie stammte, in die DDR über und wurde als angesehenener (Auslands-) Journalist beim ADN und dem Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* »Teil der neuen Macht«¹⁹. Seine Loyalität zur Partei und Vergangenheit als Widerstandskämpfer schienen ihn politisch unangreifbar zu machen und ihm einen gewissen »Heldenstatus« zu verleihen. Leo verstand sich als kommunistischer Widerstandskämpfer. Aus einer existenziellen Erfahrung (Verfolgung, Inhaftierung und Folter) und weniger aus ideologischer Überzeugung wurde er Kommunist und Zeit seines Lebens zu einem Widersacher des Faschismus und Verfolger dessen Vertreter.

Jüdisches Leben galt in der DDR als unsichtbar, wenngleich es vielfältige gesellschaftliche Spuren hinterließ.²⁰ Das Verhältnis vieler DDR-Juden zu ihrem Staat wurde als ambivalent beschrieben. Das »gestörte Verhältnis«²¹ der DDR zu Israel sorgte für Spannungen innerhalb der jüdischen Gemeinden und schrieb antisemitische Denkmuster in der Gesellschaft fort.²² Ob Verfolgung durch die Nationalsozialisten, Stigmatisierung in der DDR oder Identifikation mit den jüdischen Opfern in Israel: Leos jüdische Bezo-genheit trat in unterschiedlichen Lebensphasen an die Oberfläche. Weder

eine religiöse Konversion noch das Bekenntnis zum Atheismus schützten ihn vor Verfolgung und anderen Repressionen. Leos Biografie illustriert, dass »die dramatische Geschichte der Juden im 20. Jahrhundert zeigt, dass es eine Illusion wäre zu glauben, die Herkunft liege ausschließlich in der Verfügung des Individuums.«²³

Eine Einordnung Gerhard Leos als jüdischer Kommunist vermag seine Loyalität der DDR gegenüber zu entschlüsseln und Erklärungen für sein Engagement im zweiten deutschen Staat bereithalten. Jüdische Kommunisten wirkten in der Medien- und Pressearbeit, beim Nachrichtendienst und in der Kulturpolitik an dem Aufbau eines neuen sozialistischen Staates mit, der von sich behauptete, das wahre und moralisch bessere Deutschland zu repräsentieren. Diese Gegenelite²⁴ aus Opfern und Widerstandskämpfern definierte sich kaum über ihre jüdische Herkunft, sondern über eine kommunistische Überzeugung. Die jüdischen Kommunisten aus der Westemigration wurden jedoch als Remigranten »zweiter Klasse« behandelt, erfuhren Nachteile bei der Berufswahl oder litten vermehrt unter den Säuberungswellen der frühen 1950er-Jahre.²⁵ Aus der Befürchtung der in der DDR tonangebenden Moskauer Politemigranten, den Westemigranten intellektuell unterlegen zu sein, folgte die Konsequenz, die Westemigranten mehrheitlich im gut zu kontrollierenden Pressewesen unterzubringen. Eine große Anzahl der Westemigranten hatte zum Zeitpunkt der Übersiedlung in die SBZ/DDR bereits Erfahrung in der Pressearbeit gesammelt, war im Exil jedoch mit der Idee der Presse als vierter Gewalt sozialisiert worden. Nach Auffassung der DDR-Führung sollte die Presse jedoch »Erfüllungsgehilfe« der Partei sein und die offiziellen politischen Linien der kommunistischen Machthaber vertreten.²⁶ Diese Ausgangslage und das unterschiedliche Verständnis führten zu einer Konstellation, in der gewisse politische Auseinandersetzungen vorprogrammiert waren.

Die DDR-Führung schickte Leo im Frühjahr 1961 mit einer klaren politischen Agenda zum Eichmann-Prozess. Insgesamt hat Leo dreieinhalb Monate in Israel verbracht, vom Prozess berichtet, Interviews geführt, das Land bereist und Bekannte besucht.²⁷ Ab dem 20. Juni 1961 verblieb Leo als einziger DDR-Berichterstatter in Jerusalem, da Max Kahane als Folge der belastenden Prozessverhandlungen krankheitsbedingt vorzeitig zurück nach Berlin reiste.²⁸ Wie intensiv und belastend der Eichmann-Prozess und die Aufarbeitung des Holocausts für Gerhard Leo gewesen sein müssen, der in mehrfacher Weise selbst Betroffener und Opfer des Nationalsozialismus war, mag man sich kaum vorstellen.

Insgesamt kann die Berichterstattung der DDR zum Prozess als wenig informativ eingestuft werden. Nicht nur die inhaltliche Qualität der Artikel

und ihr Losgelöstsein vom Prozessgeschehen, sondern auch die Tatsache, dass die ausführliche Berichterstattung innerhalb weniger Wochen nach Prozessbeginn abrupt abnahm, sind für dieses Urteil ausschlaggebend.²⁹ Der Prozessverlauf erfüllte immer weniger die Erwartungen der DDR-Führung und ließ sich wider Erwarten nicht in geplantem Maße propagandistisch auswerten. Ließen sich Aussagen des Angeklagten oder der Verteidigung nicht mehr propagandistisch aufwerten, wurde auf prozessfremde Ereignisse zurückgegriffen, um Artikel im Sinne der DDR-Propaganda veröffentlichen zu können.³⁰ Leos Berichterstattung wirkte eindimensional, fokussierte auf Eichmann und Globke und schien dabei die komplexe Realität des Prozessgeschehens nicht abzubilden: Eine kurze Beschreibung des Gerichtsgeschehens wurde als »Aufhänger« für die Vermittlung propagandistischer Inhalte verwendet, wobei das Prozessgeschehen ausgeblendet wurde. In vielen Meldungen argumentierte Leo mit einem vermeintlichen Stimmungsumschwung in der israelischen Öffentlichkeit, die das DDR-Narrativ stützen sollte.

Bei der Auswertung der über 60 ADN-Meldungen, Rundfunkbeiträge und Zeitungsartikel entstand der Eindruck, dass der Mensch Gerhard Leo in weiten Teilen hinter den Meldungen verschwand, da sich keine direkten Anzeichen einer kritischen Prozessrezeption in der Berichterstattung niederschlugen.

Der Mensch Gerhard Leo hinter der Berichterstattung

Während seiner Zeit in Jerusalem traf Leo immer wieder auf jüdisches Leben und Sterben, auch wenn er nicht danach suchte. Diese Begegnungen reflektierte er vor allem in den Briefen an seine Frau. Dass Leo die widersprüchliche und komplexe Realität im Gerichtssaal wahrnahm und durchaus eine kritische Haltung gegenüber der DDR-Perspektive einnahm, verdeutlichen die Notizen für die Redaktion. Einige Momente dieser kritischen Differenzierung werden von diesem Artikel beleuchtet.

»Jetzt sind zwei Wochen Prozess vorbei und wir sind alle drei – Mäcki Kahane und Kurt Goldstein – vollkommen fertig. Ich habe noch nie so viel hintereinander gearbeitet. Das fängt um 8 an, wie ich schon schrieb und fertig sind wir meist nicht vor 22 Uhr. [...] Der Prozess ist sehr schwierig zu bearbeiten. Erst einmal das ganze Grauen, das da hochkommt. Man denkt, man gewöhnt sich daran, wenn man es sieben Stunden pro Tag hört, aber man wird nur noch empfindsamer.«³¹

Gerhard Leo wurde von dem Prozessstoff, im Konkreten von der Verlesung der Anklageschrift und dem Beginn der Beweisaufnahme, überwältigt und bemerkte, dass ein Mehr an Wissen und eine Wiederholung nicht mildernd, sondern zu einer erhöhten Sensibilität führten. Die stark zeugengestützte Holocaustaufarbeitung am Beginn der Beweisaufnahme bereiteten Leo Schwierigkeiten, der bei seiner Berichterstattung vordergründig Eichmanns Hintermänner in den Blick nehmen sollte. Im weiteren Verlauf des Prozesses schien dieses propagandistische Narrativ jedoch zu einer Art »Schutzschild« zu werden, der dafür sorgte, dass der Prozessinhalt nicht mehr unmittelbar an ihn herandrang.

»Für den ADN-Korrespondenten aus Ostdeutschland war der Hauptpunkt der gestrigen Verhandlung die Nennung von Globke. Er sprang vor Freude fast von seinem Sitz und war ganz aufgeregt. Für ihn und seine kommunistischen Kollegen ist es ein Prozess gegen Globke. Für uns bleibt es ein Prozess gegen Eichmann.«³²

Weshalb vermerkte Leo am 23. Juni 1961 diese kritische Haaretz-Beobachtung als Notiz für die ADN-Redaktion? Dass Gerhard Leo bei der Nennung Globkes im Jerusalemer Beit Ha'am vor Freude aufgesprungen sein soll, ist aus der Perspektive seines journalistischen Auftrags sogar verständlich, da er diesen Erfolg nun in einer seiner vielen ADN-Meldungen unterbringen und journalistisch verwerten konnte. Verbirgt sich hinter dieser Anmerkung eine Reflexion der eigenen sehr eingeschränkten journalistischen Position, aus der heraus Leo den Prozess beobachtete? Im Fokus der Berichterstattung standen ehemalige Nazis, wohingegen die Shoah und deren Opfer ausgeblendet wurden oder lediglich als Mittel zum Zweck vorkamen. Oder wies er lediglich seine Vorgesetzten auf die Kritik innerhalb der israelischen Presse hin, die eine propagandistische Indienstnahme des Eichmann-Prozesses durch die DDR scharf verurteilte? In jedem Fall verlieh Leo seinem Unbehagen Ausdruck.

Der gesamte Aufenthalt Gerhard Leos in Israel und – nicht nur die Prozessbeobachtung – war von einer Auseinandersetzung mit jüdischem Leben und dem Holocaust durchzogen. Im Nachgang einer Israelreise erzählte Leo ganz berührt davon, dass er von den Israelis als Jude angesprochen wurde, was in ihm gleichzeitig Freude und Abwehr auslöste. Insgesamt riefen diese Begegnungen jedoch ein zwiespältiges Gefühl hervor, denn er wollte nicht »dazugehören«.³³

Eine für Gerhard Leo wohl einprägsame Begegnung ereignete sich zu Beginn seines Aufenthaltes und steht exemplarisch für Leos Auseinandersetzung mit jüdischem Leben nach der Shoah:

»Heute Abend war ich mit israelischen Freunden auf dem Berge Zion in Jerusalem, wo König Davids Grab liegt. Wenigstens behaupten das die Rabbiner. [...] Ich war Zeuge einer ergreifenden Szene. Eine junge Frau, offensichtlich aus Polen stammend, ihre verängstigten drei kleinen Kinder hinter sich, presste sich an die Gitterstäbe, die von dem (angeblichen) Grab gezogen sind und schluchzte auf Hebräisch wie mir der Jerusalemer Freund übersetzte:

›Oh König David, warum warst du nicht unsterblich? Wärest du bei uns geblieben, hätten die Römer uns nicht aus Jerusalem vertrieben, der ganze Tempel wäre noch da, in all seinem Glanz und die Mutter wäre nicht im Ghetto Warschau umgekommen [...].‹

Wir waren ganz erschüttert. Es ist doch unfassbar, was diesen sechs Millionen, meist sehr einfachen Menschen, angetan wurde. Und angesichts der Größe des Verbrechens versteht man, dass viele Menschen hier durch das Unsagbare, was ihnen geschehen ist, in tiefer Religiosität bestätigt wurden.«³⁴

Leo ist ergriffen. Sein flüchtiges Mitgefühl für die jüdischen Opfer weicht rasch einer klaren Distanzierung, wobei sein eigenes Verfolgungsschicksal ausgeblendet wird. In Leos bewusster Distanzierung scheint eine Abwehrhaltung bei gleichzeitiger Bestätigung seines Selbstbildes als Widerstandskämpfer zu liegen. Wie mögen diese Zeilen auf seine Frau Nora Leo, deren Vater im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurde, gewirkt haben? Eine mögliche Erklärung für die Verdrängung der eigenen Vergangenheit ist die Unterscheidung in Kommunisten jüdischer Herkunft und religiöse Juden. In der Familie Leo herrschte die Vorstellung einer quasi natürlichen Entwicklung vom religiösen Juden zum Kommunisten vor.³⁵ Abseits seiner kritischen Anmerkungen schien Leo durch diese Schilderung einer Opferperspektive Ausdruck zu verleihen.

Perspektiven zwischen Identifikation und Instrumentalisierung

Gerhard Leos Aufenthalt und seine journalistische Arbeit in Jerusalem können im Spannungsfeld zwischen den Polen Identifikation und Instrumentalisierung verortet werden. Leos detaillierte Berichterstattung zu den im Eichmann-Prozess erwähnten Netzwerken ehemaliger Nazis, die nach dem Krieg wieder hohe Positionen in der Bundesrepublik einnahmen, lässt vordergründig auf eine Form von Identifikation mit den propagandistischen Zielen der DDR schließen. Jedoch scheint er sich zugleich

als Widerstandskämpfer und Verfolger unbestrafter Nazis mit einer bestimmten Tradition des Widerstands zu identifizieren. Weitere Identifikationsprozesse sind in diversen Schilderungen, in denen er sich in meist indirekter Weise mit Israel und der europäischen Judenverfolgung auseinandersetzte, zu finden. Mit dem Begriff Instrumentalisierung lassen sich zwei verschiedene Phänomene fassen. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass Leo als Person jüdischer Herkunft von der DDR-Führung instrumentalisiert wurde. Zum anderen instrumentalisiert er den Eichmann-Prozess durch seine sehr auf Globke und dessen Netzwerke fixierte und inhaltlich eingeschränkte Berichterstattung gleichermaßen (»Mit Eichmann steht Bonn vor Gericht«) und spart wesentliche Aspekte des Eichmann-Prozesses aus.

Zur Bedeutung kritischer Zeitzeugenschaft

Inwiefern die Erfahrungen in Jerusalem und die Prozessberichterstattung Leo zeitlebens geprägt haben, kann nur gemutmaßt werden, da aussagekräftige Quellen nicht vorliegen. In einem Gespräch berichtete Annette Leo, dass ihr Vater nach seiner Rückkehr im Kreis der Familie kaum über den Eichmann-Prozess sprach.³⁶ Dass die Zeit in Jerusalem für Leo jedoch von Bedeutung war, kann auch daraus geschlossen werden, dass er viele Dokumente aus der Zeit aufbewahrt hatte. Als seine Tochter mehr als 40 Jahre später begann, sich für die Arbeit ihres Vaters in Jerusalem zu interessieren, stellte er ihr bereitwillig die Akten und Mitschriften zur Verfügung.³⁷

Als Westemigrant und Journalist deutsch-jüdischer Herkunft wollte Leo mit seinem liberalen Verständnis der Presse nicht lediglich »Erfüllungsgelhilfe« der Partei sein und unkritisch antisemitische oder andere rassistische Meinungen wiedergeben. Es scheint, als leistete er, sobald er seine Interessen und oder wichtige Erfahrungen bedroht sah, eine Form von Widerstand, die mal mehr oder minder stark ausgeprägt war. Leos Berichterstattung kann zwar größtenteils in die zentralen Diskursstränge der DDR-Berichterstattung eingeordnet werden, eine Form von Widerstand und Kritik leistete er jedoch durch seine Notizen für die Redaktion. Abgesehen von dieser internen Kritik als einer eher qualitativen Folge für die DDR, waren mit der Entsendung von gleich drei Journalisten und einem Sonderberichterstatter auch weitreichendere Konsequenzen verbunden:

Durch die Berichterstattung zum Eichmann-Prozess standen die »nationalsozialistischen Massenmorde an den Juden monatelang im Zentrum der

öffentlichen Aufmerksamkeit [...] und Bonn und Globke [...] ließen sich nicht thematisieren, ohne den sehr komplexen Vorgang der Ausgrenzung und Verfolgung der europäischen Juden [...] zu skizzieren.«³⁸ Die Bedeutung des Eichmann-Prozesses für die DDR erwächst aus dem Umstand, dass das Strafverfahren nicht nur eine »Gelegenheit zur Propaganda gegen die Bundesrepublik«³⁹ bot, sondern durch die Thematisierung des Holocausts auch »eine Veränderung im kollektiven Gedächtnis«⁴⁰ bewirkte.

Mit dem Tod Mordechai Ansbachers Anfang März dieses Jahres ist der letzte Zeuge des Eichmann-Prozesses verstorben.⁴¹ Der Zeitpunkt, an dem einem zeitgeschichtlichen Ereignis die Zeitzeuginnen und -zeugen entschwinden, ist ein durchaus kritischer Moment. Fortan ist es umso mehr die Aufgabe der politischen Bildung, an diese Vergangenheit und ihre Menschen zu erinnern und dabei die Geschichte und ihre aktuelle Bedeutung lebendig zu erhalten.

Erschienen auf DA Online am 9.4.2021.

Anmerkungen

- 1 Elisabeth Gallas, Hannah Arendt und der Eichmann-Prozess. Eine doppelte Überschreibung, in: Zeitgeschichte online. <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/hannah-arendt-und-der-eichmann-prozess>, letzter Zugriff am 18.3.2021.
- 2 Christina Große, Der Eichmann-Prozess zwischen Recht und Politik, Frankfurt/Main 1995, S. 7.
- 3 Der Begriff geht auf eine Rede des konservativen Philosophen Hermann Lübbe aus dem Jahr 1983 zurück. Axel Schildt, Zur Durchsetzung einer Apologie – Hermann Lübbes Vortrag zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933, in: Heft 1, 2013, <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2013/id%3D4679>, letzter Zugriff am 18.3.2021.
- 4 Peter Krause, Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse, Frankfurt/Main 2002, S. 19.
- 5 Bundeszentrale für politische Bildung, Vor 60 Jahren: Beginn des Eichmann-Prozesses, 1.4.2021, www.bpb.de/330724, letzter Zugriff 17.5.2022.
- 6 Gedenkstätte Yad Vashem, Der Eichmann-Prozess in Jerusalem – Formung eines kollektiven Bewusstseins über den Holocaust in der israelischen und weltweiten öffentlichen Meinung, https://www.yadvashem.org/yv/de/exhibitions/eichmann/awareness_of_the_holocaust.asp, letzter Zugriff am 7.3.2019.
- 7 Gerhard Leo, ADN-Meldung Nr. 24, 23.6.1961, in: Privatarchiv Familie Leo.
- 8 Zitat nach: Cornelia Lein, Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel, 1949–1963, Dresden 2006, S. 356.
- 9 Michael Lemke, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41, Heft 2, 1993, S. 153–174, hier S. 162.
- 10 Oren Osterer, Das Israelbild in den Tageszeitungen der DDR, München 2014, S. 236 ff.
- 11 Jutta Illichmann, Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt/Main 1997, S. 35.

- 12 Angelika Timm, Ein ambivalentes Verhältnis – Juden in der DDR und der Staat Israel, in: Moshe Zuckermann (Hg.), Zwischen Politik und Kultur – Juden in der DDR, Göttingen 2002, S. 17–33, hier S. 33.
- 13 Martin Jander, Antifaschismus ohne Juden. Der Kollaps der DDR und die linke DDR-Opposition, in: Enrico Heitzer et al. (Hg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR: Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt/Main 2018, S. 206–224, hier S. 207.
- 14 Illichmann, Die DDR und die Juden (Anm. 10), S. 157.
- 15 Lein, Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel (Anm. 8), S. 356.
- 16 Osterer, Das Israelbild in den Tageszeitungen der DDR (Anm. 10), S. 82.
- 17 Annette Leo, Eichmann, Globke und die DDR, in: Anetta Kahane et al. (Hg.), »Das hat's bei uns nicht gegeben!« Antisemitismus in der DDR – Das Buch zur Ausstellung, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2010, S. 20–30, hier S. 22.
- 18 Maxim Leo, Haltet euer Herz bereit. Eine ostdeutsche Familiengeschichte, München 2009, S. 8.
- 19 Ebd., S. 8.
- 20 Judith Kessler, Fast »unsichtbar« – Juden in der SBZ/DDR 1945–89, in: haGalil – Jüdisches Leben online, 17.11.2014, <http://www.hagalil.com/2014/11/juden-in-der-ddr/>, letzter Zugriff am 27.3.2021.
- 21 Dieser Begriff wurde von Angelika Timm geprägt und ist in folgender Publikation eingehender beschrieben. Vgl. Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.
- 22 rbb, Juden in der DDR – Schalom Neues Deutschland, in: Doku & Reportage, 11.11.2018, <https://www.rbb-online.de/doku/s-t/schalom-neues-deutschland.html>, letzter Zugriff am 12.3.2019.
- 23 Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000, S. 6.
- 24 Vgl. ebd., S. 3–4.
- 25 Anne Bergmann, »Mit der Wurzel ausgerottet ...« – Jüdisch-kommunistische Re_Migrant_innen zwischen Antifaschismus und Antisemitismus in der frühen DDR, Berlin 2011, <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/migration-in-die-ddr-und-brd/projekte/antisemitismusfaschismus/ex>, letzter Zugriff am 27.3.2021.
- 26 Annette Hinz-Wessels/Markus Würz, Presse im Osten, in: LeMO, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/kulturelles-leben/presse-im-osten.html>, letzter Zugriff am 30.3.2019.
- 27 Abseits der Prozessberichterstattung führte Leo Interviews mit Mitgliedern der Kommunistischen Partei Israels, besuchte Ausstellungen und nahm an Gedenkfeiern teil. Die Interviews und Eindrücke, die Leo außerhalb des Beit Ha'am sammelte, verwertete er journalistisch in seinen ADN-Meldungen. Die Arbeit des Sonderkorrespondenten beschränkte sich nicht auf eine journalistische Tätigkeit, denn Leo verfasste Lageberichte und Hintergrundinformationen, die für den internen Gebrauch gedacht und an das Politbüro und den Ausschuss für Deutsche Einheit adressiert waren.
- 28 Gerhard Leo, ADN-Meldung Nr. 13, 21.6.1961, in: Privatarchiv Familie Leo.
- 29 Hartewig, Zurückgekehrt (Anm. 23), S. 492.
- 30 Infratest, Die Berichterstattung zum Eichmann-Prozess in der SBZ-Presse: Eine Inhaltsanalyse, München 1961, S. 9.
- 31 Gerhard Leo, Brief an Nora Leo, 22.4.1961, in: Privatarchiv Familie Leo.
- 32 Gerhard Leo, ADN-Meldung Nr. 13, 23.6.1961, in: Privatarchiv Familie Leo.
- 33 Brüne, Zeitzeugengespräch mit Annette Leo, Berlin 14.8.2018.
- 34 Gerhard Leo, Brief an Nora Leo, 16.4.1961, in: Privatarchiv Familie Leo.

35 Brüne, Zeitzeugengespräch mit Annette Leo (Anm. 36), Berlin 14.8.2018.

36 Ebd.

37 Leo, Eichmann, Globke und die DDR (Anm. 16), S. 24.

38 Ebd., S. 30.

39 Hartewig, Zurückgekehrt (Anm. 23), S. 486.

40 Ebd., S. 486.

41 Letzter Zeuge des Eichmann-Prozesses gestorben, in: Jüdische Allgemeine, 2.3.2021, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/letzter-zeuge-des-eichmann-prozesses-gestorben/>, letzter Zugriff am 17.5.2022.



Ein Lastwagen mit Roten Garden, Fahnen und Transparenten in Peking (undatiert). Rotgardisten sind Kampftruppen maoistischer Jugendlicher, die Mao Zedong in den Anfangsjahren zur Durchsetzung der Kulturrevolution (1966–1976) in China verhalfen.

Axel Berkofsky

Ostberlin, Chinas »Großer Sprung nach vorn« und die Kulturrevolution

Fake-News-Journalismus à la DDR

Dem »Großen Sprung nach vorn« (1958–1962) – in der Menschheitsgeschichte (bisher) wohl eine der katastrophalsten von Menschenhand initiierten Landwirtschafts- und Industrialisierungskampagnen – fielen bis zu 40 Millionen Chines_innen zum Opfer. Es handelt sich hier um die gleiche Kampagne, die von Walter Ulbricht, dem Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED, und den von der Partei kontrollierten DDR-Staatsmedien anfangs als großer Erfolg im Kampf gegen den westlichen Imperialismus gefeiert wurde – und das noch, als selbst Mao Zedong, der

Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, bereits Ende 1959 einsehen musste, dass der Sprung zu einer landesweiten Hungersnot geführt hatte. Maos Kulturrevolution (1966–1976) wurde in Ostberlin hingegen von Anfang an sehr kritisch beurteilt, allerdings nicht, weil diese Millionen von Opfern kostete und das Land in einem von den Roten Garden initiierten Chaos und Terror versinken ließ. Vielmehr warnte Ostberlin in seiner staatlich gelenkten und kontrollierten Presse etliche Male davor, dass die Kulturrevolution und das Propagieren der vermeintlich »falschen« Version des Marxismus-Leninismus den von der Sowjetunion geführten Kampf gegen den westlichen Imperialismus schwächen würden. Der Terror, das Töten und das Foltern durch die Roten Garden von 1966 bis 1969 wurden nur am Rande thematisiert. In Teilen wohl auch deswegen, weil in den ersten drei Jahren der Kulturrevolution das landesweite Chaos und die Gewalt derart explodierten, dass der Zugang zu belastbaren Informationen für ausländische Journalisten in China ohne Zweifel begrenzt war.

Der Große Sprung nach vorn – Katastrophe mit Ansage

Mitte der 1950er-Jahre entschied Mao, dass eine Steigerung von Chinas Stahl- und Landwirtschaftsproduktion durch eine radikale Kollektivierung zu erreichen sei. China sollte fortan gemäß Mao auf »zwei Beinen laufen«: Schwerindustrie und Landwirtschaft. Der Sprung hatte seine Anfänge im Jahre 1956 in der Provinz Henan, wo viele kleine Bauernhöfe in eine große Landwirtschaftskooperative eingegliedert wurden. Mao war begeistert und Ende 1957/Anfang 1958 wurden daraufhin die ersten Volkskommunen in den Provinzen Henan und Hebei eingerichtet. Zuerst im Verwaltungsbezirk Xushui, wo der Parteioffizielle Zhang Guozhong Landbewässerungsprojekte im Stile einer Militärkampagne organisierte. Er rekrutierte¹ zu diesem Zweck 100 000 Arbeiter_innen, die in Bataillonen und Zügen im Akkord rund um die Uhr arbeiteten.

Die Arbeiter_innen und ihre Familien lebten fortan nicht mehr in Dörfern, sondern in separaten Lagern und Barracken. Bauern waren nicht mehr Bauern, sondern »Milizen«. Ende des Jahres 1958 war Chinas Landwirtschaft in den ländlichen Gebieten mit 26 000 Volkskommunen nahezu vollständig kollektiviert. 1957 belief sich Chinas Stahlproduktion auf 5,3 Millionen Tonnen. Bis zum Ende des Jahres 1958, so fantasierte Mao, sollte sich die Produktion verdoppelt haben. 1962 sollten es sogar 100 Millionen Tonnen werden. Mehr als die USA produzierten. Viel zu gut, um wahr zu sein, und ohne jeden Zweifel (zumindest außerhalb des Polit-

büros der KP Chinas) war absehbar, dass die in Stahlarbeiter umgeschulten und ungeschulten chinesischen Bauern nicht binnen weniger Monate Millionen Tonnen hochwertigen und für den Export geeigneten Stahl produzieren konnten. Die Felder von 40 Millionen Amateurstahlarbeitern blieben in der Folge unbestellt, was wiederum dazu beitrug, dass sich die anbahnenden Hungersnöte in ganz China weiter und schneller verbreiteten. Der Historiker und Sinologe Frank Dikötter dokumentiert, dass die »Hinterhofstahlarbeiter« sich zusätzlichen Drucks in Form von körperlicher Misshandlung, Entzug von Nahrungsmitteln und Bezahlung ausgesetzt sahen, als sich herausstellte, dass nicht einmal ein Drittel der Stahlföfen Stahl von Qualität produzierte.²

Jubel in Ostberlin

1958 machten sich das *Neue Deutschland* und die anderen politisch gelenkten Presseorgane in der DDR daran, einen »Weltrekord« in falscher Berichterstattung aufzustellen. Die Berichte in ostdeutschen Zeitungen zu den vermeintlichen Fortschritten des Großen Sprungs – dokumentiert durch chinesische Daten und Statistiken, die mit der Wirklichkeit wenig beziehungsweise gar nichts gemein hatten – suggerierten, dass die Steigerung der Stahl- und Weizenproduktion Chinas unglaubliche Ausmaße angenommen hätte. Insbesondere der Korrespondent des *Neuen Deutschlands* in Peking Lutz Zempelburg (1957–1960) machte es offensichtlich zu seiner Mission, den Großen Sprung nach vorn nicht nur als spektakulären wirtschaftlichen und industriellen, sondern auch als politischen und ideologischen Erfolg zu feiern. Im August 1958 schrieb er, dass der Große Sprung dafür gesorgt habe, dass sich die »kapitalistische Bourgeoisie« einer erfolgreichen »Umerziehungskampagne« unterziehen musste. Chinas Kapitalisten, berichtete er, würden fortan von den Fortschritten des Großen Sprungs profitieren können.³ Kapitalisten in Shanghai und ihre 150 000 Klein- und Mittelbetriebe hätten dazu »Selbstumwandlungspläne« vorgestellt, durch die ihre kapitalistischen in sozialistische Betriebe umgewandelt werden. Solche Pläne gebe es bereits in mehreren chinesischen Städten und Teil der »Selbstumwandlung« sei körperliche Arbeit auf Feldern zwecks der »Entgiftung vom Kapitalismus«. Die Pläne gab es in der Tat, aber sie wurden nicht von den Unternehmern vorgeschlagen, sondern ihnen aufgezwungen. Im April 1960 berichtete Zempelburg, dass sich Chinas Stahlproduktion 1959 auf 18 Millionen Tonnen belaufen hätte – angeblich mehr Stahl, als das bereits hoch industrialisierte Japan

im gleichen Jahr produzierte. Außerdem behauptete er, dass China seine Industrieproduktion der letzten drei Jahre um (unglaubliche) 300 Prozent steigern konnte.⁴ Es war offensichtlich, dass Zempelburg sich dabei darauf beschränkte, chinesische Propaganda und »frisierte« Statistiken ungeprüft zu zitieren.

Im Oktober 1959 feierte die DDR-Führung den Sprung im Rahmen der Feierlichkeiten des zehnjährigen Bestehens der Volksrepublik China. Er sei ein Beleg für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus.⁵ Am Ende des Jahres 1959 begann die DDR-Botschaft in Peking, die SED davor zu warnen, dass der Sprung nahezu unweigerlich in eine wirtschaftliche und humanitäre Katastrophe münden würde. Die SED aber hoffte weiterhin, dass Mao aus den Fehlern lernen und diese korrigieren würde.⁶ Dokumente des SED-Politbüros belegen, dass man offensichtlich noch 1961 daran glaubte, dass sich Chinas Volkswirtschaft nach dem Scheitern des Großen Sprungs an dem Wirtschaftsmodell anderer sozialistischer Länder orientieren würde. Das, so hoffte die SED, werde nach der Abschaffung der Volkskommunen zusammen mit der Einführung des sogenannten sozialistischen Leistungsprinzips in Chinas Wirtschaft geschehen.⁷ Die Volkskommunen wurden allerdings auch nach dem Ende des Großen Sprungs nicht aufgelöst und die Einführung eines Leistungsprinzips, sozialistisch und/oder kapitalistisch, fand erst statt, als Deng Xiaoping Ende der 1970er-Jahre die Macht in China übernahm.

Ulbricht und die Volkskommunen – himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt

Walter Ulbricht gab sich anfangs begeistert von den Volkskommunen, die de facto nichts anderes bedeuteten als die Enteignung von Millionen von Bauern und ihren Familien, den Zwang, im Akkord zusammenzuarbeiten, und in Gemeinschaftsunterbringungen wie »Legehennen« zu leben. Anders wurde dieses Vorhaben vom großen Genossen in Moskau, dem Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der UdSSR, Nikita Chruschtschow, bewertet, der die Volkskommunen in China – wahrscheinlich nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen mit radikaler Kollektivierung in der UdSSR in den 1930er-Jahren – als zum Scheitern verurteilt ansah. Der britische Theaterwissenschaftler Martin Esslin schrieb in der renommierten Zeitschrift *China Quarterly* 1960, dass die DDR-Führung über die Einführung sogenannter sozialistischer Hausgemeinschaften in der DDR in den späten 1950er-Jahren nachgedacht

haben soll. In diesen Hausgemeinschaften sollten die Bewohner_innen Küchen und Badezimmer gemeinschaftlich nutzen. Dieses Gemeinschaftsmodell, schrieb Esslin, sei von den chinesischen Volkskommunen inspiriert worden.⁸ Im Juli 1959 gab die SED dem *Neuen Deutschland* die Anweisung, Ostberlins Begeisterung für Maos Großen Sprung und die Volkskommunen offiziell zu machen. Der Große Sprung der DDR-Landwirtschaft, schrieb die Zeitung, wurde erst durch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) möglich.⁹ Dieser Schuss ging allerdings für Ulbricht und die SED nach hinten los, als ostdeutsche Bauern vom Großen Sprung hörten, Alarm schlugen und fürchteten, dass Ulbricht mit dem Gedanken spielen könnte, Volkskommunen auch in der DDR einzuführen. Ulbricht ruderte daraufhin sofort zurück und stellte klar, dass die Volkskommunen »China-spezifisch« seien.¹⁰ Er bestand im Juni 1960 im *Neuen Deutschland* außerdem darauf, dass die LPG in der DDR in keinster Weise eine Vorstufe zu den Volkskommunen in China seien.¹¹ Nicht zuletzt deswegen, weil zuvor der chinesische Direktor des chinesischen Pavillons während einer Landwirtschaftsmesse in der DDR genau das angedeutet hatte.¹²

Ostberlin und die Kulturrevolution

Im August 1966 gab Mao Zedong einer Million Studierenden – viele von ihnen wurden zu den gewaltbereiten Roten Garden – auf dem Tian'anmen-Platz in Peking das Signal zu einer Kampagne, das Land von seinen vermeintlichen Feinden zu befreien: Kapitalisten, Revisionisten, Landbesitzer, Bourgeoisie, hochrangige Parteifunktionäre wie Deng Xiaoping, Liu Shaoqi und Lin Biao inbegriffen.¹³ Im Ergebnis dieser Kampagne wurden Millionen chinesische Mitbürger_innen terrorisiert, gefoltert und getötet sowie Fabriken, Schulen und Universitäten besetzt. Dies fiel zusammen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Kollaps Chinas und der nahezu kompletten internationalen Isolation des Landes.¹⁴ All das geschah im Namen der von Mao und seiner vierten Frau Jiang Qing ausgerufenen Kulturrevolution, die selbst der nordkoreanische Diktator Kim Il-sung¹⁵ als eine »komplett verrückte Idee« bezeichnete.¹⁶ Die ostdeutsche Presse allerdings hatte offensichtlich die Anweisung bekommen, weniger über die dramatischen Konsequenzen der Kulturrevolution in China zu berichten als vielmehr zu beklagen, dass diese eine gegen die Sowjetunion und die von ihr geführte Gemeinschaft sozialistischer Staaten gerichtete Kampagne sei. Dazu kam die Warnung, dass die in China praktizierte und vermeint-

lich falsche Version von Marxismus-Leninismus den Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft gegen den westlichen Imperialismus gefährde.

Mitte 1966 begann die ostdeutsche Presse davon zu berichten, dass die Roten Garden damit begonnen hätten, »Kapitalisten«, »Konterrevolutionäre« und sonstige Feinde inner- und außerhalb der Partei zu verhaften.¹⁷ Journalismus haarscharf an der Realität vorbei, da die Gewaltorgien der Roten Garden 1966 und in den Folgejahren willkürlich waren und zu keiner Zeit klar definierte Ziele hatten. Das SED-Politbüromitglied Gerhard Schürer schrieb im *Neuen Deutschland* im September 1966, dass Chinas Kommunistische Partei im Namen der Kulturrevolution die Arbeiterklasse von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und sich daher nicht mehr als eine Partei der Arbeiter und Bauern bezeichnen dürfe.¹⁸ Dieser Vorwurf wurde in der ostdeutschen Presse in den Jahren 1966 bis 1969 unzählige Male wiederholt. Zudem wurde postuliert, dass China es unter Mao verpasst habe, den von der Volksbefreiungsarmee praktizierten »Kriegskommunismus«¹⁹ in einen zeitgemäßen Sozialismus unter Anwendung der »korrekten« Version von Marxismus-Leninismus zu überführen. Ein Kommunismus, den der Chinahistoriker Roland Felber 1979 treffend als chinesischen »Kasernenkommunismus« bezeichnete.²⁰

Im Oktober 1966 berichtete die *Berliner Zeitung* von den Eindrücken ostdeutscher Touristen auf Reisen in China. Eine DDR-Reisegruppe war zwei Monate nach Ausbruch der Kulturrevolution, zu einer Zeit, in der sich die Beziehungen zwischen Ostberlin und Peking stetig verschlechterten (und sich 1967 und 1968 weiter negativ entwickeln sollten inklusive Gewalt gegen ostdeutsches Botschaftspersonal in Peking), in China unterwegs. Die Touristengruppe, so berichtete die *Berliner Zeitung*, sah, wie Maos Rote Garden Bauern auf den Feldern terrorisierten und misshandelten.²¹ Ende Oktober 1966 berichtete die *Neue Zeit* von Demonstrationen vor der sowjetischen Botschaft in Peking. Seinerzeit – schenkt man der Zeitung Glauben – demonstrierten Studierende und Rote Garden gegen den Rauswurf chinesischer Studenten und Studentinnen aus Universitäten in der Sowjetunion. Die *Berliner Zeitung* behauptete jedoch, dass sie lediglich gezwungen wurden, ihre Studien in der Sowjetunion zu unterbrechen, um diese nach einem Jahr wiederaufnehmen zu können.²² Ende November des gleichen Jahres berichtete das *Neue Deutschland* über Zusammenstöße zwischen Arbeitern und den Roten Garden in Peking.²³ Die Arbeiter, so die Zeitung, rebellierten gegen die Kulturrevolution und die damit verbundene Besetzung und Schließung von Fabriken in China – gefolgt von der Klarstellung in der *Berliner Zeitung* im Januar 1967, dass die Arbeiterproteste in China gegen die Kulturrevolution und die Zusammenstöße mit den Roten

Garden (von der Presse auch als »Maotruppen« bezeichnet) nicht, wie es die chinesische Propaganda behauptete, im Rahmen eines angeblichen sowjetischen Revisionismus zu verstehen seien.²⁴

Es bedurfte zugegebenermaßen keiner Klarstellung in der ostdeutschen Presse, dass chinesische Arbeiter und Bauern nicht im Namen eines wie auch immer gearteten sowjetischen Revisionismus, sondern gegen die Schließung ihrer Fabriken und den Verlust ihrer Arbeitsplätze demonstrierten.²⁵ Der große Bruder in Moskau wurde gegen Kritik aus Peking um jeden Preis verteidigt und zugegebenermaßen hatte das, was Peking als Revisionismus bezeichnete, nichts mit dem zu tun, gegen das die Fabrikarbeiter demonstrierten. Im November 1966 rechnete Walter Ulbricht höchstpersönlich mit Maos Kulturrevolution ab. Er beschuldigte Mao der »Spalterpolitik«, die die militärische Aggression der USA in Vietnam begünstige. Das gehe, so Ulbricht, auf Kosten des gemeinsamen Kampfes der sozialistischen Staatengemeinschaft gegen den US-Imperialismus und führe dazu, dass Chinas Außenpolitik gekennzeichnet sei von »chauvinistischem Großmachtstreben« und Nationalismus.²⁶

Im Februar 1967 berichtete das DDR-Außenministerium, dass die in der DDR verbliebenen chinesischen Studierenden die Absicht hätten, die DDR zu verlassen, um ihren Beitrag zur Großen Proletarischen Kulturrevolution zu leisten. Die ostdeutschen Behörden warnten daraufhin, dass chinesische Studenten und Studentinnen, die an der Kulturrevolution beteiligt seien, nicht in die DDR zurückkehren dürften.²⁷ Eine wohl eher hinfallige Warnung, da nicht davon ausgegangen werden konnte, dass chinesische Studierende nach einem wie auch immer gearteten Beitrag zur Kulturrevolution vorhatten, ihr Studium in der DDR wiederaufzunehmen. Im August 1968 erteilten die ostdeutschen Behörden den Universitäten des Landes dann doch die Erlaubnis, fortan wieder chinesische Studenten zuzulassen.²⁸ Wie viele der chinesischen Studierenden seinerzeit an ostdeutsche Universitäten zurückkehrten, ist nicht bekannt, aber es dürften nicht viele gewesen sein.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1968 ebte die Berichterstattung zur Kulturrevolution in der ostdeutschen Presse merklich ab. Die wenigen Artikel konzentrierten sich wie in den Jahren davor darauf, die Kulturrevolution als eine gegen die Sowjetunion gerichtete Kampagne zu beschreiben. 1969 berichtete die DDR-Presse über den von Mao Anfang März 1969 entfachten Grenzkonflikt mit der Sowjetunion entlang des Ussuri-Flusses als eine der vermeintlichen Konsequenzen der Kulturrevolution und des von Ulbricht beklagten »chauvinistischen Großmachtstrebens« Chinas. Seinerzeit gab Mao der Volksbefreiungsarmee den Befehl, die von der

Sowjetunion beanspruchte Insel Damanski²⁹ zu besetzen.³⁰ Das führte zu einer Serie von militärischen Zusammenstößen und sogar zu Überlegungen in Moskau, den Konflikt mit China durch den Einsatz von Atomwaffen zu entscheiden.³¹ Im Juni 1969 erhielt die DDR »Schützenhilfe« aus Westberlin von Gerhard Danelius, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW).³² Im Namen der SEW und SED beklagte Danelius gegenüber der Zeitung *Neue Zeit*, dass China unter Mao die »korrekte« Version von Marxismus-Leninismus durch Maoismus ersetzt habe und dass sich alle sozialistischen und kommunistischen Parteien dieser Version widersetzen müssten.³³

Danelius lag allerdings damit mindestens terminologisch daneben, da die KP Chinas im März 1969 im Rahmen ihres 9. Parteikongresses beschlossen hatte, dass das, was »Marxismus-Leninismus – Mao-Zedong-Ideologie«³⁴ genannt wurde, fortan die für alle Parteimitglieder verbindliche Ideologie sei. Das jedoch war gänzlich irrelevant, weil Mao sich über die Jahre nie die Mühe machte, zu spezifizieren, was Maoismus und/oder »Marxismus-Leninismus – Mao-Zedong-Ideologie« beinhaltete und wie sie sich von »konventionellem« Marxismus-Leninismus unterschied. »Mao«, Julia Lovell fasst es treffend zusammen, »blieb zeitlebens ein rudimentärer Marxist. Er hatte keine Zeit für die von Marx verfassten historischen und wirtschaftlichen Analysen und begnügte sich damit, Marx' Manifest der Kommunistischen Partei auf die Formel »Klassenkampf, Klassenkampf, Klassenkampf« zu bringen und propagieren.«³⁵

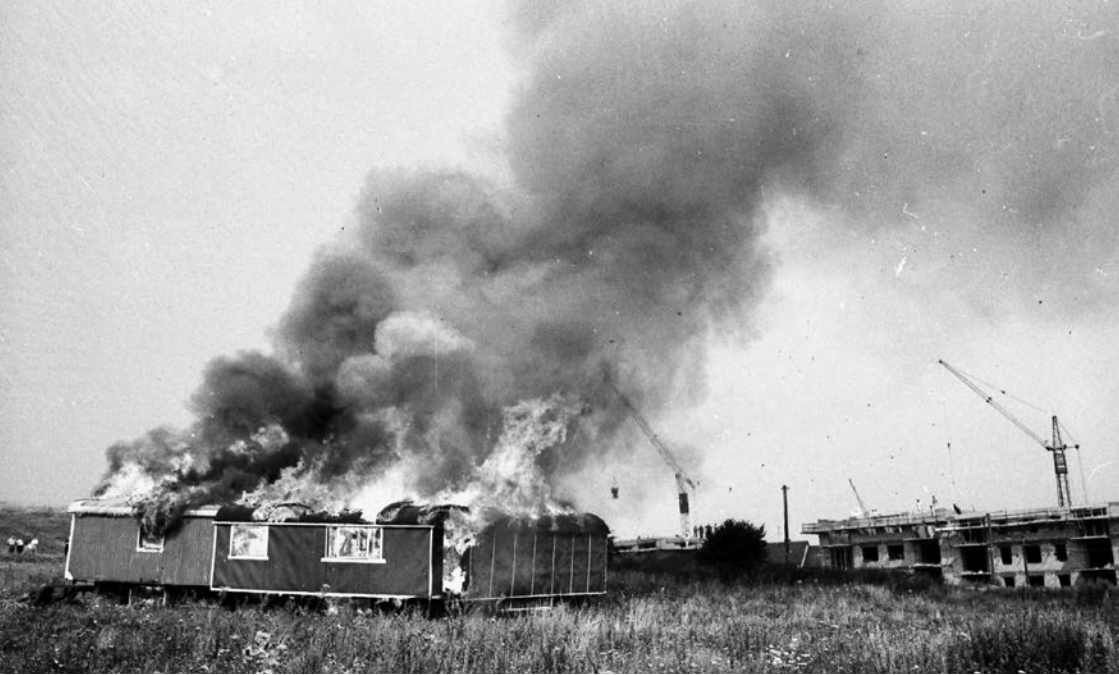
Erschienen auf DA Online am 27.4.2021.

Anmerkungen

- 1 »Rekrutieren« von Unfreiwilligen in erster Linie.
- 2 Siehe Frank Dikötter, *Mao's Great Famine. The History of China's Most Devastating Catastrophe*, London 2010.
- 3 Chinas Kapitalisten reihen sich ein, in: *Neues Deutschland*, 7.8.1958.
- 4 China kühnes Aufbauprogramm für 1960, in: *Neues Deutschland*, 4.4.1960; vgl. auch o. A., *Der Große Sprung geht unvermindert weiter*, in: *Neues Deutschland*, 31.3.1960.
- 5 O. A., *Volkschinas großer Sprung geht weiter!*, in: *Neues Deutschland* 22.9.1959.
- 6 Siehe Ulrich Lau, *Neu zugängliche Quellen – wenig bekannte Hintergründe. Dokumente des Zentralen Parteiarchivs des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und ihr Wert für die Untersuchung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China im Zeitraum 1949–1962*; in: *Focus Ostasien* (1992), Nr. 4, S. 35–37.
- 7 Information der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen für das Politbüro der SED über einige Veränderungen in der Politik der KP Chinas gegenüber den ländlichen Volkskommunen. SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2 (12.8.1961). Siehe auch Information des

- Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das Politbüro der SED zur Einschätzung des 10. Plenums des ZK der KP Chinas (9.11.1962). SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2J.
- 8 Martin Esslin, East Germany: Peking – Pankow Axis; in: China Quarterly, No. 3 (Jul.–Sept., 1960), S. 85–88, hier S. 87.
 - 9 Fritz Hahn, Wie wir den Großen Sprung schaffen, in: Neues Deutschland, 11.7.1959.
 - 10 Harald Möller, Die DDR und VR China: Unterstützung der VRCH auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet (1949–1964): eine Dokumentation, Berlin 2003; siehe auch Renate Wünsche, Über die Bildung der Volkskommunen in den Landgebieten der Volksrepublik China; in: Deutsche Außenpolitik 4 (1959), Nr. 1, S. 52–58.
 - 11 O. A., Zur Klärung einer Frage, in: Neues Deutschland, 17.6.1960.
 - 12 Niederschrift über eine Unterredung zwischen dem Genossen Florin und dem Botschafter der Volksrepublik China in Berlin am 17.6.1960. SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/115.
 - 13 Seinerzeit Verteidigungsminister und damit beauftragt, rund 800 Millionen Exemplare von Maos kleinem roten Buch (auch Mao-Bibel genannt) drucken zu lassen.
 - 14 Die Kulturrevolution dauerte zehn Jahre, auch wenn der destruktivste Teil der Kampagne Ende des Jahres 1969 endete, als der Volksbefreiungsarmee befohlen wurde, Maos Rote Garden zu verhaften und diese aufs Land zwecks Feldarbeit zu deportieren. Die Roten Garden, so entschied Mao seinerzeit spontan, sollten fortan von den »Massen lernen«.
 - 15 Dies ist bemerkenswert, weil sich Kim Il-sung während seiner jahrzehntelangen »Karriere« als Diktator Nordkoreas nicht gerade einen Namen für rationale und konstruktive Innen- und Außenpolitik machte.
 - 16 Woraufhin die Roten Garden Kim als einen »fetten Revisionisten« bezeichneten. Siehe dazu auch Chong-Sik Lee, North Korea: Between Dogmatism and Revisionism; in: Brigham Young University Studies Vol. 12 No. 1 (Autumn 1971), S. 39–54.
 - 17 O. A., Umbesetzungen in China, in: Neue Zeit, 29.6.1966; siehe auch o. A., Geist und Pflicht des sozialistischen Internationalismus, in: Neues Deutschland, 23.9.1966.
 - 18 O. A., Volkswirtschaftlicher Nutzeffekt – Hauptkriterium unserer Planung, in: Neues Deutschland, 20.9.1966.
 - 19 Damit waren die Kriege der chinesischen Kommunisten unter der Führung Maos erst gegen Japan im Zweiten Weltkrieg und dann im Chinesischen Bürgerkrieg von 1945–1949 gemeint.
 - 20 Siehe dazu Roland Felber, Zur Frage einer »historischen Betrachtung« der chinesischen Gegenwart, in: CINA 1979, S. 170–182.
 - 21 O. A., Kulturrevolution in China. Augenzeugen-Eindrücke, in: Berliner Zeitung, 6.10.1966.
 - 22 O. A., Mao-Truppler randalierten, in: Neue Zeit, 25.10.1966.
 - 23 O. A., Mao-Trupps stoßen auf Arbeiterwiderstand, in: Neues Deutschland, 27.11.1966.
 - 24 O. A., Neuer Sprung in der Kulturrevolution in China, in: Berliner Zeitung 31.1.1967.
 - 25 O. A., Widerstand gegen Mao-Trupps, in: Berliner Zeitung, 11.1.1967.
 - 26 Rede des Genossen Walter Ulbricht vor dem Bezirksparteiaktiv Halle, in: Neues Deutschland, 14.11.1966.
 - 27 Schreiben des stellvertretenden Außenministers Josef Hegen an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, und weitere Mitglieder des Politbüros, 1.2.1967, SAPMO-BArch, ZPA NL 82/1222.
 - 28 Beschluß des Sekretariats des ZK der SED 14. August 1968, SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/3/1438.
 - 29 Chinesisch Zhebao-Dao-Insel, seit 1991 und der Beilegung der russisch-chinesischen Grenzkonflikte Teil chinesischen Staatsgebiets.
 - 30 O. A., Antisowjetismus offizieller Kurs der Mao-Gruppe, in: Neues Deutschland 27.4.1969.
 - 31 Siehe z. B. Donald C. Daniel/Harlan W. Jencks, Soviet Military Confrontation with China: Options for the USSR, PRC and the USA; in: Journal of East Asian Affairs Vol. 3, No. 2 (Fall/Winter 1983), S. 378–408.

- 32 Eine von der SED finanzierte kommunistische Partei in Westberlin. Bei Wahlen in Westberlin bekam die SEW über die Jahre zwischen 2,7% (1954) und 0,6% (1989) der Westberliner Wählerstimmen.
- 33 O. A., Richtschnur für neue Aktionen, in: Neue Zeit, 11.6.1969.
- 34 In der englischsprachigen Literatur »Marxism-Leninism Mao Zedong Thought«.
- 35 Julia Lovell, Maoism. A Global History, London 2019, S. 47.



Als Vorbemerkung ein Symbolbild für die lange Zeit herrschende Ablehnung der früher noch »Zigeuner« oder »Landfahrer« genannten Minderheit der Sinti und Roma durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft: 1965 brannte die Kasseler Berufsfeuerwehr die letzten Wohnwagen des dortigen Landfahrerplatzes am Mattenberg nieder.

Sebastian Lotto-Kusche

Kann eine Gesellschaft umdenken?

Die Anerkennung des NS-Völkermords an Sinti und Roma in der Bonner Republik

Mindestens 200 000 Sinti und Roma wurden im »Dritten Reich« von den Nationalsozialisten ermordet, Schätzungen reichen auch bis zu einer halben Million. In Institutionen und der Bevölkerung hielt sich nach 1945 noch lange das »kriminalbiologische« Denken, mit dem die Nazis ihr rassistisches Vorgehen gegen Sinti und Roma begründet hatten. Erst Ende der 1970er-Jahre änderte sich diese Feindbildhaltung allmählich.

Sinti und Roma waren im Nationalsozialismus als »Zigeuner«, »Zigeunermischlinge«, »Asoziale« oder »Arbeitsscheue« stigmatisiert und verfolgt

und sind schließlich hunderttausendfach vernichtet worden. In ihrem Vorgehen hatte sich die Politik des Regimes über die Jahre immer weiter radikalisiert.

Neuere Forschungen deckten zuletzt auf, wie sehr regionale und kommunale Akteure im NS-Staat zur Radikalisierung beigetragen haben. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung ist es inzwischen weitgehend unbestritten, dass die »NS-Zigeunerverfolgung« in einem Völkermord kulminierte und dass die Verfolgung in weit überwiegenden Teilen von rassistischen Vorurteilen motiviert gewesen ist.

Spätestens die »Erste Verordnung zum Blutschutzgesetz« vom 14. November 1935 hatte antisemitische Eheverbote auch auf andere »fremdrassige Gruppen« ausgeweitet, zu denen das Reichsinnenministerium die »Zigeuner« zählte. Sie wurden damit in den Geltungsbereich der »Nürnberger Gesetze« einbezogen. Bereits seit dem Kaiserreich hatten gesonderte gesetzliche Bestimmungen gegen »Zigeuner« bestanden. Vor 1945 hatte es einen breiten Konsens darüber gegeben, dass die Verfolgung dieser Minderheit »kriminalpräventiv« oder sogar militärisch geboten sei, dass ihre Aussonderung und letztlich Deportation im Interesse der »Volksgemeinschaft« lägen. Erklärungsbedürftig ist mithin die atemberaubende Selbstverständlichkeit, mit der nach Kriegsende nationalsozialistische Wertmaßstäbe und Verfolgungspraktiken fortgeschrieben wurden – bis sich das Denken allmählich änderte.

»In Wahrheit haben sich die Nationalsozialisten doch ganz offenkundig von allem Anfang an von ›rassischen‹ Vorstellungen leiten lassen und haben es bloß aus irgendeinem Grunde [...] für zweckmäßig gehalten, ihre Verfolgungsmaßnahmen ›sicherheitspolizeilich‹ zu tarnen.«¹

Dieser Satz steht in einem langen Brief, den der Volkswirt Franz Böhm am 2. Dezember 1957 an den Sprachwissenschaftler Siegmund A. Wolf schrieb. Er demaskierte darin knapp ein Jahrzehnt nach Kriegsende die Verfolgungsstrategie der Nationalsozialisten gegenüber der Minderheit der Sinti und Roma – ein für diese Zeit seltener Gedanke. Und Franz Böhm war nicht irgendjemand: 1956 bis 1966 war der CDU-Politiker unter anderem stellvertretender Leiter des Wiedergutmachungsausschusses des Deutschen Bundestags. In seinem Schreiben an Wolf beklagte er das weiter andauernde kriminalbiologische Denken in der Gesellschaft gegenüber den Sinti und Roma, das sich in einer Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs vom 7. Januar 1956 und in vielen Einzelfallentscheidungen diverser Entschädigungsbehörden und Gerichte offenbart habe. Das Grundsatzurteil verneinte eine »rassisch« intendierte Verfolgung der Minderheit vor Himmlers Auschwitz-Erlass vom 16. Dezember 1942, was für

viele zuvor deportierte Sinti und Roma den Weg für Entschädigungszahlungen auf Jahre versperrte. Viele gaben nach diesem Rückschlag auf, auch wenn sich die grundsätzliche Rechtsauffassung – erkämpft durch engagierte Juristen – in den 1960er-Jahren änderte.

Was aber brachte die staatlichen Institutionen dazu, die »NS-Zigeuner-Verfolgung« auch nach 1945 als »kriminalpräventiv« – und damit in Teilen legitim – zu bewerten? Und was brachte Böhm und einige andere Akteure dazu, sich diesem öffentlich breit akzeptierten Denken in den Weg zu stellen? Warum sollte es weitere drei Jahrzehnte dauern, bis das von Böhm geforderte gesellschaftliche Umdenken langsam einsetzte? Antworten auf diese Fragen sind der Natur der Sache nach komplex. In meiner 2020 vorgelegten Dissertation² habe ich die diskursiven Kämpfe um die Anerkennung des NS-Völkermords an Sinti und Roma in der alten Bundesrepublik untersucht. Dabei verstehe ich unter Anerkennung zweierlei: erstens die Einsicht von Wissenschaft und Politik, dass Sinti und Roma einem rassistisch motivierten Massenverbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Helfer zum Opfer gefallen waren, zweitens die erreichte Akzeptanz der Verbände der Sinti und Roma als legitime Gesprächspartner der Bundesregierung seit den 1980er-Jahren. Beide Dimensionen habe ich im Rahmen einer Diskursgeschichte in ihren Wechselwirkungen analysiert. Diskursgeschichte wird meist über lange Zeiträume und oft mit alltagsgeschichtlicher Perspektive geschrieben. Meine Studie fokussiert hingegen die politischen Entscheidungsträger und deren zivilgesellschaftliche Pendant, deren Akten bislang noch kaum als diskursrelevant betrachtet wurden. Dazu habe ich Aktenmaterial von obersten Bundesbehörden und gesellschaftlichen Akteuren aus 20 Archiven ausgewertet. Die zweite Quellengruppe ist die einschlägige westdeutsche Historiografie und die Rezeption der im Ausland erschienenen Forschungen in der Bundesrepublik.

Nichtanerkennung der Minderheit und des Massenverbrechens ab 1945

»Es wird allgemein verkannt, daß der Nationalsozialismus primär nicht ›rassistisch‹, sondern lediglich antisemitisch war.«³

Dieser Satz liest sich vor dem Hintergrund aktueller Debatten um das Verhältnis von Holocaust und Kolonialverbrechen seltsam vertraut. Bei näherem Hinsehen wird aber deutlich, dass der Autor des 1965 erschienenen Buches »Die Zigeuner« die Singularität des Antisemitismus herausstellte,

um die fortdauernde Stigmatisierung der titelgebenden Minderheit zu rechtfertigen. Hermann Arnold, ein Amtsarzt aus der süddeutschen Provinz, galt in der Bundesrepublik der 1960er-Jahre als führender »Zigeunerexperte«, der zahlreiche Behörden beriet und ein ausgedehntes Netzwerk Gleichgesinnter unterhielt. Arnolds Ansichten über »Zigeuner« entstammten einem konfusen Konglomerat von linguistischen, soziologischen und genetischen Argumenten. Das »Sippenwandern« der »Zigeuner«, so behauptete der Arzt, sei erblich bedingt durch ein »psychische[s] Erbradikal«. Alle schlechten Eigenschaften der untersuchten »Vaganten« entstammten daher dem »Zigeunerblut«. Arnold publizierte in behördlichen Schriftenreihen. Seine Thesen wurden von anerkannten Kriminologen und Humangenetikern aus dem ganzen Bundesgebiet rezipiert.

Es bedurfte an sich keines besonderen Scharfsinns, um zu erkennen, dass die vermeintliche Expertise Arnolds in einer kaum verbrämten NS-Ideologie wurzelte. Historiker fühlten sich jedoch lange nicht berufen, Männer wie Arnold öffentlich in die Schranken zu weisen. Mit Ausnahme von Sachverständigengutachten schwieg die damalige Zeitgeschichtsforschung. Statt eines dieser Gutachten einem breiteren Publikum zugänglich zu machen – wie das spektakulär beim Frankfurter Auschwitz-Prozess geschah –, publizierte das Münchner Institut für Zeitgeschichte das Elaborat eines fachfremden Autors, des Kriminologen Hans-Joachim Döring, in den hauseigenen Vierteljahrsheften. Dörings Aufsatz über Motive der »NS-Zigeunerverfolgung«⁴ bestätigte die höchstrichterliche Stigmatisierung der Minderheit als erblich zur Kriminalität disponierte Gruppe und verteidigte »rassenhygienische« Forschungen an »Zigeunern« unter Federführung des Reichsgesundheitsamts, obwohl diese die Grundlage von Deportationsbefehlen geschaffen hatten.

Anders die Kolleginnen und Kollegen im Ausland: In Polen, Großbritannien, den USA, Frankreich, Österreich und Israel lagen Mitte der 1960er-Jahre bereits wesentliche – die rassistischen Motive unterstreichende – Studien zum Thema vor. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hinkte hinterher oder ignorierte diese Forschungen. Dafür gab es verschiedene Gründe. Einerseits war die deutsche Zeitgeschichtsforschung noch kaum als Disziplin etabliert und mehr mit sich selbst als mit der internationalen Forschungsdiskussion beschäftigt. Einzelne Akteure der jungen Subdisziplin kamen aus der ideologisch belasteten »Volksgeschichte« und waren daher zum Rassismus disponiert. Andererseits blieben die zentralen Verfolgungsakteure, das Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) und die von Dr. Robert Ritter geleitete »Rassenhygienische Forschungsstelle« (RHF), gleichsam unter dem Radar der ebenfalls jungen Strafverfolgung national-

sozialistischer Gewaltverbrechen. Diese Fehlwahrnehmung wurde durch die archivalische Überlieferungssituation begünstigt: Die Akten der RHF und des RKPA waren durch Kriegseinwirkung über das ganze Reich verteilt worden, viele wurden vernichtet oder gelten bis heute als verschollen. Wesentliche Teile des Materials gelangten als Beuteakten in die Vereinigten Staaten und wurden erst 1962 an das Bundesarchiv zurückgegeben. Teile der kriminalpolizeilichen Akten blieben in Benutzung: Die polizeiliche Sondererfassung von Sinti und Roma – nun unter dem Label »Landfahrer« – wurde fortgesetzt.

Unter solchen Vorzeichen konnten die wenigen Überlebenden der Sinti und Roma – trotz vereinzelter Initiativen – in der Bundesrepublik keine wirksame Vertretung für die Wahrnehmung ihrer Interessen errichten. Im Kontext einer erfolgreicherer Interessenwahrung im Nachbarland Frankreich – nicht durch wissenschaftliche Forschung – entstand die symbolträchtige Zahl von 500 000 Sinti und Roma, die der nationalsozialistischen Verfolgung zum Opfer gefallen seien. Sie entstammt einem Artikel, den der französische Rom Matteo Maximoff 1946 publizierte. Der jüdische Historiker Philipp Friedman griff Maximoffs Schätzung auf. Sie wurde in den folgenden Jahrzehnten zu einer unumstößlichen Symbolzahl, obwohl empirische Belege nach wie vor fehlen. Gesichert ist bisher die Ermordung von bis zu 200 000 Verfolgten. Die Dunkelziffer der Verbrechen in der Sowjetunion und anderen Gebieten Osteuropas ist jedoch sehr hoch, sodass die ursprüngliche Schätzung zutreffen mag. Sie hat bislang aber vor allem die Rolle einer Beglaubigung erlittenen Leids gespielt, indem die Ziffer dazu verwendet wurde, den genozidalen Charakter der NS-Verfolgung von Sinti und Roma zu bestätigen. Die Anerkennung des Genozids wiederum war für die Überlebendenverbände eine Voraussetzung ihrer eigenen Anerkennung als ebenbürtige Gesprächspartner der Bundesregierung.

Gesellschaftliche Veränderungen und die Anerkennung des Genozids 1982

»Da der Herr Bundespräsident das Gespräch mit allen Bürgern wünscht, empfehle ich dem Herrn Bundespräsidenten, das Präsidium der Zigeunerrechtsmission zu empfangen. Die Zigeuner haben gerade unter der Nazi-Zeit sehr viel leiden müssen.«⁵

Diese Empfehlung eines engen Mitarbeiters an Bundespräsident Gustav Heinemann führte 1969 zu einem offiziellen Treffen des deutschen Staats-

oberhaupt mit einer kleinen Abordnung der in Hamburg gegründeten »Zigeunerrechtsmission« um den Rom Rudolf Karway. Der kurze Meinungsaustausch brachte zwar keine signifikanten Verbesserungen für die Lebenssituation der Minderheit mit sich – ganz im Gegenteil protestierten andere Minderheitenangehörige gegen das vermeintlich offiziöse Treffen –, aber ein erster Schritt zur personalen Anerkennung der Minderheit war getan.

In den 1970er-Jahren drängte in Europa eine jüngere Generation aus der Minderheit nach vorn: Das in der NS-Zeit erlittene Leid sollte nun öffentlich thematisiert werden, auch um die Entschädigungsfrage neu zu stellen. Diese Entwicklung begann zunächst auf europäischer Ebene. Das Engagement von französischen Roma-Aktivist*innen und einiger Abgeordneter der Beratenden Versammlung des Europarats führte zum Beschluss einer Resolution am 30. September 1969, durch die sich erstmals ein staatliches Gremium für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Minderheit aussprach. In Großbritannien veröffentlichten die beiden Aktivist*innen Donald Kenrick und Grattan Puxon 1972 das Buch »The Destiny of Europe's Gypsies«,⁶ das den internationalen Forschungsstand über die NS-Massenverbrechen an Sinti und Roma bündelt und in zahlreiche Sprachen übersetzt wurde, erst 1981 in schlechter Übersetzung auch auf Deutsch.⁷

In der Bundesrepublik war das Jahr 1973 ein Einschnitt. In Folge einer Wirtshauschlägerei und eines sich daran anschließenden – aus dem Ruder gelaufenen – Polizeieinsatzes wurde der Sinto Anton Lehmann durch einen Polizisten erschossen. Das veranlasste den Sinto Romani Rose und seinen Onkel Vinzenz Rose dazu, eine Demonstration mit mehreren Hundert Teilnehmern am 18. Juni 1973 auf dem Heidelberger Messeplatz und einen Schweigemarsch durch die Altstadt zu organisieren. Dies war mutmaßlich die erste öffentliche Demonstration von Sinti in der Bundesrepublik. Bereits 1971/1972 hatte sich die Gruppe um die Roses die Bezeichnung »Zentral-Komitee der Sinti Westdeutschlands« gegeben und Flugblätter verteilt, um auf die fortbestehende Diskriminierung von Sinti in den vielfältigsten Lebensbereichen aufmerksam zu machen. Auf Willy Brandt und eine fortschrittliche Sozialpolitik setzten die Vertreter der Minderheit ihre Hoffnungen; zunächst jedoch erfolglos. Ein Treffen mit dem Bundeskanzler kam nicht zustande, weil das Kanzleramt den Vertretungsanspruch des Verbands um Romani Rose bezweifelte und die »Zigeunerexperten« um Arnold, die im Expertenkreis für »Zigeunerfragen« des Bundesfamilienministeriums den Ton angaben, dies zu verhindern wussten.

Erst mit dem Engagement eines weiteren zivilgesellschaftlichen Akteurs wendete sich das Blatt. Die von dem sozialdemokratischen Volkswirt

Tilman Zülch im Kontext des medial breit aufbereiteten Biafra-Konflikts gegründete »Gesellschaft für bedrohte Völker« (GfbV) nahm sich Ende der 1970er-Jahre der Minderheit an. Weitaus größere Wirkung als die Biafra-Berichterstattung hatte die Ausstrahlung der amerikanischen Miniserie »Holocaust« 1979/1980 im deutschen Fernsehen. Sie brachte erstmals einem Millionenpublikum nahe, dass die Ermordung der Juden im »Dritten Reich« Menschen statt Massen getroffen hatte, dass hinter der unfassbaren Zahl von sechs Millionen Opfern Einzelschicksale gestanden hatten. Zülch nutzte geschickt diesen Resonanzraum, um Sympathien für die Sinti und Roma zu wecken. Die GfbV organisierte 1979 eine Gedenkkundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen, an der mehrere Hundert Personen teilnahmen. Zu Ostern 1980 fand ein Hungerstreik von KZ-Überlebenden und Aktivisten aus dem Kreis der Sinti im ehemaligen Konzentrationslager Dachau statt, der weltweite Beachtung fand.

Mithilfe der GfbV konnte der nun »Verband der Sinti« genannte Kreis um Romani Rose seine Beziehungen zu politischen Parteien, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Akteuren verbessern. In der regierenden SPD, ihren Fraktionen und Ministerien fanden sich zahlreiche Politiker und Beamte, die Forderungen der Sinti und Roma nach Partizipation und Anerkennung unterstützten. Entscheidende Voraussetzung war, dass es den Vertretern der Sinti gelang, die Gleichrangigkeit ihres Verfolgungsschicksals mit demjenigen der Juden glaubhaft zu machen. In dieser prinzipiellen Gleichrangigkeit lag für die Bundesregierung ein Problem. Denn die Sinti und Roma hatten bislang keine Pauschalentschädigung erhalten und ihre individuellen Wiedergutmachungsanträge waren vielfach mit unverhohlenen rassistischen Begründungen abgelehnt worden. Im Zeichen leerer Staatskassen nach dem zweiten Ölpreisschock war Bundeskanzler Helmut Schmidt deshalb daran gelegen, offensiv vorgetragene Entschädigungsforderungen der Minderheit zurückzuweisen, ohne ihnen die symbolische Anerkennung zu verweigern.

Daher kam es am 17. März 1982 zu einem Gespräch zwischen Vertretern der Verbände der Sinti und Roma, dem Bundeskanzler und weiteren Regierungsvertretern, dessen wichtigstes Ergebnis eine politische Erklärung über die Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma war. Hinzu kamen einige Verbesserungen im Sozial- und Aufenthaltsrecht und die Errichtung eines Härtefallfonds für bislang nicht entschädigte Opfer. Der Härtefallfonds wäre vermutlich nicht aufgelegt worden, wenn nicht zur gleichen Zeit eine »Abschlussgeste« an Israel und die »Jewish Claims Conference« auf der politischen Tagesordnung gestanden hätte. Als kaum zu überschätzender Erfolg des Treffens mit dem Bundeskanzler ist dagegen

die Tatsache zu bewerten, dass Medien und Politik die Vertreter der Minderheit fortan als Sinti und/oder Roma ansprachen anstatt als »Zigeuner« oder »Landfahrer« – auch weil sie dies verlangten. Es wird hier deutlich, dass eine veränderte offizielle Haltung zu den NS-Massenverbrechen und die aufgebaute institutionelle Beziehungsebene auch einen Sprachwandel herbeiführten – ein Meilenstein in den Anerkennungsbestrebungen.

Der Verband der Sinti forderte darüber hinaus die Anerkennung als nationale Minderheit auf dem Gebiet der Bundesrepublik, was verstärkte Mitspracherechte und steuerliche Vorteile mit sich gebracht hätte. Diese Anerkennung blieb den früheren »Zigeunern« 1982 jedoch noch versagt, weil die entscheidende völkerrechtliche Voraussetzung fehlte, nämlich die Zugehörigkeit zur Mehrheitsbevölkerung eines Nachbarlandes, die beispielsweise den Dänen weitgehende Autonomie in Schleswig-Holstein eingebracht hatte. Der Hinweis der Bundesregierung auf solche »Fälle der Inkongruenz der Staatsgebiete mit den angestammten Siedlungsgebieten verschiedener Völker«⁸ war indes nur vorgeschoben; intern befürchtete das Bundesinnenministerium, ein anerkannter Minderheitenstatus für Sinti und Roma würde das Tor zur »fremdartigen Ethnisierung« Deutschlands weit öffnen:

»Wenn der Sonderstatus einer nationalen Minderheit auch später zuwandernden fremden Volksgruppen gewährt wird, so bedeutet das die Einleitung einer Entwicklung zum Vielvölkerstaat. Anderen Gruppen, insbesondere etwa den zahlenmäßig weitaus stärkeren Türken, könnte man das gleiche nicht verwehren.«⁹

Die aktuelle Relevanz dieser Diskussion liegt auf der Hand: Wie divers kann ein Einwanderungsland wie die Bundesrepublik sein, welche Rechte kann die Mehrheitsbevölkerung für sich beanspruchen, wie kann Identität im nationalen und transnationalen Rahmen gedacht werden?

Ablösung eines Denkstils: ein langfristiger, un abgeschlossener Wandel

»Ich erinnere mich an die Angst der alten Leute, sie fürchteten eine staatliche Reaktion – meine Mutter war über Monate aufgewühlt.«¹⁰

Nicht etwa Freude oder Stolz, sondern Furcht vor polizeilichen Übergriffen war 1982 die erste Reaktion der Mutter des Sinti-Vertreters Matthäus Weiß und anderer Überlebender und deren Nachkommen auf die staatliche Anerkennung. Dem Staat traute man aus allzu schlechter Erfahrung

vor allem Schlechtes zu. Dieses Beispiel zeigt, dass die regierungsamtliche Änderung von Sagbarkeitsregeln eine zwar notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den Abbau von Vorurteilen und Vorbehalten auf beiden Seiten war und ist.

Bis in die 1980er-Jahre hinein gab es zwischen Minderheit und Mehrheitsgesellschaft keine organisierte Beziehungsebene. Der wissenschaftliche Diskurs um die »NS-Zigeunerverfolgung« triefte jahrzehntelang vor Rassismus. Ich spreche daher rückblickend von einem kriminalpräventiven Denkstil, dessen Protagonisten von der gemeinsamen Grundprämisse ausgingen, die verfolgte Minderheit sei und bleibe aus biologischen Gründen kriminell. Dieses Denken wurde durch die besser rezipierten internationalen Forschungen seit den 1970er-Jahren zunehmend unplausibel. Etwa gleichzeitig mit der personellen Anerkennung der Sinti und Roma als Gesprächspartner der Bundesregierung setzte in der Bundesrepublik die empirische Erforschung des Mordes an den Sinti und Roma ein. Ein genozidkritischer Denkstil brach sich Bahn. Dies sorgte dafür, dass vormals anerkannte »Zigeunerexperten« wie Hermann Arnold ihre Diskursposition verloren.

In meiner eingangs erwähnten Dissertation vertiefte ich mit kulturwissenschaftlichem Blick diese bislang kaum empirisch erforschte Facette der Zeitgeschichte. Ob es eine solche diskursive Leitfunktion der öffentlichen Hand über diesen Fall hinaus gegeben hat, ist kaum erforscht. Im Kontext der Fragen nach Rassismus, Zuwanderung und Identität wären Erkenntnisse hierüber von besonderem Interesse: Kann die Exekutive dazu beitragen, dass über Minderheiten anders gesprochen und anders gedacht wird? Sind Eingriffe des Staates in die politisch-soziale Sprache unzulässige Verengungen der Meinungsfreiheit? Im Fall der Sinti und Roma beschnitt der Staat die Betätigungsfreiheit von Rassisten. Und das war gut so.

Erschienen in Deutschland Archiv Online am 15.9.2021.

Anmerkungen

- 1 Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlass Franz Böhm, Bestand 01-200-005/4, Brief von Prof. Dr. Franz Böhm an Herrn Siegmund A. Wolf vom 2. Dezember 1957, S. 6. Hermann Arnold, *Die Zigeuner. Herkunft und Leben der Stämme im deutschen Sprachgebiet*, Olten/Freiburg 1965, S. 66.
- 2 Die Dissertation mit dem Titel »Der NS-Völkermord an Sinti und Roma. Kämpfe um Anerkennung in der Bonner Republik« wurde 2020 an der philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität vorgelegt und verteidigt, die Studie wird 2022/2023 erscheinen. Derzeit wird die Publikationsfassung vorbereitet.

- 3 Hermann Arnold, *Die Zigeuner. Herkunft und Leben der Stämme im deutschen Sprachgebiet*, Olten/Freiburg 1965, S. 66.
- 4 Hans-Joachim Döring, *Die Motive der Zigeuner-Deportation vom Mai 1940*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 7 (1959) H. 4, S. 418–428.
- 5 BArch, B 122/15538, Vermerk von Dr. Sp/Wi im Bundespräsidialamt vom 25. September 1969, Pag. 205f.
- 6 Vgl. Donald Kenrick/Grattan Puxon, *The Destiny of Europe's Gypsies*, London 1972.
- 7 Vgl. Donald Kenrick/Grattan Puxon, *Sinti und Roma. Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat*, hg. v. d. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1981.
- 8 BArch B 136/28310, Gesprächsvorbereitungen für das Gespräch am 17. März 1982.
- 9 BArch, B 106/94701, Internes Rundschreiben von Referat VI6 an diverse andere Referate vom 25. August 1981, Pag. 454ff., hier Pag. 455.
- 10 Auszug aus einem Interview des Verfassers mit Matthäus Weiß, dem Vorsitzenden des Landesverbands der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, geführt am 15. Juni 2016.



Blick durch einen Gang des Dunkelzellentraktes des ehemaligen Jugendwerkhofes in Torgau, aufgenommen am 4. August 2009. Dieser Jugendwerkhof wurde in der DDR von 1964 bis 1989 als Geschlossener Jugendwerkhof genutzt, der von ehemaligen Insassen häufig mit den Worten »schlimmer als Knast« beschrieben wird.

Elisabeth Hingerl

Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau – eine »totale Institution«

Waisenhäuser, Sanatorien, Gefängnisse, Kasernen und Klöster – all dies sind Beispiele für »totale Institutionen«. Das sind nach der Definition des kanadischen Soziologen Erving Goffman Einrichtungen, in denen Personen über einen längeren Zeitraum hinweg leben und zum Teil auch arbeiten. Alltägliche Abläufe werden ihnen streng vorgegeben. Sie liegen meist fernab vom gesellschaftlichen Leben und so entsteht ein in sich geschlossenes System.¹

»Totale Institutionen« – geschlossene Einrichtungen im Lichte der Soziologie

Goffmans Forschungsschwerpunkt lag in der Untersuchung sozialer Interaktion in alltäglichen Situationen.² Mitte der 1950er-Jahre begab er sich zur Feldforschung in eine psychiatrische Klinik. Sein Ziel war es, zu erforschen, wodurch sich die sozialen Verhältnisse in einer solchen Einrichtung auszeichnen. Goffman fokussierte sich dabei auf die Sicht von Patient*innen. Um ein unverfälschtes Bild davon zu erlangen, wie sie den sozialen Umgang in der Anstalt wahrnehmen, verbrachte er den Alltag dort mit den eingewiesenen Personen. Die Ergebnisse seiner Arbeit präsentierte er in vier wissenschaftlichen Aufsätzen, in denen er die Merkmale »totaler Institutionen« sowie die Situation der dortigen Patientinnen und Patienten darstellte.³

Die Jugendwerkhöfe in der DDR

Im Heimerziehungssystem der DDR war die Unterscheidung zwischen »normalen« und schwer erziehbaren Kindern und Jugendlichen zentral. Formal schlug sich dies in der Verordnung über Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen vom 26. Juli 1951 nieder, in der erstmals von »Normalkinderheimen« und »Spezialkinderheimen« die Rede war.⁴ 1964 fand eine umfassende Umstrukturierung des Heimsystems statt. Dabei erfolgte eine Neugliederung der Spezialheime.⁵ Wurden Jugendwerkhöfe (JWH) zuvor noch gesondert aufgeführt, waren sie ab sofort in das System der Spezialheime integriert. Sie nahmen schwer erziehbare und straffällige Jugendliche und Kinder auf, »[...] deren Umerziehung in ihrer bisherigen Erziehungsumgebung trotz optimal organisierter erzieherischer Einwirkung der Gesellschaft nicht erfolgreich verlief.«⁶

Die Unterbringung in einem JWH stellte bereits eine Bestrafung dar. Hierzu gab es aber im Falle fortbestehenden Ungehorsams eine weitere Steigerung: die Überweisung in den einzigen Geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau (GJWT).⁷ Er wurde 1964 eingerichtet und bestand bis kurz nach dem Mauerfall 1989.⁸ In diesem Zeitraum existierte er neben 49 regulären JWH.⁹

Das für den GJWT gewählte Gebäude bot die besten Bedingungen für ein in sich geschlossenes System, da es zuvor als Untersuchungshaftanstalt und Strafvollzugseinrichtung genutzt wurde.¹⁰ Die »verschlossene[n] Tore, hohe[n] Mauern, Stacheldraht [...]«¹¹, die Goffman als kennzeichnend für »totale Institutionen« nennt, waren bereits gegeben.

Bestrafung und Umerziehung

Die Entscheidung, dass verschärfte Umerziehungsmaßnahmen ergriffen werden sollten, wurde formal nach staatlichen Vorgaben getroffen. Demnach sollte es zu einer Einweisung in den GJWT kommen, wenn Jugendliche wiederholt versuchten, aus einem JWH zu fliehen oder sich gegenüber dem Personal der Jugendhilfe nicht hörig genug verhielten. Tatsächlich folgten die Verantwortlichen jedoch nicht immer diesen Punkten, sondern einer persönlichen, willkürlichen Linie. Die Notwendigkeit einer Überweisung wurde oft nach ihrem eigenen Ermessen und bereits bei leichten Vergehen beschlossen. Über diese Entscheidungsgewalt verfügten die Direktoren eines Stammjugendwerkhofs sowie in manchen Fällen die Volkspolizei. Sie wandten sich an das Ministerium für Volksbildung unter Margot Honecker (Ministerin von 1963–1989), dem der GJWH direkt unterstand, und konnten somit eine Verlegung nach Torgau erwirken.¹² Bei dem Verfahren wurde die Justiz nie einbezogen.¹³ Auf diese Weise wurden im Zeitraum von 1964–1989 mehr als 4000 14- bis 18-Jährige in den GJWT eingewiesen.¹⁴ Die festgelegte Dauer der Unterbringung lag bei bis zu sechs Monaten.¹⁵

In der Regel standen dort maximal 60 Jugendliche etwa 40 Aufseher*innen gegenüber.¹⁶ Dass die Zahl des Personals der Zahl der Insass*innen unterliegt, ist typisch für »totale Institutionen«.¹⁷ Besonders am GJWT war jedoch, dass einige Angestellte und auch der Direktor der Einrichtung keinerlei pädagogische Qualifikation für die Betreuung junger Menschen besaßen.¹⁸

Goffman unterscheidet abhängig von der Funktion, die die »totale Institution« für die Eingewiesenen erfüllen soll, zwischen verschiedenen Typen.¹⁹ Die Ziele des GJWT entsprechen demnach zwei Kategorien. Einerseits gehörte der GJWT zur Gruppe der Gefängnisse. Die Überweisung mit der Funktion der Bestrafung für wiederholte Regelverstöße machte ihn zu einer Institution des Strafvollzugs. Hinzu kommt die Kategorisierung in den Bereich jener »totalen Institutionen«, die eine Unterbringung in der Einrichtung damit rechtfertigen, dass dadurch ein bestimmtes Ziel besser verfolgt werden kann. Im Falle des GJWT war dies die Umerziehung der Jugendlichen. So heißt es in der *Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes Torgau*: »Der Aufenthalt im geschlossenen Jugendwerkhof hat zum Ziel, die Erziehungsbereitschaft der Jugendlichen zu sichern und Grundlagen zu einer Motivationsveränderung für ihr Verhalten zu schaffen.«²⁰ Aus Sicht des DDR-Regimes war es hier leichter, die Überzeugungen der eingewiesenen Personen zu beeinflussen, sodass sie zukünftig einer sozialistischen Erziehung offener gegenüberstünden.

Isolation, Überwachung, Demütigung und Folter

Das Leben der eingewiesenen Jugendlichen war geprägt von »[...] Disziplinierung, Unterdrückung, Verweigerung angemessener psychologischer Betreuung, letztlich einem schweren Verstoß gegen die Menschenrechte.«²¹ Dies zeigt sich etwa im Aufnahmeverfahren und im Bestrafungssystem.

Oft wurden die Betroffenen über die genauen Ursachen ihrer Unterbringung in den GJW nicht aufgeklärt.²² Die Taktik, den Insass*innen solche Angaben vorzuenthalten, hat nach Goffman die Funktion, von Anfang an ein Ungleichgewicht zum Personal herzustellen. So wird es den Verantwortlichen erleichtert, ihre Dominanz zu betonen und die Gegenseite zu kontrollieren.²³ Dazu gehört auch die Überzeugung, dass die Lenkung der eingewiesenen Personen in der »totalen Institution« vereinfacht wird, wenn sie direkt bei der Einweisung zur Unterordnung gezwungen werden.²⁴ Ein solcher »Einweisungsschock«²⁵ war auch im GJW üblich. Bereits vor der Abfahrt nach Torgau wurden die Jugendlichen genau untersucht und durften, abgesehen von ihrer Kleidung, keine persönliche Habe mitnehmen. Im GJW angekommen, wurden sie zunächst gezwungen, sich komplett zu entkleiden, wonach sie einer weiteren Untersuchung unterzogen wurden. Es folgten eine Rasur des Kopfhaars und eine Desinfektion, dann erhielten sie uniforme, von der Institution gestellte Kleidung. Danach kamen die Neuankömmlinge in eine Isolationszelle, wo sie bei einer Ersteinweisung drei, bei einer Wiedereinweisung bis zu zwölf Tage verbringen mussten.²⁶ 1968 wurden neun Prozent der Entlassenen erneut in den GJW eingewiesen.²⁷ Schließlich wurden die Jugendlichen von der Leitung in Empfang genommen und über die Abläufe sowie Regelungen der Einrichtung aufgeklärt.²⁸ Zu nahezu jedem dieser Schritte bestehen Parallelen zu Goffmans Beschreibungen über die Aufnahmeverfahren »totaler Institutionen«.²⁹ Ihm zufolge erwirkt der Schock der Prozedur, dass sich die eingewiesenen Personen nicht mehr mit dem eigenen Selbstbild und ihrem gesellschaftlichen Ich identifizieren können. Es kommt zu einer Entfremdung zwischen dem Selbst und der Außenwelt.³⁰

Das Prozedere enthielt Situationen der Demütigung und Unterdrückung, noch bevor sich die Jugendlichen etwas zu Schulden kommen ließen. Ähnlich hart und wenig nachvollziehbar setzte sich ihr Aufenthalt im GJW fort. Strafmassnahmen sind laut Goffman fester Bestandteil eines Systems von Privilegien beziehungsweise vom Entzug dieser Sonderrechte in »totalen Institutionen«. Der Soziologe führt auf, dass sie für die Betroffenen ungewohnt streng sind und meist in die Strukturen der Anstalt inte-

griert sind, sodass gewohnte Abläufe nicht verändert werden müssen.³¹ Im GJWT konnte das betreuende Personal in seiner Handlungsmacht darüber bestimmen, wie die Tagesordnung durchgeführt werden sollte. »Normale Handlungen erhielten dadurch oft den Charakter einer Bestrafung.«³² Dazu gehörten beispielsweise das Sporttreiben bis zur völligen Erschöpfung, Essenszwang oder auch Nahrungsentzug. Hierbei spielten auch Kollektivstrafen eine wichtige Rolle. Verhielten sich einzelne Jugendliche nicht den Vorgaben entsprechend, musste die gesamte Einheit mit einer Bestrafung rechnen. Ein weiteres Beispiel für den demütigenden Strafenkatalog im GJWT war das Putzen mithilfe eines stiellosen Schrubbers.³³ Goffman bezeichnet dies als »physische Entwürdigung«, die wie schon der Aufnahmeprozess zu einem Identitätsverlust führen soll.³⁴

Neben den im Tagesablauf eingebauten Strafen griffen die Aufsichtspersonen zu weiteren Maßnahmen. Die Jugendlichen wurden zeitweilig aus der Gruppe ausgeschlossen, körperlich misshandelt und die Unterbringung im GJWT konnte auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Auch zuvor erteilte Privilegien konnten wieder entzogen werden.³⁵ Dabei handelte es sich um sogenannte Freizeitvergünstigungen, die Möglichkeit, den Samstag- und Sonntagnachmittag unabhängig vom vorgeschriebenen Tagesablauf zu gestalten. Diese »Freizeit« sollte jedoch sinnvoll, zum Beispiel mit Lesen oder Schreiben, gefüllt werden.³⁶ Für »totale Institutionen« ist es typisch, dass es darin Räumlichkeiten gibt, die ausdrücklich als Ort der Bestrafung bekannt sind.³⁷ In Torgau existierten zu diesem Zweck Arrestzellen. Bei Regelüberschreitungen wurden die Jugendlichen über Nacht oder auch über mehrere Tage hinweg darin eingesperrt. Dies galt als Höchstmaß, die Anwendung der Strafe war aber keine Ausnahme. Die Mädchen und Jungen mussten diese Arrestzeit unter ungenügenden hygienischen Bedingungen zubringen und waren der körperlichen Gewalt ihrer Erziehungspersonen ausgesetzt.³⁸

Schlafen, Spielen und Arbeiten an einem Ort

Kennzeichnend für den Alltag in einer »totalen Institution« ist, dass ein starker Fokus auf das Kollektiv gelegt wird. Durch Gruppenzwang bleibt den Betroffenen jegliche Form der Individualität verwehrt.³⁹ Auch im GJWT verlief der Tag weitestgehend kollektiv. Aufgeteilt nach Geschlecht, bekamen alle Jugendlichen gruppenintern die gleichen Aufgaben.⁴⁰ Sie sollten so erzogen werden, dass sie selbst den Drang entwickelten, sich dem gesamten System unterzuordnen. Ziel war die Verinnerlichung einer sozia-

listischen Grundeinstellung.⁴¹ Ein Alltag im Sinne des Kollektivs bedeutete jedoch keine Entstehung einer Gemeinschaft. Die Jungen und Mädchen wurden nicht nur von der Außenwelt isoliert. Es war auch verboten, zu den anderen Eingewiesenen, vor allem zum anderen Geschlecht, Kontakt aufzunehmen.⁴²

Wie in anderen »totalen Institutionen«⁴³ waren auch im GJWT ein fest vorgeschriebener Tagesablauf und ein umfassendes Regelwerk wichtig. Den Jugendlichen wurde bisweilen im Fünfminutentakt vorgeschrieben, wann welche Tätigkeit stattzufinden hatte.⁴⁴ Nach dem Konzept »totaler Institutionen« verlieren dabei die drei Lebensbereiche Schlafen, Spielen und Arbeiten ihre örtlichen Grenzen und geschehen in ein und derselben Umgebung.⁴⁵ Für die Betroffenen in Torgau beschränkte sich diese Umgebung auf das Gelände des GJWT. Die Räumlichkeiten im Gebäude wurden so angepasst, dass sich das Leben der Jugendlichen während der gesamten Aufenthaltsdauer innerhalb der Mauern des GJWT abspielte. Dementsprechend waren dort nicht nur gemeinschaftliche Schlafsäle und Aufenthaltsräume errichtet worden, sondern auch Klassenzimmer sowie Werkstätten.⁴⁶

Wird der Punkt »spielen« als Freizeitgestaltung interpretiert, so fand diese nicht im individuellen Rahmen, sondern in der Gemeinschaft statt. Was zu tun war, wurde durch die Erziehenden vorgeschrieben. Die Jugendlichen sollten beispielsweise für den Unterricht lernen, lesen, Sport treiben und Haushaltsaufgaben erledigen.⁴⁷

Zum Bereich »arbeiten« können der Unterricht und die Produktion gezählt werden. Ein Lehrplan legte für den Berufsschulunterricht fest, dass den Jugendlichen eine »staatsbürgerliche Erziehung«⁴⁸ zuteilwerden und ihnen außerdem schulische Grundkenntnisse vermittelt werden sollten. Es ging darüber hinaus auch darum, die Jugendlichen zu einer lernfreudigen Arbeitshaltung zu erziehen. In eine Mädchen- und zwei Jungengruppen aufgeteilt, erhielten sie jeweils einmal pro Woche Unterricht.⁴⁹ Die Unterrichtsinhalte und -praxen sind ein deutliches Indiz für die ideologische Beeinflussung und den politischen Zweck des GJWT.

Die übrigen Werktage waren für die Arbeit bestimmt.⁵⁰ Es bestanden Kooperationen mit zwei Volkseigenen Betrieben aus der Region, für die die Jugendlichen nach genauen Sollvorgaben verschiedene Aufgaben der Metallproduktion übernehmen mussten. Dabei mangelte es an fachgemäßen Einweisungen durch die betreuenden Personen. Da ein regelmäßiges Wechseln zwischen verschiedenen Tätigkeiten vorgesehen war, war es außerdem schwer, eine Arbeitsroutine zu erlangen. Zusätzlich waren die geforderten Mengenangaben zu hoch angesetzt und kaum erfüllbar.⁵¹ Die Zwangsarbeit fand in den hausinternen Werkstätten statt, welche

aber unzureichend beziehungsweise nicht zeitgemäß eingerichtet waren. Dadurch wurde, anstatt für das Arbeitsleben zu motivieren, eher Gegenteiliges bewirkt.⁵²

Soziologische Erklärungsansätze bringen neue Perspektiven

Die Geschehnisse in Torgau und in weiteren Kinder- und Jugendheimen in der DDR wurden bereits umfassend aufgearbeitet. Dennoch sind noch nicht alle Aspekte hinreichend geklärt.⁵³ Eine zusätzliche Betrachtung des GJWT im Lichte der Soziologie liefert Erklärungen dafür, mit welchen Hintergedanken die Einrichtung auf die beschriebene Art und Weise geführt wurde. Ein tieferes Verständnis für die Vorstellungen von Erziehung und Pädagogik, wie sie vom Regime der DDR erwünscht und praktiziert wurde, wird dadurch ermöglicht. Der GJWT war in erster Linie ein Werkzeug zur Disziplinierung im Sinne der Ideologie des Staatssozialismus. Er war damit ein Mittel der Herrschaftssicherung der SED, so wie die Mauer, die Stasi und die Massenorganisationen. Jugendliche sollten nicht erzogen, sondern umerzogen werden, um keine Gefahr mehr für das Regime darzustellen. Die Instrumente, dies umzusetzen, waren Unterdrückung, Demütigung und Gewalt. So ist es notwendig, den GJWT in den Kontext einer Diktatur einzuordnen, die das Erziehungssystem für das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft instrumentalisierte. Dass die Jugendlichen in eine »totale Institution« eingewiesen wurden, war nicht Folge eines echten Vergehens, sondern lediglich der Inanspruchnahme ihres Rechts auf Meinungs- und Handlungsfreiheit. Umso grauenvoller erscheinen die Vorgänge im GJWT.

Die Autorin Elisabeth Hingerl ist Lehramtsstudentin an der Universität Würzburg. Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Redaktion des Deutschland Archiv und des Lehrstuhls für Neueste Geschichte am Institut für Geschichte der Universität Würzburg wurde ihre studentische Hausarbeit ausgewählt und der Autorin die Möglichkeit gegeben, dazu einen Beitrag für das Deutschland Archiv zu verfassen. Erschienen auf DA Online am 18.10.2021.

Anmerkungen

- 1 Erving Goffman, *Asyle: Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt M. 1977 (2. Aufl.), S. 11–16.
- 2 Jürgen Raab, Erving Goffman (= *Klassiker der Wissenssoziologie*, Bd. 6), 2., überarbeitete Aufl., Konstanz und München 2014, S. 9–12.
- 3 Goffman, *Asyle* (Anm. 1), S. 7–11.
- 4 Paragraph 1 der Verordnung über Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen vom 26. Juli 1951, in: *GBl. der DDR Nr. 91 vom 2. August 1951*, S. 708, online unter https://www.gvooon.de/art/dokumente/1951/gesetzblatt-gbl-ddr-1951/pdf/gesetzblatt-gbl-ddr-1951-seite_0708.pdf, letzter Zugriff: 5.9.2021. Mehr zu den verschiedenen Heimtypen online unter www.bpb.de/251286, letzter Zugriff: 5.9.2021.
- 5 Friederike Wapler, Expertise 1. Rechtsfragen der Heimerziehung in der DDR, in: *Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer* (Hg.), *Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR – Expertisen*, Berlin 2012, S. 5–118, hier S. 35, online unter https://www.christian-sachse.de/heimerziehung/Expertisen_web_neu.pdf, letzter Zugriff: 5.9.2021.
- 6 Paragraph 1 Absatz 2 der Anordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe vom 22. April 1965, in: *GBl. der DDR II Nr. 53 vom 17. Mai 1965*, S. 368, online unter http://www.zeitzeugen.brandenburg.de/fileadmin/user_upload/themen_dateien/thema-4_lebenserfahrung_jugendhilfeheim/TMHE_06_02.pdf, letzter Zugriff: 5.9.2021.
- 7 Ebd., Paragraph 2 Absatz 3.
- 8 BaB, DR 203, *Geschlossener Jugendwerkhof Torgau*, online unter <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/43d58f58-620b-4fce-89ca-40084a61a3ff/>, letzter Zugriff: 10.9.2021.
- 9 Tim Storch, *Übersicht über den Verbleib von Unterlagen ehemaliger Jugendwerkhöfe der DDR*. Stand 18.2.2020, online unter https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Benutzen/benutzen_uebersicht_unterlagen_jugendwerkhoeefe_ddr.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff: 10.9.2021.
- 10 *Abschlußbericht des Unabhängigen Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen im ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau*, in: *Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR* (= *Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung*, Bd. 4), herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Berlin 1997, S. 173–178, hier S. 174.
- 11 Goffman, *Asyle* (Anm. 1), S. 16.
- 12 *Abschlußbericht* (Anm. 10), S. 174–175.
- 13 Andreas Gatzemann, *Der Jugendwerkhof Torgau. Das Ende der Erziehung* (= *Studien zur DDR-Gesellschaft*, Bd. 11), Bochum 2009, S. 140.
- 14 <http://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Ein-Haus-der-Jugendhilfe/447/>, letzter Zugriff: 26.8.2021.
- 15 Paragraph 2 Absatz 4 der Anordnung über Spezialheime der Jugendhilfe (Anm. 9).
- 16 *Abschlußbericht* (Anm. 10), S. 174.
- 17 Goffman, *Asyle* (Anm. 1), S. 18–19.
- 18 *Abschlußbericht* (Anm. 10), S. 174.
- 19 Goffman, *Asyle* (Anm. 1), S. 16.
- 20 *Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes Torgau*, S. 1, online unter <https://andreasfreundspuren.suche.de/Arbeitsordnung-GJWH-Torgau>, letzter Zugriff: 26.8.2021.
- 21 *Abschlußbericht* (Anm. 10), S. 178.
- 22 Ebd., S. 175.
- 23 Goffman, *Asyle* (Anm. 1), S. 20.
- 24 Ebd., S. 92.

- 25 Karsten Laudien/Christian Sachse, Expertise 2. Erziehungsvorstellungen in der Heimerziehung der DDR, in: Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hg.), Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR – Expertisen, Berlin 2012, S. 125 – 297, hier S. 234, online unter https://www.christian-sachse.de/heimerziehung/Expertisen_web_neu.pdf, letzter Zugriff: 5.9.2021.
- 26 <http://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Zur-Begrueessung-Arrest/451/>, letzter Zugriff: 26.8.2021.
- 27 Verena Zimmermann, Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von schwererziehbaren straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990), Köln 2004, S. 407.
- 28 <http://www.jugendwerkhof-torgau.de/Historie/Zur-Begrueessung-Arrest/451/>, letzter Zugriff: 26.8.2021.
- 29 Goffman, Asyle (Anm. 1), Verbot persönlicher Gegenstände: S. 30, physische Nacktheit: S. 29, Leibesvisitation: S. 27, Abschneiden des Haupthaars: S. 27, Desinfektion: S. 27, Anstaltskleidung: S. 30, Isolationshaft: wird nicht explizit als möglicher Bestandteil des Einweisungsrituals genannt, sie fällt jedoch eindeutig unter den Begriff der »Isolierung«: S. 27, Aufklärung über die Regeln der Einrichtung: S. 27.
- 30 Ebd., S. 24–25.
- 31 Ebd., S. 56–57.
- 32 Abschlußbericht (Anm. 10), S. 175.
- 33 Ebd., S. 176.
- 34 Goffman, Asyle (Anm. 1), S. 31.
- 35 Abschlußbericht (Anm. 10), S. 177.
- 36 Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes Torgau (Anm. 20), S. 40.
- 37 Goffman, Asyle (Anm. 1), S. 57.
- 38 Abschlußbericht (Anm.10), S. 177.
- 39 Goffman, Asyle (Anm.1), S. 17.
- 40 Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes Torgau (Anm.20), S. 26–27.
- 41 Anke Dreier/Karsten Laudien, Einführung. Heimerziehung der DDR, Schwerin 2012, S. 43–44.
- 42 Abschlußbericht (Anm. 10), S. 174–177.
- 43 Goffman, Asyle (Anm. 1), S. 17.
- 44 Abschlußbericht (Anm. 10), S. 175.
- 45 Goffman, Asyle (Anm. 1), S. 17.
- 46 Brigitte Oleschinski/Norbert Haase/Bettina Kein/Hagen Rösner, Geschichte und Struktur des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hg.), Einweisung nach Torgau. Texte und Dokumente zur autoritären Jugendfürsorge in der DDR (= Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, Bd. 4), Berlin 1997, S. 99–126, hier S. 105–106.
- 47 Ebd., S. 117–118.
- 48 Arbeitsordnung des Jugendwerkhofes Torgau (Anm. 20), S. 65.
- 49 Ebd., S. 65–66.
- 50 Ebd., S. 26–27.
- 51 Zimmermann, Den neuen Menschen schaffen (Anm. 27), S. 390–391.
- 52 Abschlußbericht (Anm. 10), S. 175.
- 53 Berenike Feldhoff, Zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und individueller Rehabilitation. Eine (Zwischen-)Bilanz der Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung, in: Deutschland Archiv, 13.10.2016, online unter www.bpb.de/235221, letzter Zugriff: 26.8.2021.



Am 11. Juli 2018 zeigen Demonstrierende bei einer Kundgebung in München Schilder mit Porträts der NSU-Opfer. Zuvor war der Prozess gegen den rechtsterroristischen NSU mit Schuldsprüchen zu Ende gegangen.

Andreas Förster

Der mysteriöse Showdown

Die offenen Fragen zum Ende des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) in Eisenach und Zwickau am 4. November 2011

Vor zehn Jahren, nach einem Banküberfall am 4. November 2011, werden die beiden Thüringer Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in einem ausgebrannten Wohnmobil bei Eisenach gefunden. Kurz darauf brennt eine Wohnung in der Zwickauer Frühlingsstraße aus, angezündet von ihrer Komplizin Beate Zschäpe. Es war der letzte Unterschlupf der drei Freunde, die fast 14 Jahre zuvor, im Januar 1998, in den Untergrund gegangen waren und unter dem Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) eine rechte Terrorzelle gegründet hatten.

Raubend und mordend zog das Trio jahrelang quer durch die Bundesrepublik, ohne dass die Behörden ihm auf die Spur kamen, zum Teil verfolgten sie falsche Fährten oder tauschten sich untereinander nur ungenügend aus. Auch die Geheimdienste spielten keine rühmliche Rolle. »Der Fall NSU war die größte Niederlage des Rechtsstaats«, urteilte Ende Oktober 2021 Bayerns ehemaliger Innenminister Günther Beckstein (CSU) in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel.¹

Erst nach der Selbstenttarnung des NSU an jenem 4. November 2011 konnten Ermittler der Terrorgruppe die Morde an neun in Deutschland lebenden Migranten und einer deutschen Polizistin, zwei Bombenanschläge in Köln mit Dutzenden Schwerverletzten sowie mehr als ein Dutzend Banküberfälle zuordnen. Als einzige Überlebende des Trios hatte sich die heute 46 Jahre alte Zschäpe am 8. November 2011 in Jena der Polizei gestellt. In einem fünf Jahre dauernden Strafprozess ist sie im Juli 2018 rechtskräftig zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden.

Ein plötzlich veränderter Lebensstil

Doch trotz der umfangreichen Ermittlungen einer zeitweise bis zu 400 Beamte umfassenden Sonderkommission des Bundeskriminalamtes, der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) »Trio«, ist bis heute eine ganze Reihe von Fragen rund um den NSU unbeantwortet geblieben. Zu diesen zählen:

Gehörten der Terrorgruppe NSU nicht vielleicht doch mehr Mitglieder an als Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, die in ihrer Propaganda von einem »Netzwerk von Kameraden« sprachen, hatte das Trio noch Helfer und Unterstützer bei ihren Anschlägen vor Ort? Warum wird der Mord an der Polizeibeamtin Michéle Kiesewetter im April 2007 in Heilbronn nur Mundlos und Böhnhardt zugeschrieben, wenn selbst aus Sicht der Ermittler ein größerer Täterkreis nicht ausgeschlossen werden kann? Und warum begann das Trio kurz nach dieser Tat damit, seinen Lebensstil zu verändern? Die drei zogen aus einem sozial schwachen Altbauviertel in eine größere Wohnung in einem bürgerlichen Stadtteil von Zwickau um. Ihr Leben wurde aufwendiger, sie machten lange Urlaube, mieteten regelmäßig Wohnmobile und Pkw, fuhren teure Fahrräder. Sowohl im Wohngebiet als auch auf Ferienreisen suchten sie aktiv soziale Kontakte. An Urlaubsbekanntschaften schickten sie Fotos und Videos von sich, gaben ihnen Telefonnummer und Mailadressen. Ein Leben im Untergrund – so scheint es – führten die drei spätestens ab 2007 nicht mehr. Warum fühlten sie sich von diesem Zeitpunkt an so sicher?

Und es gibt noch mehr offene Fragen: War es wirklich nur Zufall, dass ein Verfassungsschützer – wie bei dem Mord an Halit Yozgat in Kassel am 6. April 2006 in Kassel geschehen – zur Tatzeit am Ort des Mordes war, von dem er noch dazu nichts mitbekommen haben will? Steht das plötzliche Ende der Ceská-Mordserie² so plötzlich nach dieser Tat damit in Zusammenhang? Und warum sind beim Verfassungsschutz und im Bundesinnenministerium nach dem Aufliegen des NSU reichlich Akten vernichtet worden, die mit Aktivitäten staatlicher Behörden in der rechten Szene zu tun hatten? All diese Fragen wie auch die in der Anklageschrift gegen Beate Zschäpe enthaltenen Widersprüche in der Darstellung von Tatablauf und Täterkreis konnte der jahrelange NSU-Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht nicht auflösen. Die Aussagen Zschäpes im Prozess, die die Angeklagte erst nach jahrelangem Schweigen machte, trugen auch kaum zu einer Aufklärung bei; sie wurden von allen Prozessbeteiligten als widersprüchlich und wenig glaubhaft eingeschätzt. Ebenso scheiterten elf parlamentarische Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene an der Aufhellung der vollständigen Hintergründe der NSU-Taten.

Zurück bleibt die beunruhigende Gewissheit, dass die Geschichte um den NSU, seine Hintermänner und Auftraggeber viel komplexer, weitreichender und verstörender sein könnte, als wir es bislang wissen.

Voller Rätsel steckt bis heute auch das zentrale Ereignis in der NSU-Affäre – die Selbstenttarnung der Terrorgruppe nach dem kollektiven Selbstmord von Mundlos und Bönnhardt am 4. November 2011 und der Zerstörung der Zwickauer Wohnung durch Zschäpe.

Unklar ist auch, ob vielleicht noch weitere unbekannte Personen dabei eine Rolle spielten. Darauf könnten bis heute nicht identifizierte DNA-Spuren hinweisen, die sich sowohl im Wohnmobil als auch in der Zwickauer Wohnung des Trios fanden. Vor diesem Hintergrund lohnt ein genauer Blick auf die Vorgänge rund um den 4. November 2011.³

Ein bislang unbekanntes Kind

Die Geschichte, die zum Aufliegen der Terrorzelle führen sollte, begann bereits am 25. Oktober 2011. An diesem Tag erschien ein junger Mann in einer Caravanvermietung im vogtländischen Schreiersgrün, etwa 30 Kilometer südlich von Zwickau. Es war Uwe Bönnhardt, der mit dem Ausweis eines Freundes⁴ ein Wohnmobil der Marke Fiat Sunlight mietete. Am 4. November, so sagte er den Vermietern, wolle er das Fahrzeug zurückbringen. Begleitet wurde Bönnhardt angeblich von Beate Zschäpe

und einem kleinen, blonden Mädchen im Vorschulalter, das »Mama« zu Zschäpe sagte. Das sagten Mitarbeiter der Verleihfirma später vor der Polizei aus. Wer das Kind war, weiß man bis heute nicht. Auch, ob die Frau wirklich Zschäpe war, ist fraglich. Eine erste Phantomzeichnung der Zeugen wies keine Ähnlichkeit mit ihr auf. Außerdem fuhren die drei, als sie das Wohnmobil abholten, in einem großen Familienauto vor – das Trio besaß aber kein eigenes Auto.

Wohin das Wohnmobil in den kommenden Tagen fuhr, lässt sich nicht mehr vollständig klären. Nachbarn und Nachbarinnen in der Zwickauer Frühlingsstraße erinnerten sich später daran, dass mehrfach ein weißes Wohnmobil vor dem Haus des Trios stand – wann genau das war, konnten die Hinweisgeber und Hinweisgeberinnen nicht sagen. Zeugen und Zeuginnen aus dem Wohngebiet in Stregda bei Eisenach wollten das Wohnmobil am 1. November sowie am Abend des 3. November und am frühen Morgen des 4. November in ihrem Viertel gesehen haben. Gut möglich, dass Mundlos und Böhnhardt die Gegend für ihren geplanten Coup ausbaldowerten.

War Zschäpe dabei, als die beiden Uwes umherfuhren? Zumindest schien auch sie unterwegs gewesen zu sein. Diesen Schluss lässt die Auswertung der Onlineaktivität in der Frühlingsstraße zu. So registrierten die Ermittler und Ermittlerinnen, dass es in der Phase der Wohnmobilmietung zwei längere Unterbrechungen im Internetverlauf gab. Zwischen dem 24. und 29. Oktober sowie vom 31. Oktober, 17.33 Uhr, bis zum 3. November, 21.38 Uhr, loggte sich niemand in der Wohnung des Trios ins Internet ein. Das ist deshalb ungewöhnlich, weil Zschäpe unter dem Nutzernamen Liese normalerweise mehrere Stunden lang täglich im Netz surfte. Die Pausen deuten also auf eine Abwesenheit hin.

Allerdings war sie zumindest am 1. November, einem Dienstag, noch in Zwickau unterwegs. Am späten Nachmittag fuhr sie zur Polenzstraße, wo das Trio bis 2007 in einem etwas heruntergekommenen Mietshaus gewohnt hatte. Dort besuchte sie Heike K., ihre ehemalige Nachbarin und gute Freundin. Sie hätten zusammen Abendbrot gegessen und Fernsehen geschaut, erinnerte sich K. später bei der Befragung durch das Bundeskriminalamt (BKA). Ihr sei aber aufgefallen, dass die sonst so lustige Zschäpe an diesem Abend auffällig ruhig und in sich gekehrt gewesen sei. Der Abschied am Abend sei dann wie eine Trennung gewesen. Zschäpe habe sie »eine ganze Minute« an sich gedrückt und Tränen in den Augen gehabt, erinnerte sich K. Als schließlich das Taxi kam, sei Zschäpe »fast weggerannt«.

Wenn sie aber nicht in die Frühlingsstraße fuhr, was die bis zum Abend des 3. November fehlenden Onlineaktivitäten nahelegen – wo hat das Taxi Zschäpe dann hingebacht? Im Wohnmobil war sie jedenfalls nicht in

diesen Tagen. Das lässt sich anhand der sichergestellten Asservate feststellen. Nur zwei Betten im Fahrzeug sind benutzt worden, in den Schränken fanden sich lediglich Kleidungsstücke der beiden Männer. Von Frauensachen keine Spur – dafür aber Hinweise auf die Anwesenheit eines Kindes. Am Boden der Fahrerkabine fanden die Ermittler einen Plüschbären, eine Plastikpuppe, eine Wasserspritzpistole. Und eine einzelne rosafarbene Kindersandale, Größe 34. Eine DNA-Spur konnte darauf gesichert werden, es war die eines Mädchens. Wer das Mädchen war, weiß man bis heute nicht.

Ein hohler Plüschbär für Schmuggelgut?

Allerdings stellten die Ermittler noch ein seltsames Detail fest, als sie die Asservate untersuchten. Durch ein Loch im Stoff kann man in den Bauch des Plüschbären fassen, darin finden sich kleine leere Plastiktütchen. Diente das Spielzeug im Wohnmobil nur zur Tarnung, weil in dem Stofftier etwas geschmuggelt wurde? Der Verdacht ist nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheint. Zwar hatten Mundlos und Böhnhardt vor allem in den ersten Jahren mit Banküberfällen dringend benötigtes Geld erbeutet – aber ob diese Raubtaten wirklich die einzige Einnahmequelle des Trios waren, bezweifeln auch die Ermittler. Die Finanzermittlungen des BKA legen den Schluss nahe, dass sich die im Untergrund lebenden Neonazis offenbar nicht nur aus diesen Überfällen finanziert haben können, sondern noch Geld aus weiteren, bislang unbekanntem Quellen oder Straftaten erhalten haben müssen

Es ist durchaus möglich, dass Mundlos und Böhnhardt im Laufe der Jahre auch mit anderen kriminellen Gruppen, sogar aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, in Kontakt geraten sind. Darauf weisen auch DNA-Spuren hin, die im Wohnmobil und in der Frühlingsstraße gesichert, aber von den Fahndern bislang nicht konkreten Personen zugeordnet werden konnten. So fand sich die in den Akten als P46 bezeichnete DNA-Spur einer unbekanntem männlichen Person zusammen mit dem genetischen Fingerabdruck von Beate Zschäpe an einer unbenutzten Wollsocke im Schrank des ausgebrannten Wohnmobils. In der DNA-Analysedatei des BKA erzielte ein Abgleich von P46 drei Treffer: Die Spur konnte zwischen 2002 und 2005 an Tatorten in Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen gesichert werden. In Berlin ging es dabei um einen Fahrzeugdiebstahl, im nordrhein-westfälischen Rhein-Erft-Kreis sowie im hessischen Lahn-Dill-Kreis wurde die Spur einer seit 2002 anhaltenden Verbrechenserie von Wohnungseinbrüchen zugeordnet.

Zumindest bei den beiden letzten Straftaten gehen die Behörden davon aus, dass eine litauische Tätergruppe dahintersteckt. Eine brisante Spur, denn mindestens bis Ende der 1990er-Jahre begingen Thüringer Neonazis aus dem unmittelbaren Umfeld des Trios zusammen mit litauischen Staatsbürgern nachweislich Raubstraftaten im Freistaat.

Und noch eine weitere unbekannte DNA-Spur aus dem Wohnmobil gibt Rätsel auf. Sie wurde an einer Plastikflasche mit Erdbeermilch isoliert, die im Kühlschrank des Fahrzeugs stand. Dieselbe DNA-Spur, in den Akten als P12 bezeichnet, fanden die Ermittler an weiteren sieben Asservaten aus der Wohnung in der Frühlingsstraße – es handelt sich dabei um schriftliche Unterlagen, eine mit »PDS/SPD Liste« beschriftete Diskette, ein Munitionsteil sowie einen Rucksack, der vermutlich für einen Bankraub in Chemnitz benutzt wurde. Als die Spur in der Analysedatei des BKA überprüft wurde, machten die Ermittler eine überraschende Entdeckung: Der genetische Code der unbekannt Person P12 war im Juli 2012, also mehr als ein halbes Jahr nach dem Aufliegen des Trios, an einem Tatort in Berlin sichergestellt worden. Er fand sich an der Hülsen einer Patrone, die auf zwei Mitglieder des Rockerclubs Bandidos abgefeuert worden war.

Noch ein ungewöhnlicher Vorgang spielte sich in den Tagen vor dem 4. November 2011 ab. Am 26. Oktober – am Tag zuvor hatte das Trio das Wohnmobil für den Sparkassen-Überfall in Eisenach angemietet – verließen Mundlos und Böhnhardt abends die gemeinsame Wohnung in der Frühlingsstraße. Aufnahmen der von ihnen zwei Jahre zuvor in den Blumenkästen vor den Fenstern versteckten Überwachungskameras zeigen, wie die beiden Männer im Dunkeln aus dem Hauseingang an der Rückseite des Gebäudes treten und eine Leiter aufstellen. Während der eine mit der Taschenlampe leuchtet, montiert der andere einen Bewegungsmelder und verbindet ihn mit dem Außenlicht über der Haustür. Nach einer Viertelstunde ist die Montage beendet, Mundlos und Böhnhardt kehren in die Wohnung zurück.

Umfangreiches Waffenarsenal

Warum haben die beiden nicht bis zum nächsten Tag gewartet, um den Bewegungsmelder bei Tageslicht zu montieren? Sollten die Nachbarn nichts mitbekommen von dem Einbau? Und wieso brachten sie überhaupt das Gerät an – sorgte sich das Trio vor ungebetenem Besuch? Ein Grund für Letzteres könnte das verräterische Waffenarsenal sein, das in jenen

Tagen in der Wohnung des Trios in der Frühlingsstraße lagerte: Zwölf Waffen – darunter die Ceská und eine zweite, bei der Mordserie eingesetzte Pistole sowie die beiden Tatwaffen, mit denen auf die Polizisten in Heilbronn gefeuert worden war – lagen dort wie auf dem Präsentierteller. Hinzu kamen über 1 600 Schuss Munition sowie zweieinhalb Kilogramm Schwarzpulver. Möglicherweise lagerten die Waffen nur vorübergehend in der Frühlingsstraße, denn es ist kaum anzunehmen, dass ein solch großes Arsenal einschließlich der verräterischen Tatwaffen von zehn Morden ständig in der Wohnung vorgehalten wurde.

Immerhin gab das Trio jedes Jahr, wenn es wochenlang in den Urlaub fuhr, die Wohnungsschlüssel an ein fremdes Ehepaar ab, das die Katzen betreute. Oder waren dem Trio einige der Waffen von unbekanntem Komplizen oder Komplizinnen zur vorübergehenden Aufbewahrung übergeben worden?

Für diese Überlegungen spricht der Einbau des Bewegungsmelders, der eine visuelle Überwachung des Hintereingangs durch die Kamera im Blumenkasten auch bei Dunkelheit erlaubte. Doch nicht nur in der Wohnung waren in jenen Novembertagen ungewöhnlich viele Waffen versteckt. Auch im Wohnmobil, mit dem Mundlos und Böhnhardt zum Überfall nach Eisenach fuhren, befand sich ein beträchtliches Arsenal.

Die Polizei stellte später acht Waffen in dem Fahrzeug sicher, darunter eine Maschinenpistole, zwei Vorderschaftrepetierflinten – sogenannte Pumpguns – und die beiden Dienstpistolen der in Heilbronn überfallenen Polizisten sowie einen bei einem Raubüberfall 2006 in Zwickau verwendeten Revolver. Hinzu kamen mehr als 23 000 Euro Bargeld, die noch in Plastikfolie eingeschweißt waren und aus einem wenige Wochen zurückliegenden Bankraub des NSU in Arnstadt stammten

Aber warum hatten Mundlos und Böhnhardt diese vielen Waffen und das Bargeld sowie außerdem noch die in einem Rucksack verborgenen verräterischen NSU-Videos bei sich, als sie zu dem Überfall nach Eisenach fuhren? Sie gingen damit ein unnötig hohes Risiko ein, schon bei einer Polizeikontrolle oder einem Verkehrsunfall erwischt zu werden. Eine mögliche Erklärung dafür lautet, dass sie in den Tagen zuvor ein Depot geräumt hatten, also ein Erdversteck oder eine zweite geheime Wohnung, in der bis dahin das Geld und die Waffen lagerten. Nach dem Überfall wollten sie dann die Sachen möglicherweise in ein anderes Versteck bringen beziehungsweise an einen Komplizen weitergeben. Für diese These spricht der Umstand, dass am Nachmittag des 3. November 2011 – also am Tag vor dem Bankraub in Eisenach – Böhnhardt bei der Caravanvermietung in Schreiersgrün anrief, um die am nächsten Tag ablaufende Miet-

zeit für das Wohnmobil zu verlängern. Und zwar bis zum darauffolgenden Montag, dem 7. November 2011. Sollte die Reise nach dem Bankraub also noch weitergehen?

Keine stringente Flucht

Vor diesem Hintergrund erscheinen auch die Vorgänge am 4. November im Eisenacher Stadtteil Stregda in einem anderen Licht. Um 9.10 Uhr an diesem Tag überfielen Mundlos und Böhnhardt die Sparkasse am Eisenacher Nordplatz. Nach der Tat flüchteten die beiden Täter mit 72 000 Euro Beute auf Fahrrädern zu einem Wohnmobil, das gerade mal 600 Meter entfernt auf einem leeren Parkplatz abgestellt war. Von dort fuhren sie aber nicht auf die nahe gelegene Autobahn, sondern bogen kurz vor der Autobahnauffahrt in das Wohngebiet von Stregda ab. Dass sie damit einer möglichen Ringfahndung entgehen wollten, wie die Ermittler vermuten, ist nicht unbedingt plausibel:

Aus dem Polizeifunk, den die beiden Bankräuber in ihrem Wagen abhörten, wussten sie, dass zunächst nach einem Transporter gesucht wurde. Erst um 10.34 Uhr, fast anderthalb Stunden nach dem Überfall, wurden die Polizeistreifen angewiesen, auf ein weißes Wohnmobil zu achten. Da hätten die beiden schon längst über alle Berge sein können. Und auch, als schon kurz nach 11 Uhr die Ringfahndung aufgehoben wurde, fuhren Mundlos und Böhnhardt nicht los auf die nahe Autobahn. Warum nicht? Warteten sie vielleicht auf einen Komplizen, mit dem sie an diesem Ort verabredet waren, um ihm die Waffen und das Geld aus dem Fahrzeug zu übergeben?

Als die Polizeistreife gegen 12 Uhr eher zufällig auf das Wohnmobil in der stillen Straße Am Schafrain in Stregda stieß, waren die beiden Männer in dem Fahrzeug vermutlich noch am Leben. Dafür sprechen zumindest die Geräusche, die die Beamten wahrnahmen, als sie aus ihrem Streifenwagen stiegen und zu dem Fahrzeug gingen. Ein Rumpeln habe man gehört, »als würde ein Möbelstück gerückt«, wie sich einer von ihnen später erinnerte. Dann fiel ein Schuss. Die Beamten suchten Deckung und vernahmen – dazu gibt es von ihnen unterschiedliche Aussagen – nach zwei beziehungsweise drei bis fünf Sekunden einen zweiten Schuss. Schließlich fiel noch ein dritter Schuss – nach weiteren drei bis fünf Sekunden, wie der eine Beamte ausgesagt hat, oder nach 10 bis 15 Sekunden, wie es der andere glaubt. Kurz darauf drangen Rauch und Flammen aus dem Wohnmobil.⁵

20 mysteriöse Sekunden

Was ist in diesen – je nach Zeugenaussage – sieben bis 20 Sekunden im Inneren des Wohnmobils passiert? Offenbar, das zeigen die Tatortfotos, waren Mundlos und Böhnhardt auf ein mögliches Feuergefecht mit der Polizei eingestellt. Beide hatten Pumpguns zur Hand. Auf der Sitzecke lag eine Maschinenpistole mit ausgeklapptem Schulterstück, auf dem Boden im Bad eine der beiden beim Polizistenmord in Heilbronn geraubten Dienstpistolen. Die andere, die der getöteten Polizistin Michèle Kiesewetter gehörte, lag auf dem Tisch in der Sitzecke. Auf dem Herd lag ein Revolver. Schließlich befand sich auch noch auf dem Bett im Heck des Fahrzeugs eine Pistole. Sieben Waffen, alle durchgeladen und griffbereit für den Ernstfall – und doch entschieden sich die beiden Killer, die noch vier Jahre zuvor eiskalt auf zwei Polizisten in Heilbronn geschossen haben sollen, diesmal innerhalb kurzer Zeit zum kollektiven Selbstmord. Oder gab es einen Streit, einen Kampf gar? Wollte Böhnhardt sich den Weg freischießen und Mundlos das verhindern? Denkbar wäre das, denn nach den Feststellungen der Ermittler tötete Mundlos Böhnhardt mit einem Schuss aus seiner Pumpgun in die Schläfe und richtete die Waffe dann anschließend gegen sich selbst.

Sicher ist: Alles muss sich unvorstellbar schnell in dem engen Wohnmobil abgespielt haben. Laut einem Brandgutachten soll Mundlos nach dem Todesschuss auf Böhnhardt Papier in der Mitte des Wohnwagens angehäuft und angezündet haben. Spuren von einem Brandbeschleuniger fand man nicht. Dennoch muss das Feuer innerhalb kurzer Zeit hoch aufgelodert sein. Es wurde schließlich so heiß, dass nach wenigen Minuten die Fenster und die Decke des Fahrzeugs herausflogen und sich einige der Waffen verformten. Mundlos war zu diesem Zeitpunkt längst tot. Dem von den Polizisten geschilderten Ablauf zufolge muss er sich, unmittelbar nachdem er das Papier angezündet hat, sofort hingeworfen und selbst erschossen haben.

Der noch immer fehlende dritte Mann

Die Spurenlage, die Auffindesituation und die glaubwürdigen Beobachtungen der Streifenpolizisten sprechen dagegen, dass die beiden Männer im Wohnmobil von einem unbekanntem Dritten erschossen wurden. Aber dennoch muss es einen dritten Mann gegeben haben, der die Vorgänge in Stregda beobachtet hat oder davon nach kurzer Zeit erfuhr und genau wusste, um wen es sich bei den Toten im Wohnmobil handelte. Wie sonst hätte Beate Zschäpe in der Zwickauer Wohnung vom Tod ihrer beiden

Freunde erfahren sollen? Sie surfte zwar im Internet, schien aber arglos. Nur am Vormittag suchte sie im Netz einmal nach Meldungen über Autounfälle in Sachsen. Dann aber kehrte sie zurück auf die Seiten über Tierschutzorganisationen und Biobauern in der Region. Um 14.28 Uhr tippte sie »fleisch von freilaufenden tieren zwickau« in das Suchfeld bei Google ein. Zwei Minuten später schaltete sie den PC aus, eine weitere halbe Stunde später stand die Wohnung in Flammen

Zwischen 14.28 und 14.30 Uhr musste ihr also jemand glaubhaft versichert haben, dass Mundlos und Böhnhardt tot sind, dass ihr nichts als die überstürzte Flucht bleibt und der Versuch, Spuren zu vernichten. Dass es eine kurze Radionachricht über ein brennendes Wohnmobil mit zwei Toten war, die sie aufschrecken ließ – so behauptete es Zschäpe in ihrer zweifelhaften Aussage in der Endphase des NSU-Prozesses –, ist kaum glaubhaft.

Auf welchem Weg auch immer Zschäpe an diesem Nachmittag des 4. November 2011 vom Tod ihrer beiden Freunde erfuhr, die Nachricht versetzte sie offenbar in große Panik. Dabei hätte sie genug Zeit gehabt, belastende Beweise, also Waffen, verräterische Unterlagen und die NSU-Videos, aus der Wohnung zu schaffen – ergab sich für die Behörden doch erst am Freitagabend ein Zusammenhang zwischen dem Bankraub und der Wohnung in der Frühlingsstraße, nachdem ein Anwohner aus Zwickau in einem Fernsehbericht zufällig das Wohnmobil erkannt und die Polizei alarmiert hatte. Bei der Anmietung des Fahrzeugs hatte Böhnhardt nicht nur einen falschen Namen, sondern auch eine andere Adresse angegeben.

Doch Zschäpe entschied sich innerhalb weniger Minuten dafür, einen auf maximale Zerstörungskraft angelegten Brand zu entfachen. Aus einem schon bereitstehenden Kanister verteilte sie zehn Liter Benzin in der Wohnung. Da die Fenster geschlossen waren, entwickelte sich ein hochexplosives Luftgemisch. Die Zerstörung, die die Detonation und das anschließende großflächige Feuer anrichteten, war groß – dennoch konnten im Brandschutt später erstaunlich gut erhaltene Beweisstücke gefunden werden.

Ein Unterschlupf in Glauchau?

Nachdem sie die Wohnung verlassen und die beiden Katzen einer Nachbarin gegeben hatte, lief Zschäpe zunächst Richtung Innenstadt, von wo aus sie über Handy ihren Vertrauten André Eminger anrief.⁶ Der holte sie eine halbe Stunde nach Ausbruch des Feuers in etwa zwei Kilometer Entfernung von der Frühlingsstraße mit dem Auto ab. Wohin er sie brachte, ist nicht bekannt. Möglicherweise war Glauchau das Ziel, eine Kleinstadt nahe Zwi-

ckau. Tatsächlich wurde am frühen Morgen des 5. Novembers zwischen drei und vier Uhr von einer Telefonzelle am Bahnhof Glauchau aus der Handysanschluss von Eminger mehrmals angewählt. Sollte Zschäpe die unbekannte Anruferin gewesen sein, was zu vermuten ist, wäre das ein weiterer Hinweis darauf, dass das Trio noch einen Unterschlupf in Glauchau besaß.⁷

Auf ihrer Flucht hatte Zschäpe offenbar noch ein weiteres, bis heute unbekanntes Handy dabei. Ein Nachbar beobachtete, wie sie nach dem Verlassen des Hauses in der Frühlingsstraße telefonierte. Von der Nummer, von der aus sie eine Viertelstunde später André Eminger anrief, kann dieser Anruf nicht geführt worden sein – das hat die spätere Auswertung der Handydaten ergeben. Wen rief Zschäpe aber dann von diesem unbekanntem Handy aus an?

Bis zum 8. November 2011 fuhr sie mit dem Zug anscheinend ziellos durch mehrere Bundesländer. War sie auf der Flucht, weil sie um ihr Leben fürchtete, oder rang sie an diesen Tagen mit dem Gedanken, Selbstmord zu begehen? Zschäpes Einlassungen dazu vor Gericht geben keine rechte Antwort darauf.

Zweifelhaft bleibt auch ihre späte Aussage im Prozess, sie habe – wie in der Anklage behauptet – auf ihrer Flucht mindestens 15 fertig adressierte und frankierte Briefumschläge mit dem NSU-Bekennervideo an verschiedenen Orten in die Post gegeben. Denn nur auf einem der sichergestellten Umschläge ist ein Fingerabdruck von Zschäpe gefunden worden, auf den restlichen gab es keinerlei Spuren oder DNA von ihr oder ihren beiden Freunden. In mindestens einem Fall, in Nürnberg, hatte das Bekennervideo den Adressaten zudem in einem unfrankierten Umschlag erreicht. Das heißt, ein unbekannter Komplize muss den Umschlag dort in den Briefkasten geworfen haben – denn in Nürnberg ist Zschäpe auf ihrer Flucht nicht gewesen

Am 8. November 2011, einem Dienstag, stellte sich Beate Zschäpe in ihrer Heimatstadt Jena der Polizei. Ein Jahr später, auf einem Haftausflug nach Thüringen, sagte sie zu dem sie begleitenden BKA-Beamten: »So einen Fall wie mich, das hat's noch nicht gegeben.« Was sie damit meinte, gehört bis heute zu den ungelösten Rätseln rund um die schlimmste Mordserie deutscher Rechtsterroristen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Erschienen im Deutschland Archiv Online am 4.11.2021.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Tagesspiegel online vom 27.10.2021, <https://plus.tagesspiegel.de/politik/10-jahre-nach-nsu-bayerns-ex-innenminister-beckstein-der-fall-war-die-grosste-niederlage-des-rechtsstaats-285754.html>, letzter Zugriff am 3.11.2021.
- 2 Die Tatwaffe der neun Morde war eine Česká 83, eine halbautomatische Selbstladepestole, die Helfershelfer dem Trio besorgten.
- 3 Der Autor nutzt für die folgende Darstellung die umfangreichen Ermittlungsakten des NSU-Verfahrens der Generalbundesanwaltschaft, die er in der Vergangenheit einsehen und auswerten konnte. Zum Nachlesen ist die Akte 2018 auch in der Schriftenreihe der bpb unter der Bestellnummer SR 10372 erhältlich (<https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/293325/der-nsu-prozess-das-protokoll>).
- 4 Der Ausweis gehörte Holger G., einem aus Jena stammenden Neonazi und Freund des Trios. Der später nach Niedersachsen verzogene G. hatte im Mai 2011 seinen Reisepass an Bönhardt übergeben, der das Dokument fortan unter anderem zur Anmietung von Fahrzeugen benutzte. G., der dem Trio mehrfach Ausweispapiere überlassen hatte, wurde 2018 vom OLG München wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt.
- 5 Der erste Schuss, der von den Streifenbeamten gehört wurde und der aber niemanden traf, gibt ebenfalls Rätsel auf. Den Ermittlern zufolge wurde er im Wohnmobil aus der Maschinenpistole abgefeuert, die sich später auf der Sitzbank fand und nach einer Schussabgabe eine Ladehemmung hatte. Teile eines Geschosses konnten von Experten auch im Fensterrahmen der Fahrertür gefunden werden – aber ob dieses Geschoss aus der MPi stammte, ließ sich technisch nicht mehr klären. Einer der beiden Streifenpolizisten, die am Wohnmobil standen, als die Schussgeräusche zu hören waren, sagte vor dem Erfurter NSU-Untersuchungsausschuss zudem aus, er sei sicher, dass der erste Schuss aus einer kleinkalibrigen Waffe abgegeben worden sei, einem Revolver oder einer Pistole vielleicht. Er sei Jäger und habe ein gutes Gehör für Waffen, sagte der Beamte noch. Die Untersuchung der entsprechenden Waffen im Wohnmobil ergab jedoch keinen Hinweis darauf, dass aus ihnen gefeuert wurde.
- 6 Der Zwickauer Neonazi André E. gilt laut Ermittlern als engster Vertrauter und wichtigster Helfer des Trios während ihrer Zeit in Zwickau. Das OLG München verurteilte ihn wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung jedoch lediglich zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil der Bundesgerichtshof im Dezember 2021 noch über einen von der Bundesanwaltschaft eingelegten Revisionsantrag beraten muss. Eine aktuelle Übersicht über die weiteren Mitverdächtigen und den Ermittlungsstand gegen sie veröffentlichte die taz am 4.11.2021 unter <https://taz.de/Zehn-Jahre-nach-NSU-Enttarnung/!5809433/>, letzter Zugriff am 1.11.2021.
- 7 Das BKA ging einige Jahre später diesem Verdacht nach und suchte erfolglos per Handzettel in Glauchau Zeuginnen und Zeugen, die Hinweise auf eine solche konspirative Wohnung geben könnten.



Verlassene Gebäude des ehemaligen VEB Waggonbaus, Görlitz, Juli 2020

Nicolas Offenstadt

Eine Suche nach den verschollenen Spuren der DDR

Es gibt viele verschiedene Ansätze, sich dem Gedächtnis der früheren DDR geschichtswissenschaftlich zu nähern, und ebenso viele nutzbare Quellen – von den Verwaltungsarchiven bis zu mündlichen Erfahrungsberichten oder alten Presseartikeln. Der Weg, den ich gewählt habe, ist recht spezifisch und wird aus dem untersuchten Terrain selbst heraus möglich: durch lange Spaziergänge und verschiedene Besuche in den ostdeutschen Regionen, vor allem zwischen 2006 und 2012. Aus diesen zunächst aus allgemeiner Neugier absolvierten Touren wurde schließlich ein sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt (2012–2020). Nach und nach hat mich die präsen- te Abwesenheit der Vergangenheit der DDR auf dem Territorium des früheren Staates gepackt. Diese Präsenz wird spürbar in der materiellen Existenz bestimmter Dinge, die heute noch da sind und entweder eine bestimmte

Funktion erfüllen wie die Plattenbauten oder inzwischen deaktiviert wurde wie etwa Inschriften auf Mauern, die heute keinen Zweck mehr erfüllen, oder aber die vielen halb vergessenen, für den DDR-Sozialismus typischen Standbilder in der Öffentlichkeit. Ihre Abwesenheit markiert auch den Raum, der in gewisser Weise weiterhin – oder eben doch nicht mehr – von diesen Spuren eingenommen wird, sind doch einige von ihnen wie etwa Gedenkschriften, Skulpturen und öffentliche Kunstwerke vollständig verschwunden. Auch das nach wie vor Vorhandene erregt die Aufmerksamkeit, da es häufig schlecht gepflegt ist, in einer veränderten Landschaft deplatziert wirkt und die lokalen Verantwortlichen nicht im Geringsten zu interessieren scheint. Die präsenste Abwesenheit stellt sich durch die zahlreichen Gebäude und Grundstücke dar, die in der DDR-Zeit ihrem Zweck dienten und manchmal durch sie errichtet wurden, aber heute verlassen, um nicht zu sagen ganz und gar oder teilweise verfallen, sind.

Die Basis meiner Untersuchung sind die Spuren der DDR in dieser ganzen Zweideutigkeit sowie die mit ihnen verbundenen Fragen. Diese Spuren waren zunächst das, was noch übrig geblieben ist, ein Rest oder Relikt, das aber andererseits auch verschwunden ist, obschon es den zuvor eingenommenen Raum erkennbar leer hinterlässt und somit auch eine Erinnerung, eine Art Abdruck, der seine Abwesenheit bezeugt – wie der Umriss einer Gedenktafel auf einer Mauer und die Löcher, die einst zu ihrer Befestigung dienten.

Zunächst möchte ich darlegen, wie ich diese Spuren der DDR definiert und eingeordnet habe, um im Folgenden einen eigenen Ansatz der Urban Exploration darzulegen und das Vorgehen bei dieser Untersuchung im Einzelnen zu beschreiben.¹

Die Spuren

Meine Untersuchung beginnt mit dem Blick, wobei ich allerdings betonen muss, dass dieser nur den Ausgangspunkt bildet, in eindeutiger Abgrenzung vom gewählten Weg und meiner Methode. Dieser Ausgangspunkt bestand in den sichtbaren Spuren mit schmückender oder technischer Funktion, die draußen, im öffentlichen Raum zu finden sind, aber auch dort, wo sie normalerweise verborgen bleiben.² Der bereits erwähnte anfängliche Blick fällt auf eine faszinierende Stadtlandschaft, in der neuere Schichten jene der Vergangenheit überlagern.

Als Historiker bin ich allerdings verpflichtet, den Terminus Spuren genau einzugrenzen, da er in der Disziplin schon sehr lange und mit den

verschiedensten Bedeutungen verwendet wird. Vielfach wurde in diesem Zusammenhang von der Erkenntnis mittels Spuren gesprochen. Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften mit ihrem direkten Zugang zum Forschungsobjekt und der Anthropologie oder Soziologie mit ihren untersuchten Populationen hat die Geschichtswissenschaft demnach keinen direkten Zugang zur Vergangenheit. Möglich wird dieser erst durch das Erschließen von Spuren. Man müsste also diese Spuren zum Sprechen bringen, um die Vergangenheit zu rekonstruieren – und mittels verschiedener Gedankengänge und Schlussfolgerungen sozusagen die Löcher stopfen, die zwischen diesen Spuren klaffen³.

Die Spuren der DDR, um die es hier geht, befreien uns von der Notwendigkeit, den Zugang zur Vergangenheit über Fragmente zu finden. Angesichts der hervorragenden Datenlage und der Bedeutung lebender Zeitzeugen hat das Konzept der Fragmente hier nahezu nur sekundäre Bedeutung. Im Zusammenhang mit Ostdeutschland möchte ich daher die Spur im Sinne einer Hinterlassenschaft verstehen, welche die Akteure der Vergangenheit – und der Gegenwart – aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit, ihres geringen materiellen und gesellschaftlichen Werts achtlos zurückgelassen haben. So wird die Hinterlassenschaft allerdings auch zu einem Anstoß, über das nachzudenken, was aufgegeben wurde. Dieser Vorgang des Aufgebens wird nirgendwo so deutlich wie in den zahllosen verlassenen Bauten auf dem Gebiet der früheren DDR. In diesen alten Fabriken, Werkstätten oder Kulturzentren können wir all die Objekte finden, die Einfluss auf die Geschichte des Landes hatten: Industrieerzeugnisse, alltägliche Konsumgüter, Poster, Schilder und Zeichen, aber auch kleine persönliche Besitztümer, die jemand liegen gelassen oder vergessen hat. Ich werde im folgenden Teil noch darauf zurückkommen.

Die Spuren sind auch als Ausdruck der Beständigkeit jener Dinge zu verstehen, die auch dann fortbestehen, wenn die gesamte Umgebung auf den Kopf gestellt wird. Viele Spuren dieser Art sind in der Zeit seit 1990 verschwunden, andere hingegen sind noch da und uns zugänglich. Die beständige Spur bildet im Verbund mit den Menschen, die sie nutzen oder frequentieren, eine Art Kollektiv – das gilt insbesondere für jene Ostdeutschen, die diese Spuren erhalten, schätzen oder erwähnen. Die Beständigkeit der Spuren äußert sich auch dadurch, dass diese an privaten oder öffentlichen Orten – etwa in Restaurants, Bars, Geschäften – neu und anders in Szene gesetzt werden: Die DDR-Souvenirs tragen dann auf einmal ein Geschäftsmodell, dienen zur Dekoration oder bilden eine mehr oder weniger umfangreiche Erinnerungsecke, die ein bestimmtes Maß an allgemeiner Aufmerksamkeit erregt. Die Betreiberinnen und Betreiber solcher Orte

nennen unterschiedliche Motive: Manche verteidigen unterschiedlich stark das Regime, andere interessieren sich für die Epoche und ihr Design, wie es etwa in dem kleinen Museum in Wernigerode der Fall ist.

Es kann auch um die einfache Darstellung einer Biografie gehen oder darum, sich abweichend vom Mainstream zu äußern. Solche Spuren zeigen ihre Beständigkeit auch in privaten DDR-Museen, also außerhalb der professionellen nationalen oder regionalen Museumsarbeit. In solchen Ausstellungen äußert sich vor allem der Akkumulationswille der Betreiber und ihr Interesse am Vorführen der Objekte. Es handelt sich um eine Art Erinnerungsproduktion, bei der es darum geht, die Spuren zu konservieren, und nicht etwa um die Konstruktion eines ausgefeilten museografischen Diskurses. Es gibt auf dem gesamten früheren DDR-Territorium etliche Museen dieser Art – mindestens 30 von ihnen widmen sich der DDR im Allgemeinen.

Auch frühere Funktionsträger der SED und nach wie vor überzeugte Kommunisten setzen sich für die Wiederbelebung politischer Spuren der Existenz ihrer kleinen untergegangenen Republik ein. Sie organisieren Zeremonien und holen dafür die Büsten und Flaggen von früher wieder hervor, um sich dann an die NVA oder die DDR als Ganzes zu erinnern.⁴

Es ist wichtig, festzuhalten, dass die Spur keineswegs etwas Natürliches ist, sondern vielmehr ein Symptom, das es uns ermöglicht, Fragen zu stellen, gesellschaftliche Strukturen oder aktuelle Kräfteverhältnisse zu erforschen. Insofern verweist das Symptom hier auch auf eine »unsichtbare, latente Präsenz« (Joseph Morsel) und nicht etwa auf eine Abwesenheit. Es verweist auf nach wie vor wirkmächtige »Reste«, auf eine Ungleichzeitigkeit, die jederzeit aktiviert werden kann (Ernst Bloch), wie es gelegentlich zu beobachten ist, wenn etwa die AfD die DDR instrumentalisiert.⁵ Eine Spur wird niemals unbeabsichtigt hinterlassen. Ihr Fehlen und noch mehr ihr Fortbestehen sind stets das Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses.

In diesem Zusammenhang kann jedes Stück Trödelware die verschiedensten Bedeutungen erhalten. In dem gesamten erwähnten Zeitraum habe ich mir sehr unterschiedliche Trödeläden angeschaut, vom typischen Souvenirgeschäft für Touristen bis zum kleinsten Flohmarkthändler auf dem Dorf. Es ist immer wieder beeindruckend, die gewaltigen Lager mit DDR-Produkten an solchen Orten zu sehen, und das gilt durchaus nicht nur für spezialisierte Händlerinnen und Händler. Gewissermaßen kann man an solchen Orten die ganze alte DDR wiederfinden. Manche Menschen möchten nur ihre persönlichen Gegenstände loswerden, während die professionelleren Akteure hier und da einen ganzen Schwung scheinbar nutzloser Ware aufgekauft haben. Über die geschäftliche Seite der Preisverhandlung des

Verkaufs hinaus bietet sich bei diesen Begegnungen die Gelegenheit eines allgemeineren Austauschs, bei dem die Beteiligten einander mitteilen, was sie über das Objekt wissen – der Verkäufer oder die Verkäuferin fängt also an, über die DDR-Vergangenheit der Ware zu erzählen, ja sogar eine Art Kontinuität herzustellen.⁶ Immer wieder habe ich in solchen Situationen auch Notizen gemacht oder eine formellere Gesprächssituation hergestellt.

Es ist wichtig, die Spuren in zeitliche Abläufe einzuordnen und ihnen ihre Kontinuität zurückzugeben, indem man die Biografien der Objekte sowie den von ihnen zurückgelegten Weg durch den Raum analysiert.⁷ Eine historische Spur existiert durch das Zusammenwirken zwischen den Objekten und den Menschen, doch auch durch die Personen, die als Kommentatoren oder Historiker dem Objekt einen bestimmten Status verleihen, um es dann zu kanalisieren. Wir machen – möglicherweise, nachdem andere es bereits getan haben – verschiedene Dinge aus der Vergangenheit anhand der genannten Kriterien und durch verschiedene methodologische Prozesse zu Spuren, während andere in diesen Objekten nichts als Abfall, Schrott, Banalitäten oder schlicht etwas Bedeutungsloses sehen.

Urban Exploration

Wenn man durch die ostdeutschen Städte spaziert, fällt der Blick schon bald auf die Hinterlassenschaften, Brachflächen und leer stehenden Gebäude. Je nachdem, wo man sich gerade befindet, ist ein Ort dann mehr oder weniger durchsetzt von den Spuren einer anderen Zeit,⁸ die in vielen Fällen noch gar nicht so lange her ist. Die politischen, wirtschaftlichen und demografischen Gründe für das Vorhandensein dieser Hinterlassenschaften sind allgemein bekannt. Der Historiker stellt nun die Frage nach der Historizität jedes Ortes, wobei die Fragestellungen mit jedem Betreten des Ortes raffinierter werden. Die Publikationen zur ostdeutschen Erinnerungskultur haben diesem Thema durchweg nur sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet – was daran liegen dürfte, dass es nicht besonders gut zu einer Geschichtsschreibung »von oben« passt.

Und so kam es, dass ich ab 2012 immer intensiver und systematischer die Urban Exploration des Gebiets der früheren DDR betrieb. Diese Praxis – häufig bezeichnet durch die Abkürzung Urbex – besteht darin, dass man verbotene, verlassene oder marginalisierte Orte illegal oder zumindest ohne Erlaubnis besucht und dort herumläuft.⁹ Dazu gehört auch, dass man in Gebäude eindringt und sich reichlich Zeit nimmt, diese zu explorieren. Selbstverständlich ist es nichts Neues, dass Menschen Ruinen oder

verlassene Orte besuchen. Doch erst seit dem Ende der 1990er-Jahre ist mit der Entwicklung des Internets und der Websites zum Teilen von Fotos eine Art Trend daraus geworden sowie eine entsprechende Gemeinschaft von Akteuren entstanden. Ihre Motive sind vielfältig und reichen vom rein künstlerisch-fotografischen Interesse bis zur Suche nach Freiheit und einem Hauch von Abenteuer in Abgrenzung vom sonst üblichen urbanen Kontrolldruck.¹⁰ Angesichts der überall vorhandenen und vielfältigen Hinterlassenschaften auf dem Gebiet der Ex-DDR hat dieses Territorium in der Szene einen besonderen Status, wie auf YouTube, in Blogs oder auf speziellen Websites zu beobachten ist. Es gibt sogar Facebook-Seiten, die sich nur mit bestimmten Regionen befassen (»Verlassene Orte Chemnitz«, »Verlassene Orte Mecklenburg-Vorpommern« usw.).

Das geografisch-historische Interesse brachte mich nach kurzer Zeit an verschiedenste Orte, die in ihrer Vielfalt unterschiedlichste Fragen aufwerfen: Fabriken, Bürogebäude, Werkstätten, Veranstaltungsorte, Kultureinrichtungen, sowjetische und NVA-Kasernen, Wohngebäude und vieles mehr. Ich hatte von Anfang an das Anliegen, der Urban Exploration über Ästhetik, Freizeitwert und Gedächtnis hinaus noch etwas anderes abzugewinnen. Es ist eine Praxis, die aus meiner Sicht nur in einem historischen, geografischen und gesellschaftlichen Kontext Sinn ergibt. Daher ist es ein Fehler, die dokumentarische und Archivarbeit als Gegensatz zur Praxis der Urbex darzustellen. Die Geschichte der Orte lässt sich nur beleuchten, indem wir Quellenarbeit betreiben. Es gibt auch Urbexer, die das versuchen – tatsächlich ist von Praktikern wie den Gründerinnen und Gründern der kleinen DDR-Museen als Begründung für ihr Tun unter anderem zu hören, es gehe ums Bewahren und Kennen, wobei je nach Zusammenhang die Begriffe »Erinnerung«, »kulturelles Erbe« oder »Wissen« fallen. Wir haben es hier mit einer Ausprägung der »Geschichte von unten« (*heritage from below*) zu tun – das ist an den Aneignungspraktiken und der Geschichtsarbeit der nichtprofessionellen Akteure erkennbar, die ihrem lokalen Handeln häufig die Form eines Aufbegehrens gegen »die da oben« geben.¹¹ In diesem Umfeld wird die Urbex, insbesondere mithilfe der vielen geteilten Fotos, zu einer Arbeit für die Erhaltung der Vergangenheit und verschwindender Orte.

Inzwischen habe ich auf dem gesamten Gebiet der früheren DDR rund 300 dieser Orte von innen gesehen und Tausende von außen. Zu den ostdeutschen Besonderheiten zählen die Entwertung und Aufgabe all dieser Orte, und zwar auf dem gesamten Territorium, da diese mit einer sozialistischen Vergangenheit assoziiert werden, die verschwinden sollte. In anderen Ländern beschränkt sich diese Art des Verlassenseins häufig auf eine

bestimmte Region oder ein Industriegebiet und der Aspekt eines politischen Auflösungsprozesses fehlt. Außerdem findet man an diesen Orten häufig unzählige Spuren, die, wie erwähnt, leicht zu hinterlassen waren. Im Falle der DDR handelt es sich vor allem um architektonische Spuren (funktionale Spuren), die häufig älter als die DDR sind, doch auch um all jene Bauten der »Ostmoderne« und die Kunstwerke an und in diesen Gebäuden (Gemälde, Mosaiken usw.). Sie in den Blick zu nehmen, ermöglicht zwar nicht ihren Erhalt, aber immerhin die Sicherung von Spuren und das Hinterfragen ihres Schicksals. In diesen Gebäuden sind außerdem Tausende Objekte aus der DDR-Zeit zu finden, die industriellen, persönlichen oder gemischten Zwecken dienten. So konnte ich in ehemals Volkseigenen Betrieben (VEB) in Plauen und Görlitz, in einer früheren Schule in Frankfurt an der Oder und an anderen Orten Terminkalender finden, aus denen der Tagesablauf und die Aktivitäten des Eigentümers hervorgehen. Zweifellos kümmert man sich auch andernorts schon um den Erhalt vergleichbarer Fundstücke – man findet sie in Archiven, in Alltagsmuseen wie jenem von Eisenhüttenstadt und – ohne lange zu suchen – auf eBay oder Liebhaberflohmärkten.

Warum sollten sich die Sozialwissenschaften also dafür interessieren? Es geht hier vor allem um den Ansatz: Wenn die Urbex sich den Objekten widmet, kann sie den »Lebenslauf«, ihre »Objektbiografie« einem Ort zuordnen, in eine Reihe stellen, mit einer Verwendung verknüpfen, in einen historischen Zusammenhang einbetten. Andererseits kann die Urbex uns auch zu einer Darstellung der materiellen Kultur verhelfen, die sich auf einzigartige Objektkombinationen und die Besonderheiten jedes einzelnen Ortes stützt, welche nicht unbedingt in anderen Quellen dokumentiert sind.

Wer mit solchen Orten nicht vertraut ist, wird wahrscheinlich staunen, dass sogar ganze Archive eines Unternehmens oder einer Institution, mitunter in Kartons verpackt, in völlig ungeschützten, nach allen Seiten offenen Gebäuden herumliegen. Natürlich sind solche Funde nicht immer besonders bedeutend. Man könnte argumentieren, die Dokumente anderer Kultureinrichtungen oder Unternehmen seien ja bereits in Gemeinde- oder Landesarchiven verfügbar. Ungeachtet dessen handelt es sich jedoch um bisher unentdeckte Rohdokumente – Krankenakten, Personalakten oder Aufzeichnungen der Betriebsparteiorganisation, die von den Schicksalen vieler Menschen erzählen.

Es war Teil meines Ansatzes, dass ich niemals vorab versucht habe, die Eigentümer eines Ortes, frühere Angestellte oder Arbeiter zu treffen, denn dann wäre es keine wirkliche Urbex mehr gewesen, sondern ein geführter Besuch, und zwar im doppelten Sinne: geführt durch eine Person und durch die Konfrontation mit einer bestimmten Erzählung. Allerdings habe

ich versucht, möglichst viele spontane Gespräche und Interviews mit Menschen zu führen, die ich vor Ort angetroffen habe: Eigentümer, Wachpersonal oder Hausmeister, die mich überraschten, Obdachlose oder Jugendbanden, Menschen, die sich aus ihrem Fenster lehnten, Nachbarn. So kam ich an den größten Teil der von mir verwendeten Darstellungen, da auf diese Weise die Orte und Objekte in der Situation kommentiert wurden. So explorierte ich kürzlich in Seiffen im Erzgebirge die Ruine einer Spielwarenfabrik (Teil des Kombinats Holzspielwaren VERO), wobei mir die Tochter des ehemaligen Eigentümers begegnete, die direkt gegenüber in ihrem Garten arbeitete. Es kam zu einem kurzen Gespräch, in dessen Verlauf sie mich aufforderte, mich direkt vor der Fabrik mit ihr hinzusetzen. Es war eine sehr aufschlussreiche Unterhaltung. In Görlitz erwischte mich der junge Eigentümer eines Anbaus des Leontinenhofs, der in der DDR-Zeit ein Kinderheim beherbergt hatte. Nachdem er sein anfängliches Misstrauen überwunden hatte, führte er mich selbst durch jenes Haus voller Spuren seiner früheren Eigentümer, die alle aus der DDR stammten. Wir sprachen über das untergegangene Land und die Entwicklung dieses Ortes. Meine Recherchen ergänzte ich dann durch Interviews. In meinem Buch *Le pays disparu* nehme ich eine Akte, die jemand in einer Fabrik hinterlassen hatte, oder eine Inschrift an einem Schaufenster als Ausgangspunkt und ich konnte die handelnden Personen dieser Geschichte treffen, sodass ich in der Lage war, die Erzählung des Ortes und der Zeitzeugen gleichermaßen zu berücksichtigen.

An dieser Stelle wird auch deutlich, dass die Urbex die Geografie, Geschichtsschreibung, Anthropologie und Soziologie der Objekte immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontieren wird.

Über Spuren sprechen – eine Annäherung

Mein Ausgangspunkt war also, die heutige Stadtlandschaft daraufhin zu untersuchen, wie sie vor 1990 aussah und wie das Regime sie in der Stadtplanung, in Reiseführern und mithilfe von Denkmälern darstellte. Ich habe Dutzende ostdeutsche Städte durchwandert, um mir das Zusammenspiel dieser Spuren an offenen und verschlossenen Orten anzusehen. Bei diesen Wanderungen ergab sich oft die Gelegenheit, mit Bewohnerinnen und Bewohnern zu sprechen, die sich dann darüber wunderten, dass jemand mit DDR-Dokumenten in der Hand spazieren ging, mich aber auch über schwer auffindbare Orte informierten. Sehr aufschlussreich war es für mich auch, als Beobachter an verschiedenen DDR-Gedenkzere-

monien teilzunehmen.¹² Insgesamt folgt der Ansatz den Prinzipien einer symmetrischen Anthropologie, der daran gelegen ist, der Geschichte der »Verlierer« ebenso viel Beachtung zu schenken wie jener der »Sieger«. Sie verwendet bei jenen, die Erfolg hatten, keine anderen Ansätze als bei den »Gescheiterten«. Darüber hinaus wird eine Symmetrie hergestellt zwischen der Geschichte der Menschen und der Dinge – hier insbesondere der Objekte aus der DDR-Zeit.¹³

Letztendlich habe ich ein »liegendes« Land durchquert: Die DDR ist häufig auf Flohmarktischen ausgebreitet, auf dem Boden eines alten Hangars oder einer verlassenen Fabrik, im Museum. Meine Recherchen haben es mir ermöglicht, die Dialektik der Auslöschung, des Widerstands und der Neuerfindung der DDR-Spuren zu beschreiben.

Der Ikonoklasmus und die Auslöschung der Spuren haben seit 1990 nicht nur die Geschichte der DDR mit sich gerissen, sondern auch jene Vergangenheit, die dieser Staat zu seiner Meistererzählung gemacht hatte. Das wird besonders deutlich in der Erinnerung an die Kämpfe zwischen 1918 und 1920 sowie an die vielen Widerstandskämpfer und Antifaschisten, die ermordet wurden, lange bevor an eine DDR – und ihre Untaten – überhaupt zu denken war. Ihre Denkmäler werden abgebaut oder verschwinden im Vergessen; Straßen und Orte, die ihren Namen tragen, werden umbenannt. So wurde im thüringischen Zella-Mehlis aus der Straße der Antifaschisten die Meininger Straße und die Gedenktafeln, die einst am Hotel »Stadt Wien« an die »roten« Ereignisse von 1918 und 1927 erinnerten, sind ganz und gar verschwunden. Die DDR zu vergessen, bedeutet nicht immer, sie auszulöschen. Man kann sie auch einhegen, indem ihre Ausstellungen oder Statuen an einen anderen Ort verlegt werden, wobei man sie zwar in derselben Gegend lässt, aber beispielsweise wie das Ehrenmal für die antifaschistischen Widerstandskämpfer (Erich Wurzer) von einem zentralen Standort in einen Park verpflanzt. In den dominanten Diskursen über die Vergangenheit muss die DDR räumlich oder museografisch an den Rand gedrängt werden.

»Auslöschen« kann tatsächlich »auslöschen« bedeuten, aber auch »einhegen«, »verlegen« oder »verlassen«. Wie viele Gedenktafeln oder Bauzeugnisse der industriellen Geschichte geraten einfach in Vergessenheit, weil sie nicht mehr gesehen werden und sich langsam auflösen? Es geht hier nicht darum, zu behaupten, all diese Vorgänge des Verschwindens seien systematisch organisiert worden. Renovierungen und andere Arbeiten haben ebenfalls oft zur Folge, dass etwas verschwindet, doch ist eben dieser Effekt symptomatisch. Selbstverständlich waren die Ostdeutschen selbst bei diesen Ersetzungen und bei diesem Vergessen handelnde Personen: Sie haben

gewählt, Kommunalpolitik gemacht oder einfache Arbeiten verrichtet, sodass hier nicht nur von einem Einfall der »Wessis« die Rede sein kann. Doch in seiner Gesamtheit war dieser Vorgang nur möglich, weil er zu einer groß angelegten, gut vorbereiteten und aus dem Westen importierten Delegitimationsoffensive gehörte, die sich gegen alles richtete, was den Diskurs und die Praktiken des Kommunismus ausmachte.

Angesichts dieser Auslöschung kommt es zu Widerstand und Wendungen aus verschiedenen Gründen. Volksvertreter retten Denkmäler, Aktivistinnen stellen sie wieder her, Fotografen, Sammler, Design- und Architekturliebhaber archivieren die Spuren,¹⁴ Autoren beschreiben sie und setzen sie in Szene.¹⁵ Auch im aktuellen ostdeutschen Kino nehmen die Brachflächen eine bedeutende Rolle ein.

Um die Vergangenheit zu zähmen und über die Gegenwart zu sprechen, lassen manche die DDR wiederaufleben – in der Wirklichkeit ihrer Ausstellungen, Sammlungen oder Romane. Die Objekte werden zu Vermittlern einer Lebensgeschichte, die sich mit ihnen erzählen lässt, und bilden ein Kollektiv mit den Menschen, die sie bei sich aufnehmen und schätzen. So tragen sie dazu bei, dass die Gegenwart stabilisiert wird. Die Vergangenheitsarbeit ist vor allem ein Symptom aktueller Situationen, Herrschaftsverhältnisse und Sorgen.

In den Neunzigerjahren, mit einem Höhepunkt um 2003 und danach, rollte die viel beschriebene »Ostalgiewelle« durchs Land. Doch diese einfache Metapher sagt letztlich wenig über die Erinnerungen an die DDR aus. Das Handeln der Beteiligten offenbart vor allem eine Reihe tief verankerter, langfristiger und modular einsetzbarer Praktiken, die je nach Ort und Umständen unterschiedlich angewendet werden. Meine Untersuchung ergibt, dass die Menschen sich die DDR auf den unterschiedlichsten Wegen neu aneignen; alles unter »Ostalgie« zu subsumieren, verdeckt ihr unterschiedliches Vorgehen. Es handelt sich im wahrsten Sinne des Wortes um Bastellösungen. So gibt es Regimekritiker, die den Objekten ihrer Vergangenheit einen Wert zuerkennen, oder »Vereinigungsgewinner«, die sich darüber aufregen, wie im Westen über die DDR gesprochen wird. Wieder andere frühere DDR-Bürger versuchen, zwischen den beiden Epochen, die sie erlebt haben, ein Gleichgewicht herzustellen. Die Objekte übernehmen bei diesen Übergängen häufig eine vermittelnde Rolle und aus den Zutaten der Vergangenheit entsteht durch geschicktes Kombinieren eine lebenswerte Gegenwart.

Seit vielen Jahren versucht eine ganze Bewegung mit Leitfiguren, die weit davon entfernt und häufig auch viel zu jung sind, zu den Handlangern des früheren Regimes zu gehören, in einem Wettlauf gegen die Zeit

die Architektur und Kunst der DDR-Epoche aufzuwerten und zu erhalten.¹⁶ Dass diese Zeit immer weiter zurückliegt, spielt bei der Bewegung gewiss eine Rolle, ebenso die Neubewertung politischer Fragen im Osten angesichts des Aufstiegs der AfD und der Wortmeldungen debattierfreudiger Intellektueller und ostdeutscher »Identitätsaktivisten« unterschiedlicher Erfahrungen und Generationen wie etwa Petra Köpping und Valerie Schönian.

Im Verlauf der Untersuchung bleibt nichts unumstößlich: So gut wie immer war zu beobachten, wie die Archäologie des Gedächtnisses sich neu ordnet. Spuren verschwinden, wechseln den Ort oder erfinden sich neu. Doch die Mechanismen, die ich beobachten konnte, bestehen fort. Erst am Ende einer langen Entwicklung können hinterlassene Spuren unsichtbar werden oder eine andere Gestalt annehmen. Jene Spuren, die sich behaupten, sind das Produkt der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Spannungen zwischen dem Lokalen und dem Globalen. Darüber hinaus stehen sie für die Lebensgeschichten der Ostdeutschen und entwickeln sich mit diesen in den verschiedensten Kombinationen und Arrangements immer weiter.¹⁷

Erschienen auf DA Online am 2.10.2020.

Anmerkungen

- 1 Für vollständige Ergebnisse in französischer Sprache siehe Nicolas Offenstadt, *Le Pays Disparu. Sur les traces de la RDA*, Paris 2018; Urbex RDA. *L'Allemagne de l'Est racontée par ses lieux abandonnés*, Paris 2019. Weitere Einzelheiten in deutscher Sprache in: Auf den Spuren der DDR. Für eine »symmetrische« Geschichtsschreibung, in: Dorothee Röseberg/Monika Walter (Hg.), *Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne*, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Bd. 63, Berlin 2020, S. 251–282.
- 2 Auch wenn die Erkundung der »Spuren« im Privaten, in der Familie und in Wohnungen sehr lehrreich sein kann, beschränkt sich diese hier auf einige Beobachtungen, wie sie auch in der sehr interessanten Arbeit von Anna Katherina Laschke zu finden sind: Familiendinge. Zwischen Entbehrlichkeit und Bedeutsamkeit, in: Andreas Ludwig (Hg.), *Zeitgeschichte der Dinge. Spurensuchen in der materiellen Kultur der DDR*, Köln 2019, S. 303–323.
- 3 Eine zusammenfassende Darstellung, die erlaubt, die vorherigen Diskussionen nicht zu erwähnen – auch mit ausführlicher Berücksichtigung der deutschsprachigen Literatur –, findet sich in: Joseph Morsel, *Traces? Quelles traces? Réflexions pour une histoire non passésiste*, in: *Revue historique*, 680, 2016, S. 813–868.
- 4 Siehe N. Offenstadt, *Pays Disparu* (Anm. 1), Kapitel V.
- 5 Ernst Bloch, *Erbschaft dieser Zeit*, Frankfurt 1985, Werkausgabe, Band 4, S. 104ff. So nutzte der Kandidat während des Görlitzer Wahlkampfes 2019 einen Trabant als Werbeträger; 2020 forderte die AfD in Magdeburg vergeblich, eine Kita und eine Straße nach dem DDR-Kosmonauten Sigmund Jähn als »erstem deutschen Astronauten« zu benennen.

- 6 Vgl. zum Austausch beim Trödler im Allgemeinen: Octave Debary/Philippe Gabel, *Seconde main et deuxième vie. Objets, souvenirs et photographies*, in: *Mélanges de La Casa de Velásquez*, 40–1, 2010, S. 123–142.
- 7 Der Autor hat auf diese Weise den Weg von zehn Objekten von verlassenen Orten oder aus eBay-Angeboten und Trödeläden nachgezeichnet und mögliche Interpretationen dieser Objekte exploriert; siehe N. Offenstadt, *Pays Disparu* (Anm. 1), Kapitel I. In ähnlicher Weise widmet sich ein kollektiv erstelltes Buch sämtlichen Aspekten der »materiellen Kultur« der DDR und der Geschichtsschreibung anhand von Objekten bis hin zur dauerhaften Aufbewahrung und Aufnahme in Sammlungen. Herausgeber ist Andreas Ludwig, der in diesem Zusammenhang verschiedene neue Ansätze gefördert hat, seit er ab Anfang der 1990er-Jahre im Dokumentationszentrum Eisenhüttenstadt tätig war; Andreas Ludwig (Hg.), *Zeitgeschichte der Dinge. Spurensuchen in der materiellen Kultur der DDR*, Köln 2019.
- 8 Daniel Florentin, *The ‚Perforated City: Leipzig’s Model of Urban Shrinkage Management*, *Berkeley Planning Journal*, 23–1, 2010, S. 83–101.
- 9 Eine gute Einführung liefert Aude Le Gallou in: *De l’exploration urbaine au tourisme de ruine: enjeux touristiques et patrimoniaux des espaces urbains abandonnés*, in: *Espaces 340*, Januar 2018, S. 26–31; eine Gesamtanalyse findet sich in N. Offenstadt, *L’exploration urbaine (Urbex), une pratique à histoires*, in: Jean-Pierre Garcia und Amélie Quiquerez (Hg.): *Archéologie contemporaine: une archéologie aux limites*, Dijon 2020.
- 10 Bradley L. Garrett, *Explore Everything. Place-Hacking the City*, London 2013.
- 11 Zuletzt: Hamzah Muzaini/Claudio Minca (Hg.): *After Heritage. Critical Perspectives on Heritage from Below*, Cheltenham 2018.
- 12 Vgl. N. Offenstadt, *Le Pays disparu* (Anm. 1), Kap. V.
- 13 Der Ursprung dieses symmetrischen Ansatzes findet sich bei Bruno Latour, *Nous n’avons jamais été modernes. Essai d’anthropologie symétrique*, Paris 1997, S. 210 S., zusammengefasst auf S. 39–140. Zu den Verbindungen zwischen Menschen und Objekten sowie Natur-Kultur-Montagen siehe Philippe Descola, *Par delà nature et culture*, Paris 2005.
- 14 Eine der jüngeren Publikationen dieser Art: Andreas Metz, *Ost Places. Vom Verschwinden und Wiederfinden der DDR*, Berlin 2019; Ben Kaden, *Karten zur Ostmoderne*, Leipzig 2020.
- 15 Siehe N. Offenstadt, *Pays Disparu* (Anm. 1), Kap. VI.
- 16 Ein recht genaues Bild vermitteln die Facebook-Posts der Gruppe *FG Ostmodern*, <https://www.facebook.com/groups/189189044560431/>.
- 17 Ich bedanke mich bei dem Institut d’histoire moderne et contemporaine (IHMC/Université de Paris 1/ENS Ulm) und seiner Direktion für die stetige Unterstützung meiner gesamten Urbex-Forschungsarbeit.



Vor der einstigen Wohnung Wolf Biermanns in der Berliner Chauseestraße erinnern am 16. November 1993 die Grünen Ingrid Köppe und Reinhard Schult mit einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN vom 16. November 1976 an die Ausbürgerung des Liedermachers 17 Jahre zuvor.

Stefan Wolle

»Wir waren eine verschwindende Minderheit«

Eine persönliche Erinnerung an den Bürgerrechtler Reinhard Schult, der am 25. September 2021 im Alter von 70 Jahren verstarb

Es mag fast 20 Jahre her sein, dass ich Reinhard Schult auf seinem Landsitz besuchte, um mit ihm über einen biografischen Essay zu sprechen, den zu schreiben ich übernommen hatte. Wir kannten uns aus den turbulenten Monaten der Stasi-Auflösung, hatten damals aber kaum Zeit für ein längeres Gespräch gefunden. Übrigens war es nicht seine Art, viel von sich zu erzählen.

Ab 1997 lebte Reinhard Schult zusammen mit seiner Freundin und zeitweise seinen zwei Töchtern in Fredersdorf bei Gramzow, einem winzigen Dorf in der Uckermark. Dort stand er an fünf Abenden in der Woche hinter dem Tresen der Gaststätte »Zur Linde« und ließ sich von den Besucherinnen und Besuchern der Kneipe erzählen, was es Neues im Ort gibt. Die Bauern und Bäuerinnen hatten schnell Zutrauen zu dem Neuankömmling aus der Stadt gewonnen und ihn bei der Kommunalwahl im Jahre 1998 zum stellvertretenden Bürgermeister der 140 EinwohnerInnen zählenden Gemeinde gewählt. Neben dieser ehrenamtlichen Tätigkeit kümmerte er sich auf seinem Hof um das Federvieh und die Schafe, baute Gemüse und Obst an und widmete sich der Ausbesserung seines rund 200 Jahre alten Fachwerkhauses. Wer ihn in Arbeitskluft zwischen Hühnerstall und Gemüsebeet sah, mag an einen verbannten Volkstribunen oder an den römischen Kaiser Diokletian gedacht haben, der sich angewidert vom sittenlosen Treiben seiner Landsleute nach Dalmatien zurückzog, um dort Melonen zu züchten.

Den Konflikt in die Wiege gelegt

Der Konflikt mit der DDR-Obrigkeit war für den 1951 in Berlin geborenen Reinhard Schult von frühester Kindheit an selbstverständlich. Seine Mutter war Krankenschwester im Krankenhaus Berlin-Kaulsdorf. In dem östlichen Randbezirk von Berlin wohnte auch die Familie. Als die Mauer gebaut wurde, saßen sie bereits auf gepackten Koffern, um in den Westen zu gehen. Sie hatten bereits Flugtickets von Westberlin in die Bundesrepublik gekauft. Doch dann kam der 13. August, die »Falle« schnappte zu und es wurden lange Zeit Pläne geschmiedet, wie man doch noch in den Westen gelangen könnte. Es gab dort eine zahlreiche Verwandtschaft und schon in der Schule galt Reinhard Schult als »westlich eingestellt«. Er las lieber die verbotenen Mickey-Mouse-Hefte als die Pionierzeitschrift »Trommel«. Der lange Abschied von der Staatsideologie, die Brüche und Konflikte mit dem Elternhaus und die qualvolle Lösung aus den Armen der Partei, die für viele kritische DDR-Intellektuelle so typisch waren, blieben Schult erspart.

In der Jungen Gemeinde in Berlin-Mahlsdorf fand er einen verständnisvollen Pfarrer, der eine ihn faszinierende Jugendarbeit machte. Schult überzeugte die ganze Klasse einschließlich des FDJ-Sekretärs, geschlossen zu einer Kirchenveranstaltung zu gehen, und löste damit den ersten Skandal seiner Laufbahn aus. In der zwölften Klasse trat er aus der FDJ aus und verweigerte bei der Musterung den Wehrdienst in der Nationalen Volks-

armee. Doch an der Betriebsberufsschule des Wohnungsbaukombinats in Berlin-Oberschöneweide wurde wohl manches nicht so verbissen gesehen wie an einer Erweiterten Oberschule. Immerhin konnte Schult 1971 dort neben der Facharbeiterprüfung als Maurer das Abitur ablegen. Danach begann er ein Studium der Theologie am Sprachenkonvikt in Berlin.

Nach einigen Monaten erkannte er, auch hier am falschen Ort zu sein. Mittlerweile junger Familienvater, ging er auf den Bau, wo man für damalige Verhältnisse ganz gut verdiente. 1976 wurde er für 18 Monate als Bausoldat eingezogen. Nach seiner Rückkehr begann er, in oppositionellen Zirkeln und Grüppchen tätig zu werden, und organisierte eine heimlich in einer Privatwohnung untergebrachte Bibliothek mit Westliteratur. Er trat mit Freunden in Kirchen auf, wo sie Lieder und Texte von Wolf Biermann, Reiner Kunze, Ton Steine Scherben und anderen vortrugen.

1979 wurde ein Bekannter beim Versuch, die DDR zu verlassen, verhaftet. Beim Stasi-Verhör beschuldigte dieser seinen Freund, in die Fluchtvorbereitungen eingeweiht gewesen zu sein, weshalb Schult am 13. August 1979 unter dem Vorwurf der Beihilfe zur Republikflucht verhaftet wurde. Vor Gericht nahm sein Bekannter die belastenden Aussagen zurück, sodass dem wutentbrannten Staatsanwalt nur noch der Anklagepunkt »öffentliche Herabwürdigung« blieb. Wegen der Weitergabe einer Ausgabe der Zeitschrift »Roter Morgen« der KPD/ML und Texten von Biermann wurde Schult zu neun Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Weniger konnte man ihm nicht geben, weil er diese Zeit schon in der Untersuchungshaft abgesessen hatte. Bei seiner Haftentlassung wurde ihm bedeutet, dass ein Ausreiseantrag eine gute Chance hätte, schnell genehmigt zu werden. Doch nun wollte Schult nicht mehr in den Westen.

Er stürzte sich in das damals aufblühende Treiben der Friedens- und Umweltgruppen, nahm 1980 an einem Friedensseminar in Königswalde teil, organisierte Diskussionsforen ehemaliger Bausoldaten, auf denen für die Verweigerung des Dienstes an der Waffe geworben wurde, arbeitete im Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde mit, bildete einen Diskussionskreis zur Geschichte der KPD und einen Karl-Marx-Kreis. Ab 1985 war er in der Gruppe »Gegenstimmen« und ab 1987 in der »Kirche von unten« tätig, die er maßgeblich mit aufbaute.

Zwischen Marx und Jesus

Die unbekümmerte Mixtur aus linken und christlichen Ideologiefragmenten war typisch für die damalige DDR-Opposition. Im Grunde ging es gar nicht

um die Durchsetzung ideologischer oder politischer Vorstellungen, sondern um die Wahrung der Selbstachtung im Lande der Lügen und der Heuchelei.

»Die Opposition in der DDR war eine kleine Opposition«, schrieb Reinhard Schult als einer der Protagonisten der Bewegung 1995 in einer Art Abschiedsbrief. Und weiter: »Fast kannte jeder jeden. Die Hoffnung, das SED-Regime zu stürzen, hatte niemand von uns. Es ging um etwas mehr Luft in dieser miefigen DDR, um etwas mehr Bewegungsfreiheit in der Zwangsjacke. Wir waren eine verschwindende Minderheit – ohne Rückhalt in der Bevölkerung, wie etwa die Solidarność in Polen.«

Ähnlich beurteilte das eine Analyse der zuständigen Abteilung XX der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die für 1986, bezogen auf Ostberlin, von 18 »Friedens- und Ökologiekreisen mit circa 350 Mitgliedern« sprach. Hinzu kam ein SympathisantInnenumfeld von maximal zehnfacher Größe, also 3000 bis 6000 Personen. Selbst bei großzügigster Rechnung handelte es sich dabei, statistisch gesehen, um einen zu vernachlässigenden Anteil von weniger als einem halben Promille der hauptstädtischen Gesamtbevölkerung.

Zwei oder drei Dutzend AktivistInnen trugen die Opposition über Jahre hinweg. Prominente KünstlerInnen, SchriftstellerInnen oder WissenschaftlerInnen fehlten gänzlich, obwohl sie kaum ein persönliches Risiko eingegangen wären. Auch die MitarbeiterInnen von Universitäten, wissenschaftlichen Instituten oder kulturellen Einrichtungen traten bestenfalls einzeln und unter dem Schutz der Anonymität auf. Das klassische Milieu der Intelligenzija, das in Osteuropa und der Sowjetunion eine so wichtige Rolle spielte, hatte kaum Berührungspunkte mit den jungen Leuten aus den Kirchenkreisen.

Aber auch dort herrschte keineswegs die reine Harmonie. Obwohl man sich untereinander kannte, beim Singen einander an den Händen fasste und das brüderliche und schwesterliche Du vorherrschte, blühten hinter der Fassade der Friedfertigkeit – von den Stasi-Spitzeln kräftig geschürt, aber nicht verursacht – doktrinäres Gezänk, Eifersüchteleien und Führungsstreit. Die lange innere Emigration blieb nicht ohne Auswirkungen auf die psychosoziale Befindlichkeit und führte zu den bekannten Symptomen der isolierten Kleingruppen. Das individuelle Aufbegehren ist inmitten einer Umwelt des alltäglichen Opportunismus der biografische Ausnahmezustand, für den die wenigen Oppositionellen einen ausgesprochen hohen Preis zahlten. Er bestand – jedenfalls für alle außerhalb des kirchlichen Dienstes Beschäftigten – im Verzicht auf bürgerliche Normalität, berufliches Fortkommen, familiäre Unbeschwertheit. Nach der Wende wurden die Folgen dieses Verzichts schmerzhaft deutlich.

Wen mag es wundern, dass aus diesem Milieu keine Machtmenschen hervorgingen. Sie waren zur Opposition gestoßen, weil sie die Macht verabscheuten. Im Rückblick mag die Zersplitterung, die ideologische Diffusion, der mangelnde Machtwille und der schlechte Organisationsgrad der DDR-Opposition als Schwäche erscheinen. In Wahrheit war genau dies ihre Stärke. Illegale Organisationen kann man unterwandern, kontrollieren und zerschlagen. Im Grunde hätte die Staatsmacht gar keine andere Wahl gehabt, als gegen Versuche einer wirklich politischen Organisation mit Brachialgewalt vorzugehen. Eine Lebenshaltung aber ist umso schwerer zu verbieten, je weniger greifbar sie ist. Die Bewegung, die sich vornehmlich ethisch, teilweise theologisch definierte, war nicht zu verbieten. Sie wurde durch jede Verfolgung stärker. Genau dies geschah in den Jahren 1987 und 1988, als jeder Anlauf der Repression die Oppositionsbewegung bekannter machte und ihr über die westlichen Medien eine große Öffentlichkeit verschaffte.

In den Veranstaltungen, bei denen die Gruppen ein Podium erhielten, ging es um Feindesliebe, um gewaltfreie Erziehung, um Mitmenschlichkeit und sozialen Friedensdienst. Natürlich ahnte die Staatsmacht das explosive Potenzial dieser Art von beschränkter Öffentlichkeit, konnte aber schwer gegen kirchliche Veranstaltungen einschreiten. Das weltanschauliche Defizit der Kirchengruppen ist oft beklagt worden, aber gerade das machte die Szene so gefährlich. Damals wurde oft das Wort aus dem Matthäus-Evangelium zitiert: »Seid klug wie die Schlangen und sanft wie die Tauben.« Eine andere Form der politischen Emanzipation wäre kaum möglich gewesen.

Unter dem Schutzschild von Kirchenfeiern und freier Arbeit bildete sich eine eingeschränkte, aber lebendige Öffentlichkeit. Dort wurden demokratische Verfahrensweisen erprobt, eine Diskussionskultur erlernt, eine pluralistische Kultur des Streits entwickelt. Vor allem aber bildeten sich Kristallisationskerne einer politischen Opposition und Ansätze einer Infrastruktur. All dies musste die Staatsmacht fürchten wie der Teufel das Weihwasser, beruhte doch ihre Macht auf der Ausschaltung jeder politischen Öffentlichkeit.

Ein Piratensender auf dem Dachboden

Eine der unglaublichsten – allerdings auch abenteuerlichsten und, wenn man so will, auch leichtsinnigsten – Aktionen von Reinhard Schult war die Installierung eines Piratensenders im Ostteil von Berlin. Ende Oktober 1986 verbreitete Schults Gruppe auf winzigen Zetteln die atemberaubende Mitteilung: »Weitersagen! Der erste unabhängige Sender in der DDR –

31.10./22.00 Uhr, UKW 99,2 MHz.« Die laut Stasi-Bericht mit dem DDR-Kinderstempelkasten »Famos 502« gedruckte Nachricht schreckte die Staatsmacht auf. Auch westliche Zeitungen und Radiostationen berichteten über das tollkühne Unternehmen der DDR-Opposition. Ein Grund mehr für die Stasi, die ganze Angelegenheit für einen Fake zu halten. Trotzdem kreiste am Tag der angekündigten Sendung über den Ostbezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Lichtenberg seit dem Morgen ein kleines Flugzeug. Eine »stationäre und halbstationäre Peilbasis der MfS-Hauptabteilung III« versuchte, den Sender ausfindig zu machen, und auf den Straßen patrouillierten Streifenwagen der Volkspolizei.

Pünktlich um 22 Uhr ertönte im Äther der Piratensender: »Gegen die Verblödung aus dem Westen und das Informationsmonopol unserer Tattergreise«. Dann ging es um die Katastrophe von Tschernobyl, die damals ungefähr ein halbes Jahr zurücklag. »Bis heute hat es unsere Obrigkeit nicht für nötig empfunden, die gemessenen radioaktiven Niederschläge, die Werte in Boden, Wasser und Lebensmitteln zu veröffentlichen. Sie liegen in den Tresoren unter Verschluss. MitarbeiterInnen wissenschaftlicher Institute, die eigene Messungen durchführten und ihre Bekannten daraufhin warnten, Milch und ähnliche Nahrungsmittel nicht zu sich zu nehmen, wurden von der Stasi verwarnt und bedroht. Sie sollten keine Unruhe stiften. Die Entmündigung ist hochgradig vorangeschritten. Das System der organisierten Verantwortungslosigkeit ist weit ausgebaut. Oberstes Gebot ist die Friedhofsruhe.«

Das alles wurde von einer tiefen Männerstimme in deutlich berlinerischer Färbung vorgetragen. Auch der proletarische Sound des Vortrags war überdeutlich. Reinhard Schult hatte sich nicht bemüht, seine Stimme zu verstellen oder sich einer hochdeutschen Sprechweise zu befleißigen. Doch die gesamte hochgerüstete Technik des MfS versagte dabei, ihn zu identifizieren. Auch die Sendeanlage auf einem Dachboden im Prenzlauer Berg fanden sie nicht, sodass sie bei der Meinung blieben, in Wahrheit hätte der Sender jenseits des sogenannten antifaschistischen Schutzwalls gestanden und die Aktion sei von westlichen Geheimdiensten organisiert worden. Dabei war Reinhard Schult als einer der ProtagonistInnen der PUT, wie die Politische Untergrundtätigkeit im Stasi-Jargon hieß, gut bekannt.

Motor des Neuen Forums

Am 7. Mai 1989 beteiligte sich Reinhard Schult aktiv an der landesweiten Organisation der Aufdeckung der flächendeckenden Kommunalwahlfälschung in der DDR. Am 9. September 1989 schließlich gehörte er zu den

29 ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs »Aufbruch 89 – Neues Forum«, für das er einer der maßgeblichen Akteure war, energisch, kantig, aufrecht und unbeirrbar.

In der rapide wachsenden Bürgerbewegung versuchte er in den folgenden Monaten, die basisdemokratischen Ideale hochzuhalten. Durch die Fernsehübertragungen der Sitzungen des Zentralen Runden Tisches von Regierung und den Gruppen der Opposition und durch zahlreiche andere öffentliche Auftritte wurde er im ganzen Land bekannt. Oft mürrisch und schlecht gelaunt, brachte er im Berliner Proletenslang die Dinge auf den Punkt und zerstörte das Harmoniegesäusel der alten Obrigkeit.

Sturm auf die Stasi

Am 15. Januar 1990 gehörte Schult zu den couragierten OrganisatorInnen der Demonstration vor der Stasi-Zentrale in der Ruschestraße in Berlin-Lichtenberg, die mit der Besetzung des Gebäudekomplexes durch Demonstrierende endete und zur Bildung eines Bürgerkomitees führte. Am nächsten Morgen tagte die neu gegründete Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches erstmalig auf dem Gelände des Stasi-Hauptquartiers in Berlin-Lichtenberg. Die immer noch aktive SED-Gefolgschaft versuchte, Reinhard Schult persönlich die Verantwortung für das vermeintliche Chaos der Nacht in die Schuhe zu schieben. Im Aufruf des Neuen Forums hatte es geheißen, man solle Ziegelsteine mitbringen, um das Eingangstor symbolisch zuzumauern. Diese Botschaft wurde nun gezielt missdeutet. Angeblich sollten die Leute Steine mitbringen, um mit ihnen Fensterscheiben einzuwerfen oder noch schlimmeres Unheil anzurichten. Aber verletzt wurde niemand und Zerstörungen gab es aus Sicht Schults allenfalls »professionell« von interessierter Seite.¹

Tatsächlich war in der Nacht einiges Glas zu Bruch gegangen. Lauthals klagte das *Neue Deutschland* über Gewalt des angeblich entfesselten Mobs. Als Steine gegen die Glastüren des Versorgungstraktes der Stasi flogen, rief ein Demonstrant: »Lasst die Scheiben heil!« Daraus konstruierte das Zentralorgan der inzwischen umbenannten SED die Meldung, Demonstranten seien unter »Heil-Rufen« in das Gebäude eingedrungen. Doch wie man die Hintergründe des Sturms auf die Stasi auch immer bewerten will – die Besetzung der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg gab den folgenden Ereignissen Durchschlagskraft und Tempo. Die Pläne, die Stasi unter neuer Bezeichnung als Verfassungsschutz und Amt für Nationale Sicherheit weiterarbeiten zu lassen, waren endgültig vom Tisch.

Zwischen den Fronten

In den folgenden Monaten vertrat Reinhard Schult das Neue Forum in der Arbeitsgruppe Sicherheit, welche die Auflösung des MfS kontrollierte. Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und der Einsetzung eines Staatlichen Komitees für die Auflösung der Staatsicherheit unter der Dienstaufsicht des neuen Innenministers Peter-Michael Diestel (CDU) bildete Schult eine eigene »Operative Gruppe« innerhalb der Behörde, die den Geist der Bürgerkomitees aufrechtzuerhalten suchte. Gegen den allgemeinen Trend zur Leisetreterei und zur vornehmen Zurückhaltung gegenüber den Tätern des Stasi-Systems trat die Gruppe mit offenen Anklagen und Aktenpublikationen auf. Immerhin hatte sie einen Teil der Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Die Schmuttelkinder waren die Helden der Saison, und sie nutzten ihre Popularität mit professionellem Geschick. Sie hatten es in den Zeiten der Diktatur gelernt, aus der Außenseiterposition heraus die Medien zu nutzen.

Doch in den Monaten bis zur staatlichen Vereinigung zeichnete sich bereits jene für die kommenden Jahre typische Symbiose zwischen dem Beamtenapparat aus dem Westen und den alten DDR-Seilschaften ab. Leute wie Schult störten diese neue Eintracht des wiedervereinigten Establishments. In den Augen der Anarchisten war die neue Staatsordnung kaum besser als die alte. Als in den Räumlichkeiten des MfS für die erwarteten bundesdeutschen Beamten neuer Fußbodenbelag ausgerollt und drehbare Bürossessel mit Lederbezug angeliefert wurden, war es Zeit, wieder das Banner des Aufruhrs zu hissen.

Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) war in der Tat der Ansicht, den gesamten Aktenbestand der Staatssicherheit am besten ins Bundesarchiv nach Koblenz zu verfrachten und mindestens 30 Jahre unter Verschluss zu halten. Als diese Pläne bekannt wurden, besetzten Schult und seine Gruppe im September 1990 symbolisch einige Räume des Archivs der Staatssicherheit. Die Polizei riegelte das Gelände ab und bereitete sich zum Sturm vor. Wieder standen die Oppositionellen gegen die Staatsmacht. Es waren die alten Uniformen und die alten Kader, nur dass sie inzwischen unter dem Befehl des DDR- und CDU-Innenministers Diestel standen.

Ein Besuch der Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU) am Ort des Geschehens entspannte vorläufig die Situation. Sie verhandelte durch die verriegelte Tür mit den Besetzern und Besetzerinnen und pfiß anschließend die Polizei zurück. Die Akteure traten nun in den Hungerstreik, um den Verbleib der Akten in der DDR durchzusetzen. Als die

Volkskammer über die Frage debattierte, erschienen Schult und einige MitstreiterInnen im Plenarsaal. Unrasiert und gezeichnet vom Hungerstreik stand er im Blitzlichtgewitter. Unter dem moralischen Druck dieser Aktionen beschloss das DDR-Parlament den Verbleib der Akten in Berlin und die Einsetzung eines Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Die Bürgerbewegung erzielte damit einen letzten großen Erfolg.

Schult wurde am 2. Dezember 1990 auf der Liste von Bündnis 90/Die Grünen ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Doch der Kreis der DDR-Bürgerrechtler war klein geworden und schmolz weiter zusammen. Sie trennten sich von der Fraktion und bildeten eine Abgeordnetengruppe mit dem Namen Neues Forum/Bürgerbewegung.

Nach dem Ende der Legislaturperiode im Jahre 1995 wurde Schult arbeitslos, meldete sich schließlich beim Sozialamt. Für Rebellen gibt es keine Versorgungsansprüche. Schult hat das immer gewusst und sich nie darüber beklagt.

Kampf gegen die Windmühlenflügel

Von einem Rückzug aus der Politik wollte er auch damals nichts wissen. Er kümmerte sich um rechtsradikale Jugendliche, schrieb gelegentlich in Zeitungen, blieb noch eine Zeit lang in den Medien präsent und war mehrere Jahre lang Vorsitzender des »Bürgerkomitees 15. Januar«, das in seinem Namen an den legendären Sturm auf das MfS-Hauptquartier am 15. Januar 1990 erinnerte. Politisch landete er auch in der neuen Gesellschaft wieder ganz links. Er zog gegen die »Agenda 2010« und die Hartz-IV-Politik der SPD-Regierung von Gerhard Schröder zu Felde, versuchte die Tradition der Montagsdemos wieder aufleben zu lassen und hielt vor einem immer kleiner werdenden Publikum auf dem Alexanderplatz in Berlin aufrührerische Reden. Er war immer an der Seite der aus seiner Sicht unterdrückten und belogenen Massen – auch wenn er immer mehr ganz alleine war.

Schließlich wurde er im Jahr 2010 Mitarbeiter der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur des Landes Brandenburg, Ulrike Poppe. Er beriet Opfer der SED-Diktatur bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche. Dann wurde es stiller um Reinhard Schult, der einst so viel elementare Kraft ausgeströmt hatte. Eine komplizierte Krankheit, die ihm die Stimme raubte, hatte ihn in ihren Fängen und ließ ihn nicht mehr los.

In einem Artikel über die DDR-Opposition habe ich vor Jahren einmal geschrieben, Reinhard Schult sei »wie Don Quichotte, der immer wieder im Morgengrauen seine Rosinante sattelt, um gemeinsam mit Sancho Pansa der aufgehenden Sonne entgegen zu reiten. Sein Schlachtross mag ein müder alter Klepper sein, der Helm die zu Hause entwendete Rasierschüssel, seine verrostete Lanze mag aus der Rumpelkammer stammen – tapfer zieht er neuen Abenteuern entgegen, um gegen Windmühlenflügel anzurennen.« Nun hat er seinen letzten Ritt angetreten. Doch der Kampf geht weiter. Die Welt braucht solche Ritter von der traurigen Gestalt – ihre Kompromisslosigkeit und Gradlinigkeit, ihre Fantasie und ihren Mut.

Erschienen im Deutschland Archiv Online am 29.9.2021.

Anmerkung

- 1 Vgl. Videointerview mit Reinhard Schult im Stasi-Dossier der bpb aus dem Jahr 2005, <https://www.bpb.de/mediathek/359/die-tore-der-stasi-zumauern>, letzter Zugriff 29.9.2021.



»Kein Krieg« steht auf dem Plakat vor dem Brandenburger Tor. Das Foto entstand bei Protesten gegen Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine am Abend des 24. Februar 2022 in Berlin.

Wolf Biermann

Wolf Biermann über Putin: am ersten Tag des Dritten Weltkrieges

Ich war eine atmende Leiche im Sarg. Ich lag da mit Kopfhörern, hörte die Nachrichten, die mir der Deutschlandfunk lieferte. Nein falsch: Ich lag da wie in einem Vielvölkergrab. Krieg! Es ist Krieg. Und ich bin daran so schuldig wie einst mein Nachbar, der Wandsbeker Dichter Matthias Claudius: gar nicht.

In all den letzten Tagen hatten dermaßen verschiedene Politiker des Westens, also Macron, Biden, Scholz, Annalena Baerbock auf ihn eingeredet. Alle haben wie Psychotherapeuten versucht, dem Präsidenten Russlands seine Kriegspläne auszureden. Appelle, Vernunftgründe, Tranquillizer, Belohnungen und Drohungen in mancher Tonart. Putin hat heute

Nacht den Dritten Weltkrieg eröffnet, in der Nacht auf Donnerstag, den 24. Februar 2022.

Was tun? Was lassen? Was sagen? Ein paar Gedichte zu all dem habe ich parat, aber keinen Rat zur Rettung vor Putin und seiner Mafia.

In meiner Ratlosigkeit fällt mir ein böses Bonmot des Karl Kraus ein. Dieser penetrante Witzbold formulierte 1933, am Anfang der Nazizeit, in seinem satirischen Magazin Fackel: *»Mir fällt zu Hitler nichts ein.«*

Mir fällt zu Putin erstmal dies ein: Er wird von seinen Verabscheuern *»Bloody Wladimir«* genannt. Diesen Titel hat er sich in Tschetschenien erworben, auch in Georgien und Syrien. Er hat gelegentlich in seinem Nebenberuf als Hobbyhistoriker den Zerfall des sowjetischen Imperiums als *»die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«* bezeichnet. Der Zusammenbruch dieser stalinistischen Diktatur ist also aus seiner Sicht *»schlimmer«* als der Erste Weltkrieg, sei größer als die ebenfalls geopolitische Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, in dessen Schutz und Schatten der Holocaust überhaupt möglich geworden war. Das ist absurd und zynisch und wundert mich nicht.

Aber nun, in diesem klar ausgesprochenen und mit allen modernsten Waffen ausgebrochenen Krieg, erschüttert mich ein irrer neuer Gedanke: Putin könnte mit seiner absurden Behauptung nun doch auf dialektische Weise recht behalten. Seine Geschichtslüge könnte sich als eine monströse Wahrheit entpuppen. Vielleicht stimmt es also doch, dass das fast krieglose Ende der Sowjetunion schlimmer gewesen sei als alle Kriegskatastrophen des vorigen Jahrhunderts. Der Hilfshistoriker hat womöglich mehr recht mit seiner These, als uns recht ist!

Dies sind meine Überlegungen: Ohne Glasnost und Perestroika mit dem Reformen Gorbatschow, das versteht sich, kein Apparatschik Jelzin an der Macht. Ohne den keine Selbstauflösung der Sowjetunion. Ohne Jelzin nicht dessen politischer Totalerbe Putin als neuer Zar. Der selbstherrliche Staatspräsident ernannte am 31. Dezember 1999, also am letzten Tag des Jahrtausends, als letzte Amtshandlung und eigenmächtig wie ein Zar den Geheimdienstoffizier Wladimir Putin aus Leningrad zu seinem Nachfolger im Kreml. Der sympathische Säufer Boris Jelzin war dabei stocknüchtern, denn er ließ sich Putins Ermächtigung bezahlen. Und das war sein Preis: Mit der allerersten Amtshandlung erließ Wladimir Putin ein unbegrenztes Dekret: die totale Straffreiheit für alle wirtschaftlichen und politischen Verbrechen Jelzins – inklusive dessen korrupter Familienbande.

Und nun komme ich endlich zu meiner logischen Schlussfolgerung: Wenn Putin jetzt die westliche Welt mit ihren verschiedenen Demokratien in einen Dritten Weltkrieg treibt, dann kann diese zweckpessimistische Voraussage meiner Bilanzballade im 80. Jahr wahr werden:

*»Der Mensch wird sich selbst vertreiben/Von Mutter Erde: Im Letzten Krieg/
Hilft keine Vernunft mehr, kein Beten/ – ein toter Stern wird der Erdball sein/
Planetchen, nackt unter Planeten.«*

Und auf diese Weise würde Putin dann doch recht behalten: Eine selbstausgerottete Menschheit wäre noch schlimmer als diese und jene Weltuntergänge im vorigen Jahrhundert. So benannte diese Art putinscher Endlösung vor Augen Karl Kraus vor hundert Jahren sein Theaterstück: *»Die letzten Tage der Menschheit«*.

Der vielleicht deutscheste Dichter Heinrich Heine schrieb in seinem Gedicht *»Enfant Perdu«* *»Nur Narren fürchten nichts ...«*, also Ängste hatte ich immer wieder genug und kann manches Liedchen davon singen: Ich bin nun mal einer, der den Weltkrieg knapp überlebt hat. In den Hamburger Bombennächten 1943 hatte ich, was Wunder, gar keine Angst vorm Krieg, denn wir waren ja schon mitten drin. Der riesige Feuerofen brannte. Die RAF (Royal Air Force) des Generals Arthur *»Bomber-Harris«* hatte sich einen sinnigen Codenamen ausgedacht: *»Gomorrha«*.

Wie konnte ein Kind im Inferno einer brennenden Stadt die Tragödie erfassen. Gar nicht. Ich war sechs Jahre alt. Aber diese Hölle hat sich scharf eingebrannt in mein Gedächtnis. Ich sah alles. Und mich wundert heute noch, dass ich mich immerhin schon darüber wunderte, dass kein Mitkind im Feuersturm weinte. Wenn der Schrecken zu groß ist und keine Hilfe in Aussicht, dann lohnt es sich nicht mehr, um Hilfe zu schreien.

Ich krallte mich stumm an die Hand meiner Mutter Emma. Wir hatten Glück. Sie zog mich durch die schwarzen Gewässer des Nordkanals in Hammerbrook aus dem Feuer. Anders gesagt: Der Poet Biermann ist ein gebranntes Glückskind.

Über 30 000 Menschen verbrannten und erstickten in diesen zwei Nächten unter dem englischen Bombenhimmel. Jetzt aber erlebe ich zum ersten Mal in meinem Leben eine lähmende Angst vor dem Krieg. Trefender gesagt: Ich habe nicht die Ängste, sondern die Angst hat mich.

Mir muss keiner verklaren, dass Krieg noch schlimmer ist als ein Friede unter dem Knüppel. Dennoch passt zu mir nicht der alte Spruch: Gebranntes Kind scheut das Feuer. Für mich galt immer umgekehrt: Gebranntes Kind sucht das Feuer! Und darum singe ich in meiner Ballade *»Die Elbe bei Hamburg«*:

*»Seit jenem Tag hat mir der Glücksgott meinen Stern bewahrt/Doch blieb ich
immer, in der Liebe wie im Haß, verflucht/Durch allen Wandel bin und bleib ich
auch mit weißem Bart/Gebranntes Kind, das neugierig nach dem Feuer sucht.«*

Also wagte ich mich in das Feuer des Kampfes gegen die Parteibonzen der SED-Diktatur. Ich war immer dafür, dass man sich wehren muss, mit Worten, mit Wahrheiten, mit Geld, aber auch mit Waffen. Ich jedenfalls habe die Heil-Hitler-Deutschen nur überlebt, weil Soldaten aus Russland, England und den USA kämpften und starben, damit ich Kommunistenbalg und Judenkind in der Nazizeit am Leben bleiben konnte. Und genau darum konnte ich auch niemals ein strammer Pazifist sein.

Jetzt haben wir doch alle Angst vorm nächsten Krieg, Putin droht jetzt allen Unterstützern der Ukraine unverhohlen mit seinen Atomwaffen. Ach! Und es gibt ja nicht nur dümmlische Klugscheißer, sondern auch sehr sehr kluge. Und ihre Klugheit macht ihre Dummheit noch dümmer. Jetzt im Medienwald wabern und wuchern die klügelnden Ratschläge im Nachhinein: »Hätte der Westen doch ..., hätte die NATO nicht nach 1989 ..., die Merkel hätte im Grunde den Putin lieber ...«

Das immerhin weiß ich: Dieser Machtmensch aus Leningrad ist kein Paranoiker, der hat keine Angst vorm Westen, sondern ausschließlich vor seinem eigenen Volk. Er hat sich das Volk wörtlich zu eigen gemacht: auch 'ne Art Volkseigentum. Durch nationalistische Propaganda und rationalen Terror.

Dieser allmächtige Feigling hat panische Angst vor dem Erfolg der Demokratien in all den ehemaligen Ländern des Ostblocks. Und da liegt sein Schweinehund begraben! Angst hat er vor dem lebenden Drachentöter Alexei Nawalny und vor dem Beispiel solcher inspirierenden Märtyrerinnen und Märtyrer wie Anna Politkowskaja und Boris Nemzow. Diesen tiefstzitzenden Angsthass können wir ihm mit keinen Zugeständnissen wegtherapieren.

Es gibt, vermute ich, ein Schlüsselerlebnis in Putins Leben. Das passierte 1989 in Dresden, als er dort, mit nur einer Pistole bewaffnet, sich allein einer Meute endlich mal mutig gewordener Wut-Sachsen gegenüber sah, die seine KGB-Villa stürmen wollten. Er hat ihnen gedroht, zu schießen, und die gelernten Untertanen trollten sich. Nie will Putin wieder Leute vor sich haben, die ihn fortjagen oder lynchen könnten.

Ein klugdummer Meinungsmogul belehrte uns vor paar Tagen, dass der Westen zu naiv sei im Machtspiel gegen Putin. Dieser Expertise muss ich zustimmen. Ich spiele gern mal Schach. Es ist ja ein lehrreiches Gleichnis für Machtpolitik: Man opfert einen Bauern, um einen Läufer zu schlagen, einen Springer, um eine Dame zu erwischen. Und man verkalkuliert sich dabei, weil der Gegner ja auch bis drei zählen kann.

In der aktuellen Lage aber scheint mir das uralte Gleichnis vom Schachspiel fast irreführend. Wenn ich die weltpolitischen Strategien der Demokratien gegenüber den Diktaturen in aller Welt beobachte, denke ich oft:

Diktatoren wie Putin und Xi Jinping spielen Schach, aber der Westen würfelt und spielt Mensch ärgere dich nicht. Zugleich aber ist die Freiheit in den Demokratien das überlegene Lebenselixier. Freiheit tut auch weh, denn sie funktioniert mühsamer als der Terror in totalitären Diktaturen. Ich denke dabei an die effektive Bekämpfung der Coronapandemie und an die bunten Bilder der Olympischen Spiele in China.

Ach, ich kann all das bündiger in Gedichten sagen und besser in Liedern singen.

Vor ein paar Monaten widmete ich ein Lied der tapferen Marija Kolessnikowa, die nun wohl die elf Jahre Knast in Minsk absitzen muss, wenn sie nicht vorher ermordet wurde von Putins Kanaille Alexandr Lukaschenka.

Kleines Lied von den bleibenden Werten

1.

*Die großen Lügner, und was
Na, was wird bleiben von denen?
– nu was schon, was was was was was:
daß wir ihnen geglaubt haben!*

*Die großen Heuchler, und was
Na, was wird bleiben von denen?
– daß wir sie endlich durchschaut haben!*

2.

*Die großen Führer, und was
Na, was wird bleiben von denen?
– nu was schon, was was was was was:
daß sie endlich gestürzt wurden!*

*Und ihre Ewigen Großen Zeiten
Na, was wird bleiben von denen?
– daß sie erheblich gekürzt wurden!*

3.

*Sie stopfen der Wahrheit das Maul mit Brot
– mit Peitsche und mit Zuckerbrot
– mit Gnaden-Brot und Fladenbrot
Und was wird bleiben vom Brot ?
– daß es gegessen wurde!*

*Und dies zersungene Lied,
Und was wird bleiben vom Lied?
– ewig bleiben wird von meinem Lied
daß es vergessen wurde.*

Mich fragte vor paar Tagen ein Journalist: Warum gibt es mehr Verständnis für Russland in der ehemaligen DDR als im Westen und bei Ihnen? Ich wußte keine Antwort ... und rettete mich in das schnoddrige Couplet meines Sonetts »Angela Merkel ins Poesiealbum«.

»Der Wiedervereinigungsrausch ist passé – gelernten Sklaven tut Freiheit halt weh.«

Ich will mich trotz aller kompliziertesten Kompliziertheit auch immer wieder entscheiden, so wie es in der Bibel steht: »Eure Rede sei: Ja! Ja! Nein! Nein! ...« Ich blutjunger Greis sage also »Nein!« zu dieser Putin-Diktatur. Und »Ja«: Deren Zusammenbruch will ich noch selber und bei wachem Verstand erleben.

Erschienen im Deutschland Archiv am 25.2.2022.

Autorinnen und Autoren

Aurelie Ade, war zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung Abiturientin an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Kassel. Inzwischen studiert sie in Marburg Psychologie.

Axel Berkofsky, Dr.; ist Associate Professor an der Universität Pavia in Italien und Co-Direktor des Asienprogramms am Mailänder Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI).

Wolf Biermann, siedelte 1953 von Hamburg in die DDR über und veröffentlichte 1960 erste Lieder und Gedichte. Vom überzeugten Kommunisten wurde er zum scharfen Kritiker von SED und DDR, weshalb er 1965 ein Auftritts- und Publikationsverbot bekam. 1976 wurde ihm nach einem Konzert in Köln die Wiedereinreise in die DDR verweigert und er wurde ausgebürgert.

Raphael Brüne, absolvierte seinen Master im Fach European Studies an der Universität Leipzig. Derzeit arbeitet er als Projektkoordinator einer DFG-Forschungsgruppe in Bonn und studiert im Master evangelische Theologie.

Bernd Finger, war 43 Jahre Kriminalpolizist in Berlin, zuletzt 2012 als Leitender Kriminaldirektor im Landeskriminalamt Berlin. 1990/91 war er Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Magistrat von Berlin.

Andreas Förster, ist freier Journalist und Buchautor in Berlin. Er schreibt vor allem über DDR-Aufarbeitung, Terrorismus und politischen Extremismus, Geheimdienste, Zeitgeschichte und organisierte Kriminalität, vornehmlich für die Berliner Zeitung.

Alina Gromova, Dr.; ist Leiterin des Bereichs Sammlungen und Ausstellungen der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum. Zuvor war sie wiss. Mitarbeiterin für die Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin. Sie promovierte in Europäischer Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Maren Hachmeister, Dr.; ist wiss. Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden. Sie erforscht Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation und Fürsorge/Care in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa.

Elisabeth Hingerl, wurde 1994 geboren und ist ausgebildete Geigenbauerin. Derzeit studiert sie Grundschullehramt mit dem Hauptfach Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg.

Joachim Jauer, war ZDF-Korrespondent in der DDR. Viele Jahre war er verantwortlich für das deutsch-deutsche Fernsehmagazin im ZDF, »Kennzeichen D«, zuvor war er Reporter beim RIAS und Redakteur der Sendereihe »drüben« im ZDF. 1989 berichtete er als Sonderkorrespondent aus Osteuropa über den Fall des Eisernen Vorhangs und die DDR-Fluchtbewegung. Er ist Autor vieler Bücher.

Maximilian Kutzner, Dr.; ist Historiker an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg mit dem Schwerpunkt Medien- und Wirtschaftsgeschichte. Er forscht derzeit zur historischen Genese und Performanz von Fake News.

Daniel Lange, ist wiss. Mitarbeiter am Institut für Leistungssport & Trainerbildung der Deutschen Hochschule für Gesundheit & Sport (Berlin). Promotion an der Universität Potsdam zur außenpolitischen Rolle des Sports in der Afrikapolitik der DDR (mit Förderung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur).

Sophie Lange, ist wiss. Mitarbeiterin an der Universität Erfurt. Sie wurde im Sommer 2021 an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit zum Thema »Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990« promoviert.

Christoph Lorke, PD Dr.; forscht am Historischen Seminar der Universität Münster unter anderem zu Fragen der sozialen Ungleichheit, der Migrations-, Sozial-, Kultur- und Geschlechtergeschichte Deutschlands und Europas im 19. und 20. Jahrhundert.

Sebastian Lotto-Kusche, ist wiss. Mitarbeiter der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History (FRZPH) in Schleswig, sie gehört zur Europa-Universität Flensburg.

Steffen Mau, Prof. Dr.; ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist u. a. Autor des Buchs »Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft«.

Nicolas Offenstadt, Dr. hab.; der Historiker ist Associate Professor am Historischen Institut der Universität Paris I-Panthéon Sorbonne.

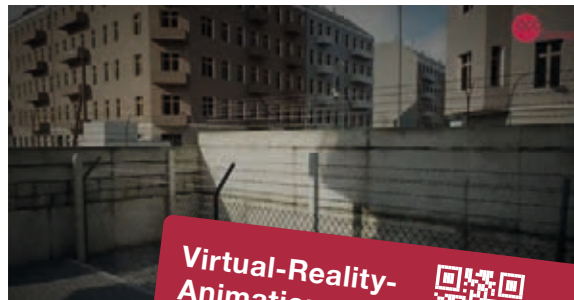
Elske Rosenfeld, forscht als Künstlerin, Autorin und Kulturarbeiterin zur Geschichte der Dissidenz in Osteuropa und zu den Ereignissen von 1989/90. In ihrem künstlerischen Forschungs- und Buchprojekt »A Vocabulary of Revolutionary Gestures« untersucht sie den Körper als Austragungsort und Archiv politischer Ereignisse.

Eva Schäffler, Dr., phil.; Promotion »Paarbeziehungen in Ostdeutschland: Auf dem Weg vom Real- zum Postsozialismus«, wiss. Mitarbeiterin an der Universität Salzburg (2010–2016) und aktuell am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Stefan Wolle, Dr.; ist Historiker und war 1989/90 Sachverständiger für die Stasi-Akten am Runden Tisch. Er ist Verfasser zahlreicher Bücher über die Geschichte der DDR und leitet das DDR-Museum in Berlin.

Bildnachweis

- S. 9: bpb/Holger Kulick
- S. 23: bpb/Holger Kulick
- S. 36: picture alliance/akg-images/Pansegrau
- S. 51: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, PAA, M2, B 468/76
- S. 66: picture alliance/imageBROKER/Michael Nitzschke
- S. 74: Wissenschaftliche Gesellschaft bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
- S. 89: Bundesarchiv, Bild 183-U0102-033, Katja Rehfeld
- S. 99: Bundesarchiv, Bild 183-1988-0710-008, Hubert Link
- S.108: Bundesarchiv/Zentralbild/Wlocka
- S. 117: privat
- S.125: Kennzeichen D/Norbert Bunge
- S.136: picture alliance/dpa/Chris Pohlert
- S. 145: picture alliance/IMAGNO/Votava
- S. 157: picture alliance/dpa/Paolo Koch
- S. 167: Fotostudio Lehmann/Vellmar
- S. 177: picture alliance/Zentralbild/Peter Endig
- S. 186: picture alliance/dpa/Lino Mirgeler
- S. 198: Nicolas Offenstadt
- S.210: picture alliance/dpa/Andreas Altwein
- S.220: Thomas Jeutner



Das *Deutschland Archiv* präsentierte zum 60. Jahrestag des Mauerbaus zunächst auf dem Potsdamer Platz in Berlin und im Anschluss im fränkischen Hof auf 13 Stelen, die an die Mauersegmente erinnern, die Ausstellung „Die Mauer. 1961-2021“. Der Berliner Fotograf und Grafiker Alexander Kupsch erstellte dafür 40 Bildmontagen aus historischen Mauer-Fotos und Aufnahmen der heutigen Stadtansicht. Zudem zeigt ein Virtual-Reality-Animationsfilm die Geschichte der Berliner Mauer aus der Perspektive der Straßenkreuzung Heidelberger Straße/Ecke Eisenstraße direkt an der Mauer. Ausstellung und Film gibt es auf bpb.de/deutschlandarchiv in deutscher und englischer Sprache. 20 Motive können als Posterausstellung bestellt werden, zusammen mit einem Begleitheft.

Mehr Infos:



Begleitheft:



**_ DEUTSCH
LAND _____
ARCHIV _____**

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung



*Ilko-Sascha Kowalczyk / Frank Ebert /
Holger Kulick (Hrsg.)*

(Ost)Deutschlands Weg

45 Studien & Essays zur Lage des Landes
Teil I – 1989 bis heute



Bundeszentrale für
politische Bildung



*Ilko-Sascha Kowalczyk / Frank Ebert /
Holger Kulick (Hrsg.)*

(Ost)Deutschlands Weg

35 weitere Studien, Prognosen & Interviews
Teil II – Gegenwart und Zukunft



Bundeszentrale für
politische Bildung



Eine deutsche Zeitreise von 1989 bis 2021 in zwei Bänden. In diesem Doppelband analysieren und reflektieren 90 Autor*innen den konfliktreichen deutschen Transformationsprozess, insbesondere im Osten der Bundesrepublik, und geben zugleich einen Überblick über den aktuellen Stand der Deutschland-Forschung. Die Grundfragen: Was wurde nach über 30 Jahren mühevollen Zusammenwachsens erreicht, was ist gescheitert, was bleibt dringend noch zu tun? Und was hat Corona zusätzlich erschwert?

Mehr dazu gibt es hier:

www.bpb.de/335290

Mehr Infos:



**— DEUTSCH
LAND —
ARCHIV —**



Bundeszentrale für
politische Bildung



Seit Herbst 2020 veröffentlicht das *Deutschland Archiv* in Zusammenarbeit mit der Publizistin und Fotografin Sharon Adler die Reihe „Jüdinnen in Deutschland nach 1945 – Erinnerung, Brüche, Perspektiven“. Bislang sind 29 Interviews mit jüdischen Frauen, die Deutschland mit ihrem Engagement präg(t)en, erschienen. Zudem gibt es Beiträge unter anderem zur jüdischen Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion. Begleitend dazu finden Diskussionen im Live-Stream und nun auch wieder als Veranstaltungen statt. Parallel entstehen eine Ausstellung und ein Band in der Schriftenreihe der bpb.

Mehr dazu gibt es hier:

www.bpb.de/juedinnen-in-deutschland-nach-1945



— DEUTSCH
LAND —
ARCHIV —

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

Deutschland Archiv 2021

Das Online-Portal „Deutschland Archiv“, hervorgegangen aus der gleichnamigen Zeitschrift, ist ein publizistisches Forum zur deutschen Nachkriegs- und gesamtdeutschen Geschichte. Dieser Band enthält eine Auswahl von Artikeln, die im Jahr 2021 erschienen sind. Dazu gehören Beiträge aus den thematischen Schwerpunkten „Transformationsprozesse und Deutsche Einheit“, „Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten“, „Alltag und Gesellschaft“ sowie „Kultur und Medien“.